

Kommune

FORUM FÜR POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR



Thema Fundamentalismus in den USA

Ökonomie Befreiung des Marktes

Arbeit Standort und Kommune

Islamismus Teil oder Feind der Moderne?

Weimar-Prozeß Dickicht von Vermutungen

Spurenlesen Drei Frauenleben

**LUTZ RATHENOW
IM GESPRÄCH**
URUGUAY-
DDR

**Wer für die
Kommune wirbt,
dem schenken
wir ein
gutes Buch!**

JOSCHA SCHMIERER
**MEIN NAME
SEI EUROPA**

EINIGUNG OHNE MYTHOS UND UTOPIE



ZEITSCHRIFTEN
FISCHER



„Es ist ein Glücksfall, daß ... ein gründlicher Traktat erschienen ist, der den Versuch unternimmt, den jenseits wirtschaftlicher Belange liegenden Sinn der europäischen Einigung zu verdeutlichen. Dabei geht es Joscha Schmierer ... um die Wiedergewinnung des Politischen in einer Zeit, in der der Selbstlauf der Ökonomie immer fragloser akzeptiert wird ... eine brillante Skizze der Geschichte des Einigungsgedankens, historischer Rückblick bis in das achtzehnte Jahrhundert, der die Bruchlinien und Verwerfungen der europäischen Staatenlandschaft bis zur Gegenwart nachzeichnet. ... Im Kern geht es um die Frage, ob die durch den modernen Nationalstaat weitestgehend an die Seite gedrängte föderalistische Tradition nicht einen Weg weisen kann, die antagonistischen Konflikte, die den Kapitalismus zu sprengen drohen, einzudämmen. ... Es mag sein, daß auch eine inter- oder antinationalistische Linke ... gezwungen sein wird, ... den Prozeß der ökonomischen Integration der EU zu bremsen und sich stärker auf die Wohlfahrt der eigenen Staatsbürger zu konzentrieren. Wer wissen will, welcher Chancen man sich dabei begibt und welche Risiken man damit auf sich nimmt, kommt um die Lektüre dieses Buches nicht herum.“

Micha Brumlik, Frankfurter Rundschau, 2.10.96

„Mit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion ist – so Schmierer – die 1492 eingeläutete europäisch-imperialistische Epoche definitiv zu Ende gegangen. ... Erst der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 und die durch nationale Befreiungsbewegungen beschleunigte Entkolonialisierung haben den Weg der ‚Rückkehr nach Europa‘ möglich gemacht. ... Dieser historische Rückblick ist verdienstvoll, denn er zeigt, welchem ‚trial and error‘-Verfahren der europäische Integrationsprozeß zu verdanken ist. ... Die Stärke des Ansatzes liegt darin, den Zerfall der europäischen Imperien als notwendige Voraussetzung für eine nicht von imperialistischen Interessen geprägte Einigungsentwicklung Europas zu deuten.“

Kurt Seifert, MOMA (Monatsmagazin für neue Politik) Zürich, 10/96

*Wenn Sie für uns eine
neue Abonnentin oder
einen neuen Abonnenten
werben, oder ein
Geschenkabo machen,
oder ein Paket-Förderabo
einrichten – dann
erhalten Sie*

*„Das Buch der Kommune“
als unser Geschenk!*

*Bitte die dem Heft bei-
liegenden Abo-Karten
beachten und benutzen!*

Wenn mit den Nachwahlen für den 10. Wahlkreis des Départements Bouches-du-Rhône der kommunistische Bürgermeister von Gardanne als Abgeordneter in die französische Legislative einzieht, ist das eigentlich keiner besonderen Erwähnung wert. Schließlich nehmen die Kommunisten regelmäßig einen, wenn auch tendenziell schwindenden Teil der Sitze des Parlamentes ein. Und Roger Mei wird sicher eine solidere Arbeit leisten als Bernard Tapie, dessen Mandatsentzug die Nachwahl notwendig gemacht hatte. Interessant ist also weniger das Ergebnis des zweiten Wahlgangs als die Tatsache, daß dort der Kandidat der Kommunisten und der Front National aufeinandertrafen, die den ersten Wahlgang mit 37 beziehungsweise 27 Prozent für sich entschieden hatten. Damit trafen im zweiten Wahlgang nur noch die Repräsentanten von politisch entgegengesetzten Parteien aufeinander, die sich in ihrer Gegnerschaft zur Europäischen Währungsunion zu übertreffen versuchen – mit ähnlichen bis gleichen Argumenten.

„Frankreich wird durch die Anbindung an Deutschland auf der Währungsebene ruiniert.“ „Diese Situation unterwirft Frankreich buchstäblich einem fremden, ausländischen Modell. Frankreich ist kein Land, das vor Deutschland in die Knie gehen sollte.“ Die Zitate stammen von Robert Hué, dem nationalen Sekretär der KPF und nicht von Le Pen. Tatsächlich wendet die KP ihre Anti-Maastricht- und Anti-EU-Rede viel direkter gegen das Nachbarland als die Front National. Diese polemisiert eher gegen die Unterwerfung unter eine übernationale, überstaatliche Bürokratie, die eigentlich allen Nationen fremd und abträglich sei. Welche Variante chauvinistischer ist, ist schwer zu sagen. In beiden Fällen werden jedenfalls die bisherige europäische Integration und ihre vertraglich vereinbarte Fortsetzung als nationale Unterdrückung bezie-

hungsweise Unterwerfung verworfen. Die KPF-Propaganda prangert sie vor allem als Unterdrückung durch Deutschland an, die FN-Propaganda geißelt sie als Unterwerfung unter anonyme Instanzen. So oder so wird sie als äußerliches imperiales Projekt gegen die Nation, die arbeitenden Menschen und die armen Leute dargestellt. In der Wirkung vermischen sich beide Varianten vollends. Die anonymisierende „antiimperialistische“ Variante läuft auf die Suche nach den (jüdischen) Verschwörern hinaus, die andere weiß genau, wo die faschistische Gefahr lauert. Der Feind ist zwar nicht der gleiche, aber immer verkörpert und verbirgt er sich in der Europäischen Union. Längst macht sich die fremde Verderbnis im nationalen Körper bemerkbar: durch Arbeitslosigkeit, durch Arroganz der politischen Klasse und so weiter. „Maastricht“ wird zum Me netekel. Dafür gibt es Gründe.

„Maastricht“ ist direkt mit dem Geldzeichen verknüpft und in ihm treffen sich alle Rätsel der allgemeinen Äquivalentform mit allen Illusionen, sie durch staatliches Diktat in den Griff zu bekommen und zu beherrschen. Geld ist das Medium der „Globalisierung“ das Geldzeichen aber trägt den Stempel der Staatsmacht. Der Zusammenhang zwischen Geldmachen und Geldprüfen ist von Anfang geheimnisvoll und voller tatsächlicher oder eingebildeter Manipulations- und Betrugsmöglichkeiten. Geld zu fälschen schien immer der einfachste Weg, Geld zu machen. Das Spiel mit dem Geldzeichen war nie vom Umlauf des Geldes zu trennen.

Tauscht man in Ungarn Geld ein und will, statt alles auszugeben, den Rest wieder eintauschen, wird man erst beim Rücktausch darauf hingewiesen, daß man Quittung und Paß vorlegen muß, um es zum halben Einkaufspreis wieder verkaufen zu können. Damit fährt man sicher noch besser, als wenn man ein Jahr später mit dem ausgeführten Rest wieder einreist, um es

dann auf den Waren- statt jetzt auf den Geldmarkt zu werfen. So wird man mit der Nase auf das schwierige Verhältnis von Geldform und Geldzeichen gestoßen.

Hinter „Maastricht“ verbirgt sich die Einsicht, daß die Prägung des Staates gegenüber der Universalität der Geldform schwindet, und zugleich die Furcht, jeden Einfluß auf die Prägung zu verlieren. Das Rätsel der Geldform wird immer erst offensichtlich, wenn mit dem Geldzeichen was nicht stimmt. Normalerweise hat man Geld oder halt nicht. Das ist einfach zu verstehen, auch wenn es einem nicht paßt. „Maastricht“ dagegen wird zum Kennwort für das Geldrätsel, das in der Normalität versteckt bleibt. Damit wird Maastricht selber zum Rätsel und alles, was man über die Vorbereitungen der Währungsunion hört, verunsichert nur, indem es plötzlich auch die Normalität nebelhaft erscheinen läßt. Der gemeinsame Binnenmarkt war demgegenüber scheinbar ein Kinderspiel, auch die Interessenlage war jeweils verhältnismäßig leicht zu klären. Ähnlich wenig rätselhaft und nur unter Interessensgesichtspunkten strittig wird eine Vereinheitlichung des Steuerrechts sein, wenn sie denn aktuell wird. Aber mit „Maastricht“ ist das anders.

Die französischen Beobachter rätseln noch, ob sie es bei dem Phänomen in den Bouches-du-Rhône eher mit einem Treppenwitz der Geschichte oder einer historischen Tendenz zu tun haben. Vielleicht zeigt sich hier aber die Tendenz zum Treppenwitz. Das wäre nicht zum Lachen. „Maastricht“ hat das Zeug, für alle Übel der Welt zu stehen und die national-sozialen Resentiments zu bündeln.

Es ist zum politischen Fetisch geworden. Je undurchsichtiger die Welt wird, desto eindeutiger erweist sich „Maastricht“ als Wurzel allen Übels. In Frankreich kann es wie Sedan, in Deutschland wie Versailles klingen. Überall aber wie Babel.

Joscha Schmierer

In diesem Heft

THEMA

- Politischer Fundamentalismus und fundamentalistische Politik in den USA. 6
Dick Howard

ZUR ZEIT

- Brief aus Österreich: „Denen hamm' wir's aber gezeigt!“ – Wem eigentlich? 11
Gerhard Fritz
- Modernisierung des Islam oder Islamisierung der Moderne? Zur Diskussion um Islam und Politik. 12
Jörn Schulz
- Buchtip: Algerien. 14
C. M.
- Kommentar Italien: Alle korrupt? 16
Annemarie Nikolaus
- Kolumne: Über Eliten. 18
Roland Schaeffer
- Europäische Identität und die soziale Dimension Europas. 19
Peter Lohauß
- Buchtip: Walter Haubrich und Spaniens „Transición“ 23
ma.
- Kolumne: Quoten für MigrantInnen? 24
Cem Özdemir
- Rechnung um Rechnung, Schuld um Schuld. Die deutsch-tschechischen Beziehungen immer noch im Banne der Abrechnung. 25
Balduin Winter
- Kommentar Recht: Amt und Mandat. 26
Uwe Günther
- Niederlande: Gegengift gesucht. 29
Frank Eckardt

Dauerstreß der USA

Das Auftreten religiöser Fundamentalisten in der Politik zeigt, daß die Trennwand zwischen Politik und Religion nicht so wasserdicht ist, wie es die liberale politische Theorie gern hätte. Über das historische und das aktuelle Verhältnis der Religion in und von Amerika – Dick Howard

Seite 6

Islam und Politik

Werden sich die kulturellen Stereotypen in der gegenseitigen Sichtweise von islamischer und westlicher Welt verstärken oder auflösen? Vor allem wird dies von der Entwicklung der politischen Beziehungen abhängen, deren Zerrbild diese Stereotypen sind. Ein Überblick über die Diskussion von Jörn Schulz

Seite 12



Europäische Identität?

Die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft auch in bezug auf die Kernbereiche der sozialen Dimensionen der Länder der Europäischen Union verlangt ein Umdenken in den Fragen der Interessenformulierung, der gewählten Öffentlichkeit und der politischen Repräsentation – Peter Lohauß

Seite 19

„Sie war es!“

Einfach, weil er es nicht war. Aber warum kann er es nicht gewesen sein? Ein Dickicht von Fragen und Aussagen auf mehreren Zeitebenen. Die meisten Bericht-erstatte des Wiederaufnahmeverfahrens gegen Monika Böttcher/Weimar, vor Jahren in einem vielbeachteten Prozeß der Ermordung ihrer beiden Kinder schuldig gesprochen, waren beim ersten Verfahren nicht dabei.

Anders: – Eva Horn

Seite 37

ZUR ZEIT II.

- Gibt es eine grüne Afrikapolitik? 30
Roger Peltzer
- Brief aus Cochabamba: Das Fuji-Phänomen – Ende oder Anfang der Geschichte? 33
Albert Recknagel
- Die Diaoyu-Inseln und der chinesische Nationalismus. 34
Helmut Forster-Latsch/ Marie-Luise Latsch
- Kommentar aus Bonn: Über Landminen im „Reich der Mitte“ 35
Uschi Eid
- Südwest-Boulevard: Auf der Suche nach der Existenzgründer-Partei (II.) 36
Gerd Held
- Bemühungen um einen Perspektivenwechsel. Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Monika Weimar/Böttcher (III.). 37
Eva Horn

GRÜNE STRATEGIE

- Ökologischer Umbau durch Befreiung des Marktes (III.): Proportion oder Gleichung? Eine Grundfrage der Politischen Ökonomie. 41
Michael Jäger

STANDORT & KOMMUNE

- Standortdebatte. Mythen, Fakten, Handlungsmöglichkeiten. 47
Margareta Wolf/ Werner Schulz
- Arbeit in den Städten gibt es genug – Wer bezahlt sie? Vorschläge zur Entwicklung einer lokalen Dienstleistungspolitik. 55
Adalbert Evers

KULTUR

- Drei Frauenleben. Natalie Zemon Davis' Studie über drei Frauen des 17. Jahrhunderts. *Renate Wiggershaus* 61
- Italien: Kunst und Geschichte. *Michael Schweizer* 63
- „Man kann auch anders lesen.“ Yoko Tawadas „Talisman“ *Angelika Burkhard* 64
- Die Ostlichterkette. 42. Kerze. *Wilhelm Pauli* 65
- Experimentierraum Montevideo. Ein Gespräch mit Lutz Rathenow. *Udo Scheer* 66
- Das politische Tagebuch von Peter Glotz. *Ulrich Karger* 67
- Bücherfenster. *Joscha Schmierer* 68
- Untaten & Orte: München/Be'er Schewa. *Michael Schweizer* 70
- Film-Schnitte: Suchen und Finden. *Michael Ackermann* 71
- Sport & Körper: Die Masse macht's. *Thomas Gehrman* 72
- Aufgelesene Töne: In Zungen singen. Religiöse Musik aus den USA. *Christoph Wagner* 73

RUBRIKEN

- Editorial 3
- Briefe & Repliken 74
- Bücher 74
- Autorinnen & Autoren 74



Der Markt

ist die Form, in der all die Probleme der „Globalisierung“ des „Standorts“ und der dem Bedarf nach notwendigen, der bezahlbaren Nachfrage aber obsoleten Arbeit erscheinen. Die sozialistisch-kommunistischen Experimente seit der Oktoberrevolution haben gezeigt, daß diese Form des Austausches geteilter gesellschaftlicher Arbeit zwar gewaltsam unterdrückt, nicht aber „aufgehoben“ werden kann. Zugleich zeigt sich an den Gesellschaften auf Basis kapitalistischer Produktionsweise, daß der Markt ihre Existenzbedingungen nicht untermauert, sondern unterhöhlt.

Mit diesem zweischneidigen Problem schlägt sich heute jede kritische Theorie und alle reformerische Politik herum. In diesem Heft tun das:

Michael Jäger
Befreiung des Marktes, III. Teil und Schluß
Seite 41

Margareta Wolf/Werner Schulz
Standortdebatte
Seite 47

Adalbert Evers
Sinnvolle Arbeit in den Städten unbezahlbar?
Seite 55

Frauenleben

Die US-Historikerin Natalie Zemon Davis hat die Spuren dreier Frauen gelesen. Der Spurenleserin nachgespurt hat Renate Wiggershaus

Seite 61

Impressum

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur - Monatszeitschrift

ISSN 0723-7669

Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst (kd), Dunja Melcic (dm), Joscha Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Joscha Schmierer

Gestaltung: Karin Dienst
(Michael Ackermann)

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Über unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos freuen wir uns. Gewähr und obligatorische Benachrichtigung können wir nicht garantieren.

Anschrift der Redaktion:

Kommune-Redaktion, Postfach 900609, 60446 Frankfurt/M. oder: Kasseler Straße 1 a, 60486 Frankfurt/M., Tel. 069/792097-81/82, Fax 792097-83
E-Mail: kommune@oeko-net.de
CompuServe: 101 332,1355
<http://www.oeko-net.de/kommune/>

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagskommanditgesellschaft, z. Hd. Michael Ackermann, Postfach 900609, 60446 Frankfurt/M., Tel. 069/792097-81/82, Fax 792097-83

Es gilt die Anzeigenpreisliste 12/1995

Druck:

CARO Druck GmbH, Frankfurt

Vertrieb, Bestellungen und

Abonnements: Kommune, Postfach 900609, 60446 Frankfurt, Telefon 069/792097-81, Fax -83, Postgiroamt Ffm. (BLZ 50010060) Konto-Nr. 484200-603

Bezugsbedingungen:

Einzelheft 12 DM, Jahresabonnement 130 DM, Halbjahresabo Studenten 50 DM; Auslands-Jahresabonnement 140 DM, Förderabonnement ab 170 DM. *Abos verlängern sich nach Ablauf des Lieferzeitraums automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.*

Spendenkonto (nur für Spenden!):

Kommune, Frankfurter Volksbank (BLZ 50190000), Konto-Nr. 271 691

Titel: Im Frauenhofer Institut für Solare Energiesysteme, Foto: Ilja C. Hendel

Rückseite: Baustelle in Nova Huta/Oberschlesien, Foto: Hans-Jürgen Serwe

Redaktionsschluß 12/96: 11. Nov. 1996

Erscheinungstermin 12/96: 22. Nov. 1996

Umschlag und Einlage gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

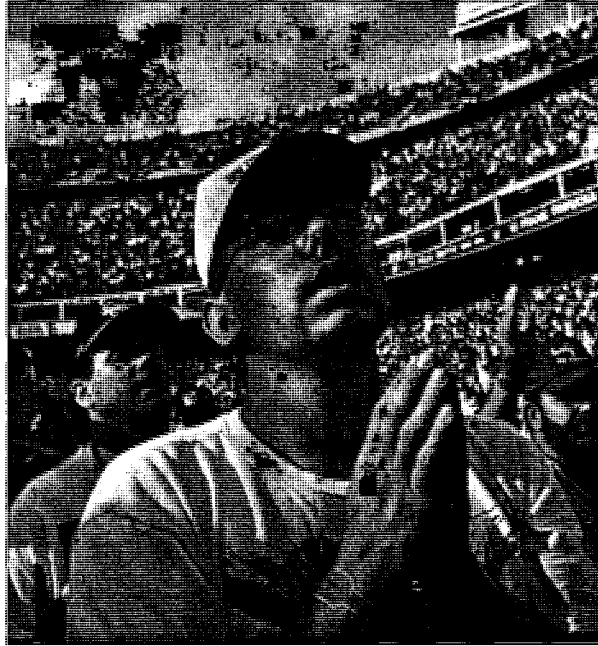


Foto: Peteron-Saba

Politischer Fundamentalismus und fundamentalistische Politik in den USA

DICK HOWARD

Bill Clintons Aussichten, die bevorstehenden Wahlen zum Präsidenten zu gewinnen, sind gut. Sicher ist, daß die USA auch nach diesen Wahlen durch eine eigenartige Verknüpfung von Religion und Politik geprägt bleiben. Dick Howard nimmt die Einflußnahme fundamentalistischer Pressure-Groups auf den Vorwahlkampf und die Wahlplattform der Republikaner zum Ausgangspunkt seiner Analyse dieses paradoxen Verhältnisses, in dem religiöse Abtreibungsgegner nur den auffälligsten Aspekt bieten.

Die politische Mehrdeutigkeit des Religiösen

Die „Demokratisierung“ der Vorwahlen, in denen die Präsidentschaftskandidaten ausgewählt werden, hatte eine unbeabsichtigte und negative Konsequenz: Da nur die Wähler es für nötig halten, an

diesen Wahlen teilzunehmen, die am engagiertesten (oder am wütendsten) sind, müssen die Vorwahlkandidaten ihre Wahlplattformen und Versprechungen radikalisieren. Für die eigentliche Entscheidung müssen sie dann einen Weg zurück zur Mitte finden, in der die Wahlen gewonnen werden. So war das mit dem Triumph und der Tragödie George McGovern und der Antikriegsbewegung, und so ist das heute, wo ein eher gemäßigter und zentristischer Bob Dole polarisierende Positionen zu sozialen Themen (insbesondere zur Abtreibung, aber auch zur Reform der Einwanderungsgesetze, zur Sozialhilfe und Gesundheitsreform) unterstützen mußte, besonders um die Ansprüche derer zu befriedigen, die sich „Christian Coalition“ nennen.

Unter dem Druck liberaler republikanischer Gouverneure wie Whitman, Weld und sogar Patacki versuchte Dole dann als Kandidat seine Haltung zu mäßigen. Das

war keine leichte Aufgabe, wie schon der Aufschrei gezeigt hatte, den Doles Versuch hervorrief, beim Abtreibungsrecht einen „Schwerpunkt Toleranz“ in das Parteiprogramm einzufügen.

Doles Dilemma veranschaulichte die Tatsache, daß „Fundamentalisten“ eine wichtige Kraft in der republikanischen Partei darstellen. Aber ist das etwas Neues und eine Gefahr für die Demokratie?

Wenn wir an 1988 zurückdenken, so trat da Reverend Pat Robertson offen gegen die Nominierung des damaligen Vizepräsidenten Bush auf mit dem Anspruch, für die „moralische Mehrheit“ zu sprechen. Das war etwas Neues, wenn auch kurzlebig. Seine Niederlage führte zur Rückkehr zum traditionellen Muster: der Einflußnahme, ohne direkt in Erscheinung zu treten. Tatsächlich konnte man seit Tocqueville die Religion gerade deshalb in Blüte sehen, weil sie von der Politik getrennt bleibt. In diesem Sinne will

die „moralische Mehrheit“ eher soziale Reform als politische Veränderung. Dieses Bild gewinnt man auch über die Predigten, die auf den verschiedenen Kabelkanälen der Tele-Evangelisten zu sehen sind. Im Negativen wird diese begrenzte Funktion auch durch die Finanz- (und Moral-)skandale solcher Medien-Prediger wie Jim und Tammy Bakker oder Jimmy Swaggart demonstriert. Reverend Robertsons Ziele waren dennoch nicht so eigenwillig oder außergewöhnlich. Die subtilere Rolle, die Ralph Reeds Christian Coalition spielt, ist keine Rückkehr zum traditionellen amerikanischen Muster. In Wirklichkeit könnte dieses durch die „liberale“ Trennung von Öffentlichem und Privatem, Politischem und Sozialem gekennzeichnete Muster die Ausnahme sein.

Schließlich ist die Trennung zwischen Religiösem und Weltlichem nicht wasserdicht und beschuldigen sich beide Seiten gegenseitig der tatsächlichen oder eingebildeten Einmischung. Ein öffentliches Krippenspiel oder ein siebenarmiger Leuchter, auf einem öffentlichen Platz aufgestellt, können leidenschaftliche Liberale zur Klage vor dem obersten Bundesgericht veranlassen; fundamentalistische Eltern beklagen sich regelmäßig über den Inhalt von Schulbüchern, und Verleger geben – öfter als man gerne zugeht – lieber nach, als daß sie den Verlust von Marktanteilen riskieren. So dauern alte Debatten an, die in Frage stellen, was schon entschieden schien und die Grenzen in Zweifel ziehen, die schon abgesteckt schienen.

Zum Beispiel erklärt die *New York Times* vom 6. März 1996: „70 Jahre nach dem Scopes-Prozeß“ lebe die Debatte um die Schöpfung als einzig zulässige Weltklärung in dem erneuten fundamentalistischen Versuch wieder auf, in verschiedenen Staaten den Darwinismus durch eine auf die Bibel gegründete „Wissenschaft“ zu ersetzen.

Die Sache wird dadurch kompliziert, daß der Einfluß von Religion auf das politische Leben nicht auf die Rechte beschränkt ist. Wer kann sich zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung ohne Unterstützung durch Glauben und Kirche – nicht nur schwarze Kirchen übrigens – vorstellen? Martin Luther King war ein Baptistenprediger und seine Bewegung hieß „Southern Christian Leadership Conference“. Zur Zeit seiner Ermordung war Pastor King in Memphis, um seine Unterstützung für die streikenden Arbeiter der Müllabfuhr zu demonstrieren. Je intensiver man sich die amerikanische Geschichte ansieht, desto mehr findet man scheinbar paradoxe Allianzen von religiösem Glauben und populistischen demokratischen und egalitären Zielen.

Dies sollte uns nicht überraschen: Schließlich rief das befreiende Wort Luthers sowohl die Anhänger Thomas Müntzers als auch Calvins Genfer Politik auf den Plan. So vertritt, um zur zeitgenössischen amerikanischen Politik zurückzukehren, der sehr amerikanische (und katholische) Verteidiger des Schöpferglaubens als Wissenschaft und zunächst überraschend erfolgreiche Kandidat für die Nominierung durch die Republikanische Partei, Pat Buchanan, heftig die Sache einer durch die ökonomische Globalisierung bedrohten Arbeiterklasse. Kurz gesagt kann Religion weder auf ein einstimmiges Phänomen reduziert werden noch wird Politik in einem, wie es ein religiöser Neokonservativer (Richard J. Neuhaus) ausdrückte, „nackten öffentlichen Raum“ ausgeübt.

Die Wurzeln des Fundamentalismus

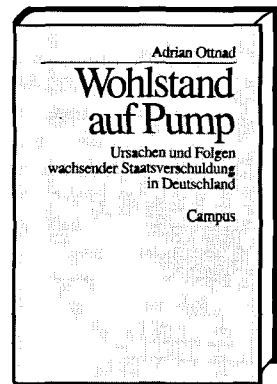
Die These von Max Webers *Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* ist wohl bekannt. Weber versucht das Entstehen eines „innerweltlichen Asketismus“ zu erklären, aus dem ein Aktivismus entspringt, der die traditionelle Gesellschaft modernisiert. Die strenge Lehre der Prädestination und die Undurchschaubarkeit der göttlichen Gnade eines verborgenen Gottes halten das Individuum in einem Zustand des Zweifels, der Qual, der Furcht angesichts der Drohung ewiger Verdammnis. Daraus ergeben sich drei Konsequenzen:

1. Kein Zeichen gestattet es mir, mein Schicksal oder das meines Nachbarn zu kennen; im Ergebnis konnte der Calvinismus eine Religion der Toleranz werden, die eine Vielfalt des Glaubens und seiner Ausübung entstehen ließ.

2. Ebenso ergibt sich eine Verhaltensmethode, ein Wunsch, hier auf Erden so zu arbeiten, wie es zumindest vereinbar ist mit dem, was für den göttlichen Willen gehalten wird ... Und daraus entspringt der Geist und dann die Realität des Kapitalismus. 3. Aber gerade dessen Erfolg tendiert dazu, die religiösen Strukturen zu destabilisieren, die ihn hervorbrachten – und dies erklärt den Pessimismus von Webers Schlußfolgerung, wie er sich in seiner berühmten These von der Entzauberung der Welt ausdrückt.

Wir scheinen in einer Weberschen Welt zu leben, in der die ältere methodische Rationalisierung der Welt zu einer Gesellschaft führte, die von einer mächtigen ökonomistischen Logik beherrscht wird. Für die Vereinigten Staaten, die Weber sehr gut kannte, beschrieb er ein „Rennen nach Reichtum ohne jeden ethischen und religiösen Sinn“ das zu einer Art Sport

Neues von Campus



204 Seiten

mit 10 Abbildungen

DM 39,80

Die am Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn entstandene Studie zeigt, wohin wachsende Staatsverschuldung auf Dauer führt. Das Beispiel Deutschland macht deutlich, daß die eigentliche Ursache in der Entsolidarisierung einer gegenwartsbezogenen Gesellschaft liegt. Uneingeschränkte individuelle Selbstverwirklichung hier und heute bestimmt das Handeln. Von einem überforderten Staat wird erwartet, daß er diese Selbstverwirklichung ermöglicht und dem einzelnen Risiken und Zukunftsvorsorge abnimmt.

Adrian Otnad lotet die Chancen, die die soziokulturelle Evolution, hierzu bietet, aus und zeigt, wie sie durch Formen der institutionellen Selbstbindung genutzt werden können.

Campus Verlag
Frankfurt / New York

geworden sei. Und daraus folge, daß „niemand weiß, ob das Ergebnis dieser phantastischen Entwicklung die Wieder geburt alter Ideen und Ideale ist oder wir statt dessen einer mechanisierten Ver steinerung entgegengehen, verschönert durch ein Verhalten, das sich selbst zu ernst nimmt.“ Bedeutet das, daß die Rationalisierung, die für Weber mit der modernen (und kapitalistischen) Welt übereinstimmt, zu ihrer eigenen Negation führt? In diesem Fall wäre der Fundamentalisten Wiederkehr des Religiösen eine „charismatische“ Art und Weise, in der eine versteinerte Geschichte einen neuen Anfang nehmen würde. Oder sollte man dem späten Weber, dem, der die Bedeutung der „Politik als Berufung“ in Frage stellt, folgen und zwischen der Gesinnungsethik (die im Grunde religiös ist) und der Verantwortungsethik (die sich auf einen bestimmten noch zu klärenden Begriff von Politik gründet) unterscheiden? Es ist zu früh, diese Frage zu beantworten. Aber wir sollten uns in Erinnerung rufen, daß Weber selbst einen „Krieg der Götter“ den keine Rationalität lösen könnte, vorausgesagt hat.

Diese Webersche Lesart der Gegenwart bringt mich dazu, einen der innovativsten Aspekte des „Protestantischen Fundamentalismus“ in den USA herauszustellen. Das jüngste Buch des amerikanischen Theologen Harvey Cox – Autor von *Secular City* (1968), ein Buch, welches eine beschleunigte Verweltlichung und Verstärkung der modernen Gesellschaften voraussagte heißt *From Heaven* – oder genauer in seiner französischen Übersetzung „Die Wiederkehr Gottes“ Der französische Titel legt nahe, daß der Autor seine früheren Thesen bezüglich der Entwicklung der Moderne in Frage stellt. Aber tatsächlich verbirgt er die Stoßrichtung der vom Autor neu entwickelten Thesen, wie sie im Untertitel der amerikanischen Ausgabe angedeutet werden: „Der Aufstieg der Pfingst-Spiritualität und die Umgestaltung der Religion im 21. Jahrhundert.“

Harvey Cox unterscheidet zwischen Fundamentalismus, der die Identität der Gläubigen durch den Rückgriff auf ein formales und geschriebenes Gesetz festlegt, und dem Pfingst-Geist, der sich der Zukunft und der Hoffnung öffnet. Die Fundamentalisten bekämpfen die Moderne in all ihren Formen, wohingegen die Pfingstler die kalten und leeren Buchstaben einer Kirche, die der individuellen Erfahrung des Religiösen fremd geworden ist und, mehr noch, die etablierten sozialen Strukturen heiligt, ablehnen. Impliziert wird damit, daß Fundamentalismus im Dienst einer konservativen Lesart des soziopolitischen Lebens benutzt werden kann und daß er sich von dem Traum

Bedeutet das, daß die Rationalisierung, die für Weber mit der modernen (und kapitalistischen) Welt übereinstimmt, zu ihrer eigenen Negation führt? In diesem Fall wäre der Fundamentalisten Wiederkehr des Religiösen eine „charismatische“ Art und Weise, in der eine versteinerte Geschichte einen neuen Anfang nehmen würde...

eines reinen und gläubigen Amerika, welches angeblich einst existierte, fesseln läßt. Die von der Hoffnung aufs Millennium getriebenen Pfingstler sehen auf der anderen Seite in eine Zukunft, die von ihren Träumen mit Inhalt gefüllt wird. Harvey Cox besteht auf der Anziehungskraft einer solchen religiösen Erfahrung unter den Armen, den Ausgeschlossenen – jenen 87 Prozent der Weltbevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben.¹

Dieser Analyse zufolge würde Fundamentalismus zu rechter Politik führen, das Pfingstlerium zur einer linken Version. Aber Harvey Cox kommt, nachdem er diese These mit Hilfe einer Rundreise durch das Pfingstler-Welt-Universum zu festigen sucht, auf die Vereinigten Staaten zurück, wobei er zeigt, wie das Pfingst-Erwachen eine demokratische Revolte gegen die herrschenden Oligarchien ins Leben zu rufen scheint. Und hier muß er zugeben, daß die Pfingstler sich genauso in eine nationalistische und antisemitische, großwahnsinnige und paranoide Politik einfangen lassen können. Tatsächlich ist einer der wichtigsten Sprecher der Bewegung kein anderer als jener Reverend Pat Robertson, der uns zuvor als Präsidentschaftskandidat von 1988 geeignete. Diese Bewegung, die sich „Dritte Welle“ nennt, hat eine neue politische Kosmologie erfunden, nach der – was immer auch ihre bewußte Intention sein mag – Jimmy Carter, die Freimaurerlogen, der Rat für ausländische Beziehungen und sogar George Bush im Bündnis mit Wall Street und der Kommunistischen Internationale, Luzifers Arbeit tun, indem sie eine neue Weltordnung zu errichten suchen.² Harvey Cox gibt zu, daß er „desillusioniert“ „wütend“ „verzweifelt“ und

wirklich beängstigt in die Zukunft sieht, falls solche Personen in den Vereinigten Staaten an die Macht kommen sollten. Der einzige Trost für ihn (und seine These) ist festzustellen, daß solche paranoide Theologien nur in weißen Gemeinden Wurzeln schlagen. Das ist zugegebenermaßen ein ziemlich schwacher Trost in einem Amerika, das seit langem durch die Rassenfrage gespalten ist!

Warum Politik?

Wie soll man den Übergang vom Religiösen zum Politischen erklären? Sollte man nicht doch dem Kaiser geben, was des Kaisers ist? Tatsächlich war die Beteiligung von „Fundamentalisten“ an der Wahlpolitik bis vor kurzem ziemlich niedrig. Für sie zählte die Vorbereitung auf die andere Welt, Gehorsam gegenüber den göttlichen Befehlen und die Demut der fleischlichen Wesen in diesem Jammertal.

Eine ökonomische Erklärung, die die zeitliche Koizidenz zwischen der langen, mit dem Ölschock 1973 beginnenden Krise und der politischen Wendung zur neuen Religiosität betont, ist verlockend. Schließlich leiden die „kleinen Leute“ unter diesen ökonomischen Bedingungen, während ungezügelter Spekulation Nichtstuer bereichert. Das würde die Dämonisierung der neuen Weltordnung erklären. Die Wendung ins Paranoide würde durch die Tatsache erklärt, daß die Präsidentschaft eines der ihrigen, Ronald Reagans, dieses Bild nicht viel verändert hat. Die selbe Art der Analyse würde unterstellen, daß die Weißen, die in der neuen Bewegung aktiv sind, von deren Ablehnung eines Staates angezogen werden, der ihrer Meinung nach ihre Steuergelder an wertlose Kreaturen verschwendet, von denen sie (fälschlicherweise!) annehmen, sie seien in der Mehrzahl farbig. Dieser Anblick, Bereicherung einer Gruppe und Verarmung der anderen, würde erklären, warum „soziale“ und „moralische“ Fragen auf einmal eine politische Rolle spielen können: Wenigstens so, sagen die Leute sich, können wir uns Gehör verschaffen, unsere Werte zur Geltung bringen und uns als Mitglieder der Gesellschaft fühlen.

Diese sozioökonomische Analyse ist sicher nicht falsch, aber sie ist unvollständig. Mehr noch, sie anzunehmen, kann ein Gefühl der Ohnmacht angesichts der zu starken, nicht zu bewältigenden Mächte fördern. Tatsächlich könnte gerade diese Hinnahme einen weiteren Aspekt des Erfolges der paranoiden politischen Kosmologie der „Dritten Welle“ erklären. Schließlich bekräftigt diese Kosmologie die Verschwörungsthesen und unterstützt so den Glauben mit einem scheinbaren

Beweis, der auf Lucifers Agenten in den Kostümen der Spekulanten und ihrer Unterstützer zeigt.

Aber wenn man dem Kaiser geben muß, was des Kaisers ist, muß man auch Gott geben, was Gottes ist. Harvey Cox betont den Übergang von einer prämillenarischen Theologie zu einem postmillenarischen Glauben. Der prämillenarische Glaube nimmt an, daß die letzten Tage durch eine Reihe von Katastrophen angezeigt werden, den Zeichen der unmittelbar bevorstehenden Ankunft Gottes, der so zurückkommt, *bevor* sein Reich errichtet ist. In diesem Fall ist es nutzlos, seine Zeit in der profanen säkularen Welt zu verschwenden. Die postmillenarische Vorstellung geht davon aus, daß langsam Gerechtigkeit auf der Welt hergestellt und damit die Ankunft Gottes vorbereitet wird, der eine gereinigte Welt weihen wird. Diese Version der biblischen Geschichte fördert natürlich politisches Engagement. Dieses Engagement, „Herrschaftstheologie“ genannt, basiert auf einer Passage der Genesis (1,27) in der Gott befiehlt, der Mensch solle seine Herrschaft „über die Fische des Meeres und über die Vögel des Himmels und über jedes Leben, das sich über das Angesicht der Erde bewegt“ errichten. Diese Passage scheint zu fordern, daß der Mensch jetzt und heute allem, was auf dieser Welt existiert, seine Gesetz aufzwingen soll: Institutionen genauso wie Männern und Frauen, die sich weigern, das göttliche Gesetz zu befolgen. Nur so kann die Ankunft Gottes vorbereitet werden.

Diese theologische Verschiebung hat gefährliche politische Konsequenzen. In seinem Buch *Die neue Weltordnung* erklärt Reverend Robertson: „Es wird keinen Weltfrieden geben, bis Gottes Haus und Gottes Volk ihre gerechte Führungsposition an der Weltspitze erhalten haben. Wie kann da Frieden sein, wenn Trunkenbolde, Kommunisten, Atheisten, New Age-Satansanbeter, weltliche Humanisten, unterdrückerische Diktatoren, gierige Geldwechsler, revolutionäre Mörder, Ehebrecher und Homosexuelle an der Spitze sind?“ Mit dieser theologischen Verschiebung befinden wir uns im Heim der wirklich „politisch Korrekten“ Wie kann man verstehen, was in ihnen vorgeht? Warum, wie Harvey Cox beschreibt, leben sie vor allem in den Vereinigten Staaten?

Sehr amerikanische Politik

Man muß die Beziehung zwischen dem, was die Religion von Amerika genannt wird, und der Religion in Amerika in Betracht ziehen, um diese neue theologisch-politische Haltung zu verstehen. Indem



Dieses Engagement, „Herrschaftstheologie“ genannt, basiert auf einer Passage der Genesis in der Gott befiehlt, der Mensch solle seine Herrschaft „über die Fische des Meeres und über die Vögel des Himmels und über jedes Leben, das sich über das Angesicht der Erde bewegt“ errichten. Diese Passage scheint zu fordern, daß der Mensch jetzt und heute allem, was auf dieser Welt existiert, seine Gesetz aufzwingen soll: Institutionen genauso wie Männern und Frauen, die sich weigern, das göttliche Gesetz zu befolgen. Nur so kann die Ankunft Gottes vorbereitet werden.

die Amerikaner aus Europa und vor dessen sozialer Hierarchie flohen, lehnten sie die Idee einer etablierten Kirche, welche eine neue soziale Elite gesalbt hätte, ab. Die amerikanischen Kirchen waren konfessionell und existierten in der soziologischen Form von Sekten. Das heißt, man gehört ihnen nicht durch Geburt an, sondern tritt ihnen durch die individuell freie Entscheidung basierend auf einer geistlichen Erfahrung bei. (Daher das „Wiedergeburt“-Phänomen heute). Aber diese individuelle Freiheit erklärt die Stärke der Sekten genauso wie deren Schwäche. Um Dauer zu erlangen, müssen diese Sekten ihre Liturgie rationalisieren und festlegen. Aber diese neue, an Regeln gebundene

Form wird früher oder später als Einengung erfahren, als Herrschaft des Buchstabens über den Geist und als Heiligsprechung einer sozialen Hierarchie, die jene auf den unteren Rängen der Gesellschaft ablehnen werden. Diese ausgeschlossenen Schichten werden daher die Sekte verlassen und selbst eine neue bilden, die nun ihrerseits gezwungen ist, Regeln zu entwerfen und ihre Doktrin zu versteifen, und sich damit selbst den lebendigen Quellen der Spiritualität verschließt.

Diese religiöse Spaltbarkeit würde sowohl den verschärften Individualismus der Amerikaner als auch ihren populistischen Antietatismus erklären.³ Auf die gleiche Weise würde der amerikanische Egalitarismus aus der Betonung der Gleichwertigkeit der spirituellen Erfahrung jedes Individuums entspringen. Daher konnte Gleichheit eine Bedeutung erlangen, die nicht eine reale Gleichheit der Bedingungen meint, sondern nur die Garantie der Möglichkeit, in den sozialen Wettbewerb ohne vorgegebene Handicaps einzutreten. Hiermit ist impliziert, daß jeder sich kontinuierlich verbessern kann – und also muß! – und daß die Person, die damit nicht zu Rande kommt an der eigenen Niederlage selbst Schuld hat und für ihre Fehlschläge kritisiert werden kann; mehr noch, daß sie unmoralisch ist und weder unser Mitleid noch unsere Hilfe verdient... Schließlich hätte sie in der gleichen Weise, wie sie ihre Konfession wählen konnte, auch ihren Weg zum Heil wählen können, wenn sie nur gewollt hätte.

Diese Art, seinen religiösen Glauben in Amerika zu leben, hat Konsequenzen für das, was die Religion von Amerika genannt werden kann. Amerika wurde als das neue Israel angesehen: Europa war Ägypten, Amerika würde das gelobte

Land sein. Das unabhängige Amerika wurde so eine Art Kirche, dessen Liturgie von der Verfassung formuliert wurde... aber diese Kirche wird von individualistischen und egalitären Protestanten bewohnt. So wird Amerika als die Verkörperung des Guten gelebt, ein Gutes, das keine Kompromisse mit dem Bösen eingehen darf. Deshalb kann man nur in den Vereinigten Staaten seinen Mitbürger mit einem Vorwurf beschuldigen, er sei „unamerikanisch“ Amerika ist eine Art lebendiger Ideologie, die man in der gleichen Weise wählt wie seine Konfession. Man glaubt oder glaubt nicht – so einfach ist das. Aber da der Glaube Ausdruck eines Willensaktes ist, ist auch das Böse Ergebnis eines Willensaktes – ein Böses, das mit aller verfügbaren Energie bekämpft werden muß. Und da der Wille durch ja oder nein ausgedrückt wird, muß alles, was in die Grauzone der Unsicherheit fällt, zurückgewiesen werden. Das paradoxe Resultat: Ein Individualismus, dessen Wurzeln sowohl populistisch als auch demokratisch sind und der sich in einer Vielfalt religiöser Sekten ausdrückt, wird messianisch: steif, exklusiv und doktrinär.

Diese US-amerikanische Form religiösen Lebens könnte erklären, warum US-amerikanische Pfingstler sich in paranoiden religiösen Kosmologien verfangen können. Diese Religion der Nation hilft, die Verwandlung von Prä- zu Postmillenaristen zu verstehen. Der individualistische und egalitäre kritische Geist, der sich im Leben amerikanischer Sekten zeigt, wollte Tugend institutionalisieren. Dabei wandelte er individuelle Religiosität in eine Art politische Moral. Aber der voluntaristische Aspekt, der zur Religiosität der protestantischen Sekten gehört, und der Perfektionismus, den er voraussetzt, verliehen dieser politischen Moral eine jeden Kompromiß mit dem Bösen ablehnende, utopische Orientierung. Deshalb kann der Pfingst-Geist (in Amerika) eine neue Form dessen werden, was Cox als fundamentalistischen Konservativismus beschreibt.

Wie mit dem Religiösen umgehen?

Sollte man den fundamentalistischen Gebrauch der Religion durch einen besseren ersetzen? Die Gefahr wäre, daß die Politisierung der Religion keinen Raum für Politik im eigentlichen Sinn lassen würde, und das sollte an der Politik der Funda-

mentalisten welcher Schattierung auch immer kritisiert werden.

Es wäre besser, sich selbst zu fragen, was diese neue Erfahrung des Religiösen uns über die Natur von Politik lehrt. Hier sollte man sich der Rolle des Religiösen in der Bürgerrechtsbewegung erinnern. Es war eine Bewegung, die auf Glaubensakten basierte, auf Zeugnis-Ablegen. Diese Akte zeigten die Kraft eines Glaubens und die Entscheidung, ihn individuell auszudrücken. Dieser individuelle Ausdruck suchte die universelle Dimension mitzuteilen, die in der bestimmten Situation steckte, die den Protest hervorbrachte.



Solch eine Mitteilung kann nur glücken, wenn sie in anderen das Gefühl einer gemeinsamen Erfahrung weckt – und das setzt voraus, daß wir alle einen gemeinsamen Glauben teilen. Umgekehrt erklärt diese Verständigungsstruktur, warum Martin Luther King nicht nur an den individuellen Glauben appellierte, sondern an die Verfassung jener „Kirche“ die Amerika verkörpert. Er konnte hoffen, Gehör

zu finden, weil er den doppelten Sinn von Religion akzeptierte und umsetzte: die Religion in Amerika und die Religion von Amerika. Und Martin Luther King wußte im Gegensatz zu den Fundamentalisten, die heute versuchen, die Politik für ihre eigenen Zwecke auszunutzen, daß er nicht ohne den anderen arbeiten konnte.

Wir können nun folgern, daß es zwei Fundamentalismen in den Vereinigten Staaten gibt und daß diese eine doppelte Bedrohung darstellen: Sie können eine politische Religion hervorbringen oder eine religiöse Politik, wobei eines so gefährlich wie das andere ist.⁴ Eine politische Religion würde einen Teil der Bürgerschaft vom gemeinsamen politischen Leben exkommunizieren. Sie würde rigid, dogmatisch und verkalkt werden. Eine religiöse Politik würde der individuellen Entscheidung keinen Raum lassen. Sie würde dem einzelnen in die verborgendsten Tiefen des privaten Lebens folgen, in ein Allerheiligstes, das damit verwüstet und konformistisch werden müßte, und zugleich jede Ausdrucksfähigkeit verlöre. Dieser doppelten Bedrohung kann man sich nicht durch eine Politik entziehen, die Religion einfach ignoriert. Das Religiöse ist, wie Durkheim wußte, nur der Ausdruck sozialen Lebens; und jeder, der das soziale Leben verändern will, muß es in *all* seinen Ausdrücken verstehen. Im Fall des amerikanischen Fundamentalismus heißt das, daß es unmöglich ist, die Gefahr, die von ihm ausgeht, zu bannen, ohne seine beiden Ausdrucksformen zu verbinden – als Religion in und als Religion von Amerika. Gerade diese Verknüpfung brachte am Ende des 19. Jahrhunderts das Social Gospel Movement hervor, dessen Bündnis mit den progressiven (und populistischen) Bewegungen in der Lage war, mit der Zügelung des wilden und spekulativen Kapitalismus seiner Zeit zu beginnen. Was immer dem heute entsprechen mag, die zeugenössischen amerikanischen Fundamentalisten tun es sicher nicht. ■

Aus dem Amerikanischen von Karin Dienst;
Max-Weber-Zitate nach dem amerikanischen Original.

1 Hierzu zwei Punkte. Cox geht zu weit, wenn er die Geburt der Pfingstgemeinde mit der Protestantischen Reformation vergleicht (ebenda 118 f.). Der amerikanische Historiker Richard Hofstadter hat schon für die Zeit des ersten „Great Awakening“ Mitte des 18. Jahrhunderts, eine Opposition ähnlich der von Cox beschriebenen festgestellt und beschreibt deren Wiederauftreten im „Awakening“ des 19. Jahrhunderts. Hofstadter argumentiert jedoch, daß diese Bewegung eine starke antiintellektuelle Bewegung hervorbringt, welche er durch die ganze amerikanische Geschichte verfolgt.

2 Noch einmal: Das ist nicht notwendigerweise etwas Neues. Richard Hofstadter versucht bei der

Erklärung des Aufstieges der Goldwater-Rechten und der John-Birch-Society die historischen Wurzeln dessen, was er „den paranoiden Stil amerikanischer Politik“ nennt, zu zeigen.

3 Und ihren von Hofstadter beschriebenen Antiintellektualismus, der den Geist gegen den Buchstaben setzt, die Gemeinschaft gegen das (liberale und private) Individuum, sofortige materielle Gerechtigkeit gegen formale Gesetze.

4 Da wir in Deutschland sind, sollte das in der Sprache Kants umformuliert werden: Religion ohne Politik ist blind, Politik ohne Religion ist leer.

„Die Analyse der Fragen ist nun weit genug fortgeschritten. Die Konferenz kann sich nun der Suche nach ausgewogenen Lösungen für die herausgearbeiteten politischen Grundfragen zuwenden.“

Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Florenz, 21./22. Juni 1996, zur Beschäftigungspolitik (Bulletin der Europäischen Union 6/96, S. 14.)

Als ziemlich schlagende Teil-Erklärung der österreichischen Nachwahl zum EP reicht das schon fast. Europa schaut auf uns, hieß es. Ja, so wichtig sind unsere Wahlen. (Plakatiert wurde allerdings: „Es geht nicht um Brüssel. Es geht um Tirol“!) Also, falls Europa gerade nichts Besseres zu schauen hatte, konnte es folgendes sehen:

1. Einen fulminanten grünen Wahlsieg. Immerhin haben wir als einzige Partei bei im Vergleich zu den Nationalratswahlen stark, nämlich auf unter 60 Prozent, gesunkener Wahlbeteiligung in absoluten Zahlen (20000 Stimmen) dazugewonnen, während alle anderen verloren – die Sozialdemokraten immerhin beträchtliche 750000 von vormals rund 1,8 Millionen.

Das Wahlziel eines zweiten Sitzes (von 21) im EP wurde allerdings verfehlt, mit knapp 7 Prozent haben sich die Grünen mit Stimmen- und Prozentgewinnen in allen Bundesländern gegenüber der Niederlage von 1995 deutlich stabilisiert, in Wien 10 Prozent geholt, in mittleren Städten noch mehr (Innsbruck z.B. fast 14 %), und das Liberale Forum, das bis Sonntag spätnachts um seinen Sitz zittern mußte, wieder deutlich distanziert.

2. Österreich hat sich strukturell der westeuropäischen Normalität angeglichen: Wir haben jetzt drei Mittelparteien mit je unter 30 Prozent (VVP, SPV, FPV), und zwei deutlich überlebensfähige kleinere Parteien (Grüne und Liberale) mit verschiedensten Koalitionsoptionen. Neueste Untersuchungen zeigen, daß es bei WählerInnen unter dreißig schon fünf ziemlich gleich große Stimmgruppen (mit jeweils zwischen 15 und 20 %) gibt, und noch stärkere WählerInnenwanderungen.

3. Die Sozialdemokraten sind, nach 30 Jahren in der Regierung, auf 28 Prozent abgestürzt und im vormals „Roten Wien“ auf unter 40 Prozent. Die ÖVP hat erstmals seit Jahrzehnten bei bundesweiten Wahlen die SPÖ um ein halbes Prozent überflügelt. Allerdings – und hier muß ich mein vorschnelles Urteil aus der Oktober-Kommune korrigieren – ein Drittel ihrer knapp 29 Prozent verdankt sie laut *exit polls* der Spitzenkandidatin Ursula Stenzel, die auf ihrer Popularität als Fernsehmoderatorin aufbaute und es dann schaffte, sachpolitische Kompetenz und Optimismus zu demonstrieren.

4. Die WählerInnen haben ziemlich flexibel gewählt. Bei den gleichzeitig abge-

haltenen Wiener Gemeinderats- und Landtagswahlen haben beispielsweise die Grünen nur 8 statt 10 Prozent bekommen, die Liberalen viel mehr als bei den Europawahlen, und die SPÖ hat mit ihrem trotz allem noch recht populären Bürgermeister deutlich besser abgeschnitten als die Bundespartei. Der/die idelle GesamtwählerIn wollte wohl sagen, daß jedenfalls Häupl Bürgermeister bleiben, aber am besten mit einer Ampel regieren soll, daß die SPÖ eine g'sunde Watschen verdient hat, die Grünen eine mitbestimmen-

„Denen hamm' wir's aber
gezeigt!“
– Wem eigentlich?

GERHARD FRITZ

de Kraft, aber nicht übermütig werden sollen, während die Wiener ÖVP eh zum Vergessen ist. Die Auguren freilich halten eine Koalition der Verlierer SPÖ und ÖVP für wahrscheinlicher, weil sich außer der Machtaufteilung dann nicht viel ändern muß, während eine Ampel ein doch nicht ganz risikoloser Aufbruch ins nächste Jahrtausend urbaner Politik wäre.

5. Jörg Haider's Freiheitliche haben mit über 27 Prozent zu den Regierungsparteien aufgeschlossen, sind in drei Bundesländern (Salzburg, Kärnten und Tirol) und auch in größeren Städten (z.B. Innsbruck) mit über 30 Prozent stärkste Partei geworden, haben viele Industriegemeinden mit weit über 40 Prozent eingesackt, und laut Wählerstromanalysen 50 Prozent der Arbeiterstimmen gewonnen. Mit einem Satz: Sie sind die Protestpartei des Industrieproletariats geworden. Kurzschlüssige Erinnerungen an eine gewisse „Arbeiter“partei sind allerdings eben das: kurzschlüssig. Nicht jedeR vierte ÖsterreicherIn ist ein Nazi geworden.

Jörg Haider ist ein professioneller Demagoge und hat mit seinem Aufruf „Wahltag ist Zahltag“ der gleichzeitig das ganze Programm war, den gesamten dumpfen Unmut über europaweite Arbeitslosigkeit und blind-monetaristische Budgetkonsolidierung nach der Rasen-

mähmethode, also über die drohende Aufkündigung des sozialpartnerschaftlichen Konsenses zugunsten der Währungsunion um jeden Preis, ebenso wie den Protest gegen das Sparpaket der Bundesregierung und die vielfach diagnostizierte „soziale Kälte“ der „Nadelstreif“ Sozis kanalisiert. Es „denen“ einmal hingeesagt zu haben – und dann auch noch folgenlos, denn die Bundesregierung als solche stand ja nicht zu Wahl – das trieb ihm die Arbeiterstimmen zu.

Wenn Conti ein durchaus profitables Reifenwerk in Ostösterreich schließt, weil in Tschechien noch profitabler produziert werden kann, der Conti-Vorstand den *shareholder value* hochleben und die Bundesregierung wie Bittsteller vor der Türe stehen läßt, dann stellt sich Globalisierung als nackte Bedrohung dar. Wenn Coca-Cola ein Abfüllwerk in Innsbruck schließt und 150 Leute auf der Straße stehen, weil es aufgrund irrsinnig billiger Transportkosten rentabler ist, LKWs voller Cola von Salzburg bis zum Bodensee fahren zu lassen, erscheint Europa eben als jene Bedrohung der „fleißigen kleinen Leute“ die der Multimillionär Haider zu verteidigen vorgibt. Wenig verwunderlich, daß die FPÖ dann in typischen Arbeiterwohnsiedlungen (z.B. im Osten von Innsbruck) mehr Stimmen hat als ÖVP und SPÖ zusammen, während differenziertere grüne Überlegungen über Kostenwahrheit in der Verkehrspolitik dort deutlich weniger als 5 Prozent Zustimmung finden.

Kanzler Vranitzky hat trotz der Sprachregelung ausgegeben, daß innenpolitisch „kein Veränderungsbedarf“ besteht. Trotzdem rumort's in der Partei, seine Tage sind gezählt, und er wird als nächste Stufe in der Karriereleiter wohl die Nachfolge Santer's als Kommissionspräsident anpeilen müssen. Die ÖVP schwankt zwischen Koalitionstreue und Zündeln – jedenfalls wird sie in der Bundesregierung auf mehr Gewicht für ihre Positionen pochen. Die Freiheitlichen werden versuchen, auf Länder- und Gemeinde Ebene, wo in den nächsten Jahren etliche Wahlen anstehen, „den Führungsanspruch umzusetzen“ – also wird auch dort das politische Klima rauher werden.

Man wird weiter so mit sich selber beschäftigt sein, daß Europapolitik wie bisher nicht stattfindet. Die eigenen Positionen (etwa zur Aufnahme eines beschäftigungspolitischen Titels in den EU-Vertrag oder zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips im föderalistischen Geist) werden noch schwächer vertreten werden. – Zahltag war. Für einen europäischen Reformschub hat's nicht gereicht. Es ist bloß ein Rülps er geworden. Österreichisch eben.

Modernisierung des Islam oder Islamisierung der Moderne?



Zur Diskussion um Islam und Politik

JÖRN SCHULZ

Seit der US-Politologe Samuel P. Huntington für das kommende Jahrhundert einen „Zusammenprall der Zivilisationen“ voraussagte und die islamische Zivilisation als Hauptkonkurrenz des Westens identifizierte, schlagen die Wogen der Diskussion hoch. Huntington belebte die These von der Unvereinbarkeit des Islams

mit westlicher Modernität, eine These, die in den letzten Jahren heftig angegriffen wurde, aber weiterhin bedeutende Befürworter in der Wissenschaft hat. Sind die Gemeinsamkeiten zwischen den islamischen Gesellschaften groß genug, um eine islamische Zivilisation als politische und kulturelle Einheit zu bilden?

Bassam Tibi und Bernard Lewis bejahen dies: Die islamische Welt ist grundsätzlich verschieden von der des Westens, denn die Zugehörigkeit zur islamischen Zivilisation bedingt eine andere Art, die Welt zu sehen. Daraus folgt eine grundlegende Ablehnung der westlichen Zivilisation, die zwar nicht unauflösbar ist, aber doch leicht zum Konflikt führen kann. Eine oberflächliche Betrachtungsweise, meinen Reinhard Schulze und Aziz Al-Azmeh, denn seit der napoleonischen Eroberung Ägyptens ist die islamische Welt Teil einer westlich dominierten Welt und gehorcht deren Gesetzen. Man darf sich nicht von der islamischen Rhetorik täuschen lassen, denn dahinter verbergen sich die gleichen Bewegungen, die auch im Westen und in anderen Teilen der Welt zu finden sind.

Islam und Westen:
polare Gegensätze oder
verfeindete Zwillinge?

Im deutschsprachigen Raum ist Bassam Tibi wohl der bekannteste und renommierteste Verfechter der These von einem vor-modernen, mit westlichen Werten unvereinbaren Islam. In *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus* beschreibt er unter Bezug auf die Huntingtonsche These die zivilisatorische Differenz und diskutiert ihre möglichen Folgen. Er stellt islamische und westliche Konzepte anhand der Gegensatzpaare Volkssouveränität/Gottes-herrschaft, Menschenrechte/Sharia und internationales Recht/Jihad-Da'wa-Doktrin gegenüber und kommt zu dem Schluß, daß beide unvereinbar seien.

Trotz einiger Differenzierungen geht Tibi hier von der Existenz einer islamischen Position aus, dabei fallen sowohl der traditionelle „Volksislam“ als auch säkulare Interpretationen von Islam und Politik unter den Tisch. Darüber hinaus betrachtet Tibi diese Position als statisch und ignoriert die Möglichkeit einer inneren Entwicklung, obwohl die islamische politische Theorie sich gerade in den letzten hundert Jahren als überaus wandlungsfähig erwiesen hat. Eine ähnliche Tendenz zur Vereinfachung und statischen Betrachtungsweise zeigt sich bei der Behandlung des Verhältnisses von Ethnizität und Nationalstaat. Der Nationalstaat, nach Tibi die zentrale Organisationsform der Moderne, ist von zwei Seiten bedroht: durch die lokalen ethnischen Kulturen und das übergreifende Zivilisationsbewußtsein.

Tibi betont einerseits, daß ethnische Gruppen keine festen Größen sind und der Klientelismus im Kampf um Macht und Reichtum erst zu Auseinandersetzungen führt, andererseits mutieren die ethnischen Gruppen in seiner Darstellung dann doch wieder zu unwandelbaren Einheiten, die eine nationalstaatliche Integration verhindern. Tibi entpolitisiert die Auseinandersetzungen in der Region, indem er sie auf einen wertfreien Konkurrenzkampf ethnischer Gruppen reduziert, und er isoliert die nahöstliche Politik aus ihrem weltpolitischen Zusammenhang.

„Wenn Soldaten der westlichen Zivilisation (...) am Golf stationiert werden, sind sich Araber und Perser, Schiiten und Sunniten als Gegen-Zivilisation einig; sind sie unter sich, wie im ersten Golfkrieg, dann führen sie Krieg gegeneinander. Diese Komplexität läßt sich nicht durch einfache Formeln schlecht informierter Journalisten und Schreibtisch-Wissenschaftler auflösen.“ Einmal abgesehen davon, daß ein Schreibtisch-Wissenschaftler doch wohl so etwas ist wie ein Acker-Bauer, wird hier deutlich, wie

Tibi trotz seiner guten Informationen eine komplexe Realität in vorgefertigte Schablonen preßt.

Dabei gehen einige nicht unbedeutende Tatsachen unter. Der erste Golfkrieg war ein irakischer Eroberungskrieg (auch wenn Khomeinis Starrsinn den Krieg dann um sechs blutige Jahre verlängerte), und wer Motive und Verlauf dieses Krieges nicht etwas sorgfältiger untersucht, kann die weitere Entwicklung in der Golfregion nicht verstehen. Zentral hierfür ist auch die internationale Dimension; es ist mir ein Rätsel, wie man angesichts des Iran-Contra-Skandals und des zeitweise direkten Eingreifens der US-Marine in das Kriegsgeschehen (um nur die augenfälligsten Beispiele zu nennen) behaupten kann, „Araber und Perser“ seien in diesem Krieg „unter sich“ gewesen.

Tibi konstruiert Zivilisationen als Idealtypen und macht sie zu historischen Subjekten. Er relativiert die Thesen Huntington, indem er klarstellt, daß die Zivilisationen keine monolithischen Blöcke sind, sondern sich aus lokalen Kulturen zusammensetzen. Gegenwärtig würde sich die islamische Zivilisation nur in der Abwehr gegen den Westen zusammenfinden, für die Zukunft allerdings sagt Tibi ein wachsendes „Zivilisationsbewußtsein“ voraus. Aber kann die Tendenz zur Bildung multinationaler Blöcke mit dem Begriff der Zivilisationen überhaupt angemessen erfaßt werden?

Ich halte das Zivilisationsschema Huntingtons (westlich, islamisch, konfuzianisch, japanisch, hinduistisch, slawisch-orthodox, lateinamerikanisch) für recht willkürlich. Wenn der Hinduismus eine Zivilisation begründet, warum nicht der Buddhismus? Warum muß Afrika wieder einmal „unzivilisiert“ bleiben? Konstruktionen dieser Art lassen sich weder widerlegen noch beweisen. Ihre Verteidiger können, wie Al-Azmeah anschaulich beschreibt, auf offensichtliche Unterschiede verweisen: Ein Kopftuch ist nicht das gleiche wie eine Punk-Frisur. Andererseits fällt es nicht schwer, eine andere Einteilung zu ersinnen und beispielsweise eine katholische oder schiitische Zivilisation zu erfinden. Die Frage ist nur: was soll's?

Jede Gesellschaft konstruiert Gruppenidentitäten, und diese Identitäten sind nicht schon deshalb „falsch“ weil sie erfunden sind. Es geht also um die Frage, welchen Erkenntniswert diese Zivilisationslehre hat und welche Ziele damit verfolgt werden. Nun gehört Tibi nicht in die Kategorie der Feindbildproduzenten, aber der Erfolg der Theorien vom „Krieg der Zivilisationen“ hängt sicher mit dem Bedürfnis nach Feindbildern zusammen, deren Bedeutung für das westliche Bewußtsein sich ja nicht in der Rechtfertigung

neuer Rüstungsprojekte erschöpft. Islam und Westen, so meint Michael Lüders, sind „wie verfeindete Zwillinge. In je weiligen Bild des Anderen entdecken sie das verdrängte Unbewußte des eigenen Ichs und reagieren angstvoll: mit kulturellen Stereotypen.“

Feindbild Westen

Nach zahlreichen Abstechern in ethno-soziologische und historische Gefilde, die immer wieder Aspekte der nahöstlichen Realität sichtbar machen, endet Tibis Darstellung in einem solchen kulturellen Stereotyp. Er leugnet die Veränderbarkeit der islamischen Zivilisation nicht, hält dies aber für sehr unwahrscheinlich. Trotz geringer Erfolgsaussichten sei der Dialog das einzige Mittel, eine Konfrontation zu vermeiden. Was aber soll bei einem Dialog herauskommen, der aus der Position einer bornierten westlichen Selbstgefälligkeit propagiert wird, die ebensowenig wie die fundamentalistischen Dogmatik bereit ist, eigene Standpunkte in Frage zu stellen oder gar von anderen etwas zu lernen?

„Der Westen“ ist kein neutrales Wertesystem, das man annehmen oder ablehnen kann, sondern eine überall in der islamischen Welt präsenzte Macht. Und es müssen wohl auch ein paar Abstriche gemacht werden am Bild des Westens als eines Hortes von Rationalität und Humanismus, gerade in der westlichen Nahostpolitik ist von beidem wenig zu spüren. Das Feindbild Westen in der islamischen Öffentlichkeit hat deshalb größere sachliche Berechtigung als die westliche Angst vor der „islamischen Gefahr“ drückt sich aber ebenso in kulturellen Stereotypen aus.

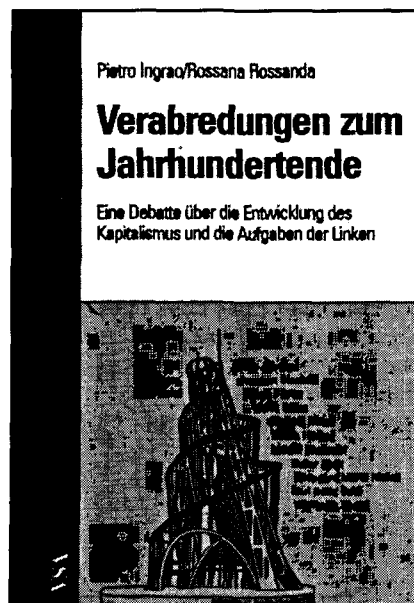
Zweifelloso hat dieses Feindbild Westen eine psychologische Dimension. „Auch nach der Befreiung mußte der intelligente und feinfühlig Araber die weiter bestehende Unterordnung seiner Kultur unter die des Westens spüren“ schreibt Bernard Lewis in *Der Atem Allahs*. Weiterhin benötigte man westliche Technologien und Waffen, auch die Ideologien („selbst die antiwestlichen“) und die Forschungen über die arabisch-islamische Kultur blieben abhängig vom Westen. „Selbst ... die Geräte und Annehmlichkeiten seines Alltagslebens waren Symbole der Knechtung durch eine fremde und dominante Kultur, die er haßte und bewunderte, nachahmte, aber nicht teilen konnte.“ So wurde der Westen zum „großen Versucher“ was nach islamischer Lehre eine der Eigenschaften Satans ist.

Tibi ist der liberale Idealist des Kulturalismus, Bernard Lewis dessen konservativer Realist. In *Der Atem Allahs* schildert er den konkreten historischen Prozeß der is-

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda

Verabredungen zum Jahrhundertende

Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken
296 Seiten; DM 48, ISBN 3-87975-679-1



Mit Beiträgen von: Elmar Altvater, Joachim Bischoff, Frank Deppe, Klaus Dörre, Hartwig Heine, Hasko Hüning, Martin Kronauer, Oskar Negt, Hildegard Maria Nickel, Karl Heinz Roth, Wolfgang Sachs.

Für Ingrao und Rossanda beginnt die Krise der Linken nicht erst mit dem Siegeszug des Neokonservatismus, sondern bereits ein Jahrzehnt zuvor: »Unsere zentrale These ist, daß die Linke den Epochenwechsel nicht verstanden hat, der mit dem Ende des fordistischen Regimes eingeleitet wurde.« Die AutorInnen analysieren Ursachen und Folgen des Epochenwechsels und richten den Blick auf die Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Ihr »Arbeitsplan« wird anschließend diskutiert von repräsentativen AutorInnen der bundesdeutschen Linken.

In Ihrer Buchhandlung
oder direkt bei

VSA-Verlag
Klaus-Groth-Str. 33e
20535 Hamburg
Tel. 040/250 20 23, Fax 250 10 11

VSA

lamisch-westlichen Konfrontation. Auch er geht von einer islamischen Zivilisation aus, die maßgeblich durch die Religion bestimmt wird, sieht aber ein demokratisches Potential: „Einige Merkmale der traditionellen islamischen Zivilisation, etwa Toleranz, soziale Mobilität und Achtung vor dem Gesetz, begünstigen eine demokratische Entwicklung eindeutig.“

Der Westen, so Lewis, zerstörte die nahöstliche Ordnung, die Übertragung westlicher politischer Konzepte scheiterte jedoch, weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen fehlten. Weder konnte der elitäre Parlamentarismus der Großgrundbesitzer demokratisches Bewußtsein schaffen, noch konnten Nation oder Sozialismus von oben verordnet werden. Über viele politische Urteile in diesem Buch ließe sich streiten, und einige Bemerkungen über „die innere Einstellung des Orientalen“ liegen schon hart an der Grenze zum Rassismus. Dennoch werden die Ursachen der islamisch-westlichen Konfrontation hier klarer als in den bürokratischen Konstruktionen Tibis.

Islamische Geschichte als Weltgeschichte

Auch in der *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert* von Reinhard Schulze ist die islamisch-westliche Konfrontation eines der zentralen Themen. Hier wird die islamische Geschichte als Teil der Weltgeschichte behandelt. Drei Charakteristika haben nach Schulze die Entwicklung der islamischen Welt in diesem Jahrhundert bestimmt. Der Territorialstaat war die erste Konstante, auf die sich alle Strömungen bezogen, auch jene, die staatsübergreifende Zusammenschlüsse anstrebten. Die zweite Konstante war der Versuch, eine eigenständige islamische Position innerhalb der westlich dominierten Moderne zu formulieren; Schulze stellt auch die säkulären Ideologien in diesen Kontext. Schließlich war die

Daß im Alltagsleben der islamischen Welt die Religion eine ungleich größere Bedeutung hat als im Westen, ist keine Nebensächlichkeit. Zuwenig Beachtung wird auch dem autoritären, oft antidemokratischen Charakter oppositioneller Bewegungen geschenkt, die hier allzu umstandslos einer islamischen Zivilgesellschaft zugerechnet werden. Insgesamt aber belegt er überzeugend, wie sehr die nahöstliche Politik mit der internationalen Politik verwoben ist und daß von einer isolierten, vormodernen Entwicklung der islamischen Welt keine Rede sein kann.

islamische Welt geprägt vom Stadt-Land-Konflikt, dem Machtkampf zwischen agrarkapitalistischem Großgrundbesitz und städtischem Nationalismus.

Schulze bietet eine faktenreiche Darstellung, die auch einen großen Teil der islamischen Peripherie (Mittel- und Südostasien) einbezieht. Gemessen am allgemeinen Anspruch des Titels gibt es einige Lücken, Schulze konzentriert sich auf die politisch aktiven Kräfte, so daß deren gesellschaftliche Basis und die sozialen Veränderungen recht knapp behandelt werden. Dennoch gehört seine Interpretation zu den wichtigsten Beiträgen in der aktuellen Diskussion um Islam und Politik.

„Ein mit islamischen Termini und Symbolen ausgestatteter Diskurs muß nicht religiös sein“ und der europäische Diskurs sei „in erster Linie eine äußere Form und verfügt keineswegs über einen besonderen Inhalt.“ Deshalb können „islamische Termini und Symbole stets in ‚europäische und umgekehrt ‚europäische in islamische übersetzt werden.“ Dieses *code switching* ermögliche es jeder Strömung und gesellschaftli-

chen Gruppe, ihre Forderungen in islamischen Begriffen zu formulieren. „Die islamischen Ideologien stellten im Wesentlichen nur eine islamische Interpretation globaler Ideologien dar.“

Diese Interpretation ist nicht grundsätzlich neu, wurde hier aber meines Wissens erstmals systematisch dargestellt und empirisch belegt. Schulze neigt dazu, die Welt ein wenig zu sehr um seine Idee anzuordnen. Seine Parallelisierungen tendieren manchmal dazu, existierende politische Differenzen zu verwischen. Daß im Alltagsleben der islamischen Welt die Religion eine ungleich größere Bedeutung hat als im Westen, ist keine Nebensächlichkeit. Zuwenig Beachtung wird auch dem autoritären, oft antidemokratischen Charakter oppositioneller Bewegungen geschenkt, die hier allzu umstandslos einer islamischen Zivilgesellschaft zugerechnet werden. Insgesamt aber belegt er überzeugend, wie sehr die nahöstliche Politik mit der internationalen Politik verwoben ist und daß von einer isolierten, vormodernen Entwicklung der islamischen Welt keine Rede sein kann.

Es klingt sehr optimistisch, wenn Schulze meint, es sei „zu erwarten, daß sich der Charakter des Politischen radikal wandelt und daß die Öffentlichkeit durch neue Merkmale bestimmt wird, die nicht mehr mit den klassischen ideologischen Denk- und Deutungsmustern gleichzusetzen sind.“ Strömungen, die sich dem orthodoxen und islamistischen Diskurs verweigern, haben – sofern sie sich überhaupt artikulieren können – einen schweren Stand. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das Schicksal des ägyptischen Literatur- und Islamwissenschaftlers Nasr Hamid Abu Zaid, der auf höchstrichterlichen Beschluß zum Ungläubigen erklärt und von seiner Frau zwangsgeschieden wurde.

Islam-Interpretation jenseits von Fundamentalismus und Orthodoxie

Sein Buch *Islam und Politik – Kritik des religiösen Diskurses* sei allen empfohlen, die sich näher mit der innerislamischen Diskussion und den Möglichkeiten säkularer Islam-Interpretation beschäftigen wollen. Abu Zaid, dessen frühere Werke bereits heftig angefeindet wurden, entfaltet auf der Grundlage erkenntnis-theoretischer Überlegungen seine Argumentation gegen den „religiösen Diskurs“ der in etwa dem Fundamentalismus entspricht. Das für ein arabisches Publikum geschriebene Buch setzt eine gewisse Vertrautheit mit der politischen, religiösen und philosophischen Debatte um den Islam voraus. Kein ganz leichtes Buch also, aber die stellenweise mühselige Lektüre lohnt.

BUCH-TIP

Werner Herzog, Korrespondent verschiedener Zeitungen in Spanien (darunter auch die *FR*), beobachtet die Entwicklung im Maghreb seit über fünfzehn Jahren. Sein Buch *Algerien. Zwischen Demokratie und Gottesstaat* (Beck'sche Reihe „Länder“, C. H. Beck Verlag, 1995, 197 S., 24,00 DM) gibt einen fundierten Überblick über die Geschichte Algeriens seit dem Altertum. Aber der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung ab 1962, also mit Beginn der Unabhängigkeit vom französischen Kolonialismus. Die Bilder, Karten und statistischen Angaben bilden eine gute Ergänzung zum Text. Kurzbiographien der wichtigsten Politiker und eine Zeitafel sind ebenfalls vorhanden. Eine knappe Literaturliste und ein Stichwortverzeichnis erhöhen die Nützlichkeit des Buches. C. M.

Abu Zaid belegt die Möglichkeit einer kreativen Islam-Interpretation, die sich nicht am Wortlaut, sondern am Sinn der islamischen Botschaft orientiert. Um die seinen Sinn zu ergründen, bedarf es der historisch-kritischen Methode. Abu Zaid argumentiert ausdrücklich als Muslim: Die historisch-kritische Methode stellt den göttlichen Ursprung der Offenbarung nicht in Frage, doch durch den Prozeß der Offenbarung wurde das Göttliche zum Menschlichen, und als von Menschenhand niedergeschriebene Worte sind Koran und Sunna historischen und gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen. Abu Zaid argumentiert betont sachlich und gestattet sich höchstens einige ironische Bemerkungen über die ägyptische Regierungspolitik. In der Sache aber ist sein Angriff frontal. Trotz eurer aggressiven Frömmerei und formalen Gelehrsamkeit, ruft er Islamisten und Orthodoxen zu, habt ihr von der befreienden islamischen Botschaft nichts verstanden.

Es geht hier um die Grundlagen des islamischen Weltbildes, und es geht um die Legitimität von Herrschaft. Abu Zaid's Ziel ist die Entwicklung einer islamischen Befreiungstheologie. Das macht ihn zu einer Gefahr sowohl für den Islamismus als auch für das ägyptische Regime.

Staatsislam und Islamismus sind für ihn zwei Seiten einer Medaille namens „religiöser Diskurs“. Staat und islamistische Opposition streiten um die Rechtgläubigkeit und erklären sich gegenseitig zu Ungläubigen, aber sie bedienen sich der gleichen orthodoxen Methodik und unterscheiden sich allein in ihrer Haltung zur Frage der politischen Macht.

Islamismus, Staatsislam und auch der arabische Nationalismus haben das islamische Erbe eigennützig geplündert, um ihre jeweiligen Ideologien zu legitimieren. Sie alle sehen im Islam ein Mittel zur Eroberung oder Ausübung der Macht. Deshalb kleben sie an einer jahrhundertealten staatstragenden Dogmatik, die sich erst im islamischen Mittelalter mit Hilfe der Staatsmacht durchsetzen konnte. Von diesem Ballast muß der Islam befreit werden, um befreiend wirken zu können. Die islamische Linke, repräsentiert vor allem von Hassan Hanafi, sieht Abu Zaid dabei nicht als Hilfe, da sie „versöhnlerisch“ zwischen Islam und Nationalismus vermitteln will, keine eigenen Ideen hat und sich auch nicht wirklich von den orthodoxen Regeln der Islam-Interpretation gelöst hat.

Als regimetreuer Kritiker allein des oppositionellen Islamismus hätte Abu Zaid vielleicht noch Gnade vor seinen Richtern gefunden, aber auch Regime und Staatsislam waren froh, diesen unbequemen Kritiker ins Exil verschwinden zu sehen. Es gab eine relativ breite Solidaritätsbewe-

gung unter Intellektuellen in Ägypten und der arabischen Welt, und selbst im islamistischen Lager stieß die intrigante Methode auf Kritik; allzu offensichtlich war die Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke. Abu Zaid's Feinde haben einen zwiespältigen Sieg errungen, ihre panische Reaktion auf seine Thesen offenbart Unsicherheit und Schwäche. Sie haben sich in ihrer Rechtgläubigkeit bequem eingerichtet, scheinen aber zu ahnen, daß es zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme mehr bedarf als einer buchstabengetreuen Befolgung koranischer Regeln.

Steht die islamische Welt vor einer Erneuerung der politischen Theologie, die Islamismus und Orthodoxie überwindet? Die theoretischen Ansätze sind vorhan-



den. Einiges, wie die frauenpolitischen Thesen Fatima Mernissi's, wurde von säkulären Oppositionsgruppen übernommen, dennoch hat der Islamismus bisher die größere Mobilisierungskraft.

Im islamistischen Lager sind gewisse Ermüdungserscheinungen erkennbar, aber mit einem schnellen Verebben der fundamentalistischen Welle sollte niemand rechnen.

Es ist mittlerweile allgemein anerkannt, daß der Islamismus eine zumindest „teilmoderne“ Bewegung ist. Sie wird mit der Modernisierung nicht von selbst verschwinden; „antimoderne“ fundamentalistische Bewegungen gibt es in allen Regionen und Religionen, auch dem Westen sind sie nicht fremd. Die vergleichende Fundamentalismusforschung ist fast schon ein eigener Wissenschaftszweig. Ein im positiven Sinne populärwissenschaftlicher Versuch in diese Richtung ist *Herausforderung Fundamentalismus* von Martin E. Marty und A. Scott Appleby Dargestellt werden hier die Grundlagen des Fundamentalismus, gefolgt von Einzelstudien über den protestantischen Fundamentalismus in

den USA, die Siedlerbewegung Gusch Emunim in Israel und den Islamismus (mit Schwerpunkt Ägypten), aus denen immer wieder allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden.

Mythos Authentizität

Fundamentalismus wird als eine moderne Erscheinung betrachtet, die nichts mit der Verwirklichung einer wahren oder ursprünglichen Religion zu tun hat, da „der islamische Fundamentalismus – wie auch Fundamentalismen anderer Religionen – nur eine unter mehreren möglichen, modernen Konstruktionen von Tradition ist.“ Fundamentalistischen Bewegungen werden hier vielleicht manchmal allzu verständnisvoll behandelt, aber das Buch ist weder unkritisch noch romantisierend. Wer sich mit dem Thema allerdings schon näher beschäftigt hat, wird hier wenig Neues finden.



In *Die Rache Gottes* hatte der französische Islamwissenschaftler Gilles Kepel Parallelen in der Entwicklung fundamentalistischer Bewegungen festgestellt, die allgemeinen weltpolitischen Entwicklungen folgten. Die 60er Jahre waren von der Fortschrittseuphorie säkularer Kräfte geprägt, mit der Ernüchterung in den 70er Jahre kam die Stunde des Fundamentalismus. *Der Prophet und der Pharao* erschien bereits 1984, die Neuauflage wurde um ein die 80er Jahre behandelndes

Es hat sich nichts geändert; es ist nur anders geworden.“ So der Kommentar eines Trentiner Provinzangestellten zu einer Tagung über „Amtsmißbrauch“. Sie war Mitte Oktober vom *Ulivo* in Trento veranstaltet worden.

„Amtsmißbrauch“ ist das neueste Schlagwort in der Korruptionsdiskussion in Italien. *Tangentopoli*, das waren Bestechung und Bestechlichkeit in erster Linie auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger, der Abgeordneten, Regierungsmitglieder, Parteien.

Die Sommerpause beendet hatten die Ermittlungen gegen den Chef der italienischen Staatsbahnen, Lorenzo Necci. Sie führten auch zu einem kurzen Beben in der Politik: Als bedenklich galt da schon, daß die Frau Lamberto Dinis den gleichen Steuerberater hat. Prodi konnte nicht umhin, darauf zu verweisen, daß diese Regierung Necci weder ernannt noch in seinem Amt bestätigt habe.

In letzter Zeit verlagert sich das Blickfeld auf Leute, die Posten mit Leitungs- und Entscheidungsfunktionen innehaben. Was dabei an die Öffentlichkeit kommt, scheint teilweise Ergebnis jahrelanger akribischer Recherchen zu sein. Teils gehen sie – wie auch zu Beginn der *manipulate* – auf Anzeigen Betroffener zurück.

Über manches davon braucht man sich nun wirklich nicht zu wundern. Es beweist lediglich, daß alle – die die Gelegenheit hatten – denselben Spielregeln folgten. So wird gegen Mara Venier und Rossana Lambertucci – zwei Stars des RAI – ermittelt. Sie sollen ihre Position mißbraucht haben, über die Plazierung der Werbung im Umfeld ihrer Shows zu entscheiden, entsprechend den Einnahmen, die an sie persönlich geflossen seien. Die Firmen hätten nicht nur die üblichen Beträge an den RAI gezahlt, sondern seien von Mitarbeitern der beiden aufgefordert worden, auch an die Stars selber zu zahlen, wenn sie Wert auf einen guten Werbeblock legten.

Andere Fälle dagegen bestürzen nicht nur hinsichtlich der Unverfrorenheit, sondern mehr noch ob ihrer Verkommenheit. So soll der ärztliche Leiter eines staatlichen Krankenhauses den Angehörigen einer 76jährigen Todkranken erklärt haben, er würde die Frau nur gegen ein Extrasmücken im Krankenhaus behalten.

Überhaupt die Ärzte: Ein anderes Ermittlungsverfahren läuft gegen Angestellte eines lokalen Gesundheitsdienstes (USL), weil diese ihre Patienten an ihre nebenbei betriebenen privaten Einrichtungen komplimentiert haben sollen mit der Begründung, die Diagnostik, die sie in der USL machen könnten, sei nur unzulänglich. Eine ordentliche Arbeit sei bei dem Etat nicht drin. Diese sei nur gewährleistet bei der privat zu bezahlenden Untersuchung in Klinik oder Labor.

Doch manchmal fragt man sich, ob die Maßstäbe der Ermittlungsbehörden nicht

übertrieben streng sind. So wurde in einem anderen Fall in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragen, welche Ärzte in ihrer Arbeitszeit und innerhalb der öffentlichen Sprechstunden ihrer Einrichtung privat Patienten behandelt hätten. Die Ärzte wehrten sich gegen die Inkriminierung mit dem Argument, daß sie auf der anderen Seite unzählige unbezahlte Überstunden gemacht hätten und dies dadurch ausgeglichen werde. – Ein durchaus bedenkenswertes Argument. Und wenn man sich die Gehaltsstruktur in den öffentlichen Diensten anschaut, wird es auch verständlich, daß Nebentätigkeiten so weit verbreitet sind. Darum schreckt

ein härteres Vorgehen gegen jene, die die Grenze zur Illegalität überschreiten, eben nicht weiter.

Schon seit längerem wird in der Regierung und in den Parteien darüber diskutiert, wie die Prozeßflut in Sachen *Tangentopoli* eingedämmt werden könne, ohne daß die Falschen laufengelassen werden. Dabei geht es auch um die Rolle der Gerichte: „Arbeit, aber in der Stille!“ hat Justizminister Giovanni Flick sie aufgefordert. Denn häufig werden Vorladungen und Ermittlungsverfahren in einer Weise oder zu einem Zeitpunkt der Öffentlichkeit bekannt, die vermuten lassen, daß damit gezielt Politik gemacht wird.

So war ein Anlaß für die Trentiner Veranstaltung die Frage, wie künftig Amtsmißbrauch im Gesetz definiert werden solle und welche Rolle dann die Gerichte gegenüber der Verwaltung haben: ist jeder Entscheidung eines Verwaltungsmitarbeiters, durch die ein Bürger sich benachteiligt sieht, als mögliche Fehlentscheidung unter dem Blickwinkel „Amtsmißbrauch“ zu betrachten und dann entsprechend zu verfolgen, oder ist nicht „Mißbrauch“ erst der bewußte Verstoß gegen eine gesetzliche Vorgabe?

Wie das Thema „Amtsmißbrauch“ von den Staatsanwälten und in der Öffentlichkeit behandelt wird, führt es dazu, daß das Mißtrauen der BürgerInnen gegen alle staatlichen Institutionen – und damit die Distanz zu ihnen – noch weiter wächst. Und es lähmt die Verwaltungen, wenn fast jede Entscheidung als Amtsmißbrauch oder Ergebnis einer Bestechung denunziert werden kann. War es früher einfach Ineffizienz, ist es heute immer mehr die Suche nach Wegen, keine Verantwortung für Entscheidungen übernehmen zu müssen, wodurch die Verwaltungen blockiert werden. Selbst leitende Mitarbeiter überlegen sich bei ihren Entscheidungen, wie sie am wenigsten riskieren. Es kommt inzwischen vor, daß Firmen, die einen öffentlichen Auftrag nicht bekommen haben, gerichtlich gegen die Verwaltungsentscheidung vorgehen und auf diese Weise millionenschwere Aufträge blockieren können.

Annemarie Nikolaus

Kapital und ein aktuelles Vor- und Nachwort ergänzt. Kepel befaßt sich hier mit der islamistischen Bewegung Ägyptens in den 70er Jahren, doch die hier untersuchten Gruppen repräsentieren islamistische Strömungen, die sich auch anderswo finden: die sektiererische Militanz der Takfir-Gruppe, die sich von der Gesellschaft trennte und versuchte, in Kommunen ein alternatives islamisches Leben zu führen, das aggressive Abenteuerium der Jihad-Organisation, die glaubte, die Ermordung Sadats würde einen allgemeinen Aufstand auslösen, den geduldigen Reformismus der Muslimbruderschaft und andere Strömungen mehr.

Trotz des etwas reißerischen Umschlagbildes, auf dem ein Bärtiger durch Gitterstäbe seine Hand nach dem Leser ausstreckt, gehört es zu den Vorzügen des Buches, den Islamismus jenseits populistischer Klischees in seiner Bedeutung für die ägyptische Gesellschaft zu betrachten. Eine einheitliche islamistische Bewegung gibt es nicht, Kepel stellt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Strömungen dar und beleuchtet die Grauzone zwischen Staatsislam, populistischen Predigern und Islamismus.

Kepel bezieht sowohl sozio-ökonomische als auch kulturell-religiöse Faktoren in seine Untersuchung ein, längere Zitate aus islamistischen Originalquellen ermöglichen es, sich selbst ein Bild von der islamistischen Ideologie zu machen. Ich kenne kein anderes Buch, das einen so guten Einblick in die islamistische Szene bietet und zudem noch flüssig, ja spannend geschrieben ist. Auch Kepel wurde Kulturalismus vorgeworfen, da er den Islamismus als Ausdruck des „islamischen Wesens“ bezeichnet: „die religiöse Artikulierung eines gesellschaftlichen Phänomens ist nicht seine Verschleierung, sondern seine Enthüllung.“

Aziz Al-Azmeh, ein im Westen lehrender syrischer Islamwissenschaftler, geht in *Die Islamisierung des Islam. Imaginäre Welten einer politischen Theologie* mit dem „Neo-Orientalismus“ all jener, die von der Existenz eines solchen „islamischen Wesens“ ausgehen, scharf ins Gericht. Das Buch besteht aus einer Reihe von Essays, die sich jedoch erstaunlich gut aneinanderfügen. Ähnlich wie Abu Zaid setzt sich Al-Azmeh kritisch mit den ideologischen Tendenzen in der arabischen Welt auseinander. Ihre gemeinsame Grundlage sieht er in einem Kult der Authentizität, die Politik als Wiedererweckung eines vergangenen goldenen Zeitalters versteht. Mit ihrem organisatorischen Weltbild gleichen sie rechten, von der Romantik inspirierten Strömungen im Westen.

Spiegelbild dieser Ideologien ist der westliche Orientalismus, jene wissen-

schaftliche Strömung, die einen Orient als Gegenbild zum Westen konstruiert. Sie geht ebenfalls von einem „islamischen Wesen“ aus, das jenseits historischer und gesellschaftlicher Entwicklungen von der Religion – genauer gesagt: von Koran, Sunna und dem Vorbild der rechtgeleiteten Kalifen – bestimmt wird. Beide klopfen jede Bewegung und Ideologie zunächst darauf ab, ob sie denn auch authentisch sei, also in einer genügend engen Beziehung mit diesem „islamischen Wesen“ steht.

Doch einen islamischen Sonderweg kann es nicht geben, keine Gesellschaft kann sich heute mehr dem westlichen Einfluß entziehen. „In den Randzonen setzt sich dieser Universalismus wegen der Schwäche der ihm zugehörigen Bildungen unvollständig und ungleichmäßig durch; diese Schwäche findet ihr Gegenstück im Insistieren auf ‚Authentizität‘.“ Al-Azmeh bestreitet nicht nur die Authentizität des Islamismus, sondern die Berechtigung des Begriffs allgemein: „In letzter Instanz basiert deshalb die Vorstellung von Authentizität auf der Idee eines Subjekts, das ebenso autark wie selbstevident ist. Der Diskurs, der sich um diese Vorstellung dreht, ist essentialistischer Natur, ganz ähnlich wie sein Gegenstück im Orientalismus.“

Orientalische Impressionen

Was im Westen als authentisch islamisch verstanden wird, unterliegt einem erstaunlich schnellen Wandel. Heute gilt die islamische Welt ja als Heimstätte puritanischer Eiferer, die alles verbieten wollen, was Spaß macht. Doch vor gar nicht so langer Zeit waren mit dem Orient Assoziationen von verderbter Sinnenfreude, Opiumhöhlen und lasziven Haremsdamen verbunden. An diesen „alten Orient“ erinnert Rudolf Gelpke *Vom Rausch in Orient und Okzident*, das 1966 erschien und jetzt neu aufgelegt wurde.

Gelpke ist ein Essentialist der romantischen Schule, am ehesten vergleichbar mit Annemarie Schimmel. In der islamischen Mystik sieht er eine notwendige Ergänzung der technokratischen Rationalität des Westens, diese Position erläutert er am Beispiel der unterschiedlichen Sichtweisen des Rausches. Man muß diesen Standpunkt nicht teilen, um in diesem Buch Interessantes zu finden. Ob die Mystik das „höchste Persönlichkeitsideal in der islamischen Kultur“ ist oder nicht, jedenfalls schildert Gelpke hier einen Teil



der islamischen Realität, der in aktuellen Darstellungen oft untergeht, obwohl es immer noch mehr Sufis und Haschischraucher gibt als Islamisten.

Wer etwas Unterhaltsames und zugleich Informatives über die arabische Welt lesen will, greife zu *Das Lächeln des Propheten* von Michael Lüders. Lüders, Nahostredakteur der *Zeit*, bereiste den Libanon, Syrien, Irak, diverse Golfmonarchien und den Südjemen und beschreibt seine Erfahrungen in einem lebendigen Buch voller Anekdoten. Im Zentrum stehen seine persönlichen Begegnungen: die beklemmenden Bekenntnisse eines libanesischen Heckenschützen, die Debatten kuwaitischer Honoratioren, der Missionseifer jementischer Pilger und vieles mehr. Hier wird unter anderem deutlich, daß es immer möglich ist, einen Dialog zu führen, man sich über das Ergebnis aber keine Illusionen machen sollte. Wo das Wort Gottes gegen das eines Westlers steht, fällt dem Gläubigen die Entscheidung nicht schwer.

Werden sich die kulturellen Stereotypen in der gegenseitigen Sichtweise von

islamischer und westlicher Welt verstärken oder auflösen? Vor allem wird dies von der Entwicklung der politischen Beziehungen abhängen, deren Zerrbild diese Stereotypen sind. Auf der Ebene wissenschaftlicher Theorien und populärer Ideologien werden beide Seiten lernen müssen, ihre Gesellschaftsformen und Weltbilder als offene Konzepte zu begreifen, wenn der Dialog mehr sein soll als ein höflicher Austausch von Floskeln. Erst wenn der Kult der Authentizität überwunden ist, wird der Blick offen für neue Möglichkeiten. ■

1 In seinen neuesten Buch *Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart* grenzt Tibi sich von der Vorstellung eines *homo islamicus* ab, betont aber: „Zweifellos gibt es eine spezifische islamische Denkweise, die mit einer theozentrischen Weltansicht korrespondiert.“ In diesem Buch, das die Entwicklung des Herrschaftsbegriffs in der islamischen Geschichte nachzeichnet, werden rationalistische und reformistische islamische Strömungen stärker berücksichtigt. Die südostasiatischen Muslime, so Tibi, hätten den Anschluß an die Moderne geschafft, weil sie sich von der orthodoxen Tradition gelöst haben.

Nasr Hamid Abu Zaid, *Islam und Politik. Kritik des religiösen Diskurses*, Frankfurt/M. (dipa Verlag) 1996 (223 S., 36,00 DM)

Aziz Al-Azmeh, *Die Islamisierung des Islam. Imaginäre Welten einer politischen Theologie*, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1996 (244 S., 38,00 DM)

Rudolf Gelpke, *Vom Rausch im Orient und Okzident*, Stuttgart (Klett-Cotta Verlag) 1995 (271 S., 39,80 DM)

Gilles Kepel, *Der Prophet und der Pharao. Das Beispiel Ägypten: Die Entwicklung des muslimischen Extremismus*, München (Piper Verlag) 1995 (304 S., 44,00 DM)

Bernard Lewis, *Der Atem Allahs. Die islamische Welt und der Westen – Kampf der Kulturen?*, Wien/München (Europaverlag) 1995 (264 S., 39,80 DM)

Michael Lüders, *Das Lächeln des Propheten. Eine arabische Reise*, Hamburg (Rotbuch Verlag) 1996 (256 S., 38,00 DM)

Martin E. Marty, A. Scott Appleby, Herausforderung Fundamentalismus, Radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1996 (262 S., 39,80 DM)

Reinhard Schulze, *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert*, München (C. H. Beck Verlag) 1994 (445 S., 48,00 DM)

Bassam Tibi, *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*, Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag) 1995 (365 S., 44,00 DM)

Bassam Tibi, *Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart*, München (Piper Verlag) 1996 (443 S., 44,00 DM)

Der Vergleich mit den 60er Jahren fällt positiv aus. Das Unterstufen-Orchester hat dreimal so viele Mitglieder. Das Oberstufen-Orchester, die ersten Pulte sind weiblich besetzt, nähert sich, ebenso wie der Chor hochdiszipliniert professionellen Ansprüchen. Jeder Bogenstrich sitzt, jeder Einsatz stimmt. Die Theater-AG spielt „Ein Sommernachtstraum“ Das humanistische Institut feiert das Jubiläum seines 450jährigen Bestehens. Es erhebt nicht umsonst den Anspruch, das erste am Platz zu sein.

Die Ehemaligen sind eingeladen und können die Veränderungen bestaunen. „Latein? Ja! – Aber gesungen und getanzt!“ Das Projekt der Klasse 6c, bei dem „Kleine und Große Latein als Musical“ feiern und die „musikalische Umsetzung des Erlernens der lateinischen Sprache“ demonstrieren, zeigt vielleicht die Entfernung zu den Ritualen und auch Quälereien früherer Zeiten am deutlichsten.

Festakt in der Stadthalle. Der Direktor streift in seiner mit lateinischen Zitaten reichlich geschmückten Rede frühere Jahrhunderte nur kurz. Als „einschneidendste Veränderung nach Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg“ beschreibt er die „Revolution“ der erzieherischen Atmosphäre nach den Zeiten der Studentenrevolte: Den Übergang zu einem „kommunikativen Stil“ zwischen Lehrern, Eltern und Schülern. Als nächstes ist ein

Schulversuch geplant, der den dafür „geeigneten“ Schülern einen Abschluß bereits nach acht Jahren ermöglichen soll. Ein „Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten“ zeichnet sich ab.

Die Ministerin, von der FAZ kürzlich zur bildungspolitischen Hoffnungsträgerin der CDU gekürt, ruft das 20. Jahrhundert zum „Jahrhundert des Menschen“ aus. Das humanistische Gymnasium liege damit im Zentrum der Aktualität. Entstanden sei der Humanismus aus der Zusammenführung der Tradition der griechischen Antike mit den christlichen Kirchenvätern (war da noch eine weitere Wurzel? Das Wort dafür wird sorgfältig vermieden). Er vermittele ein ganzheitliches Verständnis vom Menschen. Welche Qualifikation konkret Humanisten auszeichnet, läßt sich nach ihrer Meinung *ex negativo* an jenem SED-Funktionär erkennen, der in einer Erzählung von Monika Maron alle Menschen, die Latein können, ins Gefängnis

bringen will. Er selbst nämlich kann kein Latein.

Die Oberbürgermeisterin verzichtet auf solche Definitionsversuche. Sie erhält den größten Beifall des Tages (insbesondere von der Schülerschaft) für die Forderung, mehr Lehrer einzustellen, damit der Altersschnitt im Kollegium unter 50 Jahre gesenkt werden kann.

Der evangelische Landesbischof, ein Ehemaliger, zitiert aus seinem Zeugnis eine Belobigung für Leistungen im „Kriegseinsatz“ – hier konkret bei der

Über Eliten



ROLAND SCHAEFFER



Altpapiersammlung. Zur Belohnung bekam er eine Opernkarte, die ihm ein tiefes kulturelles Erlebnis bei Humperdincks „Hänsel und Gretel“ vermittelte. Auch die Schulspeisung durch die Amerika-

ner ist ihm in Erinnerung geblieben, Ofennudeln mit Milch. Nicht etwas so Luftiges wie ein „idealistisches Bildungsideal“ habe ihm das Gymnasium nahegebracht, sondern in „solider Arbeit“ das „Handwerkszeug zum Verstehen der Welt“

Die Schülervertretung, ein junger Mann und eine junge Frau in abwechselndem Vortrag, will erkennbar nicht stören. Über das Thema Eliteschule ließe sich nach ihrer Meinung viel sagen, aber das würde den Rahmen sprengen. Man lerne durch die Schule, sich zu behaupten und sich zu verständigen, Regeln einzuhalten und selbständig zu arbeiten. Ansonsten sei das Vertrauen zwischen Lehrern und Schülern „verbesserungsfähig“ Weniger Kopfwissen, mehr Miteinander und Verantwortung sollten gelernt werden.

Die Elternvertreterin betont die Notwendigkeit, Wissen von der Basis einzubringen. Der Verein der Freunde des

Gymnasiums hat in den vier Jahrzehnten seines Bestehens insgesamt eine Million DM gesammelt. Von der jüngsten Kollekte werden nun acht Computer gekauft und der Internet-Anschluß finanziert.

Bis dahin hat die Veranstaltung die Benennung der Großverbrechen des Jahrhunderts vermieden. Das bleibt, im Namen des neuen Pluralismus, den Opfern selbst vorbehalten, hier einem Gast aus Paris: Henri Brunswic, Abiturjahrgang 1932, kann sich heute noch äußern, weil er 1933 nach Frankreich geflüchtet ist. Er erzählt von einer Mitschülerin, die er im französischen Internierungslager Gurs wiedertraf und die 1942 nach Osten deportiert und ermordet wurde. Bildung und Wissen seien im 20. Jahrhundert ständig gewachsen, an Humanität hingegen habe es gefehlt. Grausen und Scham erfüllten ihn beim Rückblick. Klassische Philosophie und humanistische Bildung, die er an der Schule gelernt habe, seien da kein Wegweiser gewesen.

Auch er bekommt freundlichen Beifall. Dann übermitteln die Partnerinstitutionen, ein Kibbuz in Israel und ein französisches Gymnasium, ihre Glückwünsche.

Zum Abschluß musizieren wieder die Schüler.

Von einer „allgemeinen Schlampigkeit der Kleidung“ die nach der Beobachtung von Hannelore Schläffer ebenso wie die Schlampigkeit des Verhaltens zum „Stilideal“ unserer Zeit geworden sei, ist nichts zu merken, im Gegenteil. Die Anwesenden sind festlich gekleidet, die meisten männlichen Schüler tragen Anzug und Krawatte, wie Unternehmenseberater. Ausgesucht höflich wird auf Fragen geantwortet. Beim Schulball erweisen sie sich als tanzstundenerprobt.

Ein friedliches Fest in einer friedlichen Republik, getragen von einem enormen Drang nach Kultivierung. Unübersehbar ist der Fortschritt an Zivilität beim Umgang mit Kindern. Was verschlägt es, wenn sich in manchen Jahrgängen gerade noch vier Schüler für den Griechisch-Leistungskurs finden?

„Dulce et decorum, süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben“ hieß es noch in den 60er Jahren. Die institutionellen Erben der humanistischen Bildungstradition kommen ohne solche Verse aus, und auch ohne Widerspruch dagegen. Weshalb die Auseinandersetzung suchen? Elite, das heißt erfolgreich sein. Weshalb Fragen stellen, wenn die Antworten nichts zum Erfolg beitragen?

Nein, das Abendland geht nicht unter. Es funktioniert weiter. ■

Europäische Identität und die soziale Dimension

PETER LOHAUS

Das weitere Zusammenwachsen der europäischen Nationen ist für die friedliche Entwicklung Europas und die Erhaltung und Entwicklung der Gesellschaften unabdingbar und dieser Weg führt nur über die Weichenstellungen von Maastricht. Wie kann aber verhindert werden, daß der in Maastricht vereinbarte restriktive Kurs der Finanz- und Geldpolitik zu einer sozialen Erosion in den Mitgliedsländern führt und die bisher vorhandene Zustimmung in den Bevölkerungen für eine behutsame Überwindung der nationalistischen Politiken dadurch untergraben wird? Gegen die Politik der Bundesregierung und der Bundesbank müssen vor allem zwei Themen in die Öffentlichkeit eingebracht werden: erstens die hohe, für die Zukunft entscheidende Bedeutung der europäischen Absicherung und Ergänzung der nationalen Sozialpolitiken und zweitens die unbedingte Notwendigkeit der Förderung einer „europäischen Identität“ um den erforderlichen politischen Druck und die Unterstützung für eine demokratische und soziale Ausgestaltung der EU zu erzeugen.

Das Problem der sozialen Dimension Europas

Die Beschäftigungskrise wird – vorsätzlich – verstärkt durch die restriktive Geld- und Finanzpolitik der europäischen Regierungen und eine gesellschaftspolitisch schädliche Dominanz von Geldkapitalinteressen. Der Abbau von Sozialstaats- und Arbeitsmarktregulationen wurde deshalb praktisch von allen Regierungen in der EU zum politischen Programm erhoben.¹ Problematischerweise sind EU-Integration und restriktive Geld- und Finanzpolitik im Vertrag von Maastricht miteinander verknüpft. Eine Gegenstrategie, die sich in bloßer Opposition zu Maastricht ergeht, würde auf der anderen Seite aber in Kauf nehmen müssen, daß die unbedingt notwendige Abtretung nationaler Währungs Kompetenzen an eine gemeinsame Währung als gegenwärtiger Kern des politischen Eingangsprozesses der EU scheitert und damit ein Rückfall in eine lange Periode nationalstaatlicher Egoismen eingeleitet wird, deren fatale wirtschaftliche, soziale und vor allem außenpolitische Konsequenzen unabsehbar sind.



Die öffentliche Europadebatte ist verengt auf die Frage der Erfüllung der Maastricht-Kriterien und die bezeichnenderweise besonders die Deutschen quälende Frage ob der Euro ihnen das gleiche Sicherheitsgefühl wird vermitteln können wie ihre „harte“ nationale Währung. Hinter diesen Fragen verschwinden die entscheidenden Probleme.

Europäische Identität im „Eurobarometer“

Subjektive europäische Identität, Nationalstolz und Fremdenfeindlichkeit Tatsächlich verstehen sich knapp ein Sechstel aller repräsentativ Befragten² in der EU als in erster Linie oder gar ausschließlich als Europäer/-innen, während fast die Hälfte sich in erster Linie ihrer Nationalität zugehörig und in zweiter Linie als Europäer/-in fühlt. Nur noch ein Drittel aller Befragten insgesamt in den Ländern der EU verstehen sich ausschließlich nationalistisch – in erster Linie Briten, Dänen und Griechen (jeweils die Hälfte), am wenigsten Franzosen, Italiener und Westdeutsche (ca. jeweils ein Viertel). Die Menschen in Ostdeutschland hingegen stehen Europa deutlich reservierter gegenüber als die Westdeutschen, aber schon sehr viel positiver als alle jene, die auch erst seit kurzem zur EU gehören.

Die Frage nach der europäischen Identität wurde konfrontiert mit der Frage nach dem Nationalstolz. Die Antwort, man sei stolz oder sehr stolz auf die eige-

ne Nationalität schließt mehr ein als die bloße, zufällige Zugehörigkeit zu einem Staatswesen, sie bedeutet, daß die Befragten ihre Nationalität als persönliche Eigenschaft verstehen und ihr einen hohen Wert für sich selbst einräumen.

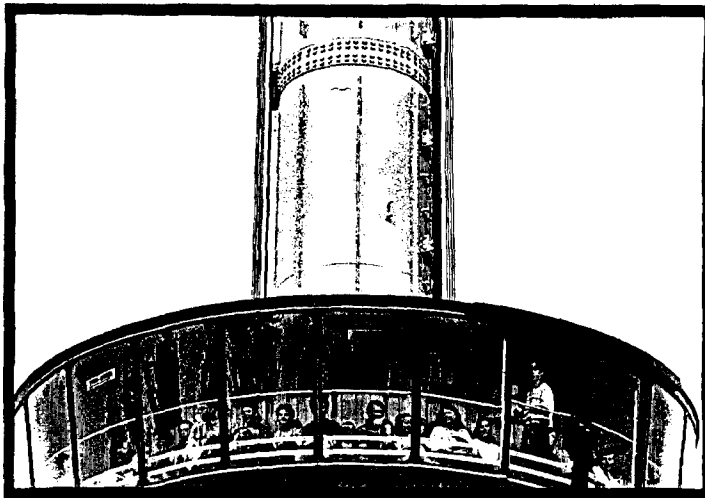
In jedem Land der EU außer Deutschland sind mehr als zwei Drittel stolz oder sehr stolz auf ihre Nationalität – Iren, Griechen und Portugiesen sogar zu mehr als 90 Prozent. Als einzige fallen die Deutschen aus der Rolle: Nur 45 Prozent sind stolz oder sehr stolz darauf, Deutsche/-r zu sein und bei dieser Frage gibt es auch fast gleiche Ergebnisse in Ost- und Westdeutschland. Jede/-r fünfte Westdeutsche verweigert oder weiß keine Antwort, jede/-r sechste ist „überhaupt nicht stolz“ Die Kritik an der eigenen Nation und die Selbstkritik ist in Westdeutschland noch ausgeprägter als in Ostdeutschland. Das ist vielleicht insofern erstaunlich, als rationale historische Gründe für ostdeutschen Nationalstolz nun wirklich schwer erkennbar sind, doch ist zu bedenken, daß dies für jedweden Nationalstolz gilt.

Je ausgeprägter der Nationalstolz bei den Befragten, desto größer ist ihre Reserve gegenüber europäischer Identität, je höher der Bildungsstand und je besser die Kenntnisse über die EU, desto stärker die Identifizierung mit Europa. Eine Mehrheit in allen Ländern hält Nationalstolz für „etwas Natürliches“ oder für „eine Pflicht“ es gibt nur ganz wenige in allen Ländern, die einen Gegensatz von Individualismus und Nationalstolz sehen. Nur in Deutschland, Frankreich und Spanien sehen noch kleine Minderheiten von 10 bis 15 Prozent die Gefahr, daß Nationalstolz zu Kriegen zwischen den Nationen Europas führen kann. (Unklar bleibt mir, ob die Befragten Serbien, Kroatien und Bosnien nicht zu Europa rechnen oder den dortigen nationalistischen Wahn für nicht übertragbar halten.)

Die Kehrseite dieser Orientierungen auf einen in europäischem Rahmen friedlichen Nationalstolz ist allerdings eine verbreitete Ausländerfeindschaft: Über 40 Prozent aller EU-Bürger haben das Gefühl, daß zu viele Ausländer in ihrem Land wohnen. Am verbreitetsten sind diese Überfremdungsgefühle in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Italien, während Deutschland und England leicht unterdurchschnittlich abschneiden. Bei näherer Betrachtung liegt jedoch kein Widerspruch zwischen Ausländerfeindschaft auf der einen Seite und der Vorstellung auf der anderen Seite, zwischen europäischen Nationen könne kein weiterer nationalistisch geschürter Krieg mehr ausbrechen. Zu „Fremden“ werden heute jeweils die nichteuropäischen Minderheiten im eigenen Land erklärt, nicht mehr die anderen europäischen Nationen. Für Belgier, Franzosen und Italiener stellen mehrheitlich die Araber die Fremden dar, während für Deutsche und Niederländer hauptsächlich Türken besonders fremd erscheinen und für Briten die Asiaten.³

Diese Beobachtung deutet auf wenigstens eine Veränderung des europäischen nationalen Bewußtseins hin. Nach zwei nationalistisch geschürten „europäischen Bürgerkriegen“ nehmen sich die Bevölkerungen zumindest der Länder der EU – mehrheitlich als zusammengehörig wahr. Dominant ist nicht die Abgrenzung gegeneinander, allerdings nimmt die Abgrenzung gegenüber den ethnischen Minderheiten im eigenen Land schärfere Formen an. Damit wird weniger eine nationale als eine kulturelle Abgrenzung dominant: europäisch – islamisch, euro-

päisch – asiatisch. Wie bei jeder Identitätsfigurierung wird auch bei der europäischen Identität nicht nur ein Moment der positiven Zugehörigkeit, sondern auch ein Moment der Nicht-Identität, der Abgrenzung gebildet. Europäische Identität erweist sich damit zwar als ein Schritt in Richtung Zivilität zwischen den dazugehörigen europäischen Nationen, doch erscheinen eine Reihe von Konflikten sowohl als interkulturelle Ausgrenzungen innerhalb der Nationen als auch außenpolitisch gegenüber denjenigen nichteuropäischen Staaten, die mit den in Europa ausgegrenzten Kulturen identifiziert werden.



Gewünschte Kompetenzen der EU Das Verhältnis zwischen den souveränen Nationalstaaten und der EU kann ganz rational gestaltet werden, indem diejenigen Kompetenzen an die Gemeinschaft abgetreten werden, bei denen es zum Vorteil aller ist, diejenigen hingegen, die besser national oder regional geklärt werden, auf den unteren Ebenen geregelt werden. Das wird auch mehrheitlich von den EU-Bürger/-innen so gesehen. Insgesamt sind etwa zwei Drittel dafür, daß die Europäische Union in folgenden Fragen entscheiden soll: Kooperation mit der Dritten Welt, Wissenschaft und Forschung, Bekämpfung des Drogenhandels, Außenpolitik gegenüber den Nicht-EU-Staaten und Umweltschutz. Mehrheiten ergeben sich noch für Asylpolitik und Einwanderungspolitik sowie Industriepolitik und sogar – bei allerdings zwischen den einzelnen Ländern stark unterschiedlichen Wertungen – für Verteidigung und Währungspolitik. Für eine europäische statt nationale Verteidigungspolitik sprechen sich vor allem Niederländer, Belgier, Deutsche und Italiener aus, während die Bevölkerung der Länder mit hohem Nationalstolz auch mit großer Mehrheit auf nationalen Streitkräften beharrt. Anders dagegen bei der Währungspolitik: hier sind es vor allem

Briten und – zwar deutlich weniger ausgeprägt, aber dafür angesichts ihrer vergleichsweise großen Zahl schwer ins Gewicht fallend – Deutsche (bezeichnenderweise gleich in Ost und West), die ihre Währungen als Teil ihrer nationalen Identität ansehen. Dies ist die einzige Frage, in der die Deutschen mehrheitlich der EU weniger nationale Kompetenzen zugestehen wollen als der Durchschnitt der Befragten – in fast allen anderen Fragen finden sich überproportional viele Deutsche bereit, der EU mehr nationale Kompetenzen zu übertragen. In diesen Einstellungen drückt sich wohl in der Tat ein „DM-Nationalismus“ aus.

Welche Fragen sollen nach Ansicht der Bürger Europas dagegen auch in der EU national gelöst werden? Mehr als zwei Drittel der Befragten wollen die Bildungspolitik und eine starke Mehrheit die Kulturpolitik national regeln. Mehr als zwei Drittel wollen aber auch das Gesundheitssystem und die Soziale Sicherheit, eine starke Mehrheit den Arbeitsschutz und die Mitbestimmung und eine knappe Mehrheit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit national regeln. Im Fall der Bildungs- und

Kulturpolitik erscheint es selbstverständlich, daß sie – wegen ihrer engen Beziehung zu Identitätsfragen – die typischen Bereiche nationaler und in Deutschland auch föderaler Entscheidungen ausmachen. Genauso große Mehrheiten halten aber den Bereich der Sozialpolitik für ebenso unverzichtbar für die nationale Identität (ein viel größerer Prozentsatz als diejenigen, die eine nationale Armee für die Nation für unverzichtbar halten!), ein Phänomen, das weitaus weniger Beachtung findet.

Dieser letzte Punkt ist so wie ich sehe – auch der einzige, in dem eine deutliche Abweichung zwischen den mehrheitlichen Auffassungen in den Bevölkerungen und den Plänen der EU besteht: Die Angleichung sozialer Mindeststandards und die Schaffung gleicher sozialer Rechte in Europa stehen auf der Tagesordnung der EU und sie wären schon deutlich weiter gediehen, wenn dies nicht von der britischen Regierung (mit Zustimmung von zwei Dritteln der Bevölkerung) massiv boykottiert würde. Hier entsteht offenbar ein für die weitere politische Entwicklung der EU entscheidendes Problem. Die Angleichung sozialer Mindeststandards bis hin zur Entwicklung eines europäischen Arbeits- und Sozialrechtes für europäische

Arbeitnehmer, die die jetzt schon vorhandenen Mobilitätsrechte ausnutzen und im Laufe ihres Arbeitslebens in mehreren Ländern der EU arbeiten, ist unbedingt erforderlich, ebenso wie eine verstärkte Politik zum Ausgleich regionaler Disparitäten (Sozialfonds) sowie die Weiterentwicklung des gemeinsamen Mitgliedstatus von der Menschenrechtskonvention, der Sozialcharta 89, dem Maastrichter Vertrag hin zu europäischen Staatsbürgerrechten, die auch die soziale Dimension einschließen.⁴ Eine Angleichung der europäischen Geld- und Fiskalpolitik, die im Maastrichter Vertrag bereits seit langem festgelegt ist, wird ohne europäische soziale Absicherung zu dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit, zur Erosion der nationalen Systeme sozialer Sicherheit und zu wachsenden sozialen Spannungen führen, in deren Gefolge die EU ihre Legitimation verlieren kann. Das große zusätzliche Problem ist, daß die soziale Dimension Europas kein Bestandteil der europäischen Identität ist und im Bewußtsein der Bevölkerungen der EU nicht verankert ist – oder anders ausgedrückt, daß die kulturellen Besonderheiten und die institutionelle soziale Absicherung den Kern der nationalen Prioritäten ausmachen und auch den Kern des nationalen Bewußtseins bilden.

Hier wird auch das Dilemma traditioneller linker Politik deutlich: Die unbedingte Verteidigung der sozialen Errungenschaften gegen die Angriffe des Kapitals führt zu einer defensiven Strategie, die zwangsläufig auf den Erhalt der nationalen Absicherungssysteme orientiert ist und die in Widerspruch zum universalistischen und internationalistischen Anspruch tritt, der im Grunde die möglichst rasche europäische Einigung erfordert, in der aber unausweichlich die sozialen Systeme angeglichen und damit in den einzelnen Ländern fundamental geändert werden müßten. Insbesondere aus deutscher Sicht ist es wenig realitätstüchtig, wenn der Vertrag von Maastricht mit Ver-



weis auf die mangelnde soziale Komponente abgelehnt wird, ohne daß den deutschen Angestellten und Arbeitern reiner Wein eingeschenkt wird, nämlich daß die Durchsetzung der sozialen Komponente doch niemals einfach in der Ausweitung des deutschen Systems sozialer Absicherung auf ganz Europa bestehen kann.

Aber der Widerspruch zwischen universalistischen Ansprüchen und nationalen Absicherungen besteht natürlich für alle politischen Optionen, und deshalb soll er hier etwas näher betrachtet werden.

Liberales Weltmarktindividuum und Identität

Würden alle Menschen auf der Basis der allgemeinen Menschenrechte geachtet und die individuellen persönlichen und politischen Rechte auch gesellschaftlich und institutionell gesichert, könnte ein Zusammenleben in Freiheit und Wohlstand möglich sein. So lautet das universalistische liberale Credo, aber so einfach geht es nicht. Gerade für die institutionellen Garantien

Bilder S. 20/21: Im Europa-Park Rust (Baden) Fotos: Ilja C. Hendel.

der Rechte sind ein politischer Zusammenhang und eine gesellschaftliche Solidarität notwendig, die für die einzelnen positiv begründet werden müssen.

Nun sind auch in der Bundesrepublik seit längerem die politischen Kräfte im Aufwind, die als gesellschaftliches und persönliches Leitbild propagieren, daß jeder sein eigener Unternehmer sein soll: voll flexibel für die jeweiligen Marktbedürfnisse seiner Firma nicht nur im europäischen, sondern im Weltmaßstab, zu seinem individuellen und der Wirtschaft größtem Nutzen jeweils optimal angepaßt. Hierbei erscheint der Staat als Hemmnis, ist gesellschaftliche Regulierung unproduktiv und soziale Sicherung nichts als ein unnötiger Kostenfaktor. Die Fragen „Wer bin ich?“ und „Zu wem gehöre ich?“ muß der Markt entscheiden, denn jede persönliche und gesellschaftliche Festlegung könnte zum Verlust von möglichen Chancen führen. Derart für den Markt freigesetzte, nach universalisti-

Kongreß

Wir sind wieder WER sind wir?

Beiträge zur Neuorientierung deutscher Außenpolitik

Samstag, 23. November 1996

10.00-18.00 Uhr

Stadthalle Heidelberg

Forum 1:

Das vereinigte Deutschland
und die Normalität

Forum 2:

Globalisierung als Herausforderung
an eine neue deutsche Außenpolitik

mit: Karlhans Damm, Nürnberg*; Ralf Fücks, Bremen; Gerhard Gräber, Karlsruhe; Pascale Hugues, Paris*; Angelika Köster-Lossack, MdB, Heidelberg; Adam Krzemiński, Warschau; Cherifa Magdi, Frankfurt; Claudia Roth, MdEP, Brüssel; Wolfgang Schmitt, MdB, Bonn; Jiřina Šiklova, Prag. (*angefragt)

Eine Veranstaltung der Gesellschaft für politische Ökologie in Zusammenarbeit mit Stiftungsverband Regenbogen/ Heinrich-Böll-Stiftung

Anmeldung und weitere Informationen: GPÖ, Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Tel: 0711 / 28 20 33, Fax: 0711 / 2 62 48 99

schen Prinzipien fungierende autonome Individuen bevölkern die liberale Idealwelt.

Die seit geraumer Zeit allgegenwärtige neoliberale Propaganda beschwört das bis auf Hobbes und Locke zurückgehende Bild des gesellschaftlich ungebundenen einzelnen ohne die entscheidende historische Differenz zu klären: Im 19. Jahrhundert war das Liberale zwar eine geschichtsmächtige Idee, aber als reales gesellschaftliches Verhältnis eine winzige Insel in einer traditionell geprägten Welt. Erst angesichts der sozialen Zerstörungen, die die liberalen Prinzipien in einer zerfallenden traditionellen Welt anrichteten, konstituierte sich die Gesellschaft als moderner Wohlfahrtsstaat. Eine Welt, in der die liberalen Prinzipien ohne gesellschaftliche und gemeinschaftliche Schranken geherrscht hätten, hat es noch nie gegeben. Heute ist die Welt tatsächlich so weit von der kapitalistischen Produktionsweise durchdrungen und sind die traditionellen gemeinschaftlichen Einbindungen tatsächlich weltweit so sehr zurückgedrängt, daß die Härte des Weltmarktes unmittelbar auf die Verhältnisse der Individuen durchschlägt, soweit sie nicht sich selbst mit ihren heutigen Mitteln politisch-gesellschaftliche Schranken dagegen errichten.⁵

Um nichts anderes geht es beispielsweise bei der Durchsetzung beziehungsweise Kritik der neoliberalen Weltbankprogramme: Wie weit können alle Länder der Erde nach den Prinzipien des freien kapitalistischen Wettbewerbs umgestaltet werden? Welche Schranken können dagegen für diejenigen errichtet werden, die unter diesen Umständen in Armut bleiben werden? Und für die Wohlfahrtsstaaten in den entwickelten Ländern geht es um die Frage, wie der allgemein hohe Lebensstandard und die relative Gleichheit der Lebenslagen bewahrt und gestaltet werden können, wo beides doch ganz auf den sozialstaatlichen Schranken hoch produktiver Marktwirtschaften beruht.

So steht zunächst das Problem: Die freigesetzten und ungebundenen Weltmarktindividuen können zwar Freiheit und rechtliche Gleichheit sichern, sich weltweit zu den gleichen Konkurrenzbedingungen organisieren, brauchen abstrakt niemanden auszugrenzen und betrachten weitere Werte, Pflichten und gemeinschaftliche Verbindlichkeiten nur als Privatsachen. Faktisch werden sie scharfe kulturelle, soziale und Einkommensungleichheiten hinnehmen und damit tatsächlich den Genuß von Freiheit, Kultur, sozialer Sicherheit und den Ergebnissen der Wirtschaft nur wenigen zugute kommen lassen. Ideologisch sind alle eingeschlossen, faktisch sind aber viele vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen.

Alle gesellschaftlichen Regulierungen und Formen gemeinschaftlicher Solidarität haben hingegen das Problem, daß mit der Definition der solidarisch und gemeinschaftlich Zugehörigen auch gleichzeitig die Ausgeschlossenen definiert werden: In einer weltweit verflochtenen Gesellschaft ist dies immer auch ein problematischer Prozeß, der – nach der Desavouierung der großen Ideologien von Nationalismus und Rassismus – kaum anders als faktisch oder mit Verweis auf die Begrenztheit der Mittel „begründet“ werden kann. Also: Wie wird vernünftig gerechtfertigt, wie weit der Geltungsbereich sozialer Einschlussrechte zu ziehen ist? Hat das moderne autonome Individuum gewählte Gemeinschaften und Gesellschaften? Schließen sie alle ein, weil sie Menschen sind? Oder nur diejenigen, die freiwillig den gleichen Lebensstil angenommen haben? Oder nur diejenigen, die sich auf den freien Märkten eine entsprechende Position durch Leistung erkämpft haben? Oder nur diejenigen, die Deutsche sind?

Soziale Regulierungen, Gemeinschaften und der demokratische Prozeß der Zivilgesellschaft

Tatsächlich leben wir nicht in der abstrakten dünnen Welt der liberalen Ideale. Jedes demokratische Gemeinwesen bedarf außer seines institutionellen Gerüsts eines Konsenses der Bürgergesellschaft und der freiwilligen „Assoziationsverhältnisse“ (K. Offe), die erst die staatliche Macht und den Zwang durch demokratisches Leben ergänzen. Hier entscheiden kollektive Identitäten über die Zugehörigkeit. Eine lebendige Demokratie wird durch eine Vielzahl mehr oder weniger weit reichender Assoziationen der Zivilgesellschaft mit mehr oder weniger reichenden „Mitgliedschaften“ bestimmt, in denen soziale und politische Belange geregelt werden: von der Nachbarschaft (gehören z. B. die ausländischen Nachbarn dazu?), der lokalen Bürgerinitiative (gehören z. B. auch Hilfsarbeiter dazu?), Koranschulen und Kirchengemeinden, Car-Sharing-Gemeinschaften und Motorclubs, Kleingärtnervereine und Theatergruppen, Studentenvertretern und Handelskammern, Love-Parade-Organisatoren und Fördervereinen für Heimatkunde-Museen. Auf diesen Ebenen werden Interessen formuliert, Ansprüche gegenüber Staat und Gesellschaft geltend gemacht, Rechte eingefordert, öffentliche Ressourcen in Anspruch genommen und Öffentlichkeit über Medien hergestellt. Hier liegt die Basis der kommunalen Politik und von hier aus gelangen auch Impulse in die höheren

Ebenen der Politik, werden Ansprüche im Rechtssystem institutionalisiert und befestigt und so fort.

Die Zugehörigkeiten zu diesen Assoziationen sind aus der Sicht ihrer „Mitglieder“ fließend und weitgehend über unterschiedliche Lebensstile geregelt und drücken sie umgekehrt auch aus. Diese Art der Assoziationsbildung entspricht wegen der hohen Wahlfreiheit, der Möglichkeit des Äußerns individueller Präferenzen und ihrer veränderbaren und den Lebenslagen anpaßbaren „Flüssigkeit“ der spezifischen Weise, in der Menschen ihre „moderne Identität“ bestätigen und scheint ihnen deshalb besonders angemessen. Allerdings können die zentralen Fragen von Zugehörigkeit und Ausschluß nicht gleichermaßen flüssig gewählt werden.⁶

Über die weiterreichenden Zugehörigkeiten und Ausschlüsse, insbesondere über den Zugang zum „sozialen Netz“ wird weitgehend nicht durch individuelle Wahl, sondern durch Gesetze entschieden, wobei heute bei uns die entscheidenden Kriterien die Staatsangehörigkeit und die Erwerbstätigkeit sind. Ist der Wohlfahrtsstaat einmal grundsätzlich ausgestaltet – in der Bundesrepublik bis in die achtziger Jahre – schwindet das klare Bewußtsein darüber, daß es sich hierbei um entscheidende Prozesse der sozialen Inklusion und Exklusion handelt, über die die Grenzen der Gemeinschaft festgelegt werden.⁷ In der Krise des Beschäftigungs- und Sozialsystems muß neu bestimmt werden: Auf welchen Ebenen und mit welchen Reichweiten müssen Assoziationen gebildet werden? Welche sinnvollen Inhalte haben sie? Wie werden gesetzliche „Zwangsmitgliedschaften“ mit gewählten kombiniert?

Demokratie und Elemente der sozialen Gerechtigkeit können auf der Ebene der Nation und Europa nur gefestigt werden, wenn sie von unten getragen werden. Haben sich die europäischen Länder auf freien Geld- und Kapitalverkehr eingestellt sowie einen freien und in der EU unbegrenzten Arbeitsmarkt geschaffen, dann steht es gar nicht mehr zur Disposition, ob, sondern nur wie schnell und auf welchem Niveau nachfolgend die „Lohnnebenkosten“ das heißt die sozialen und Arbeitsmarktregulierungen, angepaßt werden. Allein durch die Konkurrenz des Binnenmarktes wird ein beständiger politischer Druck auf Angleichung legitimiert werden. Umgekehrt muß es den wohlverstandenen Arbeitnehmerinteressen entsprechen, für den entstehenden Typus des „europäischen Arbeitnehmers“ entsprechende Regulationen durchzusetzen und gegenüber dem freien europäischen Kapital eine Absicherung in Form gemeinsamer sozialer Mindestbedingungen zu errichten. Damit aber werden die Fragen der individuel-

len sozialen Absicherung von der nationalen auf die EU-Ebene transponiert. Das kann sicherlich nur dann erfolgreich geschehen, wenn die Arbeitnehmer selbst die EU als Instanz und Institution akzeptieren, mit deren Hilfe sie die höchst prekären Fragen der Grundbedingungen für das Arbeitsleben und die Abgrenzungen zu den Versorgungssystemen und der Armutsversorgung bestimmen können. Die bemerkenswerten, massenhaften gewerkschaftlichen Aktionen gegen Sozialabbau in Frankreich, Deutschland und Italien trugen allesamt noch stark nationale und korporative Züge. Sie hatten eben gerade keine europäische Dimension und verfehlten damit sowohl die übergreifenden wirtschaftlichen und politischen Ursachen des europäischen Sozialabbaus wie auch die Perspektive auf mögliche Lösungen.

Die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft auch in bezug auf die Kernbereiche der sozialen Dimensionen der Länder verlangt ein Umdenken in den Fragen der Interessenformulierung, der gewählten Öffentlichkeit und der Frage der politischen Repräsentation. Es ist neu zu begründen, welche soziale Fragen auf welchem Niveau geregelt werden sollen. Elemente von europäischen sozialen Mindeststandards schaffen Formen der sozialen Solidarität, die den bisher allein ausschlaggebenden nationalen Rahmen überschreiten, damit sind dann selbstverständlich auch andere handelnde Subjekte einbezogen und müssen weitergehende Interessenabgleiche gefunden werden.

Elemente einer europäischen Identität

Die EU weist nahezu alle Elemente der modernen Staatlichkeit auf. Sie hat eine Verfassung in den römischen Verträgen, eine Regierung in Kommission und Ministerrat, eine Legislative im direkt gewählten europäischen Parlament, eine Judikative in den Europäischen Gerichtshöfen, ein Staatsgebiet und ein Staatsvolk durch das Gebiet und die Bevölkerung der Ver-

Die FAZ, beliebt oder verhaßt, ist keine Einheit. Welten trennen beispielsweise die Berichterstattung aus Italien und Spanien. Hans-Joachim Fischer pries Berlusconi noch wie sauer Bier an, als der sich längst umfassend diskreditiert hatte. In der letzten Wahlberichterstattung sah Fischer die Rechte im Aufwind, und als dem schließlich nicht so war, quälte er die Lesertagelang mit seiner „Analyse“, die Mittel-links-Koalition sei nur durch d'Alemas kommunistische Arithmetik-Tricks an die Macht gekommen. Der Mann ist ein Korrespondent, dessen Weltbild „sitzt“, und wenn es mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, hat der Leser Pech.

Bei Walter Haubrich (Jg. 1935) hat der Leser meistens Glück. Er läßt seinen spanischen und lateinamerikanischen Blick, seit 1969 ist er Korrespondent in Madrid, nach oben und unten schweifen, sieht auch das scheinbar Abseitige, besitzt eine gute Portion Ironie und kann auch als Kulturkorrespondent glänzen. Er läßt sich übertra-

schen und weiß zu überraschen. Die Entwicklung Aznars als eher moderaten Mann der Mitte und nicht als revisionistischen Reaktionär sah er schon, als der *Spiegel* Aznar noch zum Symbol einer „Ära der Spießer“ erklärte.

Nun kann man nachlesen, wie Spaniens schwieriger Weg in die Freiheit in der Korrespondenz von Walter Haubrich aussah. Für die „edition tranvia“ (Revue der Iberischen Halbinsel) hat er einen ersten Band von Artikeln, Reportagen und Kommentaren zusammengestellt, der die schleichende und schließlich rasante Erosion des francistischen Systems noch einmal verdeutlicht. „Ich glaube nicht, daß es viele Menschen gibt, die über eine so genaue und tiefreichende Kenntnis des aktuellen Spaniens verfügen wie Walter Haubrich“, schreibt Jorge Semprun in seinem Vorwort. (ma.)

Walter Haubrich, Spaniens schwieriger Weg in die Freiheit. Von der Diktatur zur Demokratie – Band 1: 1973–1975, Berlin (edition tranvia – Verlag Walter Frey) 1995 (275 S., 35,00 DM)

tragsstaaten. Für die Ausbildung einer europäischen Identität kann in vernünftiger Weise auf die geschlossenen Grundlagenverträge, die europäische Menschenrechtskonvention, auf die Ausübung des direkten Wahlrechts und die europäische, grenzüberschreitende Alltagspraxis Bezug genommen werden. Dieser Staatenbund ist wie jeder Staat nur zuständig für die ihm von den Bürgern abgetretenen Funktionen. Betrachtet man diese Bedingungen, so müssen vor allem in folgenden Fragen Fortschritte erzielt werden:

Gegen die Bedrohungsängste von außen, die Angst vor dem vermeintlichen Stabilitätsverlust der DM, dem übersteigerten Vertrauen in die Abschottungsmöglichkeiten der deutschen Grenzen, der Überlegenheit deutschen Militärs und des deutschen Staates, der vermeintlichen Stabilität des deutschen Systems sozialer Sicherung und der lokalen Erfolge im Umweltschutz und auch, abgesetzt gegen die neoliberale Umgestaltung der Welt

hin zu einer losen Ansammlung von Weltmarktindividuen, gilt es zu verstehen, daß

- die äußere Sicherheit nur im europäisch-atlantisch-weltweiten Bündnis zu finden ist,
- die wirtschaftliche Integration unter den gegebenen Bedingungen nur mit einheitlicher Währung voranschreitet,
- die Gemeinschaft auch mit den Staaten im Osten im Bewußtsein gemeinsamer Geschichte und nicht zu wiederholender Fehler gesucht werden muß,
- der Abbau nationalstaatlicher Grenzen und Trennungen in Europa verstärkt wird,
- die demokratischen Rechte auf kommunaler, nationaler und Europaebene verstärkt werden,
- die kulturellen und Selbstverwaltungsrechte gestärkt werden,
- übergreifende solidarische Strukturen in Form von Mindestsystemen sozialer Sicherheit aufgebaut werden und
- Kontrolle und Schutz der Umwelt im europäischen Rahmen erweitert werden.

Diese Form, in der sich die aufgeklärte europäische Identität ausdrückt, kann eine Alternative zu den beiden gefährlichen Strömungen der gegenwärtigen europäischen Politik sein: die eine, in der mehr oder weniger unverhüllt soziale Regulationen abgebaut werden, um erstmals alle Menschen als unabhängige Unternehmer ihrer selbst zum angeblichen Nutzen aller freizusetzen, und die andere, in der partikularistische ethnische Identitäten wiederbelebt werden, die, da sie von keinem „Fremden“ erworben werden dürfen, immer die Keime von Rassismus und Unterdrückung aller Nichtzugehörigen in sich bergen. ■

1 Eine instruktive Erläuterung der Zusammenhänge der aktuellen europäischen Geld- und Fiskalpolitik auf der einen Seite und Sozialpolitik auf der anderen am Beispiel Italien gibt C. Thomasberger in „Marköffnung und Demokratie in Italien“ *Leviathan*, Juni 1996, S. 222–241.

2 Europäische Kommission: Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Das erste Jahr der „Neuen Europäischen Union“ Bericht über die Eurobarometer-Meinungsumfrage 42, Brüssel 1995.

3 Fuchs, D., Gerhards, J., Roller, E., Ethnozentrismus und kollektive Identitätskonstruktionen im westeuropäischen Vergleich, in: Schäfers, B. (Hg.): *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im Neuen Europa*. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992, Frankfurt/New York 1992, Campus, S. 390–399.

4 Flora, P., Europa als Sozialstaat?, in: Schäfers, B. (Hg.) 1992, S. 754–762.

5 Ausführlich hierzu die vorzügliche Darstellung bei Peter Wagner: *Soziologie der Moderne*, Frankfurt/New York 1995, Campus.

6 Ausführlich zur Identitätsbildung: Peter Lohauß: *Moderne Identität und Gesellschaft*, Opladen 1995, Leske und Budrich.

7 Es gehört zu den seltsamen Vorurteilen der deutschen Linken, daß gesellschaftliche Regeln per se fortschrittlich und universalistisch, gemeinschaftliche hingegen reaktionär und partikularistisch seien. In der Wirklichkeit aber sind gesellschaftliche Regeln nur in der Form nationalstaatlicher Rechtsnormen zu haben, und es kommt ganz auf die besonderen Bedingungen an, ob gemeinschaftliche Solidarität oder ein gesetzlicher Anspruch universalistischen Kriterien entspricht.

In Sachen Anti-Diskriminierungspolitik ist die Bundesrepublik Deutschland zweifelsohne ein Entwicklungsland. Während Länder wie Frankreich, die Niederlande oder die USA schon seit Jahren über eine umfangreiche Gesetzgebung zur Vermeidung von (ethnischer) Diskriminierung verfügen, existieren hierzu lediglich einzelne Vorschriften, verstreut zwischen Strafrecht und Betriebsverfassungsgesetz und mit nur begrenztem Wirkungsgrad. Auch das Internationale Abkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung, bereits 1966 unterzeichnet, wurde bisher nicht in nationales Recht umgesetzt. Zwar schreibt das Grundgesetz in Artikel 3 den Gleichheitsgrundsatz fest – einen Auftrag oder eine Legitimation zum Abbau tatsächlicher Ungleichheiten enthält die Verfassung jedoch nicht.

Tatsächlich sind besonders MigrantInnen und ihre Kinder von rechtlichen und faktischen Benachteiligungen und Ausgrenzungen betroffen. Noch immer sind nichtdeutsche Arbeitnehmer in höheren Positionen unterrepräsentiert, werden ausländische Familien bei der Wohnungssuche benachteiligt oder werden „Balkantarif“ bei der Autoversicherung erhoben – von tätlichen Übergriffen ganz zu schweigen.

Allen Grund also für eine aktive und effektive Anti-Diskriminierungspolitik, die nicht nur gesellschaftliche Diskriminierung sanktioniert, sondern auch bestehende Benachteiligungen und staatliche Diskriminierungen aufhebt. Während über die Notwendigkeit von Abwehrgesetzen, die einzelne – nicht nur Nichtdeutsche gegen ungerechtfertigte Diskriminierung schützen, in der Fachdiskussion weitgehend Einigkeit herrscht, sind positive Fördermaßnahmen für den deutschen Kontext selten formuliert – und oft umstritten.

In der sicherlich richtigen Erkenntnis, daß rechtliche Gleichbehandlung und die Verfolgung individueller Fälle von Diskriminierung nicht ausreichen, zielt die positive Diskriminierung auf die Verminderung struktureller Diskriminierung ab.

Auch hier zeigt ein Blick ins Ausland, daß die Instrumente positiver Diskriminierung weit vielfältiger sind als die in der hiesigen Diskussion häufig allein in den Mittelpunkt gerückten Quoten. Ob sie auch übertragbar sind, ist zu diskutieren.

Bei der Quotierung werden Angehörige der bisher benachteiligten Gruppen so lange bevorzugt eingestellt, befördert oder zu einer Ausbildung zugelassen, bis ihre Anzahl ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Zu unterscheiden ist,

□ ob die Quoten außerhalb der Konkurrenz liegen oder sie nur bei gleicher Qua-

lifikation gelten, wie es beispielsweise bei der Frauenförderung in der BRD der Fall ist und

□ ob eine direkt vorangegangene Unterrepräsentanz von Angehörigen ethnischer Minderheiten in dem entsprechenden Beschäftigungszweig nachgewiesen werden muß oder die Regelung allgemeingültig zum Ausgleich früherer, auch historischer Diskriminierung gilt.

Eine andere Möglichkeit bilden Förderpläne, die von starren Quoten absehen und deren Zielsetzungen sowie konkrete

notwendige Festschreibung ethnischer Identitäten, ihre Registrierung ruft nicht nur datenschutzrechtliche Probleme hervor, sondern auch die „Ariernachweise“ der NS-Zeit in Erinnerung.

Förderpläne wollen die ethnische Diskriminierung bekämpfen, zwingen aber Behörden und Betriebe dazu, Menschen ethnisch zu sortieren. Das kann gleichbedeutend sein mit einer ethnischen Stigmatisierung.

Ich wende mich nicht gegen jegliche Form der Förderung, warne jedoch vor unbeabsichtigten, unkalkulierbaren Folgen, die positive Diskriminierung nach sich ziehen kann. Bei zu großen Zugeständnissen an „ethnische Besonderheiten“ werden vor allem konservative Strömungen innerhalb der Minderheiten gestärkt. Dadurch wird die Wandelbarkeit von Kulturen verkannt und Emanzipation verhindert.

Zu befürchten sind auch Gegenreaktionen wie Verstärkung der Ausländerfeindlichkeit, mindestens aber mangelnde Akzeptanz bei der deutschen Bevölkerung: Insbesondere bei Quotenregelungen könnte die Ablehnung von Bewerbungen den Minderheiten angelastet werden. Dadurch würde das Sündenbock-Denken, „die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ erstmals eine reale Grundlage erhalten.

Sicherlich, die soziale Realität, in der vielfältige Diskriminierung längst ethnisches Bewußtsein und Abgrenzung hervorgerufen hat, ist das ursächliche Problem, aber wie schnell können Maßnahmen wie positive Diskriminierung eine zweite, ebenso problematische Realität begründen. Es sollte daher an dem individualrechtsbezogenen, menschenrechtlichen Ansatz festgehalten werden. Meiner Ansicht nach muß zunächst durch die zivilrechtliche Ahndung von Diskriminierung sowie durch die rechtliche Gleichstellung ausländischer Staatsangehöriger und die erleichterte Einbürgerung eine gleichberechtigte Ausgangsbasis und ein Unrechtsbewußtsein in der Bevölkerung geschaffen werden. Erst wenn dieser Prozeß in Gang gekommen ist, wird die Forderung nach positiver Diskriminierung sinnvoll.

Nachdenken sollte man sicherlich über Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle, wie die „contract compliance“ die Bindung öffentlicher Auftragsvergabe oder explizite Berücksichtigung bei Ausschreibungen. Viel spricht auch dafür, daß freiwillige, lokal angepaßte Aktivitäten zur Beseitigung struktureller Diskriminierung vielversprechender sind als national vorgeschriebene Pflichtförderung. Nicht alles läßt sich eben gesetzlich erlangen. ■

Quoten für MigrantInnen?



CEM ÖZDEMİR

Maßnahmen zu ihrer Erreichung von den Unternehmen selbst entworfen und gegebenenfalls von außen kontrolliert werden.

Praktiziert wird auch die Einführung eines Verhaltenskodex, wie etwa in Großbritannien, wo die zuständige Kommission, der „Commission for Racial Equality“ ermächtigt ist, Verhaltensrichtlinien auf dem Gebiet der Beschäftigung herauszugeben. Ziel ist, den Arbeitgebern und anderen Kreisen eine praktische Anleitung zu geben. Maßnahmen zur Beseitigung von Diskriminierung und Förderung der Chancengleichheit werden zwar vorgeschlagen; gesetzliche Verpflichtungen bestehen jedoch nicht.

Alle diese Maßnahmen setzen jedoch eines voraus: Um die Quotierung, aber auch um Formen der positiven Aktion durchführen zu können, wird Betrieben und dem öffentlichen Dienst „ethnic monitoring“ vorgeschrieben, das heißt, es werden Statistiken geführt, wie sich die Belegschaft ethnisch zusammensetzt.

Dies wiederum führt zu dem Kern des Problems: das Dilemma der „ethnischen Zuordnung“ und Registrierung. Das Denken in ethnischen Kategorien würde durch Fördermaßnahmen verstärkt, weil einzelne Menschen nur noch als Vertreter einer Gruppe zählen würden. Verschiedenheit hätte Vorrang vor Gleichheit. Die

Rechnung um Rechnung, Schuld um Schuld

Die deutsch-tschechischen Beziehungen immer noch
im Banne der Abrechnung

BALDUIN WINTER

Am 18. Februar 1995 hielt der tschechische Präsident Václav Havel eine programmatische Rede über das Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen. Ausgangspunkt waren die seit dem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 ins Stocken geratenen zwischenstaatlichen Beziehungen. Hatte sich auf wirtschaftlicher, kultureller und zwischenmenschlicher Ebene ein zunehmend dichter Austausch entwickelt, schwieg auf der staatlichen Ebene die deutsche Bundesregierung gegenüber einer Reihe von Gesprächsangeboten aus Prag. Nach Havels Rede intensivierte sich der Dialog zunächst zögerlich, zurückzuführen nicht nur auf die Interventionen von Vertriebenenfunktionären und CSU-Politikern, sondern auf Meinungsverschiedenheiten in der Regierung selbst. Im weiteren Verlauf traten eine Reihe von Widersprüchen und offenen Fragen zutage, die zum zeitweiligen Stillstand der Verhandlungen (Januar 1996) führten. Mittlerweile gibt es, wenn man Helmut Kohl glauben darf, nur noch „unwesentliche Differenzen“ und eine fast fertige, geheimgehaltene Erklärung, die noch in diesem Jahr von den Parlamenten in Prag und Bonn als „Gemeinsame Erklärung“ verabschiedet werden soll.

Das teilweise sehr taktlose Taktieren der deutschen Regierung wirft die Frage nach ihrer außenpolitischen Konzeption zu den kleineren ostmittel- und südosteuropäischen Staaten auf. Denn die Differenzen in der Regierung bestehen nicht zuletzt darin, ob in der Frage der „Osterweiterung“ eher demokratische oder eher hegemoniale Schritte unternommen werden sollen. Eine weitere Frage ist die Einschätzung der historischen Vorgänge, die auf die aktuellen Verhandlungen Einfluß haben.



Hatte die Bundesregierung schon allzulange gebraucht, um mit Polen zu einem Krieg und Nachkriegszeit abschließenden Abkommen zu gelangen, so sprengten die deutsch-tschechischen Verhandlungen um eine gemeinsame Erklärung jeden Zeitrahmen. Nach des Bundeskanzlers Worten soll sie nun noch vor Jahresende unterschrieben werden. Aber das lange hin und her und das endlose Taktieren der Bundesregierung hat ihr bereits viel der versöhnenden Wirkung genommen, die von ihr ausgehen soll.

Generell orientierte sich die deutsche Ostpolitik seit ihrer Reaktivierung in den sechziger Jahren an der Sowjetunion/Rußland und an Polen und nur in zweiter Linie an den anderen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten. Was die Tschechoslowakei betrifft, waren die Beziehungen lange Jahre auf niedrigstem Stand – der Kriegszustand mit Deutschland wurde erst im Februar 1955 aufgehoben. Sie waren lange Zeit überschattet von Abkommen, die für die eine oder die andere Seite verheerende Folgen hatten: das Münchener Abkommen von 1938 und das Potsdamer Abkommen von 1945.

Im Münchener Abkommen wurde die Tschechoslowakei von Frankreich und England im Stich gelassen und mußte die mit dem Sammelbegriff „Sudetenland“ bezeichneten, mehrheitlich von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnten Gebiete in Böhmen und Mähren an Hitler ab-

treten, was zu einer selten beachteten Vertreibungswelle tschechischer Bürger führte. München bedeutete für die Tschechoslowakei den wesentlichen Schritt zur Auslöschung der Eigenstaatlichkeit durch die Nazi-Okkupation, nahezu völlige Vernichtung der jüdischen Bevölkerungsgruppe, Ausplünderung der Volkswirtschaft zu Kriegszwecken und, bei einem Sieg Hitlers, die Perspektive der Zwangsaussiedlung der Tschechen in sibirische oder wolhynische Reservate.

Im zweiten wichtigen Dokument, das Potsdamer Abkommen von 1945, diktierten die Siegermächte dem Besiegten ihre Friedensbedingungen. Es belastet die deutsch-tschechischen Beziehungen insofern, als darin auch die Gebietsabtretungen und Bevölkerungstransfers festgelegt sind, was das Dokument zum äußeren Rahmen einer großangelegten ethnischen Vertreibungsaktion macht, der Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Für die CSR von Bedeutung ist an diesem Abkommen, daß es von den Grenzen des Deutschen Reichs 1937 ausgeht, das heißt, die durch den Vertrag von München abgetrennten Gebiete von vornherein als tschechoslowakisches Staatsgebiet anerkennt

Das Prinzip der „Trennung von Amt und Mandat“ gehört zu den Grundsätzen, zu denen sich die Grünen verpflichtet haben. Über die Frage, ob dieses Prinzip auch in Zukunft gelten soll, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Man kann vorzüglich darüber streiten.

Die Trennung von (Regierungs-)Amt und (parlamentarischem) Mandat ist verfassungsrechtlich weder geboten noch verboten. Gleiches gilt für die Inkompatibilität von parteipolitischem Amt und parlamentarischem Mandat. Die Kompatibilität von Amt und Mandat verstößt nicht gegen den Gewaltenteilungsgrundsatz, denn verfassungsrechtlich ist das Prinzip der Gewaltenteilung nicht in reiner Form im Sinne einer strikten Trennung der Gewalten, sondern im Sinne von deren Verschränkung normiert. Letztlich laufen die inkompatibilitätsfreundlichen Erwägungen auf die These hinaus, durch Kompatibilität von Amt und Mandat finde eine Machtballung statt, die den Willensbildungsprozeß von unten nach oben in sein Gegenteil verkehre und Machtkontrolle verhindere. Diese Argumentation hat ein gewisses Maß an Plausibilität; allerdings gehört sie jener Species an, die wegen des hohen Abstraktionsniveaus weder verifizier- noch falsifizierbar ist; man kann es glauben oder es lassen.

Worum geht es praktisch? Zur Verdeutlichung seien drei fiktive Beispiele erläutert:

□ Angenommen, ein Mitglied der Grünen-Ratsfraktion in Bielefeld würde zugleich Mitglied des Kreisvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen werden, wäre dann der demokratische Willensbildungsprozeß von Fraktion und Partei berührt? Die Frage aufzuwerfen heißt sie sofort zu verneinen. Dadurch, daß ein Mandatsträger ein Amt übernimmt, werden seine Argumente weder besser noch erhöht sich seine Macht. Wirkliche Macht hat er weder in der einen noch in der anderen Funktion. Informationsvorsprünge mag er erlangen; das ist aber weniger sein Problem als ein Problem der Organisation von Informationen.

□ Angenommen, in einem Bundesland, das von einer rot-grünen Koalition regiert wird, würden die grüne Ministerin und der grüne Minister aufgefordert, ihre Parlamentsmandate zurückzugeben, um dem Prinzip der Trennung von Amt und Mandat zu genügen, und das in Zeiten, in denen die Lage der Koalition mindestens unübersichtlich ist; würde man eine solche Aufforderung politisch gutheißen? Wohl kaum. Die Durchsetzung des Prinzips Trennung von Amt und Mandat unabhängig von Zeit und Raum, also unabhängig von konkreten politischen Bedingungen, ist unsinnig, mindestens in erheblichem Maße erklärungsbedürftig.

□ Angenommen, ein bekanntes grünes Mitglied der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen würde Sprecherin des

Bundesverbandes werden, würde sich etwas am politischen Zustand der Grünen ändern? Es ist schwer vorstellbar, daß eine Person allein deswegen, weil sie zugleich Mitglied des Bundestages ist, maßgebliche Wirkung auf die Partei ausüben kann; und wenn es so wäre, müßte man sich fragen, was eigentlich die Substanz dieser Partei ausmacht.

Die praktische Bedeutung des Prinzips „Trennung von Amt und Mandat“ ist eher gering und kann nur gering sein. Der aktuelle politische Standort der Grünen wird markiert durch politische Beschlußlagen, tradierte Haltungen, eine spezifische politische Kultur, durch Ausba-

lancierung unterschiedlicher Milieus und durch öffentlich bekannte und damit herausgehobene Personen. Ein solches Ensemble unterschiedlichster Faktoren bestimmt, was die Grünen sind – im Unterschied zu anderen Parteien. Im umgekehrten Verhältnis zur realen Bedeutung des Prinzips „Trennung von Amt und Mandat“ steht dessen ideologische Bedeutung als Fixpunkt bewußter Differenz. Hierfür gibt es in Zeiten, in denen die externen Unterschiede zwischen den Parteien geringer geworden oder schwieriger auszumachen sind, ein parteiinternes Bedürfnis. Die entscheidende Frage ist, ob es gelingen kann, den demokratischen Willensbildungsprozeß dadurch offen zu halten, daß die Freiheit zur Wahl beschränkt wird und Personen, die sich zur Wahl stellen könnten, sich nicht zur Wahl stellen dürfen. Es ist ein Widerspruch in sich, Demokratie dadurch befördern zu wollen, daß die Freiheit des Willensbildungsprozesses eingeschränkt wird. Parteiinterne Willensbildungsprozesse sind dann demokratisch zu nennen, wenn sie fortlaufend die Chance beinhalten, den Willensprozeß neu und anders zu gestalten. Hierfür gibt es keine Formel und eine Formel, die die endgültige Antwort gibt, ist das Ende des demokratischen Willensbildungsprozesses. Eine Partei muß die Stärke behalten, immerfort neu darüber zu reflektieren, ob der Willensbildungsprozeß demokratisch ist, ob also die Möglichkeiten auf personelle, Sach- und finanzielle Entscheidungen Einfluß zu nehmen, vorhanden und im Begriff sind, ausgebaut oder beschränkt zu werden. Diese Stärke bekommt sie nicht, indem sie sich dogmatisch Prinzipien unterordnet.

Ein bekannter Publizist soll die Trennung von Amt und Mandat für so wichtig gehalten haben, wie einem Fisch einen Regenschirm aufzuspannen. Das Prinzip ist unsinnig, seine reale Bedeutung ist aber nicht so hoch, daß ein echter Streit löhnen würde. Es ist ein Relikt, das, wenn es nicht heute nach heftiger Debatte aufgehoben, dann morgen friedlich zu den Akten gelegt werden wird.

Uwe Günther

RECHT

Amt und Mandat

und die Umsetzung des im Abkommen festgelegten Bevölkerungstransfers zu einer innenpolitischen Angelegenheit der CSR macht, abgedeckt durch eine Reihe von Dekreten des Präsidenten.

Ein wesentlicher Aspekt des Potsdamer Abkommens besteht darin, daß mit seiner Akzeptanz auch das Münchener Abkommen für nichtig erklärt wird. Und zwar ausdrücklich bestätigt in einigen Noten und Regierungserklärungen bereits in den frühen sechziger Jahren, als die CDU-Regierung unter Ludwig Erhard festhielt, keinerlei territoriale Forderungen gegenüber der CSSR zu haben und sich dezidiert von Äußerungen der Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaften (SL) distanzierte.

Zu einem Springpunkt des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses wurde im Zuge der Ostpolitik Willy Brandts der Prager Vertrag von 1973, in dessen Gefolge erst diplomatische Beziehungen wiederaufgenommen wurden. In diesem Vertrag hielten beide Seiten fest, zu München 1938 nicht einig geworden zu sein. Die deutsche Seite wollte der tschechischen Maximalforderung, eine Annullierung des Vertrags von Anfang an, ex tunc, nicht zustimmen. Dadurch wären rückwirkend alle deutschen Rechtshandlungen auf dem aufgrund des Abkommens abgetretenen Gebiets für rechtswidrig erklärt, was unabsehbare juristische Folgen mit sich gebracht hätte. Das „Unabsehbare“ wären die Restitutionsforderungen der CSSR für die Schäden an Menschen und Land zwischen 1938 und 1945 durch das Nazi-Regime gewesen, die in einer Extunc-Annullierung eine Rechtsgrundlage gefunden hätten. Andererseits war mit der deutschen Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens eine Abgrenzung vollzogen, die im Zusammenhang mit der Akzeptanz der Potsdamer Erklärung die „sudetendeutsche Frage“ im Grunde genommen entschieden hatte. Die Bedeutung dieses Vertrags liegt also darin, daß er formaljuristisch allen Restitutionsansprüchen von Funktionären der SL und ihren Schirmherren in der bayrischen Landesregierung den Boden entzogen hat.

Solange die Ost-West-Konfrontation anhielt, blieben die Positionen auf beiden Seiten starr, auch wenn sich in weiterer Folge die staatlichen Beziehungen etwas verbesserten. Verkompliziert wurde die Situation noch durch die Existenz zweier deutscher Staaten, dem „guten“ und dem „schlechten“ Der „gute“ Staat akzeptierte voll und ganz die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der CSR und stellte in einer „Gemeinsamen Erklärung“ vom Juni 1950 fest, daß „die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabän-

derlich, gerecht und endgültig gelöst“ sei. Bis zum letzten Atemzug und darüber hinaus hielt die KPC an dieser „Gerechtigkeit“ fest: „Die historische Berechtigung zur Aussiedlung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei ergab sich aus der Notwendigkeit, deren erneuten Mißbrauch für die aggressiven Ziele des deutschen Imperialismus zu verhindern. Damit lag diese Maßnahme auch .. im Interesse der Ausgesiedelten selbst. Die Entstehung und Entwicklung militanter Revanchistenorganisationen in der BRD, wie insbesondere der ‚Sudetendeutschen Landsmannschaft‘ bestätigten im nachhinein die Richtigkeit einer solchen Verfahrensweise“ (Dau/Svatosch, S. 143).

Man kann der Bundesrepublik vorhalten, auf die sich mehrenden Signale aus Prag zu einem Dialog viel zu wenig reagiert zu haben. Man muß ihr aber auch zugute halten, daß angesichts dieser Grundpositionen der tschechischen Kommunisten eine Verständigung wirklich schwierig war. Doch konnte die KPC nicht verhindern, daß in den sechziger Jahren ausgerechnet unter Parteihistorikern eine kritische Debatte über die tschechische Vergangenheitsbewältigung einsetzte, die auch durch die Niederschlagung des Prager Frühlings nicht mehr ausgelöscht werden konnte. Diese Aufarbeitung wurde im Untergrund und im Exil fortgesetzt. Ein Ergebnis dieser Debatte war die Entschuldigung Václav Havels an die Vertriebenen in seiner Ansprache zum Neujahr 1990 kurz nach der demokratischen Wende.

War die offizielle Politik nicht selten von schrillen Tönen, Irritationen und Blockaden getrübt, zeichneten sich bei den Menschen ganz andere Formen von „Außenpolitik“ ab. Bei den Sudetendeutschen entfaltete eine Reihe von Initiativen ihre Aktivitäten im Geiste der Verständigung und Aussöhnung (Seliger-Gemeinde, Ackermann-Gemeinde, Adalbert-Stifter-Verein, Collegium Carolinum u.a.). Das wirft die Frage nach dem Repräsentationsanspruch der Funktionäre der SL auf, die überdies nicht einmal eine demokratische Legitimation als gewählte Organe vorweisen können. Noch vor der Wende haben, Schätzungen zufolge, etwa ein Viertel der Vertriebenen ihre Heimat besucht, vielfach Kontakte mit früheren Bekannten und Nachbarn ihrer ehemaligen Häuser hergestellt. Die meisten schlossen nach solchen Besuchen eine Rückkehr aus, viele nahmen dezidiert Abstand von Restitutionsforderungen. Dennoch reagierten die SL-Funktionäre auf Havels Entschuldigung zunächst gar nicht,

1945: Befreiung Prags



sondern kamen Monate später mit neuerlichen Ersatzforderungen nach Prag.

Mit München 1938 wurde die in den Pariser Vororten geschaffene Nachkriegsordnung hinweggefegt: Die demokratische Wende von 1989 stellt die Nachkriegsordnung von Potsdam in Frage, allerdings auf ganz andere Weise als München. Im ersten Fall wurde der Weg für die Expansion des Nazi-Imperiums freigemacht, im zweiten Fall hingegen für den Untergang des Sowjet-Imperiums und für eine demokratische Entwicklung nunmehr unabhängiger Staaten. Man könnte annehmen, daß sich mit der allgemeinen Durchsetzung demokratischer Verhältnisse die Bedingungen für die Verständigung und Annäherung der Staaten verbessert haben – zumal mit der europäischen Integration ein starkes Motiv und ein Rahmen vorhanden sind. Tatsächlich aber sind erst einmal eine Reihe alter Probleme aufgebrochen, haben sich Widersprüche zwischen Staaten und Staatengruppen bis hin zu militärischen Konflikten zugespitzt. Viele dieser Probleme resultieren im Grunde genommen aus einer Sonderform nationaler Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, die István Bibó folgendermaßen definiert:

„Jene Nationen, an deren historischen Grenzen Sprachverwandte lebten oder die über keine historischen Grenzen mehr verfügten, hefteten sich das Programm der Vereinigung aller Sprachverwandten auf ihre Fahnen, jene hingegen, auf deren Territorium auch Anderssprachige lebten, favorisierten die Idee des einsprachigen Nationalstaates. Das Wesen beider Bestrebungen war identisch: Es ging darum, mit ethnischen Faktoren der eigenen politischen Existenz, die auf schwachen Beinen stand, zusätzliches Gewicht zu geben.“

Das Wiederaufleben dieser spezifischen Variante des Nationalismus kocht alte Territorial- und Minderheitenkonflikte

te auf. Für sie bieten sich zwar im veränderten politischen Umfeld neue Lösungsmöglichkeiten an, angesichts der Schwäche der demokratischen Strukturen setzen sich aber oft noch antidemokratische Lösungsstrategien durch. Sie finden ihren Reflex in der Politik der westlichen Demokratien, denn die veränderten Kräfteverhältnisse in Europa haben plötzlich neue Möglichkeiten für hegemoniale Einflußnahme geschaffen – ein Beispiel dafür lieferte die Berlusconi-Regierung mit ihrem Veto gegen das slowenische EG-Assoziationsansuchen.

Auch in den deutsch-tschechischen Beziehungen sind

diese Elemente virulent. Seit der tschechischen Bereitschaft, über die Vertreibung der deutschen Minderheit zu diskutieren, versucht die deutsche Seite mit deutlichem politischen und moralischen Druck, die Debatte auf die Vertreibungsproblematik zu fokussieren, die eigentlich nur das letzte Glied in einer Kette politischer Ereignisse darstellt. Ohne Zweifel ein schwerwiegender Teil dieser Kette, aber eben der letzte.

Vor 1918 war die deutsche Minderheit in den Ländern der böhmischen Krone eindeutig privilegiert und stellte die politische und ökonomische Elite. Die Gründung der CSR auf Basis der historischen und nicht der sprachlichen Grenzen veränderte grundlegend ihren Status. Sie führte nicht nur zum Abbau dieser Privilegien, sie erforderte auch die Einordnung in demokratische Verhältnisse, wobei die Einstufung als nationale Minderheit durchwegs als Deklassierung begriffen wurde. Umgekehrt, seitens der politischen Klasse der CSR, gewährte man zwar gewisse Minderheitenrechte – die CSR war unter den neuen Staaten die bestentwickelte Demokratie – dennoch baute der Staat auf einem Ethnizismus auf, der die Bildung eines einheitlichen Nationalbewußtseins nicht zuließ. Nicht nur die deutsche Minderheit stand 1938 der CSR ablehnend gegenüber, auch die Ungarn und die Slowaken scherten aus. Andererseits ist auch klar, daß das Votum der großen Mehrheit der Deutschen für die Sudetendeutsche Partei nicht einfach ein demokratisches Votum für das Selbstbestimmungsrecht, sondern ein antidemokratisches Votum für die nationalsozialistische Diktatur war. Die allgemeine nationalistische Emotion ermöglichte Hitler erst die rasche Zerschlagung der CSR. Nicht irgendein Unrecht weckte tschechische Rachegefühle, sondern ein faschistisches System, das seiner Drei-Klassen-Einteilung

der Menschen (Arier-Slawen-Juden) eine fürchterliche Praxis folgen ließ. In dieser speziellen Situation arger Verwüstung der Geister und Seelen reagierten die Tschechen mit Haß und Racheakten und führten, mit Billigung der Siegermächte, eine ethnische Säuberung großen Ausmaßes durch. Den Widerspruch zwischen einem ethnisch heterogenen Staat innerhalb historischer Grenzen und einem homogenen Nationalstaat glaubte man auf diese Weise „gelöst“ zu haben.

Legitimiert wurde die Vertreibung durch eine Reihe ineinander verzahnter Dekrete des Präsidenten, eine Sammlung von mehreren hundert Seiten. Grundlegender Zug dieser Sammlung ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das eine Einteilung der Bürger nach ethnisch-nationalen Gesichtspunkten erlaubt (Tschechen, Slowaken, Ruthenen versus Deutsche und Madjaren). Bereits der Erwerb der deutschen oder madjarischen Staatsbürgerschaft – und die Okkupation des Sudetenlandes durch das Deutsche Reich und der südlichen und östlichen Slowakei durch Ungarn führte für beide Nationalitäten automatisch zu einem Wechsel der Staatsbürgerschaft – wurde als Akt der Treulosigkeit „in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik“ (Dekret Nr. 16) bewertet; ausgenommen wurden lediglich Personen, die die fremde Staatsbürgerschaft nicht angenommen haben oder ihre Treue zur CSR bewiesen haben (etwa durch Widerstandsaktionen). Damit wurde eine ganze Volksgruppe via Staatsbürgerschaft ausgegrenzt und zum Feind erklärt; folgerichtig hieß das Dekret Nr. 108 „über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung“. Diese Dekrete haben übrigens inzwischen ihre Gültigkeit verloren. Die von SL-Funktionären und CSU-Politikern geforderte Annullierung „von Anfang an“ meist getarnt mit der Forderung nach moralischer Verurteilung der Dekrete, verfolgt daher den Zweck, die tschechische



Regierung zu bewegen, die Rechtsgrundlage für die Vertreibungen nicht nachträglich, sondern von vornherein aufzuheben und somit die rechtlichen Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche zu schaffen; eine Annullierung also, die im umgekehrten Fall, hinsichtlich des Münchener Abkommens, von der deutschen Bundesregierung strikt abgelehnt worden ist.

Es gibt, und zwar durchaus auf beiden Seiten, hinsichtlich der historischen Aufarbeitung der deutsch-tschechischen Beziehungen große Defizite, obwohl es an differenzierender Literatur nicht fehlt, nicht zuletzt die Veröffentlichungen der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommission. Die Schuldzuweisungen und Entschädigungsforderungen, in der politischen Debatte stets von SL-Funktionären und CSU-Politikern vorgebracht, sind dabei nur die plumpesten Formen dieser Defizite. Weit mehr Bedeutung kommt heute der ge-

sellschaftsrelativierenden Gleichsetzungsformel zu, die Bundespräsident Herzog kürzlich auf einen Nenner gebracht hat: „Deutsche haben vertrieben und deportiert, aber sie sind auch selbst Opfer von Vertreibungen und Deportationen geworden“ (SZ, 9.9.96). Stimmt doch, nicht wahr? Aber wer in geschichtliche Abläufe und Zusammenhänge ein Gleichungszeichen einschmeißelt, darf sich nicht wundern, wenn eine Rechnung daraus wird. Die legt man dem Finanzamt vor – dem des anderen Landes...

An Rechnungen fehlt es in der deutschen Außenpolitik nicht. Es sind Rechnungen mit einer Reihe von Faktoren, wobei am wenigsten der Faktor Geschichte zählt. Wenn Tschechen und Deutsche in der Historikerkommission zu zentralen Fragen durchaus zu ähnlichen oder gemeinsamen Standpunkten kommen können, warum sollen es Politiker nicht auch können? Auch „die Sudetendeutschen“ sind nicht der Faktor, zu dem sie oft hochgespielt werden. Es steht nirgends geschrieben, daß die CDU/CSU auf das Wählerpotential der Vertriebenen Rücksicht nehmen müssen. CDU/CSU verlieren keine Wahlen, wenn sie deren Forderungen nicht unterstützen, denn ihre entscheidende Leistung, für die sie auch mehrheitlich gewählt werden, liegt ganz woanders, nämlich in ihrem Beitrag zur Integrierung dieser Menschen in die Bundesrepublik. Ein Faktor sind die SL (und ihre CSU-Freunde) insofern, als sie der deutschen Außenpolitik als politische Giftzwerg zum Aufschrecken der tschechischen Öffentlichkeit dienen – und die läßt sich, denn da gibt es ja ein schlechtes Gewissen, immer wieder aufschrecken. Mit ihren unannehmbaren Maximalforderungen tragen sie außerdem zur Verzögerung der Verhandlungen bei, denn die deutsche Seite ist heute gar nicht so interessiert an einem raschen Abschluß. Heute ist die tschechische Seite wieder in der schwächeren Position, nicht nur ist ihr der schützende große Bruder abhanden gekommen, sondern sie braucht die Bundesrepublik auch für ihren Einstieg in die Europäische Gemeinschaft. Die Tschechen stellen heute die Frage oft so: Wie weit soll man den Deutschen entgegenkommen, damit sie uns auf die Europaspur lassen? Und die wachsende Deutschenfeindlichkeit resultiert aus der Angst, die Deutschen könnten in Großmacht-Manier Einfluß auf die Entwicklung des Landes nehmen, ähnlich, wie es Italien gegenüber Slowenien bereits getan hat. Denn in der deutschen Außenpolitik ist es noch gar nicht so klar gestellt, ob ein eher demokratischer oder ein eher hegemonialer Kurs eingeschlagen wird. Im Fall der deutsch-tschechischen Beziehungen scheint es, als wolle man allerlei ausprobieren. ■

István Bibó, Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaten. Aus dem Ungarischen von Béla Rásky, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1992.

Der Weg in die Katastrophe – deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission hrsg. von Detlef Brandes und Václav Kural, Klartext Verlag, Essen 1994.

Dieter W. Brücke, Minderheiten im östlichen Mitteleuropa. Deutsche und europäische Optionen. Hg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Nomos Verlag, Baden-Baden 1995.

Rudolf Dau, Franz Svatosch, Neueste Geschichte der Tschechoslowakei, VEB Deut-

scher Verlag der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1985.

Rudolf Hill, Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Europa, Verlag Leske + Budrich, Opladen 1986.

Jörg K. Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918-1978, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978.

Jan Kren, Václav Kural u.a., Die Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen. Eine Sammelschrift tschechischer Historiker aus dem Jahr 1980, Prag (Samizdat).

Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. Vollst. überarb. Ausgabe, Piper Verlag, München 1993.

Polizeieinsätze drohen zu einer neuen Form der Auseinandersetzung mit den rechtsradikalen Abgeordneten in niederländischen Stadtparlamenten zu werden. Der Rotterdamer Bürgermeister Bram Peper wußte sich der Aggressivität und der Drohungen nicht mehr anders zu erwehren. Rechtsextreme Fraktionsmitglieder hatten den Stadtdezernenten H. Meijer vor dem Eingang zum Ratssaal zusammengeschlagen. Gemäß der Politik seit den achtziger Jahren, den Rechtsradikalen keine Gelegenheit zur Propaganda in der Öffentlichkeit zu geben, wurde auch dieser Gewaltakt in den Medien nicht einmal als Meldung mit Nachrichtenwert behandelt.

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dieser vorgeblich demokratischen Verteidigungsstrategie aber vor allem Ohnmacht. Selbst Amsterdam und Rotterdam, die sich ihrer Weltoffenheit rühmen und auch von ihr leben, konnten ein stetiges Anwachsen der sogenannten „Centrum demokraten“ (CD) bis auf 14,6 Prozent der Wählerstimmen bei den letzten Kommunalwahlen nicht verhindern.

Die Rotterdamer CDer gehen momentan ihrer Lieblingsbeschäftigung nach und bringen rassistische Äußerungen über nichtweiße Politiker und Fußballspieler der Stadt in Umlauf. Wenn sie sich dabei langweilen, bekämpfen sie sich gegenseitig. So haben sich vier CD-Abgeordnete nun von ihrer Fraktion abgespalten, weil sie diese zu salonfähig fanden. „Politik muß auf die Straße. Die Bürger erwarten von uns bürgerlichen Ungehorsam“ begründete J. Teijn den Überlauf zu der als noch extremer geltenden „CP' 86“ die sich 1986 von der „CD“ mit gleicher Argumentation abgespalten hatte. Damit wird die Gruppe der „CP' 86“-Abgeordneten um M. Freling, der sich als „erster Nationalsozialist in Rotterdam“ bezeichnet, gestärkt. Dieser scheint sich immer mehr als eine Gallionsfigur des internationalen Rechtsextremismus zu etablieren. Kontakte zu deutschen Neonazis und dem „Vlaamse Militanten Orde“ Antwerpens werden von ihm intensiv gepflegt, so daß die Rotterdamer Polizei in seiner Wohnung auf Verlangen des Karlsruher Amtsgerichts Propagandamaterial beschlagnahmen konnte. In Frelings Zeitung „Eine Bewegung in Waffen“ wurden gewaltsame Umsturzversuche für deutsche Neonazis durchgespielt. War der Rechtsextreme wegen Beteiligung an einem Skinhead-Angriff auf Punker zu drei Monaten Haft verurteilt worden, blieben diese Propaganda-Vergehen bisher ohne jede juristische Konsequenz.

Betreiben die Niederlande die richtige Strategie bei der Bekämpfung der rechtsextremen Gefahr? Jaap van Donselaar, als Soziologe am Leids Instituut voor Sociaal Wetenschappelijk Onderzoek (LISWO) der Reichsuniversität Leiden tätig, bestreitet dies. Jahrelang hat er in Belgien, Deutschland, Frankreich und in den Niederlanden die verschiedenen politischen Strategien, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, untersucht und verglichen. In seinem Buch *Der Staat parat? Die Bekämpfung von*

auffolgenden Wahlerfolgen der Rechtsextremen und gegen deren Wirken kaum noch öffentlicher Protest. Es gibt inzwischen Flüchtlingsheime, die so oft bedroht werden, daß sie nicht einmal mehr die Polizei benachrichtigen. Und über die Verwicklung von Rechtsextremen in gewaltsame Anschläge wurden seit 1984 im Parlament keinerlei Anfragen mehr gestellt.

Auch die Berichterstattung über rassistische Gewalt im Ausland, das heißt natürlich vor allem Deutschland, hat zu einer Haltung geführt, die den eigenen Rechtsextremismus verniedlichend unterschätzt. „Internationale Vergleiche, in denen die Niederlande negativ dargestellt werden, sind selten anzutreffen“ (Van Donselaar).

Mittlerweile zählt man 122 rechtsextreme Politiker in den Stadtparlamenten, womit die Niederlande nur noch von Frankreich übertroffen wird. Die Exekutive, mit der die Niederlande Rechtsextremismus bekämpft, benötigt nach Ansicht van Donselaars nur wenige weitere Möglichkeiten. Nazi-Symbole sind bisher nur verboten, wenn sie offenkundig erkennbar sind. Diese Gesetzeslage hatte Bram Peper zum Beispiel genutzt, um einem CD-Stadtverordneten drei Monate lang Hausverbot zu erteilen, weil dieser ein T-shirt mit dem Foto von Rudolf Heß trug. In der Regel aber verwenden die Extremisten nur verhüllte Anspielungen auf Nazi-Symbolik, wie das von den niederländischen Skinheads getragene Keltenkreuz.

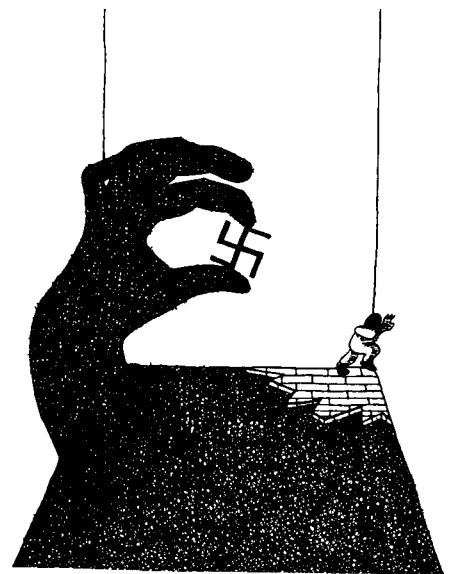
„Das repressive Instrumentarium reicht aber an sich aus“ so konstatiert van Donselaar, „aber das politische System ist zu zugänglich für radikale Splittergruppen.“

Gegengift gesucht

FRANK ECKARDT

Rechtsextremismus in Westeuropa sieht er Deutschland, das noch am meisten Repressionen benutzt, und Belgien, das fast keine gesetzliche Maßnahmen gegen rassistische Propaganda kennt, als die Antipoden, zwischen denen die Niederlande und Frankreich schwanken. „Die Niederlande haben bis jetzt die neuen Nazis und die Rechtsextremisten mit falschen Methoden bekämpft“ so van Donselaar. „Bisher hat das Verbot von öffentlichen Auftritten unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit massiven Polizeieinsätzen genügt.“ Doch der Autor befürchtet ein „trigger event“ wie in Deutschland 1992, einen rassistischen Anschlag oder weitere Wahlerfolge. Dann könne „das gesellschaftliche Klima umschlagen“

Große Sorge bereitet dem Wissenschaftler denn auch, daß der allgemeine Widerstand gegen den Rechtsextremismus in den letzten fünf Jahren abgenommen hat. Alenthalben zeichnet sich ein Gewöhnungsprozeß oder Lähmung ab. Hatten nach dem Einzug der „CD“ in das nationale Parlament 1982 noch 10000 Menschen demonstriert, regte sich bei den dar-





Dorf in Burkina Faso / Westafrika
Fotos: Hans-Jürgen Serwe

Afrikapolitik?

Südlich von Nordafrika und nördlich der Südafrikanischen Republik gilt der größte Teil des Kontinents für die internationale Wirtschaft und Politik weitgehend als abgeschrieben. Auf Seiten der Linken stand er ohnehin nie im Zentrum des Interesses. Auch grüne Politikerinnen und Politiker die sich mit dem allgemeinen Desinteresse nicht abfinden wollen, tun sich schwer. Wie könnte sich daran etwas ändern? Ein Anstoß.

ROGER PELTZER

Nigeria gewinnt mit einem begeisternden Offensivfußball das olympische Turnier in Atlanta, und mehrere Leichtathleten aus diesem bevölkerungsreichsten Land Schwarzafrikas erlaufen und erspringen olympische Medaillen. Trotz des dramatischen Zerfalls der staatlichen Administration, des Niedergangs des gesamten Bildungswesens und des offensichtlichen Verfalls der Sitten in Nigeria macht Olympia schlaglichtartig das enorme Potential des krisengeschüttelten und zum Teil auch heruntergewirtschafteten afrikanischen Kontinents deutlich.

Die Probleme Afrikas sind analytisch nicht einfach zu fassen. Wer nur auf die laufenden Katastrophen abstellt, wird dem Kontinent ebensowenig gerecht wie der Afro-Optimist, der über die enormen wirtschaftlichen, ethnischen und politischen Probleme der meisten afrikanischen Staaten hinwegsieht.

Gibt es eine spezifisch grüne Antwort auf die Probleme Schwarzafrikas? Viele Afrikaner scheinen dies zu erwarten. Dies

zeigt zumindest das bemerkenswerte Interesse, daß sie an dem 1. grünen Afrikakongreß in Berlin gezeigt haben. Die Grünen vermitteln immer noch die Hoffnung, daß sie Wege und Antworten jenseits eingetretener Pfade aufzeigen können. Das macht sie – wie man auch vielfach in Gesprächen in Afrika feststellen kann – interessant für afrikanische Umweltaktivisten, Studenten, Freiberufler und erfolgreiche Unternehmer.

Dieser Hoffnung konnte der 1. Afrikakongreß allerdings nicht gerecht werden. Referate und Diskussionsbeiträge bewegten sich vielmehr in einem Rahmen, wie er sich auf einer Tagung einer der Stiftungen der großen Parteien kaum anders dargestellt hätte. Und das politische Fazit hätte so sicher auch von den Entwicklungspolitikern anderer Parteien untergeschrieben werden können.

Dennoch glaube ich, daß die Grünen etwas bessere Voraussetzungen für eine innovative Diskussion über die Grenzen und Möglichkeiten einer Afrikapolitik mitbringen als die beiden großen Partei-

en. Und dies liegt nicht nur daran, daß das Umweltthema auch in Afrika noch an Bedeutung gewinnen wird.

Grüne sind ihrem Selbstverständnis nach Anwalt von Minderheiten, und sie haben sich aus einer absoluten Außenseiterposition ins Zentrum der politischen Diskussion in der Bundesrepublik vorgekämpft. Das macht sie zu einem natürlichen Ansprechpartner der afrikanischen Eliten, die um die kulturelle, politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung ihrer Länder kämpfen, ohne die eigene Identität aufzugeben. Und die Grünen vereinen in ihren Reihen auch in markanter Weise zwei ganz unterschiedliche und zum Teil konträre Herangehensweisen an die afrikanische Realität. So wird man im grünen Diskurs sowohl das vehemente Eintreten für die universelle Geltung der Menschenrechte wie auch die Verteidigung „authentischer“ afrikanischer Traditionen finden können. Wenn es den Grünen gelingt, die darin angelegten Widersprüche fachkundig und sachlich zu diskutieren und nicht hinter Formelkompromissen zu verbergen, können sie Substantielles zur Afrikadebatte beitragen.

Um den Weg für eine solche Debatte freizumachen, sollten allerdings zuvor einige nicht nur „grüne“ Mythen beseitigt werden.

■ **Gibt es eine spezifisch afrikanische Form der Demokratie?** Für einen Großteil der Afrikaner und dies gilt insbesondere auch für die Eliten, ist das heimatliche Dorf immer noch wesentlicher Bezugspunkt. Dort lebt ein Teil der Familie, dort werden die oft aufwendigen

Begräbnisfeierlichkeiten zelebriert, dort kann man sich im Fall von Arbeitslosigkeit zurückziehen, dort baut man sich – ein entsprechendes Einkommen vorausgesetzt – seinen Alterssitz.

In der gesellschaftlichen Willensbildung der Dörfer bilden traditionelle Führer, Geheimgesellschaften, das Senioritätsprinzip eine tragende Rolle. Entschlüssen geht zwar ein oft langwieriger Konsensbildungsprozess voraus. Dieser folgt aber ganz anderen Gesetzmäßigkeiten als der „individualistisch“ geprägte politische Pluralismus westlicher Prägung. Die Einparteiensysteme „kapitalistischer“ und „sozialistischer“ Prägung im nachkolonialen Afrika waren auch der Versuch, das dörfliche Konsensbildungsprinzip auf Nationen zu übertragen, und insofern eine spezifische afrikanische – wenn auch nicht unbedingt taugliche – Antwort auf die Erfordernisse der damaligen Zeit.

Im Gespräch mit den Vertretern der Schichten, die sich vehement für eine Demokratisierung ihrer Länder einsetzen, das heißt mit Rechtsanwälten, Journalisten, Studenten, dynamischen Unternehmern wird der europäische Beobachter erstaunt feststellen, daß diese sich auf nationaler Ebene oder auch in den großen Städten für Parteienkonkurrenz und demokratische Wahlen einsetzen, dies aber für ihr „Heimatdorf“ ganz selbstverständlich ablehnen. Dies ist nicht nur Ausdruck des Zwiespaltes zwischen Tradition und Moderne, sondern hat oft auch etwas mit den vorhandenen ethnischen Konflikten zu tun, die sich auf der Ebene des Dorfes in der Regel nicht stellen. Die „westliche“ Parteienkonkurrenz wird da vielfach zur modernen Form des Austragens ethnischer Konflikte, die vorher im Rahmen der Einheitsparteien mehr oder weniger mühsam unter dem Deckel gehalten werden konnten. Mehr Demokratie kann deshalb im Einzelfall auch die Gefahr des Eskalierens ethnischer Konflikte mit sich bringen.

Dies ist kein Plädoyer für die Aufrechterhaltung des Status quo. Die notwendige moralische Erneuerung der afrikanischen Gesellschaft ist gerade auf diejenigen angewiesen, die sich mit Nachdruck für eine Demokratisierung ihrer Länder einsetzen. Eine faire Bewertung von Demokratisierungsanstrengungen in Afrika wird aber zugestehen, daß es im Einzelfall schwierig, wenn nicht unmöglich ist, politischen Pluralismus zu fördern, ohne zugleich ethnische Konfrontationen mit allen damit verbundenen Risiken zu forcieren.

■ **Demokratische Institutionen so gestalten, daß in die politische Willensbildung auch (modernisierte) Elemente traditioneller Strukturen aufgehen**
Sind Sanktionen zum Schutz der Menschenrechte sinnvoll, aber zur Sicherung

einer vernünftigen Wirtschaftspolitik moralisch unanständig? In der grünen Diskussion ist es völlig selbstverständlich, für politisches Fehlverhalten (z.B. Menschenrechtsverletzungen) Sanktionen einzufordern, wirtschaftliche Auflagen bei der Gewährung von Krediten oder Wirtschaftshilfe aber abzulehnen.

Diese ist eine Art doppelter Moral. Wenn man beispielsweise der Meinung ist, daß der tatsächlich oder vermeintlich Stärkere dem Schwächeren grundsätzlich keine Bedingungen diktieren sollte, müßte man konsequenterweise politische und wirtschaftliche Auflagen ablehnen. Auch die Berufung auf die UN-Menschenrechtscharta hilft nicht weiter, sind doch alle afrikanischen Staaten Mitglieder von IWF und Weltbank und demzufolge auch im Hinblick auf ihre Wirtschaftspolitik entsprechend vertraglich eingebunden.

Der instinktiven Ablehnung wirtschaftlicher Auflagen liegt wohl eher zugrunde, daß diese die betroffenen Staaten dazu bringen sollen, ihrem verbleibenden Schuldendienst nachzukommen. Und da hält sich bei vielen Grünen hartnäckig die Vorstellung, daß die Zahlung von Zinsen unsittlich sei.

Natürlich ist die finanzielle Situation der meisten afrikanischen Staaten so verfahren, daß weitgehende Schuldenerlasse notwendig sind. Andererseits ist es auch so, daß viele Staaten ihren Verpflichtungen aus dem Schuldendienst in größerem Umfang nachkommen könnten, wenn sie ordentlich Zölle und Steuern erheben würden. Hinter der Nichtrückzahlung von Schulden verbirgt sich insofern auch eine – manchmal gigantische Umverteilung – zugunsten privater Akteure aus Afrika und Europa.

Deshalb ist es sinnvoll und angemessen, die Vergabe von Krediten – wie dies ja auch in Deutschland bei jedem Unternehmen, das Schwierigkeiten hat, tägliche Praxis ist – mit Auflagen zu verbinden, die verhindern sollen, daß das Geld zweckentfremdet wird.

Hinzu kommt eine Erfahrung, die der Autor als langjährig aktives Mitglied einer Nichtregierungsorganisation mit dem „Verschenken von Geld“ gemacht hat. Auch das „leichte“ Geld wird mit Erwartungen verknüpft, die, wenn sie nicht erfüllt werden, zu einer Vielzahl von Enttäuschungen und Konflikten zwischen den Partnern führen. Es ist deshalb allemal für beide Seiten transparenter, wenn Erwartungen und Auflagen offengelegt und dann verhandelt werden. Dabei wird sich im übrigen herausstellen, daß der vermeintlich schwächere Partner auch über Verhandlungsmacht verfügt, etwa weil er Teile der Öffentlichkeit hinter sich weiß, oder verschiedene „Geber“ gegeneinander ausspielen kann.

Das harte, aber faire Aushandeln von wirtschaftlichen Beziehungen kommt auch den jungen Eliten (die übrigens nicht immer physisch jung sein müssen) Afrikas entgegen, die es leid sind, sich in der Position des Almosenempfängers wiederzufinden. Sie kennen ihre jeweiligen Stärken und Schwächen und ihre Position in der westlichen Öffentlichkeit recht genau und wollen aus eigener Kraft das Beste daraus machen.

Auch deswegen, sollte das grüne Diskutieren darüber, ob Auflagen berechtigt sind oder nicht, endlich ein Ende finden. Die Diskussion über das Wie und den richtigen Zeitpunkt von Sanktionen und Auflagen ist wesentlich spannender. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Strukturanspassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, deren Konditionen in der Tat zur detaillierten Kritik herausfordern. Der zunehmend unfruchtbare Streit darüber, ob diese Programme nun „global“ abzulehnen oder zu befürworten seien, hat leider in der Vergangenheit viel kritische Potenz an eine Fragestellung gebunden, die letztlich in Afrika politisch nichts bewegt und keinen Programmverantwortlichen der Bretton-Woods-Institutionen davon abgehalten hat, immer detailliertere Auflagen zu formulieren.

Mit einer detaillierten „unideologischen“ und auch vergleichenden Kritik der Wirksamkeit von Auflagenkatalogen von



**südostasien
informationen**

**Soziale
Bewegungen**

Heft Nr 3/96

aus dem Inhalt:
Soziale Bewegungen und NRO in Südostasien und in Vietnam, Singapur, Indonesien, den Philippinen
Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften in Thailand

außerdem:

- 8. Parteitag der KP Vietnams
- Khmer Rouge zerbricht
- Zur Rolle der Monarchie in Thailand
- Thailand: Buddhismus in der Krise
- Malaysia: Tod einer politischen Idee

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
Behinderte Menschen

erscheinen vierteljährlich
Einzelheft: 72 S.
Preis: DM 9,-
Doppelheft: 96 S.
Preis: DM 14,-
(zzgl. Porto)
Jahresabonnement:
DM 36,- für Einzelpersonen
DM 72,- für Institutionen

erhältlich bei:
**Südostasien-
Informationsstelle**
Bulmerhaus 11
D-45327 Essen
Tel.: 0201/830 38-18
Fax: 0201/830 38-19
E-Mailing im Internet:
seainfo@geod.geonet.de

KonWit: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302481
Postgare Dortmund (BLZ 440 100 48) Nr. 1748-480

IWF und Weltbank könnte die Verhandlungsmacht afrikanischer Regierungen wesentlich effektiver gestärkt werden.

■ An den Eliten führt kein Weg vorbei

Von rechts bis links ist es mittlerweile eine Binsenweisheit, daß die afrikanischen Eliten für die Misere ihrer Länder ein erhebliches Maß an Verantwortung tragen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele, beispielsweise das nigerianische Staatsoberhaupt Abacha. Abacha bereichert sich nicht nur schamlos, sondern er trägt durch sein persönliches Beispiel tagtäglich und buchstäblich zum Sittenverfall in seinem Land bei. Ähnliche Beispiele kennt jeder.

Nun kann eine Änderung dieser Zustände nur durch die Afrikaner selbst bewirkt werden. Die notwendige moralische Erneuerung muß auch aus den Reihen derjenigen kommen, die schon jetzt gesellschaftlich herausgehobene Positionen einnehmen. An den Eliten führt deshalb kein Weg vorbei, wenn man den jetzigen Zustand ändern will.

Und da es einen Nelson Mandela oder einen über Jahrzehnte politisch gereiften ANC in den anderen afrikanischen Staaten nicht gibt, wird man im Umgang mit den Eliten lernen müssen zu differenzieren. Gut und Böse liegen oft eng beieinander. Und so kann der Polizeichef, der eine Bande von hochkarätigen Schwindlern mitkassierend protegiert, in seiner Heimatregion eine selbstverwaltete Dorfbank tatkräftig unterstützen, die nur deshalb so erfolgreich funktioniert, weil das Wort des Ehrenmannes im Dorf noch respektiert wird.

Der wesentliche Beitrag, der von außen zur Entwicklung Afrikas geleistet werden kann, ist insofern nichtmateriell. Aus meiner Erfahrung kommt es vielmehr darauf an, behutsam, aber energisch und auf Basis einer sehr guten Kenntnis der jeweiligen lokalen Verhältnisse die Strukturen und Personen zu unterstützen, die für mehr Transparenz, weniger Korruption, mehr Beachtung von Recht und Gesetz, Reinvestitionen (des nicht immer mit lauterem Mitteln erworbenen Vermögens) in ihrem eigenen Land stehen.

Dies erfordert nicht so sehr den klassischen Entwicklungshelfer: Autos und Flugzeuge reparieren oder auch Computer programmieren können Afrikaner oft besser als die entsprechenden nach Afrika entsandten Ausbilder. Was die Eliten Afrikas vielmehr brauchen, sind hervorragend qualifizierte Gesprächs- und Sparringspartner auf allen Ebenen. So kann der Prozeß des Aushandelns der Konditionen eines Kredites genauso wichtig sein wie der Kredit selbst. Dieser zentrale Aspekt von „Entwicklungshilfe“ wird in der Regel völlig übersehen. Schlimmer:

Häufige Wechsel der zuständigen Beamten, Kürzung der Reisebudgets, Abwandern qualifizierter Nachwuchskräfte in den zuständigen Administrationen in vielversprechendere und weniger frustrierende Aufgabenfelder, die schlampige Vorbereitung von Verhandlungen und mangelnde Abstimmung richten deshalb mehr „Schaden“ an als Haushaltskürzungen um einige Prozent.



■ Angst vor Interventionen ablegen

Der Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Trittin, hat auf dem Afrikakongreß der Grünen nochmal ein nachdrückliches Plädoyer für eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung und Nichteinmischung abgelegt. Dies ist aber genau das, was viele afrikanische Freunde der Grünen von Deutschland nicht erwarten. Sie fordern nachdrücklich eine stärkere Rolle der Deutschen.

Nun entspringt dieser Wunsch vielfach der völlig unrealistischen Vorstellung, tiefliegende gesellschaftliche Konflikte oder verkorkste soziale Strukturen könnten durch eine wohlmeinende äußere Einmischung (z.B. seitens der Deutschen) gelöst werden. Wie sehr dies schief gehen kann, hat nicht zuletzt der Somaliakonflikt gezeigt.

Die entscheidenden Probleme Afrikas müssen zunächst von den Afrikanern selbst angegangen werden. Und insofern hatte die alte UNO-Maxime, Truppen erst dann zu entsenden, wenn sich auf dem Verhandlungswege Lösungen abzeichnen, viel für sich.

Aber wenn es positive Ansätze zur Konfliktlösung gibt, müßte die Bundesrepublik im Auswärtigen Amt mehr Manpower für die Begleitung von Verhandlungsprozessen sowie Kontingente der Polizei, des

Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr für Friedensmissionen im Rahmen der UNO bereitstellen. Die vorhandenen innerafrikanischen Anstrengungen zur Lösung von Konflikten bedürfen der personellen und materiellen Absicherung von außen, etwa durch die Bereitstellung von Transportmitteln, Reisekosten, Stipendien, Konferenzmöglichkeiten. Wohlfeile Erklärungen oder einige Millionen D-Mark Entwicklungshilfe mehr oder weniger können dies nicht ansatzweise ersetzen.

■ **Resümee** Diese Ausführungen sind nicht besonders „grün“ Sie werden vielleicht als Anlehnung an konservative Positionen kritisiert werden.

Und in der Tat nehmen sie bestimmte strukturkonservative Argumente auf. Wenn es stimmt, daß sich die Afrikaner in erster Linie am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen müssen, dann werden sie die dazu benötigte Kraft nur unter Rückgriff auf ihre eigene Identität, das heißt unter Bezug auf ihre Traditionen finden. Die sie müssen im Entwicklungsprozeß zwar angepaßt, aber eben auch bewahrt und weiterentwickelt werden. Spannende Innovationen ergeben sich zumeist dann, wenn Akademiker, die im „Westen“ ausgebildet worden sind, beginnen, sich auf tradierte Werte, Einstellungen, Verhandlungsweisen ihrer Völker zurückzubewegen.

Im grünen Diskurs haben wertkonservative Argumente mittlerweile einen festen Platz. Allerdings beziehen sie sich in erster Linie auf die Bewahrung der physischen Natur. Gesellschaftspolitisch sind die Grünen Kinder der Aufklärung und des Individualismus und somit „progressiv“ Beim Nachdenken über Afrika lohnt eine intensive Auseinandersetzung mit konservativen strukturbewahrenden Sichtweisen, soweit sie nicht rassistisch geprägt sind.

Dies allein macht noch keine originäre grüne Position aus. Verknüpft mit einer reflektierten Menschenrechtspolitik (die individuellen Freiheitsrechten und kollektiven Traditionen Rechnung trägt) und einer aktiven Umweltpolitik sowie einer ausdrücklichen Unterstützung junger afrikanischer Eliten in Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft, kann so ein Konzept entstehen, das in der Bundesrepublik, in Europa und insbesondere in Afrika wahr- und ernst genommen wird.

Afrika hat für Europa politisch (als potentieller Krisenherd), wirtschaftlich und kulturell (als potentieller starker Partner) und moralisch eine zentrale außenpolitische Bedeutung. Deshalb sollte das Nachdenken über eine angemessene Afrikapolitik nicht nur das Steckenpferd von einigen wenigen grünen EntwicklungspolitikernInnen bleiben. ■

Der peruanische Präsident Fujimori ist ein Phänomen. Darin sind sich alle einig. Nicht allerdings in seiner Bewertung. Nach seinem „Selbstputsch“ 1992 sah es noch so aus, als würde alle Welt ihn verdammen. Doch als deutlich wurde, daß Fujimori kein antiquierter, sondern ein neoliberaler Diktator „neuen Typs“ ist, änderten die G-7-Regierungen und internationalen Geberorganisationen schnell ihre Meinung. Beim Besuch von Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger im April 1996 wurde nur noch Süßholz geraspelt. Verträge über Millionenhilfen wurden unterschrieben. Und im *Spiegel* durfte er jüngst in einem Gespräch alle Anwürfe zurückweisen.

Im April 1995 wurde der Ingenieur und Hochschullehrer Alberto Fujimori mit der überwältigenden Stimmenmehrheit von 64 Prozent wiedergewählt. So die Presse schlagzeilen. Unter Berücksichtigung der (verfassungsmäßig verbotenen) Wahlenthaltung und der ungültigen Stimmen reduziert sich diese Prozentzahl allerdings auf ganze 38 Prozent. Anders ausgedrückt: Mehr als 60 Prozent der PeruanerInnen sind nicht für Fujimori. Nach den Gründen für den Erfolg des Antidemokraten gefragt, kommen zwei Antworten: absolut keine (partei-)politische Alternative und die Angst vor der Rückkehr der terroristischen Gewalt.

Die fehlende Alternative ist einerseits im Scheitern der radikalen Linken zu suchen (die in Peru Anfang der 80er Jahre immerhin um die 40 Prozent Wahlstimmung erhielt), und andererseits Ausdruck der von Fujimori forcierten Auflösung und Zerstörung konventioneller, an westlichen Demokratiemustern orientierter Verbände wie Gewerkschaften, Volksorganisationen und Parteien. Hierzu hatte Sendero Luminoso wertvolle Vorarbeiten geleistet.

Die Angst vor der Rückkehr des Terrorismus ist der Vorstellung geschuldet, daß nur durch Fujimoris autoritäre und menschenrechtsfeindliche Politik die Aktivität des Sendero Luminoso eingeschränkt werden konnte. Neben der erfolgreichen Bekämpfung der Inflationsrate, ist die Abnahme senderistischer Gewaltaktionen auf etwa 10 Prozent der Jahre 1989 bis 1992 der offensichtlichste Verdienst Fujimoris in den Augen seiner Befürworter. Daran ändert auch das nach seiner Wiederwahl rasch verabschiedete Amnestiegesetz für wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagte Militärs nichts.

Soziologen wie Anibal Quijano, der in den 60er Jahren zusammen mit dem heutigen Präsidenten Brasiliens, Fernando H. Cardoso, die „Dependenztheorie“

mitbegründete, versuchen das Fuji-Phänomen tiefergehend zu analysieren. Für Quijano wurzelt „das Phänomen“ darin, daß in Peru (wie in anderen lateinamerikanischen Staaten auch) der Staat ein Büttel ökonomisch-politischer Cliquen ist, die sich zwar formal den europäischen, bürgerlichen Spielregeln unterworfen, aber sich nie daran gehalten haben. Der Staat war nie Teil einer verschiedenen Interessen ausdrückenden Zivilgesellschaft, sondern Selbstbedienungsladen. Weder berücksichtigte er

„In der Rhetorik Fujimoris kommt diesem Begriff zentrale Bedeutung zu – wen wundert's, nach zwölf Jahren Bürgerkrieg. Allerdings versteht Fujimori darunter die absolute Konzentration der Macht und der politischen Kontrolle. Er nutzt die durch den Sendero provozierte weitgehende Auflösung staatlicher Strukturen zu einer brutalen Rekonzentration politischer und ökonomischer Macht: Die politisch-militärische Diktatur vereinigt sich mit den Akteuren eines ungehemmten Frühkapitalismus: Einkommensunterschiede und soziale Polarisierung waren in Peru nie größer als heute.“

Bei dieser Gegenreform wurde er bislang lediglich noch von zwei kritischen Sektoren der Zivilgesellschaft gestört: der Universität und der katholischen Kirche. Mit den jüngsten Eingriffen in die politisch-administrative Autonomie der staatlichen Universitäten (in Lateinamerika sind, bzw. waren, die Universitäten autonom und exterritorial, die Polizei kann z. B. Universitätsgelände nicht betreten) versucht er das Mandat der Hochschulen auf das Studium der Wissenschaften zu reduzieren. Mit der Verkündung einer offensiven staatlichen Politik der Geburtenkontrolle („Familienplanung“) versetzte er der katholischen Hierarchie einen Schlag unter die Gürtellinie. Belästigt durch die Kritik an seiner nicht vorhandenen Sozialpolitik, will Fujimori mit diesem Generalangriff (in der peruanischen Presse als „Blitzkrieg“ bezeichnet) den Klerus auf seine eigentliche Aufgabe beschränken: Erziehung und Pflege des rechten Glaubens.

Seinen Politikstil bezeichnet der Präsident selbst als „*un chino con poncho*“ (Alle Ostasiaten werden in Lateinamerika als „Chinesen“ bezeichnet). Vor zehn Jahren machte in Peru eine Karikatur die Runde, die den Sendero-Führer Abimael Guzman mit Schlitzaugen und auf dem Rücken eines Lamas zeigt: bekleidet mit einem Poncho und der Indiomütze, in der einen Hand die Mao-Bibel, in der anderen die glimmende Stange Dynamit. ■

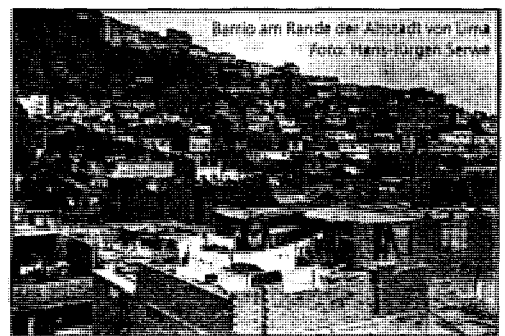
Das Fuji-Phänomen – Ende oder Anfang der Geschichte?

ALBERT RECKNAGEL

westlich-demokratische, noch eigenständige Organisationsformen der andinen Dorfgemeinschaften, Volksvereinigungen, Mütterclubs oder andere Strukturen lokaler Autorität. Damit ist der Weg zu einer Beteiligung der andendstämmigen Bevölkerungsmehrheit gestellt. Obwohl kein Tag vergeht, ohne daß Fujimori im Fernsehen scherzend mit den BewohnerInnen der Armenviertel oder Andendörfer gezeigt wird, ist er Teil dieser antidemokratischen, autoritären Tradition. Auf die alte populistische Tour, mit der jovialen Gestik des *patrón*, verschenkt er Traktoren und Satellitenantennen an die andinen Dorfgemeinschaften. Welcher Journalist fragt schon nach, wozu ein Traktor in Gegenden westlich-demokratische, noch eigenständige Organisationsformen der andinen Dorfgemeinschaften, Volksvereinigungen, Mütterclubs oder andere Strukturen lokaler Autorität. Damit ist der Weg zu einer Beteiligung der andendstämmigen Bevölkerungsmehrheit gestellt. Obwohl kein Tag vergeht, ohne daß Fujimori im Fernsehen scherzend mit den BewohnerInnen der Armenviertel oder Andendörfer gezeigt wird, ist er Teil dieser antidemokratischen, autoritären Tradition. Auf die alte populistische Tour, mit der jovialen Gestik des *patrón*, verschenkt er Traktoren und Satellitenantennen an die andinen Dorfgemeinschaften. Welcher Journalist fragt schon nach, wozu ein Traktor in Gegenden

Es gibt keine kohärente staatliche Sozialpolitik mehr, sondern nur noch punktuelle, soziale Krisenhilfe in Form von Gesundheitskampagnen, Lebensmittel- und Materialschenkungen.

Dies alles geschieht unter dem Schlagwort der „Stabilitätssi-



Die Diaoyu-Inseln und der chinesische Nationalismus



HELMUT FORSTER-LATSCH / MARIE-LUISE LATSCH

Nach den gegen die Präsidentenwahlen auf Taiwan gerichteten Truppenmanövern und Raketenstarts der Volksbefreiungsarmee war nur vorübergehend Ruhe in der Region eingeleitet. Seit Juli geht es in einem neuerlichen Disput um die Diaoyu-Inseln. Mitglieder rechtsgerichteter japanischer Jugendgruppen errichteten auf einer der Inseln einen provisorischen Leuchtturm und zwei Denkmäler, die japanische Fahne wurde auf einer weiteren gehißt. Folge waren nicht nur Proteste der Regierungen in Peking und Taibei (Taiwan), es entwickelte sich auch eine patriotische Volksbewegung in Hongkong, Taiwan und der Volksrepublik China für den Erhalt der Souveränität Chinas über die Diaoyu-Inseln. „Für einen flüchtigen, glorreichen Moment war China eins“ schrieb die in Hongkong erscheinende *Far Eastern Economic Review*. Aktivisten aus Hongkong und Taiwan hißten nun ihrerseits chinesische Flaggen auf einer der Inseln, in Hongkong und auf Taiwan kam es zu Protestdemonstrationen, auf Taiwan sprachen sich in einer Meinungsumfrage die Bürger mehrheitlich für militärische Aktionen zur Sicherung der Kontrolle über die Inseln aus, in Hongkong wurde das japanische Konsulat von Aktivisten für eine halbe Stunde besetzt, an festlandchinesischen Universitäten erschienen trotz offizieller Verbote Wandzeitungen, die ein energisches Vorgehen forderten. Um die Ansprüche auf ihre Souveränität zu bekräftigen, überflogen Kampfflugzeuge der Nanjinger Militärregion die Inselgruppe. Kernpunkt der durch die Aktionen der rechtsgerichteten

japanischen Jugendgruppen ausgelösten nationalistischen Bewegung in der VR China, in Hongkong und auf Taiwan ist das langsame Wiederbeleben des japanischen Militarismus. 65 Jahre nach dem Beginn der Invasion in China und über 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges weigert sich Japan bis heute, sich für die Kriegsverbrechen, insbesondere auch an der Zivilbevölkerung zu entschuldigen und Entschädigungen zu zahlen. Die Mehrzahl der Politiker will nicht zugeben, daß Japan einen Angriffskrieg geführt hat, und ein Großteil der Bevölkerung sieht sich bis heute eher als Opfer des Zweiten Weltkrieges denn als Täter. So besuchte denn auch der japanische Premier Ryutaro Hashimoto offiziell den Yasukuni-Schrein, in dem bekannte Kriegsverbrecher als Gottheiten verehrt werden. Ein solches Verhalten des Premiers ermutigt nachgerade rechtsgerichtete Gruppen zu Aktionen wie den oben beschriebenen.

Seit 25 Jahren sind die 190 Kilometer nordöstlich von Taiwan gelegenen Diaoyu-Inseln (japanisch: Senkaku) Gegenstand territorialer völkerrechtlicher Auseinandersetzungen zwischen China und Japan. China führt seine Souveränität über die Inseln auf das 16. Jahrhundert zurück. Japan annektierte die Inseln 1879, als es Okinawa übernahm, und einverleibte sie formell 1895 nach dem Sieg über die chinesische Flotte im Vertrag von Shimonoseki. 1972 wurden die Inseln trotz Protesten auf Taiwan und Hongkong, als die Amerikaner ihre Nachkriegsverwaltung von Okinawa aufgaben, von den USA an Japan zu-

rückgegeben. Die Regierung der Volksrepublik China betrachtet den Vertrag von Shimonoseki als ungültig und verlangt die Rückgabe. Frühjahr 1978 unterstrichen Demonstrationen chinesischer Fischerboote im Seegebiet um die Diaoyu-Inselgruppe den Anspruch der VR China. Wenige Monate später versicherte bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Japan am 12. August 1978 die chinesische Regierung dem damaligen japanischen Außenminister Sonoda, derartige Demonstrationen würden sich nicht wiederholen. Deng Xiaoping selbst schlug ein pragmatisches Herangehen vor: Man solle die Frage der Souveränität zurückstellen, dafür aber die Inseln gemeinsam entwickeln. Japanische rechtsgerichtete Gruppen haben dies die Jahre über immer wieder mit Aktionen sabotiert. Zudem wurden in dem Seegebiet um die Inseln wiederholt von der japanischen Regierung unterstützte Untersuchungen der Fischgründe durchgeführt.

Für die VR China und Taiwan geht es auch um materielle Interessen: Das Gebiet um die Diaoyu-Inseln gilt als eine der größten Öl-Gas-Reservoirs. Ein chinesisches Ölerkundungsschiff hielt sich dieses Jahr drei Monate lang nördlich der Inseln auf, und damit innerhalb des von Japan beanspruchten Territoriums. Für Taiwan spielen die Diaoyu-Inseln eine wichtige Rolle in der Fischereiindustrie: Über 40000 Tonnen Fisch im Wert von 65 Millionen US-Dollar werden dort jährlich gefangen.

Die Frage nach der Souveränität der Inselgruppe wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die Mehrzahl der taiwanesischen Bevölkerung meint, die Inseln gehörten Taiwan und nicht der VR China. So wurden denn auch Aktivisten aus Hongkong, die die Flagge der VR China auf den Diaoyu-Inseln hochzogen, von Taiwan sen als „Komplizen der Kommunisten“ beschimpft.

In der Regierung der VR China ist die Gruppe um Li Peng und Jiang Zemin, die in letzter Zeit offen auf die Karte des Nationalismus setzt, wegen ihrer relativ gemäßigten Stellungnahmen bezüglich der Diaoyu-Inseln unter Beschuß geraten. Hohe Generäle der Volksbefreiungsarmee äußerten ihre Kritik, sprachen ihr Mißtrauen aus und forderten in einer Resolution an Deng Xiaoping und Peng Zhen, dem japanischen Militarismus sei Widerstand zu leisten und die Diaoyu-Inseln seien zurückzuerobern. Zudem bemäkelten sie, daß die Regierung die gegen den japanischen Militarismus gerichtete patriotische Bewegung in der Bevölkerung zur Erhaltung des Vaterlandes nicht dulde.

Die Lage ist für die chinesische Partei- und Regierungsführung prekär: zum einen will sie es sich mit Japan, potenteste Wirt-

schaftsmacht Asiens und mit Abstand größter Kreditgeber Chinas, nicht verderben; zum anderen wird versucht, Japan, das immer auffällig ruhig in puncto Menschenrechtsverletzungen in der VR China blieb, im Kampf gegen die USA auf die Seite der chinesischen Regierung zu ziehen; und nicht zuletzt könnte eine nationalistische, patriotische Bewegung sich sehr rasch gegen die Regierung selbst wenden. Entsprechend wurden im September von der Erziehungskommission Erlasse an diverse Universitäten ausgegeben, wonach spontane Kundgebungen, Demonstrationen, Versammlungen nicht zugelassen werden dürfen. Es müsse verhindert werden, daß die Diaoyu-Frage „ihren Charakter ändere“ und von ausländischen Kräften dazu benutzt werde, einen politischen Aufruhr gegen die Kommunistische Partei und den Sozialismus herbeizuführen. Entsprechende Anweisungen ergingen vom Politbüro an alle Regionen. Damit wurde auf Wandzeitungen und Flugblätter unter anderem in Shanghai und Peking reagiert, die der chinesischen Regierung in der Diaoyu-Frage Schwäche vorwarfen und ihr Unfähigkeit und Korruption attestierten. In sinnigerweise an die Zentrale Militärkommission gerichteten Petitionen protestierten Intellektuelle gegen das japanische Vorgehen.

Den schärfsten Protest erhoben die Dissidenten Liu Xiaobo und Wang Xizhe. Sie gaben dem Ganzen noch eine andere Wendung: Die Regierung habe bereits die anti-japanische Volksbewegung unterdrückt und so dem Erstarken des japanischen Militarismus Vorschub geleistet. Während sie jüngst gegen Taiwan und 1989 gegen die Studentenbewegung Gewalt angewendet habe, wage sie dies nun angesichts der „Aggression des japanischen Militarismus“ nicht. In einem Zehn-Punkte Vorschlag kritisierten Liu Xiaobo und Wang Xizhe eine Erklärung Jiang Zemin, nach der die Armee absolut der Partei zu unterstehen hat, als illegal und verlangten, einen unabhängigen obersten Gerichtshof einzurichten, um die illegalen Aktivitäten der KP zu überprüfen; in Anerkennung der nationalen Autonomie solle die Zentralregierung unverzüglich Gespräche mit dem Dalai Lama aufnehmen und so eine wirkliche Einheit des Landes realisieren. Und nicht zu vergessen, die beiden forderten, Taiwan und die VR China sollten ausgehend von einer Deklaration des Jahres 1945 Verhandlungen über die Errichtung einer demokratischen Republik aufnehmen, in der für die Bürger Rede Presse und Koalitionsfreiheit gewährleistet seien. – Liu Xiaobo wurde in Peking festgenommen und zu drei Jahren „Umerziehung durch Arbeit“ verurteilt, Wang Xizhe entging seiner Festnahme und flüchtete nach Hongkong. ■

Was hätte ich vor 20, 25 Jahren darum gegeben, das Reich der Mitte zu besuchen und die damals vermeintlichen Segnungen des chinesischen Entwicklungsweges kennenzulernen! Letztes Jahre hätte ich die Gelegenheit gehabt, zur Weltfrauenkonferenz nach Peking zu reisen und meinen damaligen Wunsch zu erfüllen. Aber nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, angesichts des Versuchs, die tibetische Kultur zu zerstören, und den bekanntgewordenen massiven Menschenrechtsverletzungen ging das nicht. Ich lehnte es ab, denn ich wollte mich von den Machthabern der KP Chinas nicht für deren eigene Interessen instrumentalisieren lassen. Vor wenigen Wochen kam ich nun doch nicht umhin, nach Peking zu reisen, denn dort fand die Herbsttagung der Interparlamentarischen Union (IPU) statt. Die IPU ist das „parlamentarische Pendant“ zur UNO. In ihr sind 135 Parlamente vertreten, sie tagt zweimal jährlich mit bis zu 1500 Abgeordneten und zwar immer in dem Land, in das die IPU von einem Parlament eingeladen wird. Der Deutsche Bundestag hat 8 Sitze (3 CDU, 3 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP). Als ständige Vertreterin unserer Fraktion in diesem Gremium führte mich also der Weg vor kurzem zur Großen Halle des Volkes.

Traditionsgemäß werden bei der IPU zwei vorher vereinbarte Themen behandelt, das waren in Peking „Förderung der verstärkten Achtung und des verstärkten Schutzes der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Kindern“ und „Politische Maßnahmen und Strategien der Handelsliberalisierung und Globalisierung der Wirtschaft zur Sicherstellung des Rechts auf Ernährung“. Ein drittes Zusatzthema wird am Eröffnungstag von der Konferenz bestimmt. In Peking wurde mit überwältigender Mehrheit das von der deutschen Delegation vorgeschlagene Thema „Globale Achtung von Landminen und verstärkte Unterstützung bei der humanitären Minenräumung“ angenommen.

Als Berichterstatterin, zu der mich die Konferenz für dieses Thema gewählt hatte, ist es mir gelungen, daß eine entsprechende Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die IPU verurteilt darin, daß jährlich 10 Millionen Minen hergestellt und 2 Millionen Minen gelegt werden, daß bisher 250000 Menschen von Landminen verwundet wurden und jährlich 10000 Menschen sterben. Ein Großteil der Betroffenen sind Frauen und Kinder. Die IPU fordert deshalb alle Regierungen auf, Personenminen zu ächten und die Lagerbestände zu vernichten. Die chinesische IPU-Delegation sprach sich gegen diese Resolution aus, da China auf sein vermeintliches Recht pocht, sein Territorium auch mit Personenminen gegen Aggressoren zu schützen. Finnische und niederländische Abgeordnete argumen-

tierten erstaunlicherweise ähnlich, ihre Delegationen stimmten aber letztlich nicht gegen die Resolution.

Beim Thema Landminen gibt es auf den ersten Blick eine überraschende Übereinstimmung zwischen Legislative und Exekutive in Bonn, wirbt doch der Außenminister landauf landab, ja selbst vor der UN-Generalversammlung, in seinem sogenannten „7-Punkte-Aktionsprogramm“ ebenfalls für ein internationales Verbot von Personenminen und für verstärkte Hilfe bei der Minenräumung. Er verspricht sogar, sich „trotz bestehender Haushaltszwänge dafür einzusetzen, daß das deutsche Engagement in den nächsten Jahren

noch verstärkt wird“. Daß er gleichzeitig einen Haushaltsentwurf vorlegt, in dem die Mittel gerade hierfür um 10 Millionen DM, nämlich von 13 Millionen in diesem Jahr auf 3 Millionen für das nächste Jahr gekürzt worden sind, ficht ihn nicht an. Die Kluft zwischen seinem Reden und Handeln verschlägt einem die Sprache. Wir sind gespannt, wie der Deutsche Bundestag auf den von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag reagieren wird, in dem wir eine Aufstockung der Mittel auf den letztjährigen Betrag fordern. Daß selbst dieser Betrag ein „peanut“ ist, wird deutlich angesichts einer Summe von 35 bis 50 Milliarden DM, die für die weltweite Minenräumung benötigt wird. Bei der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der letzten Woche zum Thema „Rüstung und Entwicklungszusammenarbeit“ wurde diese Summe vom Bonner Internationalen Zentrum für Konversion (BICC) genannt.

Bei dieser aufschlußreichen Anhörung kamen noch weitere Defizite der bundesdeutschen Außenpolitik zur Sprache, zum Beispiel die Rüstungsexportpolitik, die die developmentpolitischen Kriterien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Förderung der Menschenrechte, maßvolle Rüstungsausgaben im Partnerland) geradezu konterkariert. So ist Indonesien unter den Entwicklungs- und Schwellenländern der größte Abnehmer von deutschen Rüstungsexporten. Allein in der kurzen Zeit von 1992 bis 1995 hat Deutschland sage und schreibe 30 Kriegsschiffe nach Indonesien exportiert. Der Friedensnobelpreis an die beiden osttimoresischen Friedensaktivisten, Bischof Carlos Ximenes Belo und Jose Ramos Horta, ist eine Ohrfeige nicht nur für das Suharto-Regime, sondern auch für die deutsche Außenpolitik. Die Reise von Bundeskanzler Kohl nach Indonesien steht kurz bevor – die beste Chance, in Djarkarta ein deutliches Wort zum Thema Menschenrechte und zum Selbstbestimmungsrecht für Osttimor zu sprechen und die bisher blauäugige Politik zu korrigieren.

Uschi Eid

BONN

Über Landminen im Reich der Mitte

Im letzten „Südwest-Boulevard“ wurde auf eine gewisse Zweiteilung der politischen Problemstellungen in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht. Während die Globalsteuerung sich in einem zähen Mittelmaß festfährt, werden von Existenzgründern ganz neue Relationen von Anstrengung und Ertrag eingeführt und um deren institutionelle Anerkennung gestritten. Dabei geht es nur im Ausnahmefall um neue bahnbrechende Erfindungen im High-Tech-Bereich. Meistens handelt es sich um durchaus geläufige Tätigkeiten und Dienste, die in einem neuen normativen Rahmen verrichtet werden. Im Kern handelt es sich bei den verschiedenen Facetten der „neuen Selbständigkeit“ um einen Prozeß der *Kapitalisierung*. Der bisher abhängig Beschäftigte oder Arbeitslose wird zum Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft. Er kapitalisiert damit auch Vermögen, die bisher eher seiner privaten Konsumsphäre zugerechnet wurden – beispielsweise seine Allgemeinbildung, seine Wohnung oder sogar seine körperliche Fitneß. Er verkauft nicht nur ein für einen bestimmten Zweck abgerichtetes stoffliches Arbeitsvermögen, sondern er nimmt Anteil an der Definition des Angebots, an der Kundensuche, an der Gestaltung des Auftrages; er übernimmt Risiken und Wartezeiten auf eigene Rechnung. Dabei kann er, nebenbei gesagt, bei einer Steuerreform, die direkte Steuern auf höhere Mehrwertsteuern verlagert, seine kapitalisierten Lebensumstände ganz anders in Anrechnung bringen als es vorher unter „Werbungskosten“ beim berühmten Lehrerarbeitszimmer der Fall war. In der Statistik kommt diese neue Kapitalisierung kaum zum Ausdruck. Der bereits im letzten Heft zitierte Monatsbericht der Bundesbank registriert die Bildung von Wohneigentum und sogar die gewerblichen Investitionen von Selbständigen mit Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit unter der Rubrik „Privathaushalte“

„Kapitalisierung“ bedeutet auch, daß mit den neuen Gründerformen die Gesellschaft sich nicht mehr durch „Gesamtarbeit“ und „Arbeitsteilung“ definiert. Arbeit wird hier neu „gefunden“ aber immer nur als Teil einer Unternehmung – genauso wie die industriellen Gründer die zünftlerische Definition von Tätigkeiten aufsprengten und dadurch die scheinbar fest vorgegebenen Proportionen der Zunftrordnung auflösten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung, daß im Dienstleistungsbereich die Pro-Kopf-Wertschöpfung seit den 60er Jahren tendenziell abnimmt (vgl. E. Gibert, *Analyse comparée de l'évolution des services dans les grandes nations occidentales*,

Paris 1988). Dienstleistungen wären demnach weniger eine produktive Erweiterung der bestehenden Arbeitsgesellschaft als eine Kapitalisierung in ihren „Poren“ Existenzgründer sind dann keine „Neue Mittelklasse“ zwischen den alten Polen der Gesellschaft. Sie „spreizen“ sie insgesamt.

Angesichts dieser Veränderungen ist es bemerkenswert, daß die politische Parteibildung in der Bundesrepublik – und nicht nur hier – entlang der alten Fronten der Makroökonomie und der Arbeitsgesell-

Auf der Suche nach der Existenzgründer-Partei (II)

GERD HELD



schaft verläuft. Mit „Parteibildung“ sind hier nicht nur die politischen Forderungen und das Auftreten der Parteien gemeint, sondern ihre innere Zusammensetzung, ihre Wahrnehmungsfähigkeit und ihre Kapazität, Menschen zu vereinigen. Bei der Sozialdemokratie mit ihrer Arbeitsplatz-Besitzer-Mentalität ist das am offensichtlichsten. An ihrer Stellungnahme zu den 590-Mark-Jobs ist nicht nur die Tatsache der Ablehnung wichtig, sondern der ganze Habitus des selbstgefällig wütenden Biedermanns. Hier ist nicht nur dieser oder jener Gedankengang gestört, sondern der Prozeß politischer Parteibildung überhaupt.

Die Bündnisgrünen hatten eigentlich einige gute Voraussetzungen, um nicht in diese Rolle zu verfallen. Sie sind ja Ende der 80er Jahre mit einem Schub neuer Existenzbildung in der Bundesrepublik in die Parlamente gekommen – zum Beispiel die Stadteilläden, die neuen kulturellen Szenebildungen oder die ökologische Landwirtschaft. Auch dieser Schub bestand im Kern aus einer Kapitalisierung. Auch das Zentralthema der Bündnisgrünen, die ökologische Frage, ließe sich sehr gut als Problem einer neuen Verbindung von Existenz und Umwelt for-

mulieren. Hier könnte man den sich verschärfenden Engpaß bei Ressourcen und Emissionen so verstehen, daß menschliche Existenzen quasi „auf schlechterem Boden“ neu gegründet werden müssen. Damit wäre das Problem viel tiefer gefaßt als bei der Vorstellung, man könne in bestimmten Arbeitsweisen die Schuld für ökologische Probleme identifizieren und in anderen die Rettung. Die neue Selbständigkeit mit ihren Kapitalisierungsformen für das, was vorher dem privaten Konsum zugerechnet wurde, bietet viel mehr Möglichkeiten, reale ökologische Kosten zu berücksichtigen. Sie bietet auch einen überschaubaren Rahmen, um den Schritt in eine schwierigere Existenz auf eigene Faust tun zu können. Obwohl dies auch häufig in den sozialen Kreisen geschieht, die für die Bündnisgrünen votieren, halten sie hartnäckig an der Suche nach einer ökologischen Globalsteuerung und einem Ausbau der Transferleistungen („Existenzlohn“ statt Existenzgründung) fest. Der „Realo“-Trend der Bündnisgrünen hat sich also gerade nicht auf die neuen Realitäten eingelassen, sondern auf die alte, in der Bundesrepublik stark ausgeprägte Realität, in der ein Problem in der Regel als *produktives* Problem gefaßt wird, wenn etwa „innovative Produkte“ oder innovative Herstellungsverfahren gefordert werden oder von einer erhöhten Qualifikation ein verbessertes Umweltverhältnis erwartet wird.

Die Bündnisgrünen hatten mindestens die gleichen Chancen wie die FDP, den Erneuerungsimpuls aufzunehmen, der von dem Trend zur neuen Selbständigkeit ausgeht. Sie haben sich überholen lassen. Sie haben sogar eine Zeitlang eine Art Verdrängungswettbewerb gegen die FDP geführt und damit den möglichen gemeinsamen Raum politischer Liberalität in der Bundesrepublik zerstört. Von der CDU/CSU, die am stärksten die ersten Gründungserfahrungen der Bundesrepublik verkörpert, und die gleichzeitig durch ihre starken europäischen Bindungen die Möglichkeit hätte, die Gründungsschübe in diesem Rahmen aufzunehmen, wird noch zu reden sein. Einstweilen ergibt sich als Zwischenbilanz das merkwürdige Bild, daß es viele Gründe im gesamten Spektrum der Parteien gäbe, die Spreizung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die durch die Existenzgründer erfolgt, in sich aufzunehmen. Aber sie scheinen es vorzuziehen, die alten Kämpfe der Globalsteuerung noch einmal aufzuführen, und die makroökonomischen Mühlsteine langsam, aber mit großem Geknirs mit sich herumzuschleppen. „Brav gespielt“ möchte man ihnen zurufen, „aber Ihr seid im falschen Film.“ ■



Bemühungen um neuen Perspektivenwechsel

Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen
Monika Weimar/Böttcher (III.)

EVA HORN

Das lästigste, gleichzeitig aber auch interessanteste Phänomen an diesem Fall, ist der „Sie war es“-Reflex. – Als ich im Frühjahr 1987 kurz nach Beginn der ersten Hauptverhandlung gegen Monika Weimar, auf einer Tagung einem Teilnehmer erzählte, daß ich diesen Prozeß beobachte, reagierte er zu meiner großen Verblüffung mit einem sehr spontanen „ich glaube, sie war es“ – und erschrak danach heftig über seine eigene Reaktion. Er hatte nicht gewußt, daß diese Überzeugung vor jedem Beweis auf so archaische Weise in ihm steckte. Damit stand er nicht allein.

Diese Art des „Sie war es“ heißt aber nicht nur: jemand ist sich sicher, daß sie es war, es heißt vor allem auch: Er war es nicht. – Möglicherweise ist dieses zweite „er war es nicht“ überhaupt der Auslöser für den „Sie war es“-Reflex. Überspitzt könnte man es so formulieren: Weil er es nicht war, muß sie es gewesen sein. Entsprechend hieß es damals in der mündlichen Urteilsbegründung nach dem neunmonatigen Verfahren in Fulda: Reinhard Weimar könne die Tat nicht begangen haben, weil er kein Fahrzeug zur Verfügung hatte. Das Fahrzeug, so war zu ergänzen, hatte er nicht zur Verfügung, weil seine Frau damit unterwegs gewesen sei, die Kinder zu töten.

Da die Gefahr des „Sie war es“ als Reflex nach wie vor virulent ist, scheint es ganz angebracht, den vermutlichen Auslöser für diesen Reflex, das „Er war es nicht“ etwas näher zu betrachten.

Am 5. Juni 1996 begann vor der sechsten Strafkammer des Gießener Landgerichts das Wiederaufnahmeverfahren gegen Monika Böttcher geschiedene Weimar. Monika Weimar war im Januar 1988 nach neun Monaten Verhandlung vom Landgericht Fulda wegen Doppelmordes an ihren fünf und sieben Jahre alten Töchtern zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte aufgrund von Indizien. Sie selbst hat die Tat stets bestritten.

Am 18. Verhandlungstag des Wiederaufnahmeverfahrens wird einer je ner beiden Kripobeamten vernommen, die seinerzeit, Ende August 1986, Reinhard Weimar vernommen haben, nachdem Frau Weimar am Tag zuvor von ihrer Darstellung abgerückt war, die Kinder seien vormittags vom Spielplatz verschwunden und die sogenannte Nachtversion eingeführt hatte.

Der Kripobeamte hat sich, was sein Aussageverhalten vor Gericht angeht, seit seiner Vernehmung vor neun Jahren stark verändert. Schien damals sein Schutzverhalten Reinhard Weimar gegenüber („der Mann war so fertig, der war bereit, jeden unaufgeklärten Mord im Lande zu gestehen“) von der Überzeugung her geleitet, ihn vor den ihm unberechtigt und faden-scheinig vorkommenden Beschuldigungen seiner Frau in Sicherheit zu bringen,

die er für die Täterin hielt, so wirkt dieser Beamte jetzt der Täterschaft der Frau Weimar gegenüber geradezu gleichgültig und steht offen zu seinem Mitleid dem Manne gegenüber: „Der hat mir einfach leid getan, von Anfang an.“ Dieses Mitleid galt „von Anfang an“ einerseits der hilflos und unbedarft auf ihn wirkenden Person und dem betrogenen Ehemann andererseits. Zu diesem Mitleid gab es einige berechtigte Gründe.

Die Freiheit, die Monika Weimar sich mit ihrem Liebesverhältnis nahm, hatte den Preis der Quälerei ihres Mannes. Wir wissen, daß sie vor der Ermordung der Kinder Dinge tat, die Eheleute einander nicht antun sollten. Zum übelsten dieser Art gehört es, den Liebhaber oder die Geliebte mit nach Hause in die eheliche Wohnung zu bringen, an den Ort, an dem der andere sich unweigerlich in seiner Sicher-

heit bedroht und aus dem Haus gedrängt fühlen muß. Noch übler wird es, wenn bei solchen Demütigungen die Kinder zu Zeugen gemacht werden. Wer solcherlei Verhalten im Repertoire hat – ganz unabhängig davon, was dem von der anderen Seite vorausgegangen ist – gefährdet nicht nur den Partner, indem dessen ohnmächtige Haßgefühle geschürt werden; gefährdet werden vor allem auch die Kinder, die diesem Haß, der eigentlich nicht ihnen, sondern dem auslösenden Elternteil gilt, hilflos ausgeliefert sind. Sie sind als Haßersatz am leichtesten verfügbar, durch ihre Abhängigkeit am wehrlosesten und durch das Verhalten der Eltern orientierungslos. Letztlich fühlen sie sich von beiden Seiten verlassen, weil niemand sie vor den Fehlleistungen des anderen schützen kann. Diese Verlassenheit und Schutzlosigkeit tritt vor allem dann ein, wenn der gedemütigte Partner (der so etwas mit sich machen läßt) seinen Haß nicht in Schutz umwandeln kann, um die Kinder vor seinen eigenen Empfindungen in Sicherheit zu bringen. Um das zu können, bedarf es einer starken und stark liebenden Persönlichkeit. – Eine solche Art von Stärke und Solidarität mit seinen Kindern hatte Reinhard Weimar nicht. Allenfalls könnte man von ihm sagen, daß er dazu verurteilt schien, die Schwäche seiner Persönlichkeit besonders stark zur Schau zu tragen.

Betrachtet man also die Stunden bevor die Kinder getötet wurden, dann war da der schwer gedemütigte Mann, der am Nachmittag gegen seinen Willen und trotz seines Protestes von seiner Frau alleine zu Hause gelassen wurde, während sie mit den Kindern (die in diesem Moment ihre Kinder waren), mit ihrem Liebhaber, ihrer Schwester und deren Mann an einen Badesee fuhr. Am Abend dann brachte sie die Kinder in die eheliche Wohnung zurück (von denen jetzt unklar war, wessen Kinder es nun waren) und ließ sie dort mit ihrem Mann alleine, während sie selbst wieder wegfuhr, um sich noch einmal mit ihrem Freund zu treffen.

Es wurde durch dieses Verhalten das ungeschriebene Gesetz der Gemeinschaft verlassen, die Zugehörigkeit der Kinder im Nebelhaften aufgelöst und dem ganzen familiären Kosmos der Boden entzogen. Auf eine solche Weise entsteht eine Art vogelfreier Zone, man könnte es auch einen gesetzlosen Zustand nennen.

Dieser Zustand hielt an, bis die Beamten der Bad Hersfelder Kripo am frühen Montag nachmittag dort hinaus zu den drei Häusern in der Nippe kamen und eben ihn dort auch empfanden. Zum Teil verzweifelt beschrieben sie das Gefühl, daß „etwas“ nicht stimmte, daß zwischen den Eheleuten „etwas“ nicht in Ordnung war. Das Ausmaß dieser „Unordnung“ überstieg ihr Vorstellungsvermögen.

immer wieder ist zu hören, daß dieser Mann keiner Fliege etwas zuleide tun könne. Er kann es aber sehr wohl. Die Frage ist, ob man das wahrnehmen will. Ganz abgesehen davon bedeutet, einem anderen Menschen die Möglichkeit zum Bösen abzusprechen, nichts anderes, als ihn zum Kind oder für nicht zurechnungsfähig zu erklären. Nicht zurechnungsfähig heißt aber nicht per se auch unschuldig.

Anzumerken wäre zu dieser Situation noch, daß die Großmutter der Kinder, bei denen die beiden Mädchen bei ähnlichen Anlässen übernachteten, zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus war und so die „Ordnung“ nicht aufrechterhalten konnte.

Im Fuldaer Prozeß gegen Monika Weimar hatten die Verfahrensbeteiligten größte Schwierigkeiten, an Reinhard Weimar heranzukommen. Wie aus Stacheldraht hatte er eine undurchdringliche Mauer um sich herum aufgebaut, und Versuche, da hindurchzukommen, parierte er mit einer beleidigten Vorwurfshaltung. Einen Eindruck von solcher Haltung konnte man jetzt im Wiederaufnahmeverfahren bei der Vernehmung eines Nachbarn bekommen: Auch er eine geballte Ladung Empörung und Beleidigtsein einerseits darüber, daß er jetzt vernommen werden soll (mich interessiert dieser Fall überhaupt nicht), und andererseits, daß man ihn damals in Fulda vor Gericht nicht vernommen hat – nur seine Frau. Er erinnere sich an nichts, erklärt der Zeuge kategorisch, und von der Polizei, nein, von der sei er nicht vernommen worden. – Würde er aber doch, wie die Protokolle zeigen, und bei den daraus verlesenen Angaben über seinen Arbeitsbeginn am fraglichen Montag, den 4. August 1986, funktioniert sein Gedächtnis präzise wie ein Uhrwerk. Falsch sei das, was da steht. Wie es denn dann so ins Protokoll komme? Keine Ahnung. Und gleich darauf weiß er ebenso präzise nichts weiter über diesen Tag.

Dieser Zeuge ist nicht der erste, der heute angibt, damals polizeilich nicht vernommen worden zu sein. Und es ist verblüffend, mit welcher Leichtfertigkeit das

Gericht darüber hinweggeht. Regelmäßig stellt sich nämlich heraus, „ach so, ja, die (Kripobeamtinnen) waren damals bei uns“

Man hat diese Befragungen vor Ort damals nicht als „richtige“ Vernehmung empfunden, und es ist naheliegend, daß das, was damals geredet wurde, als eher beiläufig empfunden worden war. Aber heute mag sich niemand mit dieser Einschätzung auseinandersetzen, obwohl darin doch ein Schlüssel für die Erklärung der vielen Widersprüche in den Zeugenaussagen liegen könnte.

Ebensowenig angesprochen wird die offensichtlich selektive Erinnerungsbereitschaft dieses Mannes (ich weiß gar nicht, was ich hier soll) und die Großzügigkeit, mit der er über Differenzen in seinen Angaben heute und damals hinweggeht (mich hat der Kram damals nicht interessiert und er interessiert mich auch heute nicht). Man prallt an diesem Manne ab und kapituliert vor seiner empörten Abwehr, statt genau sie zum Gegenstand des Interesses zu machen.

In ähnlicher Atmosphäre und Ohnmacht spielten sich seinerzeit die Vernehmungen des Reinhard Weimar vor dem Fuldaer Landgericht ab. Obwohl er die Möglichkeit der Aussageverweigerung ablehnte und zur Vernehmung bereit war, reagierte er auf die meisten Fragen wie auf eine böartige Zumutung, stets mit einem beleidigten Unterton, etwa so wie Verkäuferinnen, wenn man sie nach diesem oder jenem Produkt fragt und sie einem empört entgegenschleudern: „Wir können ja schließlich nicht alles haben!“

Das Zusammentreffen von abwehrender Vorwurfshaltung bei gleichzeitiger Demonstration von Aussagebereitschaft macht eine Vernehmung äußerst schwierig. Jede Frage wird zur unerlaubten Zudringlichkeit, und jeder, der wirklich etwas von ihm wissen und nicht nur das Vernehmungsprotokoll abhaken will, läuft Gefahr, als Einbrecher dazustehen. So lange Reinhard Weimar über andere Personen befragt wird und in seiner eigenen Verantwortlichkeit nicht angesprochen ist, geht es noch. Daß die Ehe schlechter wurde, nachdem der Schwiegervater 1983 gestorben war (seinetwegen hatte er Monika Böttcher geheiratet, denn ihm vertraute er), darüber kann er fließend sprechen. Auch daß danach alles den Bach runter ging, die jüngere Schwester seiner Frau den Ami heiratete, was sie sich zu Lebzeiten ihres Vaters nicht getraut hatte, kommt ohne Stocken. Schwierigkeiten in der Ehe gesteht er „im Intimbereich“ ein. Als es aber an die Frage geht, wie er denn zu dem Liebhaber seiner Frau gestanden habe, geht er zu demonstrativer Wurstigkeit und Verleugnung über, die genauso unglaubwürdig wie alarmierend wirkt. Besorgniserregend

wird es, wenn die Rede auf seinen Verdacht kommt, seine Frau vergiftete sein Essen, das Sprudelwasser habe ihm auf einmal so bitter geschmeckt. Auf die Frage, ob er ernsthaft gemeint habe, seine Frau vergifte ihm das Essen, meint er: Ich war's nicht.

Trotz allem, so erklärt er dann, habe er sich wohler gefühlt, als vor seiner Heirat. Und er habe auf keinen Fall zurückge- wollt. Als der Richter ihn daraufhin fragt: „Wo haben Sie vorher gewohnt?“ kommt es prompt und abwehrend: „Nichts über Intimleben.“

Noch besorgniserregender als diese unerwartete Antwort des Reinhard Weimar ist die Reaktion des Richters. Denn er fragt nicht etwa, was denn diese Frage mit „Intimleben“ zu tun habe, sondern versichert ihm gestisch und verbal ein „nein, nein“ fügt dann aber noch hinzu: „Sie haben bei ihren Eltern gewohnt.“

Auch als später die Verteidigung noch einmal auf diese Sequenz zurückkommt und ihn fragt, ob er es tatsächlich vorgezogen habe, sich von seiner Frau vergiften zu lassen als wegzugehen, kommt dieses „wollte keinesfalls zurück, wo ich herkam“ Und auf weiteres Nachfragen: „Will ich nicht drüber reden.“ Das Tragische war – und es ist es auch heute – daß Reinhard Weimar bereits zu diesem Zeitpunkt genau dorthin zurückgekehrt war, wo er keinesfalls hingewollt hatte, nämlich in sein Elternhaus. Mit dieser Tatsache wurde er allerdings nicht konfrontiert.

Auf den ersten Blick scheint das „nein, nein“ des damaligen Fuldaer Vorsitzenden und sein Verzicht auf weiteres Nachbohren wie schonende Rücksichtnahme und fürsorgliche Diskretion. Fast könnte man meinen, er habe den Anspruch des Reinhard Weimar auf Schonung an diesem für ihn so heiklen Punkt instinktiv erfaßt und bejaht. Aber hat er ihm damit auch einen Gefallen getan? War es nicht viel eher eine freundlich und wohlmeinend sich gebende Form des Fallenlassens nach dem Motto: Es hat ohnehin keinen Zweck? Ja, man könnte auch fragen, ob der Vorsitzende damals nur Reinhard Weimar hat schonen wollen oder nicht auch sich selbst – zum Beispiel vor der Erkenntnis, daß sich hier ein Abgrund auftut, ohne dessen Ausleuchtung der Fall gar nicht aufzuklären ist?

Denn wie auch immer man dieses „wollte keinesfalls dorthin zurück, wo ich hergekommen bin“ dreht und wendet, es ist nicht frei von einer gewissen heimtückischen Beschuldigung. Zum einen stellt er seine Frau als Giftmischerin dar, und indem er es dennoch vorzieht, bei ihr zu bleiben und keinesfalls in sein Elternhaus zu wollen, taucht unweigerlich die Frage auf: Was müssen das für Eltern ge-

wesen sein, daß er sich so entscheidet? Was haben die mit ihm angestellt?

Reinhard Weimar leidet, das wissen wir, an Wahnvorstellungen, ist schwer krank und pendelt heute zwischen Psychiatrie und Elternhaus. Aber auch wenn seine damaligen Anschuldigungen, seine Frau vergifte ihn, schon die Anzeichen dieses aufbrechenden Wahns waren, bleibt die Tatsache, daß er öffentlich Rufmord an seiner eigenen Familie, seiner eigenen Herkunft begeht.

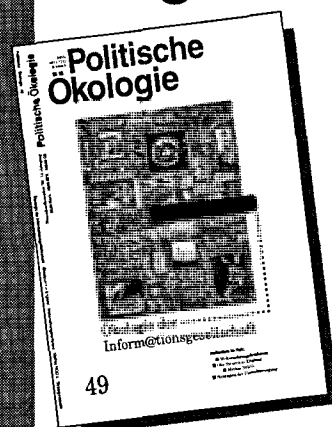
Auch auf diese Tatsache wurde er nicht hingewiesen, das heißt, niemand ist in diesen Kokon von Erklärungen vorge- drungen, noch wurde der Rufmord, den er da beging, öffentlich zurechtgerückt. Die Frage, was das für Eltern waren, steht als für jede Spekulation offen und ungeklärt im Raum. Reinhard Weimar konnte sich, indem man ihn in diesem Punkt unberührt ließ, ganz ungestört im Glauben seiner Unschuld wähen.

So war es denn auch nicht verwunderlich, daß er gegen Ende des Fuldaer Verfahrens, als seine Frau ihm vorwarf: „Du hast meine Kinder getötet!“ weder ihr be- sitzanzweigendes „meine“ monierte noch den Vorwurf mit der sonst bei ihm üblichen Empörung zurückwies, sondern ihr harsch beschied: „Der einzige, der hier unschuldig ist, bin ich, ich habe mich nicht in Widersprüche verwickelt.“

Es waren Momente wie dieser, in denen die andere, so gar nicht wehleidige und unschuldig sich gebende Seite des Reinhard Weimar deutlich hervortrat, und die in starkem Widerspruch steht zu jener, die das Mitleid des Kripobeamtens „von Anfang an“ weckte. Und nicht nur dessen Mitleid. Immer wieder ist zu hören, daß dieser Mann keiner Fliege etwas zuleide tun könne. Er kann es aber sehr wohl. Die Frage ist, ob man das wahrnehmen will. Ganz abgesehen davon bedeutet, einem anderen Menschen die Möglichkeit zum Bösen abzusprechen, nichts anderes, als ihn zum Kind oder für nicht zurechnungs- fähig zu erklären. Nicht zurechnungs- fähig heißt aber nicht per se auch unschuldig.

Das Fuldaer Verfahren gegen Monika Weimar kann man als Kapitulation vor den zwei Seiten der Persönlichkeit des Reinhard Weimar verstehen. Am deutlichsten demonstrierte diese Kapitulation der damalige Staatsanwalt in seinem Schlußplädoyer, als er die Unschuld des Reinhard Weimar unter anderem damit begründete, dieser habe seine Frau expressis verbis niemals der Tat bezichtigt. Das stimmt auch. Reinhard Weimar hat seiner Frau, als sie ihn beschuldigte, nicht entgegengehalten: „Du warst es.“ Aber der Staatsanwalt unterschlug mit seiner Begründung zum einen, daß Reinhard

Politische Ökologie



Jetzt lesen!

Ökologie der Informationsgesellschaft

Das Informationszeitalter verspricht weiteres Wohlstandswachstum bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt. Doch wer im Netz surft hinterläßt nicht nur virtuelle Spuren. Entlasten Telearbeit, Teleshopping oder virtuelles Reisen tatsächlich die Umwelt? Verringern elektronische Verkehrsleitsysteme den Fahrzeugstrom? Verschärfen nicht vielmehr Millionen ausgedienter Computer das Müllproblem? Und was ist mit der Gesundheitsgefährdung durch Elektrosmog?

F-O. Wolf/K. Dräger: Die Verheißungen der Informationsgesellschaft Interview mit **S. Mosdorf** über Ökologie und Informationsgesellschaft **V. Schütte:** Umweltrelevanz von Telearbeit **H. Klewe:** Telematik und Verkehr **C. Duncker:** Virtuelles Reisen **O. Tödter/A. Rolf:** Teleshopping Einkauf mit Nebenwirkungen **J. Malley:** Multi-Media und Nachhaltigkeit **R. Grieshammer:** Perspektiven der Informationsgesellschaft **F. Kochem:** Gesundheitsrisiken durch Elektrosmog

Jetzt für DM 19,80
überall in der
Bahnhofspresse
erhältlich oder direkt
bestellen bei:

• **ökom** GmbH
Waltherrstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99
YKO

Weimar von Anfang an den Verdacht auf seine Frau lenkte und diesen in die Vernehmung einsickern ließ, um dann aber im Konkreten jeweils zurückzuweichen. Und er unterschlug, daß Reinhard Weimar die direkte Beschuldigung innerhalb des Verfahrens gar nicht nötig hatte, denn schließlich war er als Nebenkläger zugelassen und als solcher repräsentierte er sozusagen die Beschuldigung an der Seite des Staatsanwaltes.

Was sich an der damaligen Argumentation des Staatsanwaltes zeigte, waren die unüberwindlichen Denkblockaden, mit denen man es zu tun hatte. Und es zeigte sich darin auch die Haltung des vermeintlichen Wohlwollens Reinhard Weimar gegenüber, die aber auch wieder nichts anderes als ein Fallenlassen war, ein Nichts-mit-ihm-zu-tun-haben-Wollen, denn Reinhard Weimar war vielleicht nicht der Täter, aber gewiß nicht unschuldig.

Im heutigen Wiederaufnahmeverfahren wie schon im ersten Verfahren in Fulda entstand und entsteht immer wieder ein Gerangel um die Zeiten: Ab wann wurden die Kinder gesucht? Wer hat sie wann und wo an diesem Vormittag gesehen? Wer hat den Vater wann gesehen und wo, wer die Mutter? War das, bevor die Kinder „gesucht“ wurden, oder war es, nachdem die „Suche“ schon begonnen hatte? Es haben sich die unterschiedlichen Zeitangaben der Zeugen als ein großes Durcheinander erwiesen, das sehr schnell als „widersprüchliche Angaben“ betrachtet wurde. Da Widersprüche bekanntlich nicht immer leicht zu ertragen sind, versuchte man, eine „Ordnung“ in dieses Wirrwar zu bringen, eine Art Reihenfolge, und beim Schaffen dieser Ordnung geschah es, daß die Angaben der einen Zeugen als die „richtigen“ Zeiten angesehen wurden, und den anderen Zeugen wurde beschieden, daß es „so“ ja nicht gewesen sein könne. Bisweilen voller Verzweiflung versuchte der Vorsitzende im Fuldaer Verfahren die Frage zu klären, warum bereits am Dienstag, also einen Tag nach dem „Verschwinden“ (was heißt, kurze Zeit nach der Tötung) der Kinder und zwei Tage vor dem Auffinden der Leichen so heftig um diese Zeiten gestritten wurde und die Nachbarschaft sich in Parteien der Zeitangaben spaltete? Er versuchte es vergeblich. Die Frage, warum das so früh schon ein Thema war, konnte nicht geklärt werden.

Nun waren die Kinder ja an diesem Vormittag aber nicht verschwunden, sie waren getötet worden, zu einer unbekanntenen Zeit, die sich eingrenzen läßt auf Sonntag abend bis Montag mittag spätestens gegen 14 Uhr. Die Kinder waren nicht nur getötet, ihre Leichen waren auch

an zwei verschiedene Stellen gebracht worden, um, planmäßig oder unbewußt, auf diese Weise das Bild einer von außen kommenden Tat, eines fremden Täters zu entwerfen. Als Monika Weimar an die sem späten Vormittag also ihren Mann so gegen zwölf, halb eins nach draußen schickte, die Kinder zu suchen, war das eine Inszenierung von makabrer Absurdität. Denn sie wußte, folgt man ihren Angaben, auf jeden Fall, daß die Kinder bereits tot waren. Der Mann ging also, wie er sagt, widerwillig nach draußen. – (Auf einmal war ich gut genug, nach den Kindern zu suchen, kommentierte er das später. Am Mittag zuvor, am Sonntag, durfte er nicht mal mit zum Badensee. Daß er am Sonntag abend auch gut genug war, die Kinder zu hüten, unterschlägt er bei der Beschreibung seiner Widerwilligkeit.) – Er ging also auf Geheiß seiner Frau nach draußen, suchte die Kinder und fand sie nicht. Dann kam er zurück ins Haus, wo seine Frau und deren jüngere Schwester warteten, sagte ihnen, daß die Kinder nicht da seien, ging dann wieder nach draußen, setzte sich ins Auto und fuhr die Kinder suchen. Bevor er zurückkam, nach einer halben bis einer Stunde, hatte man bereits die Polizei angerufen (damit hätte man ja bis zu meiner Rückkehr warten können).

Nun haben im Fuldaer Verfahren sämtliche Zeugen übereinstimmend angegeben, daß die Kinder sehr scheu und sehr brav gewesen seien. Daß sie sich von sich aus und ohne Erlaubnis von dem Gelände rund um die Häuserreihe seitlich der Straße entfernt hatten, traute ihnen niemand zu. Auch der Vater nicht. Dennoch setzt er sich ins Auto und fährt in der Gegend herum. Und als er zurückkommt, wird bereits „gesucht“ Nachbarn, die Kinder der Nachbarn, entfernte Verwandte, und gleich darauf die Polizei. – Noch vor Gericht empörte sich der Mann, daß man nicht auf seine Rückkehr gewartet hatte. Aber daß er sich Sorgen gemacht hätte um seine Kinder, hat er von sich aus nicht erwähnt. Allenfalls auf Befragen mit einem vorwurfsvollen „selbstverständlich“ bejaht. Die Kinder und ihr reales Verschwunden-Sein schienen für ihn nicht zu existieren. Wie er auch nicht zur Kenntnis nahm, daß es seine Kinder waren, die seine Frau ihn suchen schickte und ebenso seine, die er nicht fand. Es gab in seinen Äußerungen nicht den geringsten Hinweis darauf, daß er, als er sie nicht fand und dann mit dem Auto losfuhr, sich von ihrer Abwesenheit alarmiert gefühlt hätte oder unruhig geworden wäre.

Diese Abwesenheit von erkennbarer und mitgeteilter Sorge kann ihre Ursache darin haben, daß es ohnehin nie seine Kinder gewesen sind, sondern die Kinder

seiner Frau, was ja häufiger vorkommen soll. Es kann seine Ursache aber auch darin gehabt haben, daß er, wie seine Frau, wußte, daß die Kinder nicht mehr am Leben und daher nicht „verschwunden“ waren, zumindest nicht verschwunden in dem Sinne, in dem die Menschen dann zu suchen begannen.

In jedem Falle war die Situation, mit der die „Suche“ ausgelöst wurde, inszeniert, sie wurde sozusagen „vorgespült“ um den Anschein zu erwecken, die Kinder seien verschwunden und um gleichzeitig die Spur des Tötens zu verwischen; nur wissen wir nicht, wie viele Mitspieler mitgewischt hatten. Vergegenwärtigt man sich, mit welcher Manipulationskraft und Entschlossenheit das geschah, wirken die Widersprüche in den Zeitangaben der Zeugen wesentlich überzeugender und realitätsgerechter als die „Ordnung“ in die sie gebracht wurden. Denn wenn das Ziel eines oder mehrerer Menschen darin bestand, den Anschein zu erwecken, die Kinder hätten gerade eben noch gelebt, seien doch noch am Spielplatz gewesen, dann wird man zur ersten Person, die einem begegnet und der man von den „verschwundenen“ Kindern erzählt, sagen: „Ich hab sie gerade eben noch gesehen.“ Und die Person, die auch „was“ gesehen hat, wird, schon um beispielsweise die Mutter zu beruhigen, antworten: „Ei, ich hab sie doch auch grad noch gesehen.“ Und in kürzester Zeit wird es wimmeln von Menschen, die die Kinder auch eben gerade noch gesehen haben.

Man kann sich sehr gut vorstellen, wie sehr sich die Menschen, als sie von der neuen Version der Monika Weimar hörten, noch nachträglich an der Nase herumgeführt gefühlt haben müssen. Da mag der Gedanke, daß nur sie „es“ war, etwas Tröstliches gehabt haben. Der Gedanke, daß Eltern, aus einer unvorstellbaren Situation heraus, den Mord an ihren Kindern gemeinschaftlich verschleiern, ist ja auch im Grunde nicht aushaltbar. Es ist, als würden sie die Kinder fortgesetzt weiter umbringen. – Das ist aber im Grunde genommen das, was geschieht. Während es im ersten Verfahren durch das Reden der Eltern geschah, das nicht glaubwürdig wirkte, geschieht es heute durch ihr Schweigen. Beide überlassen jetzt das Reden ihren Anwälten. Aber während Monika Böttcher, geschiedene Weimar, immerhin im Saale anwesend und damit sichtbar ist, ist Reinhard Weimar auch dieses Mal wieder „verhindert“ Man kann seine Krankheit als Begründung für diese Abwesenheit akzeptieren, aber man sollte überlegen, ob diese Art der Schonung nicht bedeutet, ihn noch tiefer in seinen (Unschuld-)Wahn zu verstricken. Daß seine Abwesenheit in seinem Interesse ist, scheint mehr als fraglich. ■

Ökologischer Umbau durch Befreiung des Marktes

(III) Proportion oder Gleichung? Eine Grundfrage
der Politischen Ökonomie

5.2 Die internationale Voraussetzung

MICHAEL JÄGER

Wenn wir uns erinnern, daß in unserer Ökonomie nichts Ökonomisches passiert außer in der Sprache des Geldes, und zwar eines bestimmten Geldes, sind wir schon bei internationalen Voraussetzungen – Voraussetzungen sowohl der vorhandenen ökonomischen Ordnung als auch einer möglichen Ordnung von „Marktwahlen“ Diese sollen ja eine *kaufkräftig* gewollte Güterproportion sichtbar machen; das kann man auch so ausdrücken, daß sie die Proportion nicht im Wortsinn „sichtbar machen“ nicht *zeigen* sollen – denn zum „Zeigen“ ist die moderne Ökonomie viel zu groß – sondern sie muß *nennen* können, und daß es dazu einer doppelt spezialisierten Schrift bedarf. Einer Sprache nämlich, die zum einen die ökonomischen Gegenstände trifft, also „Geld“ überhaupt ist, und die zum andern an der Ökonomie anknüpft, die jetzt vorhanden ist, an ihrem historisch bestimmten „Medium“ und Kalkül, ihrer *besonderen* Sprache der Kaufkräftigkeit. Diese Sprache des Geldes ist aber seit langem international. Schon wenn wir erklären wollen, wie man heute in Deutschland kaufkräftig ist, muß unsere Erklärung in Hinweisen auf Einschnitte der internationalen Geld-Geschichte bestehen. Auf dieser Ebene müßte sich auch eine Explikation des Begriffs „Kaufkräftigkeit bei Marktwahlen“ bewegen. Ich beginne also mit Hinweisen auf die neuere internationale Geschichte des Geldes, wobei es sich wieder lohnt, bei Marx anzusetzen.

5.2.1 Etappen des Gleichungsgeldes: Goldgeld, Kreditgeld, Angebotsgeld Die Marxsche Geldtheorie ist in wichtigen Teilen durch eine neue Gelddefinition von 1931, die ich weiter unten skizziere, häufig geworden, doch war sie ihrer Zeit voraus und hat auf „1931“ im Grunde schon hingearbeitet. Die Marxsche Theorie steht in einer Spannung, die der Spannung des Geldes in der Realität entsprach und sie weitgehend, wenn auch nicht voll-

ständig, theoretisch auflöste. Zum einen war Geld Goldgeld. Alles, was „Geld“ hieß, ob Münze, Banknote oder „Buchgeld“ galt nur deshalb als Geld, weil unterstellt wurde, man könne es, wenn man wolle, gegen Gold umtauschen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Geld internationales Geld war, schon weil es vom *Goldvorkommen* irgendwo auf dem Planeten abhing. Wenn man das „Edelmetall“ der Inkas und Azteken aus Amerika nach Europa brachte, stiegen dort die Preise.

Gold als „Edelmetall“ war eine Verdrängung der Europäer, die sich schon nicht mehr klarmachten, weshalb sie diesem Stoff eine Autorität zuschrieben, die höher war als die Autorität ihrer Regierungen. Die ursprüngliche Heiligkeit des Goldes, das schon in den Veden „das Feuer bedeutete“⁶² wirkt hier noch nach. Entsprechendes gilt für andere „Edelmetalle“ Die Autorität des Staates liegt nicht darin, daß er definieren könnte, was als heilig gelten soll, sondern nur darin, daß er das Heilige hütet.⁶³

Gold war sozusagen die substantielle Seite des Geldes. Daneben gab es eine relationale Seite. Geld war Geld nur in einer Gleichung. Das hat Marx noch vor Simmel bemerkt. Wenn jemand, stellte Marx dar, 20 Ellen Leinwand gegen einen Rock tauscht, dann weil ihm der Rock als „gleichwertig“ gilt, und dieser Rock als „gleichwertiger“ Rock ist der Rock als vom Leinwandbesitzer akzeptiertes Geld.

Wenn wir von hier übergehen zu der realistischen Situation, daß der Leinwandbesitzer gegen Gold oder ein Substitut von Gold tauscht, dann hat sich im Grunde nichts geändert: der Leinwandbesitzer akzeptiert auch das Gold nur, weil es ihm „gleichwertig“ erscheint. Und das trotz der weitgehenden Nichtsnutzigkeit von Gold; letztlich erscheint es ihm „gleichwertig“ doch nur, weil er weiß, er kann es gegen den Rock tauschen, also weil er *Rock und Leinwand* als „gleichwertig“ annimmt.

Diese beiden Gesichtspunkte waren absolut widersprüchlich. Einmal hängt die Geltung des Geldes von ihrem Ort in einer Gleichung ab, oder man könnte zugespitzt sagen, hängt von der *Geltung der Gleichung* ab – Marx meint, von der Gleichsetzung verschiedener Arbeitstätigkeiten, ich würde allgemeiner sagen, davon, daß es aus zu erforschenden Gründen überhaupt eine Gleichungsmathematik gibt (seit dem 17. Jahrhundert, also nur in der Neuzeit),

die sich *unter andern* in der Ökonomie niederschlägt und von dort aus die ganze Gesellschaft durchdringt und beherrscht – zum andern aber hängt sie von der Substanz des Goldes ab. Anders als Simmel, der schon 1900 vom Goldaspekt glaubte abstrahieren zu können,⁶⁴ orientiert die Marxsche Theorie ganz auf das Zusammenwirken, also auf den Widerspruch von Goldaspekt und Gleichungsaspekt, und er hat recht behalten:

- (I.) Die Ohnmacht der Nachfrage
 - 1. Ökosteuern?
 - 2. Die Nachfrage nach der Proportion (Marx-Erinnerung I.)
 - 3. Ursachen der Disproportion
- (II.) Der Staat ist keine Lösung
 - Ursachen der Disproportion (Forts.)
 - 4. Eine Ökonomie aus Vereinen freier Menschen (Marx-Erinnerung II.)
 - 5. „Marktwahlen“
 - 5.1 Eine Vorschau auf „Marktwahlen“
- (III.) Proportion oder Gleichung?
 - Eine Grundfrage der Politischen Ökonomie
 - 5.2 Die internationale Voraussetzung
 - 5.3 Die volkswirtschaftliche Dimension

„1929“ wurde es bewiesen; denn *obwohl* Gold schon nur noch wegen der „Gleichwertigkeit“ akzeptiert wurde, galt auch immer noch, daß die „Gleichwertigkeit“ nur akzeptiert wurde, weil Gold in ihr vorkam. Das zeigte sich 1929 und in vorausgegangenen Krisen daran, daß immer dann, wenn die „Gleichwertigkeit“ zweifelhaft wurde – in Phasen übertriebener Spekulation – nicht etwa der Zweifel durch Nachrechnen der spekulativen Gleichungen hoben, sondern die „Gleichwertigkeit“ plötzlich am Maßstab des Goldes gemessen wurde. Man kann dann eine Regression sehen, zu der es ja in Situationen der Angst leicht kommt.

Was bedeutete es denn, etwas als Geld nur anzusehen, wenn es gegen Gold umgetauscht werden kann? Der Gesichtspunkt, daß Goldgeld „substantiell statt relational“ aufgefaßt ist, ist nur in erster Annäherung richtig. Tatsächlich ist Goldgeld nur *anders* relational als „gleichwertiges“ Geld. Die *Relation der Golddeckung* besteht darin, daß es flottierende Geldzeichen gibt, die auf einen Fixpunkt deuten und ihn be-deuten, eben das Gold, auf den hin sie durchsichtig sind. Man erkennt leicht, daß dies der „klassische Diskurs“ ist, der Diskurs des Absolutismus, wie Michel Foucault ihn beschrieben hat.⁶⁵ Wenn Geld zur Gleichung geworden ist, gibt es, weil Gleichungen symmetrisch sind, keinen Fixpunkt mehr und hat Geld deshalb keinen Zeichencharakter mehr. Andererseits sind selbst Gleichungen nicht *vollkommen* symmetrisch. Es gibt eine gewisse Ungleichheit in der Gleichung selbst, die Marx in seinen *Mathematischen Manuskripten* mit den Worten hervorhebt, die linke Gleichungsseite sei die Seite der Initiative, „weil wir von der Linken zur Rechten schreiben“⁶⁶ Da beginnt man zu schreiben, und da ist im Grunde noch nicht entschieden, ob es eine Gleichung ist, die man zu schreiben beginnt. Man könnte ja auch, sich ins Wort fallend, weiterschreiben: „Das stimmt nicht!“ Daß es eine Gleichung ist, ist erst mit der rechten Gleichungsseite entschieden, die deshalb in der Marxschen Geldgleichung die „Äquivalentform“ heißt, während die linke Seite nur unentschieden als „relative Wertform“ vorgestellt wird. Das heißt: Geld, das nicht mehr Goldsondern Gleichungsgeld ist, kommt zwar ohne Fixpunkt aus, nicht aber ohne die Ungleichheit, die der Gleichung selber eingeschrieben ist.

Man mag solche Überlegungen für unnötig abstrakt halten, doch ich wüßte nicht, wie man anders die Geldrevolution von 1931 begreifen wollte.⁶⁷ Damals wurde die Golddeckung zwar nicht schon abgeschafft – das geschah erst 1971 – aber doch von dem getrennt, was von da an „Geld“ hieß. „Geld“ war nur noch Gleichungsgeld, wobei sich aber die Ungleichheit der Gleichung durchsetzte. Durch diese Ungleichheit wurde Geld zum Verhältnis von „Bargeld“ und „Kreditgeld“ „Bargeld“ war der Nachfolger des Goldes: irgendeine Substanz, doch eine beliebige. Nur wegen der nachhinkenden Massenpsychologie wurde diese beliebige Substanz noch auf Goldbarren zurückgeführt, die irgendwo lagerten. Die Definition von Bargeld war aber: Dinge, die „Geld“ waren, weil eine Zentralbank sie emittierte. Damit war Geld nicht mehr auf einen Stoff mit verdrängter Heiligkeit zurückgeführt, sondern nur noch auf die Auctorität der Staaten.⁶⁸ Aber das Neue dieses Bargelds war nicht nur, daß es auf seinen Stoff nicht mehr ankam, sondern mehr noch, daß es in der Geldgleichung eine andere Rolle spielte als vormals das Gold, und ich sage „mehr noch“ weil dies die *Voraussetzung* der Stoffbeliebigkeit war. Bargeld war nämlich nur dazu da, Kreditgeld zu regulieren; „Kreditgeld“ war pures Gleichungsgeld und als solches die nun offizielle Grunddefinition des Geldes; und zwar spielte Bargeld im Kreditgeld exakt die Rolle, die eine rechte Gleichungsseite in einer Gleichung spielt, nämlich zu garantieren, daß der Ort, an dem es mitspielte, ein Gleichungs-Ort war.

Das ging so vor sich: Die Privatbanken durften Kreditgeld schaffen und damit Geld vermehren. Legte jemand Geld in der Bank ein, bekam er einerseits sein Geldkonto zum Bargeld-Abheben und wurde andererseits dieselbe Einlage von der Bank als Kredit verliehen; der Kreditnehmer konnte den Kredit wiederum einlegen, so daß das Spiel sich wiederholte; Geld zeugte Geld, nicht mehr nur durch Zinsen, wie Marx es beschreibt, sondern durch Verdopplung und Vervielfältigung, durch Gleichung und Gleichungskette. Vor allem damit nicht aus Geldvervielfältigung Inflation wurde, war die Kette des Kreditgelds an Bargeld zurückgebunden. Wer Kredit aufnahm, wußte, daß er zum festgesetzten Zeitpunkt „liquide“ sein mußte, ihn bar zurückzahlen zu können; dies Wissen zusammen mit dem Wissen um die Verknappung des Bargelds durch die Zentralbank, die es ausgab, sollte die Kreditlust zügeln. Es gab noch andere Methoden der Zentralbank, die Kreditpolitik der Privatbanken flexibel zu kontrollieren, vor allem den Leitzins.

Blickt man auf dieses Geldsystem heute zurück, so erkennt man leicht, daß es vor allem der Vermehrung der Kredite diente, die von Industrie und Konsumenten gebraucht wurden, damit die langlebigen Massenkonsumgüter des „Fordismus“ produziert und gekauft werden konnten: Autos und Eigenheime, aber auch Panzer und Raketen, denn man darf den Staatskonsum nicht vergessen. Es war der monetäre Überbau einer bestimmten Etappe der Beherrschung der individuellen Nachfrage durch das industrielle Angebot. Dieses Geldsystem war international. Es ging vom Dollar aus und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als „System von Bretton Woods“ kodifiziert und in der Weise verallgemeinert, daß alle westlichen Währungen sich durch festen Wechselkurs mit dem Dollar definierten.

Deshalb mußte dieses System zusammenbrechen, als seit den 60er Jahren die Vermehrung der Dollarkredite die Grenze zur Inflation überschritt. Zwei Gründe hierfür ragen heraus. Einmal die steigende Staatsnachfrage der USA in den 60er Jahren, die den doppelten Kraftakt des Vietnamkriegs und der Mondlandung auf sich nahmen, Anstrengungen, zu denen sie sich gezwungen glaubten, weil der Dritte Weltkrieg noch nicht entschieden war. Da konnte die staatsabhängige amerikanische Zentralbank natürlich nicht einschreiten. Zum andern das Entstehen des Eurodollarmarkts, einer kreditorischen Vervielfältigung des Dollars in einem Raum, auf den die amerikanische Zentralbank ihre Kontrollmittel ebenfalls nicht anwenden konnte.

Am Anfang der 70er Jahre wurde der Schein der Golddeckung des Dollars und wenig später das am Dollar orientierte System fester Wechselkurse aufgegeben. Am Ende der 70er Jahre gab zuerst die amerikanische Zentralbank ihre krediterleichternde Politik niedriger Leitzinsen auf;⁶⁹ die westeuropäischen Zentralbanken folgten. Darin spiegelt sich eine Machtverschiebung vom Industriekapital zum Finanzkapital. Dieselbe Politik nämlich, die dem Industriekapital billige Kredite verschafft hatte, hatte dem Finanzkapital den Preis des Geldes, das sie verliehen, den Zins, verdorben. Als die auto- eigenheim- und waffenfreundlichen, also kurz industriefreundlichen Zentralbanken ohnmächtig wurden, weil ihre Kontrollmöglichkeiten schwanden, stieß das Finanzkapital nach und setzte den hohen Preis für seine Ware, die Geldware, durch. Die Zentralbanken mußten sich dem anpassen. Von nun an fiel es dem Industriekapital schwerer, Kredite zu erlangen, weshalb es dramatische Kosteneinsparungen vornahm und sich grundlegend veränderte. „Lean produktion“ „just-in-time“ Produktion, Auslagerung von Subunternehmen sind einige bekannte Folgen. Noch wichtiger als diese Veränderungen ist jedoch, daß das Geld selbst erneut seinen Charakter änderte.

Was oben über „Bargeld und Kreditgeld“ seit 1931 ausgeführt wurde, bleibt einerseits institutionell und als offizielle Gelddefinition bestehen. Andererseits hört Geld faktisch immer mehr auf, Kreditgeld zu sein, und wird, wie man es nennen

könnte, Angebotsgeld. Kreditgeld ist Geld, das man nachfragt, heute immer vergeblicher. Weil selbst die größten Konzerne es nicht hinreichend bekommen, lassen sie sich vom Staat subventionieren, der es seinerseits den BürgerInnen abpreßt, mit der bekannten Folge des Sozialstaats- und Kulturstaatsabbaus.⁷⁰ Wenn man Geld aber anbietet, kann man einen Preis damit erzielen, und der, der es kauft, kann es auch wieder anbieten, und so weiter. Diese Politik des Verkaufens liegt dem Finanzkapital viel näher als eine Politik des Verleihs, einfach weil sie weniger risikoreich ist; der Preis für Geld, das man kauft und verkauft, wird sofort entrichtet, während man nie weiß, ob man einen Kredit überhaupt zurückbekommt. Deshalb werden die Finanzmärkte heute nicht mehr von Kreditformen, sondern von Formen des Wertpapiers beherrscht. Deshalb haben die Formen des Wertpapiers sich seit 1980 ungeheuer vermehrt. Zusammen mit der Freigabe der Wechselkurse hat dieser schnelle Kauf und Verkauf von Geld zu jenem ungeheuren Übergewicht der Geldmärkte über die Märkte des Realkonsums geführt, das heute das zentrale und prägende Element der sogenannten „Globalisierung“ ist.

Der Machtverlust des Industriekapitals läßt nur noch die transnationalen Konzerne als einigermaßen handlungsfähiges Industriekapital übrig. Das sind Konzerne, die von *global players* gesteuert werden, das heißt Leuten, die nicht auf Kredite warten, sondern selber, mit dem Konzerngeld, Wertpapiere kaufen und verkaufen und sich damit über Wasser halten. Einige Konzerne, die alles andere Kapital unter ihre Herrschaft bringen, können sich das unter der Voraussetzung leisten, daß sie jede Rücksicht auf nationale Arbeiterschaften fallen lassen. Von ökologischen Rücksichten zu schweigen!⁷¹

Der Machtgewinn des Finanzkapitals hat also zwei Folgen gehabt: zum einen hohe statt niedrige Geldpreise (Zinsen) und zum andern eine Veränderung der Struktur, in der Geldpreise erzielt werden. Diese Strukturveränderung läuft darauf hinaus, daß Nachfragegeld durch Angebotsgeld ersetzt wird. Aber man sieht leicht, daß auch Angebotsgeld *Gleichungsgeld* ist; der Gleichungscharakter ist sogar gesteigert. Denn von keiner Inflation bedroht, lassen sich die „Derivate“ des Angebotsgeldes noch weit gefahrloser vervielfältigen als der Kredit. Das ist die Situation, in der wir heute leben. Da die Folgen verheerend sind, wird der Ruf nach einem „anderen Geld“ bereits laut. Die Frage ist nur, wie es aussehen soll. Den Politikern von Chirac bis zur deutschen SPD fällt vorerst nur ein, daß die Wechselkurse wieder fixiert werden sollen.⁷² Doch was nützt es, vor 1973 zurückzugehen, wenn die Zeit



von „Bretton Woods“ nur die Vorbereitung der heutigen Zeit war und als Schwungrad zur Freisetzung des Gelds als Gleichungsgeld diente?

5.2.2 Proportionsgeld In der Gleichung selber liegt das Problem. Alle Probleme unserer Wirtschaftsordnung sind ihrer Struktur eingeschrieben: sie zwingt uns, eine einmal ergriffene Initiative nach dem Motto „Wer A sagt, muß auch B sagen“ – das Hannah Arendt als totalitär kennzeichnete –⁷³ bis ultimo nur noch zu wiederholen, was in der Ökonomie mal inflationäre, mal deflationäre Folgen hat.

Es würde natürlich auch nichts nützen, zum Gold zurückzugehen; dazu sind unsere Gesellschaften zu säkularisiert. Was also tun? Ich habe die Antwort im allgemeinen schon gegeben, brauche sie auf die Geldfrage nur anzuwenden: *zur Proportion übergehen*, vom Gleichungs- zum Proportionsgeld. Die Grundidee ist einfach: Wenn heute schon das Wertpapier zum Paradigma des Geldes wird, kann man fordern, daß alle Wertpapiere „gedeckt“ sein müssen – weder durch Gold noch durch die Arbitrarität des Bargeldzeichens, sondern durch Wertpapiere höherer Ordnung, die von neu erstarkten Zentralbanken emittiert werden, – und die „höhere Ordnung“ würde darin liegen, daß die Wertpapiere der Zentralbanken kein Gleichungsgeld mehr, sondern Zertifikatgeld und damit *Proportionsgeld* sind. Autorität soll dieses Geld daraus beziehen, daß es aus „Marktwahlen“ hervorgeht.

In ihm wäre grob festgelegt, wie viele Güter welcher Sorte produziert werden dürfen. Dieses Geld wäre also endlich, was es vom bisherigen Bargeld der Zentralbanken ja noch gar nicht unterschiede, nur daß seine Endlichkeit für eine Marktwahl-Periode viel starrer festläge als die Mengenfestlegung des Bargelds, die der

unendlichen Bewegung des Gleichungsgelds oft nur nachhinkte und vor allem deshalb so „flexibel“ war.

Jedes Gleichungsgeld der Privatbanken und ihrer Kunden hätte nur so lange Geldwert, wie es sich umrechnen läßt in das Proportionsgeld, oder anders ausgedrückt, das Proportionsgeld schriebe nur solchem Gleichungsgeld Wert zu, das Gleichungen auf *seine* Proportion bildet. Das hätte die praktische Konsequenz, daß jeder Versuch, mit Gleichungsgeld eine Ware zu bezahlen, die die Proportion übersteigt – weil der Fall eingetreten ist, daß alle proportionsgerechten Waren schon verkauft sind – an der inneren Abhängigkeit des Gleichungsgelds vom Proportionsgeld scheitert. Da Gleichungsgeld schon heute elektronischen Charakter annimmt,⁷⁴ ist das kein utopischer Traum: wenn man

einer Kreditkarte irgendeinen Gleichungsgeldbetrag einschreiben kann, warum dann nicht auch eine Proportion als „Code“ der Gleichungen? Dieser Mechanismus sollte bereits auf dem Investitionsgütermarkt greifen, dann kommt es gar nicht erst dazu,⁷⁵ daß das Geld des Konsumenten ein überproduziertes Auto abwehren muß.

Es würde reichen, für ein solches Programm in Deutschland, Japan und den USA Mehrheiten zu gewinnen: die Welt wäre verändert.

5.3 Die volkswirtschaftliche Dimension

5.3.1 Die vierte Proportionale Die Volkswirtschaftslehre (VWL) ist insofern sehr realistisch, als sie die gesamte Ökonomie als ein System von Gleichungen darstellt, die durch Gleichungen oder Ungleichungen in andere Gleichungen übergehen. Sie ist zugleich nur ideologischer Reflex dieser Ökonomie, weil sie kein Wort über die Proportionen verliert. Diese ergeben sich heute im Spiel der Gleichungen von selbst: wenn die Gleichungen sich verändern, haben sie sich mitzuverändern. Bei „Marktwahlen“ und „Proportionsgeld“ würde dies Verhältnis sich umkehren.

Ich habe die Proportion hier mit Marx als etwas behandelt, das man „wählt“ Das hier diskutierte Modell kombiniert also *drei Diskurse*: den Diskurs des Widersprechens an oberster Stelle (die Autorität eines Proportionsgelds ergibt sich aus einer Proportionswahl, die das Resultat der vorausgegangenen Proportionswahl verändert), in ihn eingebettet den Diskurs einer jeweiligen Proportion und von diesem abhängig den Diskurs der Gleichungen.⁷⁶ Der ursprüngliche Begriff der Proportion, wie er uns, lange bevor es eine Gleichungsmathematik gab, bei Aristoteles begegnet, war ganz anders konnotiert.

Damals war *er* der führende Diskurs. Die griechische Proportion drückte etwas aus, was feststand: eine Weltordnung, ein kosmisches Maß. Das war bis in die Geometrie hinein spürbar an der Unterstellung, über die sich Gleichungsmathematiker heute noch wundern: daß wenn *a* sich zu *b* verhält und *c* analog ist, es zu diesem *c* ein *d* geben müsse derart, daß *d* sich zu *c* verhält wie *b* zu *a*.⁷⁷ Diese apriorische Existenzunterstellung der vierten Proportionale bringt zum Ausdruck, daß man glaubte, den ganzen Kosmos in einem einzigen Maß denken zu können.⁷⁸ Ein Weltvertrauen, das der Gleichungsmathematik abhanden gekommen ist; nur in der poetischen Metapher lebt sie fort.

So bringt der Satz „Es war, als hätt' der Himmel die Erde still geküßt“ folgendes zum Ausdruck: Wenn sich die Frau zum Mann verhält und der Erde analog ist, gibt es zu dieser Erde einen Himmel derart, daß der Himmel sich zur Erde verhält wie der Mann zur Frau, nämlich küssend. Leider wissen wir ja, wie unrealistisch das ist (Ozonloch, Bombenkrieg).⁷⁹

Wenn wir eine Proportion *wollen*, ist es anders. Dann haben wir gerade kein Weltvertrauen, sondern wissen, daß die Proportion allenfalls in unserem Willen liegt und *deshalb von uns zur Geltung gebracht werden muß*, durch Politik und politisch implementiertes Geld. Das ist der Sinn des Satzes von Protagoras: *Der Mensch ist das Maß aller Dinge* – die Dinge selbst haben nämlich kein Maß. Genau dahinter fällt aber die VWL zurück, weil der Kapitalismus dahinter zurückfällt. Man kann ihn, wie ich schon sagte, als Fetischisierung einer ursprünglichen Arbeitsteilung definieren, einer einmal gegebenen Proportion *A*, zu der er *B* sagt, endlos in Gleichungsketten. Das verdeckt er, indem er so tut, als sei die Proportion *A* Natur. Die Wahl einer anderen Proportion *A* scheint unmöglich. Wir werden nun sehen, wie auch die VWL einerseits von der Proportion schweigt und sich andererseits auf ihren kosmischen Segen stützt.

In der Realität sind beispielsweise Zinsen entweder zu niedrig: wenn das Industriekapital herrscht, oder zu hoch: wenn das Finanzkapital herrscht; im ersten Fall gibt es zu viel Kredit, im zweiten zu wenig; *tertium non datur* in der VWL aber ist es, als hätt' der Zins den Kredit still geküßt.

5.3.2 Die getarnte Proportion Seltsamerweise kann man mit ihren Formeln nicht rechnen, und seltsamerweise sind das Formeln, die gerade deshalb vorgetragen werden, weil sie nicht stimmen: „Investieren gleich Sparen“ stimmt nicht, sondern *mißte* stimmen, *damit* reibungslos investiert werden kann. Entsprechend hat die VWL auch zu Angebot und Nachfrage

nichts weiter zu sagen, als daß sie, im Reich ihres Sollens, „gleich sind“ Was ist eine Gleichung, die beschreibt, wie etwas sein soll, aber nicht ist? Es handelt sich bei diesen Gleichungen um verkappte Proportionen.

„Angebot gleich Nachfrage“ lesen wir da, und „Investieren gleich Sparen“.⁸⁰

- (1) $A = N$
- (2) $I = S$

Zunächst scheinen das pure Gleichungen zu sein, die man wegen ihres abstrakt modellanalytischen Charakters nicht abstreiten kann. Es scheint, als solle weder behauptet werden, daß die Realität sich so verhalte, noch daß sie sich so verhalten solle. Die Gleichungen sagen nur, wie es „wäre, wenn“ *Wenn* alles, was produziert wird, zu konstanten Preisen verkauft würde, dann wäre der Wert von allem, was produziert wird, dem Einkommen aller Produzenten (einschließlich der Unternehmer) gleich – was eine dritte Gleichung ergibt:

- (3) $P = E$

Unter dieser Bedingung würde das Angebot auf veränderte Nachfrage nicht mit Preisveränderung, sondern mit Mengenveränderung reagieren, und ebenso wie schon die Ausgangs-Produktion das Einkommen miterzeugt hätte, das zum Rückkauf der Produkte erforderlich war, würde auch die Mengenveränderung die Einkommensveränderung, die den Rückkauf ermöglicht, immer miterzeugen. Nun weiß jeder, die Voraussetzung ist nicht realistisch. Sie werde später zwecks Anpassung an die Realität aufgehoben, heißt es. Das Versprechen ist uninteressant. Wichtig ist das Verfahren, unrealistisch anzufangen. Es muß einen Nutzen haben! „Ernstgemeint“ sind die Gleichungen (1) und (3) also jedenfalls nicht. Sie scheinen aber ebensowenig in einem Proportions-Zusammenhang zu stehen.

Im Gegenteil wird eine Funktionsgleichung mit ihnen gebildet, die den Sachverhalt zum Ausdruck bringt, daß eine Gesamtheit von Produzenten immer nur einen Teil dessen, was sie produziert, für den Konsum nachfragt und zurückkauft, wobei sie aber *desto* mehr nachfragt, *je* mehr sie produziert. Man kann diese Funktion wegen der geltenden Gleichsetzungen, die genannt wurden, auf verschiedene Art ausdrücken:

- (4.1) $N = f(E)$
- (4.2) $N = f(P)$
- (4.3) $A = f(E)$
- (4.4) $A = f(P)$

zusammenfassend aber auch als Gleichsetzung zweier Gleichungen – die dennoch alles andere als eine Beweiskette ist:

$$(4) (A = N) \Leftrightarrow f(P = E)$$

Es gibt Funktionen, die man genauso gut als Proportionen schreiben könnte, die Funktion (4) ist eine solche aber nicht. $A = N$ verändern sich nämlich *nicht proportional* mit $P = E$. Das ist eine empirische Tatsache, die schon auf dieser äußersten Abstraktionsstufe in die Betrachtung eingeht: je höher das Einkommen steigt, desto niedriger wird der prozentuale Anteil der Konsumnachfrage am Einkommen. Die Proportionalmathematik ist also wie überall so auch in der VWL überwunden. Ja, man könnte zeigen, daß sie überall genau so überwunden wurde wie hier: mit der *empirischen* Entdeckung, daß die Realität sich nicht nach dem „Weltvertrauen“ der Proportion verhält, die zu der *theoretischen* Alternative führte, sie dann vielmehr in Funktionsgleichungen zu fassen. Aber wir sind noch nicht am Ende. Die VWL hat zwar bis hierher noch nichts falsch gemacht, aber nur weil sie überhaupt noch nicht vom Fleck gekommen ist.

Zunächst noch zur obigen Gleichung (2), mit der wir es kurz machen können, da sich die eben an Gleichung (1) gezeigte Struktur nur wiederholt. Der Sachverhalt ist weniger vertraut, aber auch von ihm muß man sagen, daß er zum einen unbestreitbar ist und zum andern keinen proportionalen Charakter hat. Man definiert einfach alles vom Einkommen, das nicht in die Nachfrage eingeht, als freiwilliges oder unfreiwilliges Sparen, und alles von der Produktion, was nicht ins Angebot eingeht, als freiwillige oder unfreiwillige „Investition“ nämlich Lagerhaltung. Was nicht verkauft werden kann, was bisher noch nicht verkauft *wurde* und was noch nicht angeboten werden kann, weil es einfach noch nicht fertig ist, all das gemeinsam ist „im Lager“ also „Lagerhaltung“ also „Investition“ Nun gut. Und kein Zweifel, aus einem Verkaufserlös kann das alles nicht bezahlt werden, muß aber bezahlt worden sein. Zugleich kann dieses Zahlung nur aus dem Einkommen stammen. Es kann sich also nur tautologisch um den Teil des Einkommens handeln, der nicht in die Nachfrage eingegangen war – den „gesparten“ Teil, wobei es keine Rolle spielt, ob der Lagerhalter selbst gespart hat oder sich vom Ersparten des Nichtkäufers Kredit geben läßt oder beides.

Also ist Investition ein Teil der Produktion, wie Sparen ein Teil des Einkommens, und zugleich *je höher* die Produktion, *desto* mehr Investitionen – wir erhalten ganz analog zu

$$(4) (A = N) \Leftrightarrow f(P = E)$$

die weitere Funktionsgleichung

$$(5) (I = S) \Leftrightarrow f(P = E)$$

ausdrücklichen Grundannahmen eingeht, aber nie selbst als Grundannahme erörtert wird. Die drei Axiome seien hier formuliert:

(I) „Gleichgewicht“ ist der theoretische Grundbegriff – er hängt vom Willen ab, denn dieselbe Lagerhaltung spricht, wenn „gewollt“ für Gleichgewicht, und wenn „ungewollt“ für Ungleichgewicht.

(II) Es wird unterstellt, daß der Unternehmer, der vor dem Sachverhalt der ungewollten Lagerhaltung, also des Ungleichgewichts steht, zum Gleichgewicht zurück will; entsprechend berechenbar, für die VWL, ist er in seinen Handlungen.

(III) „Die aggregierte Nachfrage bestimmt das Gleichgewichtsniveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion.“⁶¹ Damit ist gesagt, daß in letzter Instanz das Angebot auf die Nachfrage reagiere und nicht umgekehrt – die bloße Gleichung (1) $A = N$ könnte ja in beide Richtungen interpretiert werden. Die Unternehmer reagieren also auf den Willen der Käufer; an der von ihnen ungewollten Lagerhaltung merken sie, die Käufer wollen nicht wie gedacht, und daraufhin wollen sie ihrerseits sich dem, jetzt ermittelten, Käufer-Willen anpassen.

So weit sehen wir, die VWL gibt eigentlich selbst zu, daß sie Politische Ökonomie ist. Die Kenntnis, die sie vermittelt, ist nicht naturwissenschaftlicher Art, sondern es geht um eine Willensbildung und -aushandlung. Hier haben wir die ganze Zweideutigkeit von Gleichung und Proportion in nuce, denn während einerseits durch die Behauptung, anders als in der Politischen Wissenschaft könne das Ergebnis der Willensbildung exakt vorausberechnet werden, die Sprache der Gleichungen ermöglicht wird, sind Gleichun-

gen, die einen gewollten „gleichgewichtigen“ Sachverhalt artikulieren, man kann auch sagen: die von einem Kosmos handeln, eben doch nur, auch wenn sie es verdecken, Proportionen.

Hieran ist wenigstens so viel schon früher aufgefallen, daß die VWL, wie gesagt wird, kontrafaktisch den „homo oeconomicus“ unterstelle. Irreführend ideologisch war nur der Nachsatz, dieser ökonomische Mensch zeichne sich durch „Rationalität“ aus, während wirkliche Marktteilnehmer sich oft „irrational“ verhalten. Die Ideologie liegt darin, daß die Art von „Rationalität“ nicht näher bezeichnet wird, ganz als gäbe es nur eine einzige in der Menschheitsgeschichte. Der „homo oeconomicus“ wäre dann der, der in „der Rationalität“ verschwindet, weil sein Wille ihr hundertprozentig folgt, so daß man von ihm auch genauso abstrahieren kann. In Wahrheit ist es aber so, daß er sich durch eine historisch bestimmte Rationalität auszeichnet: er bringt Proportionen, die er will, in der Gleichungssprache unter, die vorgegeben ist.

Ideologisch war auch die Annahme, der „homo oeconomicus“ sei nicht der vergesellschaftete Mensch, sondern je ein Privatindividuum. Auch das ist bemerkt worden. Dies ist aber eine Annahme, von der die VWL nicht abstrahiert, weshalb sie an dieser Stelle widerlegt werden kann. Denn wie ich schon erwähnte, eine erste empirische Hypothese über das Wollen geht schon in die Anfänge des Theoriegebäudes ein, nämlich daß die Nachfrage zwar mit dem Einkommen wachse, aber nicht proportional. Es ist bezeichnend, daß diese echte Funktionsgleichung, echt, weil gerade die Unproportionalität ausgesagt wird, nun eine Aussage wie selbstver-

ständig über privaten Willen ist, private Nachfrage und privates Einkommen, was sich nun wirklich nicht von selbst versteht, denn wir sind doch dabei, Gleichungen über die „aggregierte“ Nachfrage zu erörtern. Das ist pure Willkür und kann nicht akzeptiert werden. Eine Theorie über den Willen kann man akzeptieren, soll es sogar auf dem Feld der Ökonomie, aber eine Theorie nach dem Willen des Theoretikers ist unakzeptabel.

Hier geht ein Interesse ein: das Interesse derer, für die es günstig ist, die Ökonomie von der privaten Nachfrage her aufzurollen; das sind die Anbieter, die als Unternehmer, also privat, nach Investitionsgütern nachfragen wollen, ohne der „Investitionskontrolle“ zu unterliegen. Ansonsten könnte man aber auch von der aggregierten Nachfrage ausgehen – auch empirisch ausgehen, wenn man es doch theoretisch tut – und also Annahmen über die empirisch gewollte Proportion der aggregierten Nachfrage in die Anfänge des Theoriegebäudes eingehen lassen.

Nur, dann wäre man bei Marx. Denn Marx hat nie etwas anderes vorgeschlagen, als diesen Willen zu ermitteln und zu realisieren. Das war es, was er „Kommunismus“ nannte. Warum bauen die Gleichungen der VWL auf dem Willen Einzelner auf statt auf dem Willen Aller? Man kann es ihr nicht vorwerfen: der Wille Aller wird nicht ermittelt und ist deshalb tatsächlich keine ökonomisch relevante Größe, während der Wille der besonderen Einzelnen, den die VWL berücksichtigt, wegen seiner besonderen Macht um so relevanter ist. Man konnte es ihr bisher nicht vorwerfen, weil sie „Marktwahlen“ nicht kannte. ■

62 Vgl. Mircea Eliade, *Geschichte der religiösen Ideen* Bd. 1, Freiburg Basel Wien 1978, 208.

63 Vgl. dazu meine Vorüberlegungen in *MarxLektüre III*, in: *Kommune* 9/1992.

64 Vgl. Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Frankfurt/M. 1989.

65 Vgl. Michel Foucault, *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt/M. 1974.

66 Ausg. Kronberg 1974, 72.

67 Vgl. zum folgenden Robert Guttman, *Die Transformation des Finanzkapitals*, in: *PROKLA* 103, Berlin 1996, 165–195.

68 Und zwar von Staaten, die nicht autoritär regiert wurden, was paradox, aber kaum zufällig ist.

69 Dies habe ich in *Die bedrohten Räume des Umbaus*, in: *Andere Zeiten* 1/1996, 4–11, falsch dargestellt.

70 Diesen Zusammenhang stellt Elmar Altwater dar: *Globale Finanzinnovation, privates Computergeld und sozialisierte Schulden*, in: *PROKLA* 103, a.a.O., 241–258.

71 Vgl. Fußnote 56.

72 Vgl. *FAZ* v. 25.6.96.

73 Vgl. *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, 723.

74 Vgl. Raúl Rojas, *Elektronisches Geld im globalen Datennetz*, in: *PROKLA* 103, a.a.O., 227–240.

75 Vgl. Fußnote 57

76 Wenn man noch den Diskurs der Klassifikation hinzunimmt, sind alle Diskurse genannt, die in die Frage der Arbeits-Verteilung überhaupt eingreifen können. „Klassifikation“ Durkheims Lieblingsbegriff, ist der typisch etatistische Diskurs. Er ist Logik als Hierarchie ohne Widerspruch (umgekehrt ist der Diskurs des Widersprechens an Logik gebunden). Er teilt die Arbeit von oben her ein wie Glieder einer Armee. Es ist der Klassifikationsdiskurs, der die Arbeits-Verteilung wie Natur hat aussehen lassen wie „Organe“ eines „Hauptes“ wie Körperschaften, wie „Korporationen“ denn wenn es der König ist, der befiehlt, die „Arbeits-Verteilung“ zu tradieren, wird man sie nicht so leicht umstürzen. Sie ist den Untertanen heilig. Dem Kapital ist sie gleichgültig. Diese Gleichgültigkeit schützt sie weder, noch läßt sie an Kritik denken, woraus der Glaube an die „Evolution“ der „Arbeitsteilung“ resultiert (vgl. Durkheim, *Über soziale Arbeitsteilung*, Frankfurt/Main 1992 [Erstausg. 1893]), der seinerseits das Vorbild aller neueren Theorien über die „Ausdifferenzierung“ der Gesellschaft ist.

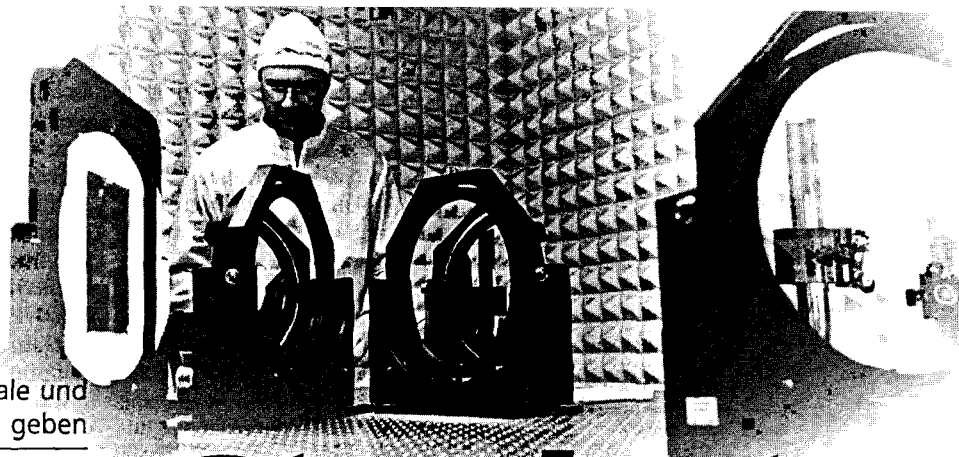
77 Vgl. Ivor Bulmer-Thomas, *Der Aufstieg des griechischen algebraischen Denkens*, in Erhard Scholz, *Geschichte der Algebra. Eine Einführung*, Mannheim Wien Zürich 1990, 45–79, hier 72, sowie Oskar Becker, *Grundlagen der Mathematik in geschichtlicher Entwicklung*, Frankfurt/Main 1975, 87

78 In der Praxis unterstellte man verschiedene Maße, konnte aber nicht theoretisch formulieren, warum. Vgl. Henk J.M. Bos/Karin Reich, *Der doppelte Auftakt zur frühneuzeitlichen Algebra: Viète und Descartes*, in Scholz, a.a.O., 183–234.

79 Die, was die Proportion betrifft, sehr unterschiedliche Atmosphäre von *Das Elend der Philosophie* und *Das Kapital* erklärt sich daraus, daß Marx im erstgenannten Text Proudhons Proportion als Ausdruck ungerechtfertigten Weltvertrauens angreift, während er im zweiten die Proportion als ökonomischen Willensakt vorschlägt.

80 Man kann die folgende Kritik beispielsweise an Jürgen Siebke/H. Jörg Thieme, *Einkommen, Beschäftigung, Preisniveau*, in: *Vah lens Compendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik* Band 1, München 1990, 87–174, verifizieren.

81 A.a.O., 94.



Der Standortdebatte soziale und ökologische Orientierungen geben

Die Debatte um den Standort Deutschland hat ihre Berechtigung und eine Vielzahl von ernstzunehmenden Gründen. Im Rahmen veränderter geopolitischer Ausgangsbedingungen gehen viele Unternehmen daran, die bisherigen Dispositionen hinsichtlich der Produktionsstandorte und der Produktions- und Arbeitsorganisation zu überprüfen. Diese Entwicklung ist nicht neu, sie hat sich jedoch seit Anfang der 90er Jahre beschleunigt. Deshalb geht die „Standortdebatte“ gegenwärtig in eine „Globalisierungsdebatte“ über, in deren Zentrum folgende Befürchtungen und Fragen stehen:

- Wird sich die Mehrheit der Deutschen ihren vergleichsweise hohen Lebensstandard auch künftig noch leisten können?
- Welche Folgen für die Arbeitsmärkte haben die veränderten Dispositionsmöglichkeiten der Unternehmen und die Globalisierung der Finanzmärkte?
- Sind die Abgabenbelastungen unter Gesichtspunkten eines zunehmend härter ausgetragenen (Preis-) Wettbewerbs noch tragbar?
- Wie antwortet die Gesellschaft auf die zunehmende soziale Desintegration, wie geht sie mit der wachsenden Zahl von Menschen um, die auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind?

Diese Fragen werden von den dominierenden Akteuren in der Standortdebatte entweder nicht in der nötigen Klarheit gestellt oder damit beantwortet, daß sie perspektivlose Anpassung im Sinne eines „den Gürtel enger schnallen“ und undifferenzierte „Verschlankung/Kostensenkung“ fordern; so tut es auch die Bundesregierung in der Begründung ihres „Sparpakets“

Was wird geschehen, wenn diese Forderung keine Resonanz mehr findet, weil niemand mehr glaubt, daß die Einschränkungen vorübergehender Natur sind und Einsparungen kein greifbarer Gewinn gegenübersteht? Werden wir dann eine Streikwelle erleben, die letztendlich die Wirtschaft destabilisiert? Werden wir auf eine Entsolidarisierung der Gesellschaft hinsteuern, in der sich Kapitalbesitzer und Unternehmen zunehmend der inländischen Besteuerung entziehen können? Was wird aus unserem demokratischen Wohlfahrtsstaat, werden wir in die Situation der amerikanischen Gesellschaft geraten, in der nur vergleichsweise geringe Steuer- und Abgabenlasten zu tragen sind, gleichzeitig jedoch die öffentlichen Leistungen eingeschränkt werden, auf welche insbesondere die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen angewiesen sind?

Falsch wäre es, die Standortdebatte lediglich als eine interessengeleitete Debatte wahrzunehmen und statt dessen eine „andere Standortdebatte“ zu führen, die ausschließlich die sozialen und ökologischen Begrenzungen unserer Art des Wirtschaftens thematisiert.¹

Standort DEBATTE

Mythen, Fakten, Handlungsmöglichkeiten

MARGARETA WOLF / WERNER SCHULZ

Mitte Oktober hatten Bündnis 90/Die Grünen einen Strategiekongreß zur Wirtschafts- und Sozialpolitik veranstaltet. Ausgehend vor allem von ökologischen und friedenspolitischen Konzeptionen und Intentionen nähern sie sich dem zentralen Kampfplatz von Gesellschaften auf Basis kapitalistischer Produktionsweise. Hier erscheinen die Zwangsgesetze des Kapitals nicht nur als Sachzwänge, sondern wirken immer umfassender tatsächlich als solche. Zugleich wird auf ökonomisch antagonistischer Grundlage um den politischen Konsens gestritten, der die Bundesrepublik bisher zusammenhält. Reformpolitik erweist sich in diesem Kernbereich als so beschränkt, wie sie ist, und Fundamentalismus als so hilflos, wie er verboht erscheint. Hier wird Politik, auch ökologische, gemacht oder nirgends. Margareta Wolf und Werner Schulz vom Vorstand der bundnisgrünen Bundestagsfraktion über Standortsanierung, Adalbert Evers über notwendige Arbeit in den Städten und Möglichkeiten ihrer Bezahlung.

Notwendig ist es jedoch, die Begründung des bisherigen Kurses der Wirtschaftspolitik und der Argumentationen der Wirtschaftsverbände zu hinterfragen:

□ So wird die Negativbilanz dieser Bundesregierung durch eine Massenarbeitslosigkeit wie zu Zeiten der Weimarer Republik bestimmt, obwohl die Abgabenquote der ArbeitnehmerInnen gestiegen und die Abgabenquote der UnternehmerInnen gesunken ist. Seit nunmehr dreizehn Jahren verkündet die Bundesregierung einen undifferenzierten Wachstumskurs als Lösung des Arbeitsmarktproblems, verweigert sich jedoch einer ernsthaften Antwort auf die Frage, wie denn – ohne eine entsprechende Änderung zentraler Rahmenbedingungen – dieses Wachstum ökologisch verträglich sein soll.

□ Auch Unternehmensverbände hüten ihre Betriebsheimnisse. Im Zuge der Globalisierung werden Investitionsort, Steuerort und Wohnort unabhängig voneinander gewählt. „Viele Unternehmen nutzen den niedrigen Steuerstandard der armen Staaten und genießen den hohen Lebensstandard der reichen Staaten. Sie zahlen die Steuern, wo es am billigsten ist, und leben, wo es am schönsten ist“ (Ulrich Beck, *Kapitalismus ohne Arbeit, Spiegel* 20/96). Letztlich sägen sie an dem Ast, auf dem sie selber sitzen. Häufig erwecken sie den Eindruck, als würde eine geringere Steuerlast, niedrigere und flexiblere Löhne, eine Deregulierung der Arbeitszeit oder der Abbau von Arbeitnehmerrechten automatisch zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen. Hier färbt ihre Interessenlage die Analyse erheblich ein. ManagerInnen und UnternehmerInnen wären glaubwürdiger, würden sie mit derselben Ernsthaftigkeit thematisieren, daß auch der Markt für Unternehmerleistungen – nicht nur der Arbeitsmarkt – unvollkommen ist. Die Widerstände gegen Innovation nehmen zu, die Risikobereitschaft ist nicht hinreichend entwickelt. In Großkonzernen herrschen teilweise Subventions- und Rückversicherungsmentalitäten wie in den alten DDR-Kombinaten. Noch sind es viel zu wenige UnternehmerInnen, die in Sozialleistungen und Umweltschutz nicht nur Kosten sehen (was sie unzweifelhaft sind), sondern auch Nutzen in Form einer lebenswerten, sozial und ökologisch unbeschädigten Umwelt. Nachhaltige Auswirkungen, die sich nicht unmittelbar quantifizieren lassen, jedoch zu den positiven Faktoren des Standortes gehören. Sie überlassen es den BürgerInnen und Gewerkschaften, diese Aspekte einzufordern, und stehlen sich, so weit sie können, aus der Verantwortung.

„Die Angst vor dem Abstieg“ breitet sich aus. Eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern fürchtet den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Solidarisch getragene Modelle wie bei VW, bei denen die Belegschaft ihre Arbeitszeit unter Einkommenseinbußen verringerte, damit möglichst viele ihren Arbeitsplatz behalten, werden dennoch von der regierenden Politik nicht aufgegriffen. Sie interessiert nicht, ob mit solchen Modellen

nicht auch eine neue Art der Zufriedenheit einhergeht, weil anderer Wohlstand – Zeitgewinn und Zeitsouveränität – gewonnen wird. Die Bundesregierung finanziert millionenschwere Zukunftsforschungsprojekte zu neuen Technologien, überläßt es jedoch den Kirchen und Umweltverbänden zu thematisieren, ob unser Lebensstil überhaupt im Weltmaßstab übertragen werden kann. Sie weicht – im Einklang mit ihren Sachverständigen – der Frage aus, ob nicht auch solidarische Arbeitsumverteilung einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten kann.

Gegenwärtig herrscht – insbesondere in Westdeutschland – die Angst vor Veränderungen. In Ostdeutschland, wo Veränderungen bewältigt wurden, die die Vorstellungskraft der meisten Menschen in Westdeutschland übersteigt, breitet sich Unsicherheit aus. Die Ungewißheit in den neuen Bundesländern dreht sich um die Schicksalsfrage, ob sie den alten Bundes-

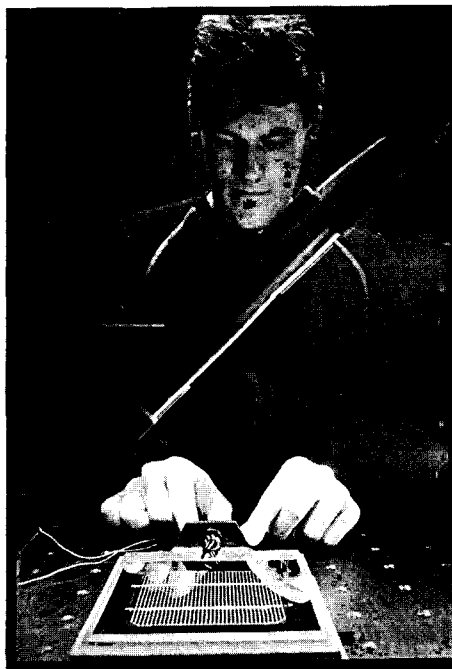
ländern eine Wende voraus sind oder ob sie den nächsten Systemniedergang erleben und ihnen weitere Veränderungen bevorstehen. Die sozialen Unsicherheiten und unklaren Zukunftsaussichten untergraben das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und die demokratischen Institutionen des Staates, dem sie ohne Wenn und Aber angehören wollten.

Nicht die Armut gefährdet die Demokratie, sondern die Angst davor, so wird in dem jüngst erschienenen Buch *Die Globalisierungsfalle* konstatiert (Martin/Schumann, 1996). Angst ist keine produktive Kraft. Ralf Dahrendorf warnte kürzlich davor, daß Angst „lebensgefährlich“ werden könne, „weil sie eher zu Reaktionen führt, die zu allen Arten der Abschließung drängen ... Man will um ziemlich jeden Preis

bewahren, was man noch hat“ (Dahrendorf, 1996).

Keine guten Voraussetzungen für eine Politik, die auf die positive Gestaltung der Lebensbedingungen setzt. Die wirtschafts- und ökologienpolitischen Konzeptionen von Bündnis 90/Die Grünen fordern die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft heraus. Veränderungen werden allen wirtschaftlichen Akteuren, ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, UnternehmerInnen abverlangt, wenn wir das Ziel einer solidarischen und ökologischen (Welt-)Wirtschaft erreichen wollen. Auch bei unseren Konzeptionen wird es Gewinner und Verlierer geben. Entscheidend wird jedoch bleiben, daß mit unseren Vorschlägen nicht nur der überfällige ökologische Strukturwandel in Gang kommt, sondern daß damit gleichzeitig mehr Arbeitsplätze zu schaffen sind als mit dem ohnmächtigen „Weiter so!“ der Bundesregierung. Zugleich müssen wir aber ehrlicherweise eingestehen, daß es eine Vollbeschäftigung wie in den Aufbaujahren der Bundesrepublik auf absehbare Zeit nicht mehr geben wird.

Die Bündnisgrünen dürfen es sich nicht zu einfach machen. Die Konzentration auf soziale und ökologische Fragen reicht nicht aus, um in der Standortdebatte



zu bestehen. Heute geht es darum, die Faktoren Kapital, Arbeit, Wissen, soziale Gerechtigkeit und Ökologie in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Die Akzeptanz unserer Partei wird auch davon abhängen, wie wir mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit umgehen und mit der Erkenntnis, daß es keine Vollbeschäftigung im klassischen Sinne mehr geben wird. Dabei wird die Trag- und Reichweite unserer Antworten davon bestimmt, inwieweit wir reflektieren, daß seit 1989/90 eine veränderte deutschland- wie auch weltpolitische Situation vorliegt. Hinzu kommt, daß die Zweifel an der Fähigkeit jedweder nationalen oder regionalen Regierung wachsen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse gestaltend beeinflussen zu können. Vom „Ende der Volkswirtschaften“ und vom „Ende der Nationalökonomie“ ist die Rede.

Egalisierung greift um sich. Stimmt es also, daß es keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, daß es nur noch moderne Wirtschaftspolitik gibt, wie der selbsternannte „Automann“ aus Niedersachsen (Gerhard Schröder) zitiert wird?

Diese „moderne Wirtschaftspolitik“ besteht offensichtlich darin, sich bedingungslos dem Trend der Weltwirtschaft anzupassen – wie es die Bundesregierung in ihrem Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung und ihrem Jahreswirtschaftsbericht plant. Wir halten diese Entwicklung nicht für zwangsläufig und alternativlos. Trotz, oder sogar wegen der Globalisierung verbleiben Spielräume für eine sozial gerechte und ökologische Wirtschaftspolitik (unsere Definition einer modernen Wirtschaftspolitik), die bislang nicht hinreichend genutzt werden.

Wir können noch kein komplettes Alternativprogramm vorlegen. Auch wir haben nicht die alles umfassenden Antworten, aber wir arbeiten an den entscheidenden Fragen. Wir wollen Hinweise geben, in welche Richtung die Standortdebatte – die im Kern auch eine Zukunftsdebatte ist – gelenkt werden sollte. Wir sind davon überzeugt, daß wir mit der defensiven Position nicht weiterkommen, die lediglich den Stand der erreichten sozialen und umweltpolitischen Fortschritte verteidigen will und meint, daß das eigentliche Standortproblem in der zunehmenden verteilungspolitischen Schieflage zugunsten der Vermögenden dieser Gesellschaft liegt.²

Mythen und Fakten – zur Standortdebatte im Westen Deutschlands

Eine Kernaussage in der Standortdebatte lautet: Der Standort Deutschland habe eine Kostenkrise, er sei daher nicht mehr wettbewerbsfähig genug. Schlußfolgerung: Die Kosten für den Faktor Arbeit und die Umweltkosten sollten sinken, staatliche Vorschriften zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zurückgedrängt werden.

Nun könnten wir es uns einfach machen und in Erinnerung rufen,

□ daß ein Ausfuhrüberschuß von annähernd 100 Milliarden DM, den die Bundesrepublik in diesem Jahr voraussichtlich erreichen wird, nicht als Indikator für Wettbewerbschwäche, sondern im Gegenteil als Indikator für Wettbewerbsstärke gewertet werden muß.

□ Mit dieser Hypothese könnten wir auch zeigen, daß ein derart hoher Ausfuhrüberschuß die Währung eines

Landes immer wieder unter Aufwertungsdruck setzt, was letztendlich wieder die Exporte verteuert und in seiner Negativauswirkung von Wirtschaftswissenschaftlern wesentlich höher eingeschätzt wird als Lohnerhöhungen.

□ Und schließlich können wir auch darauf verweisen, daß nicht die Nominallöhne entscheiden, sondern die Lohnstückkosten³ und daß diese im Zeitraum zwischen 1973 und 1994 in der Bundesrepublik deutlich geringer anstiegen als in den meisten anderen G-7-Staaten. Hohe Stundenlöhne rechtfertigen sich also durch hohe Produktivität.



□ Und daß Umweltschutzkosten sich im westdeutschen produzierenden Gewerbe 1993 auf lediglich 0,7 Prozent des Bruttoproduktionswertes beliefen und damit noch unterhalb des Anteils für Mieten und Pachten lagen, läßt sich ebenfalls nicht als Standortchwäche auslegen. Deutschlands Schrittmacherrolle im Umweltschutz hat gerade der bundesdeutschen „Umweltschutzindustrie“ Wettbewerbsvorteile im Sinne des „first-mover-advantage“ gebracht.⁴

□ Schließlich: Selbst wenn Deutschland in Teilen als Hochsteuerland gilt, so ist doch eine spezifische Steuerquote nicht allein Ausdruck einer Belastung, sondern kann als „Miete für die Standortnutzung“ und Preis für eine gute öffentliche Infrastruktur angesehen werden. Hohen Steuersätzen steht dann eine „Standortrente“ gegenüber, die die Unternehmen aufgrund der positiven Standortfaktoren erwirtschaften können.

Weniger einfach ist die pauschale Zurückweisung der These von der Kostenkrise, wenn wir eine differenzierte Analyse der wichtigsten Branchen vornehmen. Drei Gruppen, die in der Standortdebatte spezifische Positionen vertreten und auf die die Strategien der Bundesregierung ausgerichtet sind, lassen sich idealtypisch unterscheiden:

□ Die erste Gruppe umfaßt die altindustriellen Branchen, dies sind unter anderem der Steinkohlebergbau und in Teilen der Schiffsbau. Sie hängen am Subventionstropf. Hier trifft die Bundesregierung die lakonische Feststellung: „Die Ausgaben für die Erhaltung unrentabler Wirtschaftsstrukturen binden gesamtwirtschaftliche Ressourcen zu Lasten wichtiger Zukunftsaufgaben“ (Bundesregierung 1993, 12). Das politische Ziel ist deshalb die Streichung der direkten und indirekten Subventionen. Daß diese Branchen vor allem ihre Standorte in Bundesländern haben, die über lange Zeit sozialdemokratisch regiert wurden, kommt dieser politischen Absicht entgegen, deshalb ist die Absicht je-

doch nicht falsch. Die Streichung solcher Subventionen müßte auch im Interesse all jener liegen, die ein Interesse am ökologischen Umbau haben (siehe auch Kristin Heyne/Oswald Metzger, „Solidarisch sparen“⁴⁵). Dieser Gruppe würde auch eine Strategie der Kostensenkung nicht dauerhaft helfen.

□ Die zweite Gruppe beinhaltet solche Industriebranchen, die durch die Konjunkturkrise 1992/93 lernen mußten, daß sie ernsthafte Strukturprobleme haben. Hierzu gehört der Automobilbau, die Chemie-Industrie und teilweise der Maschinenbau. Dies sind gleichzeitig die Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, auf die annähernd 70 Prozent des Exportvolumens entfallen. Da die Unternehmen in diesen Zweigen durch den Druck des Weltmarktes von einer Qualitätskonkurrenz in Richtung einer Preiskonkurrenz gezwungen worden sind, bezieht sich der folgende Befund der Bundesregierung vor allem auf sie: „Andere Länder erreichen inzwischen eine ähnliche oder sogar höhere Attraktivität als Deutschland. Sie können häufig durch niedrigere Lohnkosten, geringere staatliche Abgaben und Auflagen sowie größere Technikoffenheit Nachteile in anderen Branchen ausgleichen“ (Bundesregierung 1993, 9). Im Umkehrschluß läßt sich folgern, daß eine Politik, die auf niedrigere Lohnkosten, geringere staatliche Abgaben und Auflagen und eine größere Technikoffenheit abzielt, diesen Branchen zugute kommen soll. Dies sind auch die Branchen, die – im Unterschied etwa zum Einzelhandel – jetzt darangehen, die tarifvertraglich geregelte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aufzukündigen. Wir werden genauer prüfen müssen, inwieweit in diesen Branchen tatsächlich eine generelle Kostenkrise existiert. Und falls dies der Fall ist, ob sich dieser Kostenwettbewerb überhaupt gewinnen läßt und welche – auch ökologischen – Innovationschancen in diesen Branchen verpaßt werden, schließlich, welche Rolle Vermachtung in diesen Branchen spielt.

□ Die dritte Gruppe kann als Modernisierungsflügel charakterisiert werden. Dies sind diejenigen Industriezweige und Unternehmen, die ausreichend große Technologievorsprünge haben und deren Produkte wegen ihrer spezifischen Qualität und nicht in erster Linie wegen ihres niedrigen Preises gekauft werden. Dazu zählen Bereiche der Elektronikindustrie, des Maschinenbaus, bestimmte Dienstleister und Kommunikationstechnologien, wenn auch längst nicht mehr alle. Auf diese Gruppe zielt die Bundesregierung vor allem, wenn sie formuliert: „Ähnlich wie in den 80er Jahren ist ein erneuter technologischer Aufbruch der Unternehmen dringend erforderlich. Die Wirtschaft muß deshalb ihre Strategien überprüfen und die Forschungsaufwendungen steigern“ (Bundesregierung 1993, 16). Durch die Entwicklung von Zukunftstechnologien soll das wirtschaftliche Fundament der modernen Industriezweige vergrößert werden, dazu zählen aus der Sicht der Bundesregierung vor allem: „Biotechnologie, Informationstechnik, Hochleistungswerkstoffe, Umwelttechnologien“ Offensichtlich ist das politische Gewicht dieser Gruppe ziemlich schwach. Denn wie anders wäre es zu erklären, daß ausgerechnet Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie von der Bundesregierung sträflich vernachlässigt werden und der sogenannte „Zukunftsminister“ auch in diesem Jahr erhebliche Kürzungen in seinem Haushalt hinnehmen muß. Diese Kürzungen erfolgten auch und vor allen Dingen bei den Zukunftstechnologien Informationstechnik und Umwelttechnik, während gesellschaft-

lich umstrittene Technologielinien wie die Gentechnik in besonders hohem Maße gefördert werden. Unabhängig von der Bewertung dieser Technologien ist hier festzustellen: Diesen Branchengruppen würden weniger allgemeine Kostensenkungen helfen als vielmehr eine gezielte Industriestrukturpolitik. Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, die Einführung von Ökosteuern und hohe Umweltstandards sind bei dieser Gruppe eher positive Wettbewerbsfaktoren.

Interessant ist auch, welche Branchen und Wirtschaftszweige in der Standortdebatte kaum zu Wort kommen oder nicht der Erwähnung wert scheinen. Da ist zum ersten die sogenannte Umwelttechnikindustrie (Maschinenbau, Meß- und Regeltechnik, Elektroindustrie, Chemieindustrie, regenerative Energieerzeugung) zu nennen. Sie ist in Deutschland eine Wachstumsbranche par excellence, die durch einen kostenmotivierten Abbau von Umweltstandards eher Verluste denn Gewinne erleiden würde. Übertönt werden auch andere ökologienahe Branchen, wie beispielsweise der Waggonbau, die Gas- und Wasserwirtschaft, Teile des Handwerks, Umweltdienstleister und viele andere eher für den Binnenmarkt produzierende kleine und mittlere Unternehmen. Ihrer Stimme muß nicht zuletzt aus beschäftigungspolitischen Gründen mehr Gewicht verliehen werden. Auch deshalb hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik auf die Thematisierung von Problemen in diesen Branchen und Betriebsgrößen gelegt.

Völlig unterbelichtet bleibt in der Standortdebatte, welche Chancen ein „Bündnis für Arbeit und Umwelt“ bieten würde. Wir haben als Fraktion versucht, diesen Aspekt in den Frühjahrsdebatten unterzubringen, müssen jedoch feststellen, daß wir mit unserer Botschaft nicht durchgedrungen sind. Und obgleich wir mittlerweile mit den Gewerkschaften in Fragen einer ökologisch-sozialen Steuerreform an einem Strang ziehen (siehe die gemeinsame Erklärung der Bundestagsfraktion und der IG Agrar-Bauen-und Umwelt), werden alternative Wege vielfach überlagert von interessengeleitetem Getöse in der Standortdebatte.

Ostdeutschland – in der Standortdebatte verdrängt

Die Ergebnisse der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu den Fragen der Standortdebatte sind widersprüchlich und eignen sich nicht zur Legitimation der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Sie geben allerdings auch wenig zur Beantwortung der eingangs genannten Zukunftsfragen her. Kaum beachtet wird, daß beinahe alle Industriestaaten vergleichbare Standortdebatten führen.⁶ Ein offenkundiger Mangel ist jedoch, daß bei diesen Diskursen zumeist die erheblichen Standortsschwächen der ostdeutschen Bundesländer kaum Erwähnung finden. Die Standortdebatte hat Westdeutschland fest im Blick.

Dabei macht sie gerade für Ostdeutschland Sinn. Wenn angebotsorientierte Einflußfaktoren für die Erklärung dauerhafter Entwicklungsschwächen herangezogen werden können, dann für Ostdeutschland. Dies wird leider auch in der bündnisgrünen Debatte häufig vergessen.

Trotz massiven Arbeitsplatzabbaus in allen Sektoren und immer noch deutlich niedrigerer Reallohne der

Abbildungen aus
der Fotoserie „Im
Fraunhofer Institut
für Solare Energie-
systeme“ von Ilja C.
Hendel.
S. 47:
Herstellung von
Mikrostrukturen auf
Glas zur Reflektions-
verminderung;
S. 48:
Justierung einer PV-
Zelle für Spektral-
messungen im
Kalibrierlabor;
S. 49:
Testaufbau zur „out-
door“-Untersuchung
des Wirkungsgrade von
amorphen PV-
S. 53:
Herstellung von
Silicium-Wafern.

Horst Afheldts Bilanz einer 50jährigen Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik liest sich unter dem Motto „Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder“ wie ein Abgesang darauf, daß die 50er Jahre und damit die Zeiten Ludwig Erhards endgültig vorbei seien. Insofern scheint er Ludwig Erhard um seine Zeit zu beneiden, konnte dieser doch die Wirtschafts- und Sozialpolitik noch auf dem magischen Dreieck von Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum aufbauen. „Doch die Verhältnisse, die sind nicht mehr so“ so seine desillusionierende Bilanz. Statt Wachstum und Wohlstand gibt es in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren eine neue Armut, ein stetiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit und in Europa rundum einen unaufhaltsamen Zerfall der historisch gewachsenen Sozialstaaten.

Interessanter als die empirischen Befunde sind seine Erklärungsmuster. Schuld sei der dem Kapitalismus inhärente zerstörerische Zwang zu Wachstum und Produktion. Ganz in der marxistischen Tradition, ohne jedoch Marx zu erwähnen, zeigt er die inneren Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung auf, ironisch und in saloppem Stil. – Flott lesen sich dann auch die Dilemmata, die aus dieser Entwicklung entstehen: *Für den Unternehmer*, weil sich Investitionen für neue Arbeitsplätze nicht rechnen; *für die Arbeitnehmer* weil Arbeitsplätze abwandern und durch die weltweite Konkurrenz Billiglöhne gefordert werden: „Arbeit wird billig wie Dreck“ *für die Volkswirtschaft*, weil die liberale Wirtschaftslehre eines Joseph A. Schumpeter, nach der neue Investitionen auch durch „schöpferische Zerstörung“ von Kapital möglich seien, heute so nicht mehr gelte; *für die Politik*, weil die Marktmacht des Kapitals zu einer Schwäche des Staates geführt habe. Kurz: „Erhards Schiedsrichterstaat ist tot.“

Wenn die Kriterien für wirtschaftliches Wachstum und für Wohlstand auseinanderfallen, wie könnte dann der weitere

Weg in die Moderne aussehen? Afheldts vage und ausweichende Antwort: nicht über den „neuen Liberalismus“ und auch nicht über den alten Liberalismus eines Adam Smith, der nur dann einer Nation Wohlstand bringt, wenn auf den Märkten gleiches Produktionsniveau und gleiche Einkommensstrukturen bestehen. Ist dies wie in der gegenwärtigen Situation nicht der Fall, verschärfen sich lediglich die Ungleichheiten.

Nach den Auffassungen der Neoliberalen, die in dem Sozialstaat lediglich eine (zu) teure und die Produktion belastende Angelegenheit sehen, müßten Länder ohne „soziale Fesseln“ mit viel Deregulierungen besser dastehen. Dem geht Afheldt am Beispiel der USA nach und untersucht die Folgen der *Deregulierung für die arbeitende Bevölkerung*. Sein Ergebnis: In Ländern mit schwach ausgebildeten Sozialstaaten führen Deregulierungen zu anderen sozialen Ungleichheiten als in den europäischen Sozialstaaten. Von Armut bedroht sind nicht mehr nur Arbeitslose. Die *working poor* in den USA zeigen diese Entwicklung, die sich auch in der Bundesrepublik anbahnt.

Zu dem Szenario einer Welt, in der Demokratie und der Sozialstaat unter der Herrschaft des globalen Freihandels untergraben wird, entwickelt Afheldt einen schwachen Lösungsvorschlag: Er plädiert für die Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Das freie Spiel des Marktes könne regional begrenzt und damit politisch gestaltbar werden, zum Beispiel durch Großraum-Regionen wie die Europäische Gemeinschaft, die mit Hilfe von Schutzzöllen und Protektionismus einen Sozialstaatsraum schufen und nach außen abschirmten. Nur so sei – allerdings auf Kosten von Entwicklungsländern – Massenwohlstand herzustellen. Eine hilflose und problematische Vision.

Afheldt geht es darum, das Konzept Sozialstaat auch unter Bedingungen des weltweiten Freihandels und der Globalisierung der Wirtschaft zu erhalten. Er wirft die entscheidenden Fragestellungen hierfür auf und

stellt sich – im Gegensatz zu vielen Stimmen aus der SPD und den Gewerkschaften – dieser neuen wirtschaftlichen Entwicklung. Ich frage mich nur, wie tragfähig der Vergleich mit der sozialen Marktwirtschaft Erhards eigentlich ist. Denn der ideengeschichtliche Hintergrund der „sozialen Marktwirtschaft“ war vage. Es handelte sich schlicht um ein offenes System, das auf wirtschaftliche Dynamik aufbaute und einen Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit anstrebte. Alfred Müller-Armack, der das Konzept ausgearbeitet hatte, das 1949 mit den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgestellt worden war, hatte die hemdsärmelige und theoretisch wenig fundierte Praxis der sozialen Marktwirtschaft aus der Not der Zeit begründet:

„Der Sozialismus hat durch seine Anhänger ganze Bibliotheken füllen lassen. Die soziale Marktwirtschaft hat eigentlich nur eines unternommen: sie ist eine große Bewährungsprobe eingegangen, und heute ist zu prüfen, ob der Erfolg, der diesem Versuch beschieden war, über die materielle Seite hinaus auch noch einen geistigen Anspruch rechtfertigt“ (Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg 1966, S. 251).

Die soziale Marktwirtschaft konnte nur funktionieren, da sie von einem vorübergehenden wirtschaftlichen Aufschwung getragen wurde, und nicht weil – wie ich bei Afheldt herauslese – unter Erhard noch das Primat der Politik und eine bewußte politische Steuerung der Wirtschaft geherrscht hätte. Afheldts Idealbild eines Erhardschen „Wohlstand(s) für alle“ ist zu einer geschichtlichen Episode geworden. Der Traum ist aus.

So oder so bietet das Buch eine materialreiche Analyse der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik – wissenschaftlich und trotzdem populär.

Mechthild Veil

Horst Afheldt, Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, München (Verlag Antje Kunstmann) 1994 (265 S., 36,00 DM)

ostdeutschen im Vergleich zu den westdeutschen Beschäftigten, haben die ostdeutschen Unternehmen das Problem der *Lohnkosten* bislang nicht in den Griff bekommen. Gemessen an den Lohnstückkosten hat es sich seit 1993 in einigen Bereichen sogar wieder verschärft. Die Lohnstückkosten waren im Vergleich zu 1993 im Jahr 1995 im verarbeitenden Gewerbe auf 91,2 Prozent (1994: 89,8%) gesunken, im Handel auf 88,1 Prozent (1994: 85,6%). Im gleichen Zeitraum ist es den vergleichbaren westdeutschen Sektoren gelungen, ausgehend von erheblich niedrigerem Niveau die Lohnstückkosten deutlich stärker zu senken, im verarbeitenden Gewerbe auf 68,7 und im Handel auf 70,3 Prozent. Gemessen an diesem Kriterium hat sich die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger ostdeutscher Sektoren

gegenüber westdeutschen Konkurrenten in den vergangenen Jahren wieder verschlechtert.

Die in der öffentlichen Debatte häufig geäußerte Behauptung, hierfür seien allein zu hohe Lohnsteigerungen im Osten verantwortlich, verzerrt die Tatsachen. Genauso wie die Erhöhung von Lohnkosten die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann, so kann auch eine schwache Wettbewerbsposition (aufgrund mangelnden Eigenkapitals, hoher Konjunkturanfälligkeit, zu geringer Innovation etc.) mit der Folge geringer Kapazitätsauslastung die Lohnstückkosten in die Höhe treiben. Einseitige Schuldzuweisungen an die Arbeitnehmer sind also fehl am Platze. Dennoch sind die hohen Lohnstückkosten Indikator einer nach wie vor bestehenden und sich teilweise sogar verschärfenden

Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft. Hinzu kommt, daß die Betriebskosten in Ostdeutschland auch durch höhere Energie Wasser- und Abwasserkosten in die Höhe getrieben werden. Ohne verbesserte Kostenstrukturen ist also eine wirtschaftliche Angleichung Ostdeutschlands nicht zu erreichen.

Die ostdeutschen Unternehmen leiden unter einem besonderen *Mangel an Eigenkapital*. Dies hat eine Beschränkung ihrer Fähigkeit zur Aufnahme von Fremdkapital und damit insgesamt eine eklatante Finanzierungsschwäche zur Folge. Die im Eckpunktepapier der Fraktion zur Mittelstandspolitik getroffenen Feststellungen und entwickelten Konzeptionen sind für die ostdeutsche Wirtschaft daher von besonderer Bedeutung. Der Aufbau funktionsfähiger Märkte für Risiko- und Beteiligungskapital wird jedoch nur dann zu einem ausreichenden Zufluß von Kapital in die neuen Länder führen, wenn dort die Gewinnaussichten auf längere Sicht signifikant besser sind als an anderen Standorten. Dies ist derzeit nicht der Fall. Ein Abbau eigenkapitalersetzender Kreditprogramme zugunsten des Aufbaus privater Beteiligungsmärkte könnte unter dieser Voraussetzung durchaus auch zu Lasten Ostdeutschlands gehen.

Die ostdeutsche Wirtschaft liegt nach dem drastischen *Abbau der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F&E)* in den vergangenen Jahren auf einem gefährlich niedrigen Niveau. So lag die ostdeutsche Wirtschaft 1993 in ihrer F&E-Intensität mit Abstand hinter der westdeutschen zurück: Von 100 Erwerbstätigen waren 1993 in ostdeutschen Unternehmen 0,5 Prozent mit F&E-Tätigkeiten beschäftigt (Westdeutschland: 1,2 %). Bezogen auf die Bruttowertschöpfung betrugen die F&E-Aufwendungen in ostdeutschen Unternehmen im gleichen Jahr 0,9 Prozent (Westdeutschland: 2,3%). Entsprechend niedrig ist die Zahl ostdeutscher Patentanmeldungen. Pro 100000 Einwohner wurden im Jahr 1995 von ostdeutschen Antragstellern 16,7 und von westdeutschen 54,0 Patente angemeldet.

Die Ursachen hierfür liegen sicherlich teilweise in Problemen der Finanzierung von besonders risikobehafteten Forschungsinvestitionen. Mitverantwortlich ist allerdings auch die Konzentration ostdeutscher Anbieter auf Erzeugnisse mit niedrigem F&E-Anteil.

Der Osten Deutschlands hat eindeutig ein akutes Standortproblem. Die Kosten sind zu hoch, die Produktivität ist zu niedrig, Innovationspotentiale sind weitgehend abgewickelt. Die Wirtschaft wird mit massiven finanziellen Transfers am Leben erhalten und ist dennoch zumeist nicht fähig, im überregionalen Wettbewerb mithalten zu können.

Mehr und mehr scheint sich allerdings die Sichtweise durchzusetzen, der Osten sei ein Standortproblem.

Die jährlichen Transfers von etwa 150 Milliarden DM belasten die deutsche Volkswirtschaft insgesamt. Was anfangs ein gigantisches Konjunkturprogramm für den Westen war, verwandelte sich binnen kurzem in ein drückendes Abgaben- und Schuldenproblem.

Deshalb liegt der Aufbau Ost auch im

vitalen Interesse des Westens. Der Abbau des Solidaritätszuschlages – das Wahlgeschenk an die FDP – ist daher das falsche Zeichen.

Der wichtigste Markt für ostdeutsche Unternehmen ist immer noch Ostdeutschland selbst. Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben erhebliche *Schwierigkeiten*, auf den westdeutschen und den *internationalen Märkten* Fuß zu fassen. Ein besonderes Problem stellen hierbei die hohen Anforderungen von Großabnehmern dar. Den meisten ostdeutschen Unternehmen fehlen nach wie vor die notwendige Größe und Leistungsfähigkeit, um diesen Ansprüchen zu genügen. Verstärkt stellt sich – angesichts weithin ungenügender Wettbewerbskontrolle – das Problem auf vermarkteten Märkten.

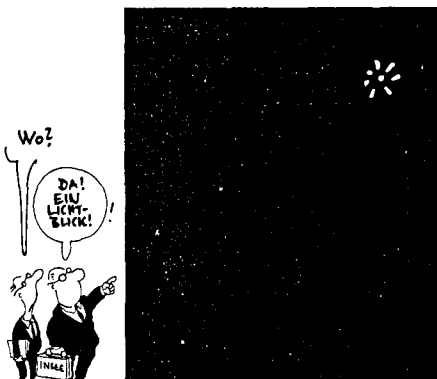
Es liegt auf der Hand, daß eine Volkswirtschaft nicht in allen Bereichen und für jeden Produktionszweck gute Standortbedingungen aufweisen kann. Für welchen konkreten Standort sich ein Unternehmen entscheidet, hängt, jenseits von konkreten Kosten- oder Absatzerwägungen, auch von den Wechselwirkungen zwischen Stärken und Schwächen ab. Nicht jeder Standort weist in allen Bereichen die gleichen Stärken auf. Häufig kann eine Schwäche in dem einen durch eine Stärke in einem anderen Bereich ausgeglichen werden. Wichtig sind auch die „weichen Standortfaktoren“. Wohnqualität, Umweltqualität, Freizeit- und Kulturangebot sind Faktoren, die sehr wohl die Standortentscheidungen von Unternehmen beeinflussen. Fehlt es an „*weichen Standortfaktoren*“, wird es eine Region schwerer haben, im Konkurrenzkampf um Ansiedlungen zu bestehen. Dies hat nicht zuletzt der mäßige Erfolg der fünf neuen Bundesländer bei der Unternehmensansiedlung gezeigt.

Die Phase der Transformation der DDR Wirtschaft und ihrer Unternehmensstrukturen geht zu Ende. Jetzt geht es darum, daß aus den neu entstandenen Unternehmen eine genügend große Anzahl innovativer und überregional wettbewerbsfähiger Unternehmen erwächst. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den exportorientierten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes zu.

Für Ostdeutschland kommt gegenwärtig in erster Linie eine angebotsorientierte Wirtschaftsförderung in Frage. Eine weitere Verbesserung der Infrastrukturbasis auch im Sinne der Verbesserung „weicher Standortfaktoren“ Strategien der Bestandspflege und -sicherung sowie Förderung weiterer Unternehmensgründungen sind die richtigen Ansatzpunkte. Dabei sollte sich die Wirtschaftsförderung auf die Förderung des verarbeitenden Gewerbes und produktionsnaher Dienstleistungen konzentrieren.

Wichtig ist dabei, daß die Wirtschaftsförderung auch in den wirtschaftlich aussichtsreicheren Räumen mit vergleichsweise guter Infrastruktur und großer wirtschaftlicher Aktivität auf hohem Niveau weitergeführt wird.

Der Gedanke des interregionalen Nachteilsausgleichs innerhalb der neuen Länder muß gegen die Zielsetzung einer Angleichung von Leistungsfähigkeit und Lebensbedingungen der neuen Länder insgesamt gegenüber den alten Ländern abgewogen werden. Folgt man der bisher gültigen Förderkonzeption der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, so wird ab dem kommenden Jahr die Förderpräferenz für die leistungsfähigsten ostdeutschen Regionen gegenüber den besonders schwachen Regionen Ostdeutschlands abgesenkt. Damit würden die Förderpräferenzen den schwächeren west-



deutschen Regionen angenähert. Soll jedoch Ostdeutschland als ganze Großregion Anschluß an den Westen bekommen, muß beispielsweise der Raum Halle/Leipzig am Rhein-Main-Gebiet oder Berlin an Hamburg gemessen werden.

Mit dieser Überlegung werden Konfliktlinien angesprochen, die wir thematisieren und nicht zudecken sollten. Sie verlaufen sowohl zwischen den Regionen im Osten als auch zwischen dem Osten Deutschlands insgesamt und jenen westdeutschen Regionen, die ebenfalls stark negativ durch wirtschaftlichen Strukturwandel beeinflußt werden.

Es ist an der Zeit, diese Konflikte zu thematisieren mit dem Ziel, die regionale Wirtschaftsförderung auf eine neue Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang ist auch zu überlegen, ob und wie die Strategie der ökologischen Modernisierung insbesondere auch für Ostdeutschland mit der räumlichen Nähe zu den mittel- und osteuropäischen Staaten eine Chance sein kann.

Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Welt

Global denken – lokal handeln. Diese Devise wirkt angesichts der Globalisierungsdebatte etwas anachronistisch. Sitzen wir in der Globalisierungsfalle, beschränkt auf vornehmlich lokale und nationale Handlungsmöglichkeiten? Muß es nicht heute heißen: Lokal handeln – global mitwirken und die dafür notwendigen Handlungsräume gestalten?

Globalisierung ist keine gänzlich neue Entwicklung, sie hat sich jedoch seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre beschleunigt. Die Ausgangsbedingungen für neue räumliche Orientierungen in der internationalen Arbeitsteilung Anfang der 90er Jahre unterscheiden sich deutlich von jenen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre. Durch die Umbruchsituation in den mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) sind die westeuropäischen Länder, vor allem jedoch die Bundesrepublik heute mit einer Situation konfrontiert, in der in unmittelbarer räumlicher Nähe ein großes Potential ausgebildeter Arbeitskräfte verfügbar ist. Hinzu kommt, daß wir auf eine bereits entwickelte Industrietradition treffen. Die kulturellen Muster – wenn auch in Teilen unterschiedlich – entsprechen denen Westeuropas stärker, als dies bei den südostasiatischen Schwellenländern und der sogenannten „Dritten Welt“ in den 70er Jahren der Fall war.

Wirklich problematisch ist nicht der internationale Handel, sondern die Internationalisierung der Finanzmärkte⁷ da diese die makroökonomischen Steuerungsmöglichkeiten der Nationalstaaten einschränkt. Deshalb ist es auch richtig, daß wir uns verstärkt mit den Möglichkeiten und Grenzen internationaler Kooperation als einem Mittel zur Wiedergewinnung wirtschaftspolitischer Steuerungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Damit ist jedoch noch nichts darüber ausgesagt, welche Richtung wir dabei einschlagen. Die unterschiedlichen Auffassungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die von einigen Mitgliedern der Europafraktion vorgetragene Skepsis gegenüber dem Termin für die Einführung des Euro, sollten jedoch Gegenstand von Positionsklärungen der näch-

sten Monate sein. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Europäischen Union gerade in wirtschaftspolitischen Fragen ist es auch erforderlich, daß sich die Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion verstärkt des Themas Europäische Wirtschaftspolitik annimmt.

Die Behauptungen der Bundesregierung, nach denen Arbeitslosigkeit mit dem „Auftreten neuer leistungsfähiger Nationen auf dem Weltmarkt“ erklärt werden könne, wird nicht bewiesen und ist wohl auch nicht beweisbar. Immerhin sind diese Nationen die besten Kunden gerade der westdeutschen Investitionsgüterhersteller. Hinter dieser Argumentation steht das Konzept „der Wettbe-



weberfähigkeit von Nationen“ Zu Recht warnt der amerikanische Ökonom Paul Krugmann davor, daß eine unreflektierte Verwendung dieses Begriffes zu einer „gefährlichen Wahnvorstellung“ werden könne (Krugmann, 1996). Er weist darauf hin, daß die meisten Verfechter dieses Konzepts wollen, daß ihr Land im globalen Handelsspiel gewinnt und wirft die Frage auf:

„Was aber geschieht, wenn ein Land trotz aller Anstrengungen nicht zu gewinnen scheint bzw. nicht mehr an einen möglichen Sieg glaubt? Dann folgt aus der Theorie der Wettbewerbsfähigkeit unweigerlich, daß es besser ist, die Grenzen zu schließen als das Risiko einzugehen, daß Ausländer in hochbezahlte Jobs und Bereiche mit hoher Wertschöpfung eindringen.“

Ergänzend zu den von Krugmann beschworenen Gefahren könnte man eine weitere nennen: Die Wahrnehmung anderer Wirtschaftsregionen als Konkurrenten um einen begrenzten Weltmarktkuchen und knappes Investitionskapital (hier wird offenbar die Weltwirtschaft als Nullsummenspiel verstanden) führt dazu, daß ein Steuersenkungs- und Subventionswettbewerb um dieselben Kapitalgeber und dieselben Märkte und Technologien stattfindet, bei dem Milliarden von Steuergeldern zu Lasten der Einkommen breiter Bevölkerungsschichten heute und zu Lasten der künftigen Generationen vergeudet werden. Diesen – sehr praktischen – „Wahnwitz“ müssen wir in der Tat zum Thema machen und nach geeigneten Instrumenten zur Begrenzung dieser Entwicklung suchen.

Die Handlungsmöglichkeiten hierfür – vor allem innerhalb der EU – sind beileibe nicht ausgeschöpft. Nach der Öffnung des europäischen Binnenmarktes und mit der Einführung des Euro müssen nun endlich auch die Defizite europäischer Wirtschafts- und Steuerpolitik geschlossen werden. Auf der Maastricht-II-Konferenz müssen die Weichen in diese Richtung gestellt werden.

Es wäre verfehlt, die mittel- und osteuropäischen Staaten – zum großen Teil EU-Bertrittskandidaten – vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „Niedriglohnkonkurrenz“ wahrzunehmen. Zwar sind lohnkostenbedingte Produktionsverlagerungen durch Direktinvestitionen, Lohnveredlung oder *global sourcing* in der Regel direkt mit einem Arbeitsplatzabbau in Deutschland verbunden. Vermeidbar wäre dieser Arbeitsplatzexport jedoch nur dann, wenn die Produktion alternativ auch im Inland rentabel, also zu den im Inland geltenden Löhnen durchgeführt werden könnte und die damit einhergehende Produktivitätssteigerung nicht ebenfalls von den sogenannten Niedriglohnländern nachvollzogen werden könnte.

Für viele Menschen in den Transformationsökonomien bedeutet diese Entwicklung, daß sie in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ihren Volkswirtschaften erwächst hieraus der Vorteil der Devisenerwirtschaftung, die wiederum für den Kauf benötigter Investitionsgüter aus den kapitalexportierenden Staaten genutzt werden kann. Auch für die VerbraucherInnen bringt dieser Trend zunächst einmal Vorteile, weil Massenerzeugnisse billiger produziert und angeboten werden.

Das Problem dabei ist jedoch, daß häufig der Abbau in den nicht wettbewerbsfähigen Bereichen viel schneller vorangeht als die Expansion in den anderen Teilen der Wirtschaft. Hinzu kommt, daß in den expandierenden Sektoren nicht unbedingt Verwendung besteht für die in den traditionellen Bereichen Beschäftigten oder daß es zu regionalen Ungleichgewichten zwischen schrumpfenden und wachsenden Bereichen kommt. Problematisch ist dieser Trend vor allen Dingen dann, wenn formal niedrig qualifizierte Arbeitskräfte betroffen sind, weil diese zunehmend weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und weil eine Strategie der Höherqualifizierung nicht für alle gleichermaßen geeignet ist.

Damit kommen wir zurück zu den Handlungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene. Es wäre fatal, wollten wir jetzt nur noch internationale Wirtschaftspolitik diskutieren. Die Aufgabe besteht vielmehr auch darin, bislang unterbelichtete Aspekte in der Globalisierungsdebatte hervorzuheben und unter Beschäftigungsaspekten auch den Blick auf die vernachlässigten Bereiche einer binnenmarktorientierten Wirtschaftsentwicklung zu richten.

Neben dem Trend zur Globalisierung sollten wir den Trend zur Regionalisierung verstärken. Dieser zeichnet sich vor allem durch Qualitätsproduktion langlebiger, reparierbarer, wiederverwertbarer und entsorgungsfreundlicher Produkte aus. Ihm wollen wir mit der ökologisch-sozialen Steuerreform zusätzliche Schubkraft verleihen. Auch die Umweltgesetzgebung beispielsweise im Bereich der Abfallgesetzgebung könnte Regionalisierungstendenzen unterstützen. Denn Reparaturen, Wiederverwertung und Entsorgung hängen von Netzwerken und Synergien ab, die sich bevorzugt dort bilden, wo auch Bedarf vorhanden ist. Die räumliche Nähe von Produktion, Distribution und Entsorgung ist günstig für die Herausbildung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Mehrweg- und Rücknahmesysteme verlangen Angebote in räumlicher Nähe zum Verbrauch. Die VerbraucherInnen sind zunehmend sensibilisiert für die Folgen eines (Straßen-)Transportes frischer Waren über längere Strecken hinweg, weshalb die Entwicklungschancen regionaler Produzenten zusätzlich von der Nachfrageseite verbessert werden. Ohnehin sind der Globalisierung des Warenverkehrs Grenzen gesetzt, beispielsweise durch den Zeitfaktor (Frische von verderblichen Waren und Lebensmitteln, Lieferzeiten und -pünktlichkeit usw.), durch ungünstige Gewichts-/Volumen-Wert-Verhältnisse oder allseitige Verfügbarkeit (Kies lohnt weite Transporte nicht, Wasser und Luft ist fast überall vorhanden) oder durch die Standortbindung von Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energiequellen). Und schließlich gibt es eine ganze Reihe von Dienstleistungen, die niemals internationalisiert werden können. Die Arbeit im öffentlichen Personennahverkehr beispielsweise oder andere personengebundene Dienstleistungen. Der Entwicklung des ortsgelunden Dienstleistungssektors muß deshalb in wirtschaftspolitischen Konzeptionen eine wesentlich größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der Wettbewerb der Nationen findet praktisch längst statt. Die Standortdebatte liefert hierzu die Begleitmusik. Die Entwicklungen in den USA und Großbritannien zeigen, wo die Strategien ungezügelter Deregulierung und Kostensenkung hinführen: zur Aufkündigung von Sozialstaatlichkeit und Umweltverantwortung. Sie zeigen aber auch, wo sie nicht hinführen. Sie führen nicht zu nachhaltig verbesserter Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und schon gar nicht von Volkswirtschaften. ■

- 1 Um Mißverständnissen vorzubeugen: Selbstverständlich wissen wir um die Begrenztheit der Tragfähigkeit der ökologischen Systeme und selbstverständlich muß sie bei der Formulierung bündnisgrüner Wirtschaftspolitik mitbedacht werden.
- 2 Dessen ungeachtet sind die Proteste gegen die einseitige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung richtig und wichtig. Wir kritisieren deshalb die zunehmende verteilungspolitische Schieflage, die nicht zuletzt durch die verfehltete Finanzpolitik der Bundesregierung ausgelöst wurde. Auch aus diesem Grund arbeitet die Bundestagsfraktion an Modellen einer sozial gerechten und familienfreundlichen Einkommensteuerreform und einer bedarfsorientierten Grundversicherung.
- 3 Lohnstückkosten sind die umfassendste Meßgröße für die Veränderung der Kostenbelastung einer Wirtschaft. Sie berücksichtigen sowohl die gesamten Arbeitskosten als auch die Arbeitsproduktivität. Sie werden definiert als Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten und dividiert durch die reale Bruttowertschöpfung je Beschäftigten (= Arbeitsproduktivität).
- 4 Unter dem „first-mover-advantage“ verstehen wir hier die in den Wirtschaftswissenschaften häufig vertretene These, derzufolge sich jene Unternehmen einen Wettbewerbsvorsprung auf den Weltmärkten verschaffen, die bereits auf ihrem Heimatmarkt erfolgreich unter

Beweis gestellt haben, daß sie für neuartige Probleme neue Lösungsmöglichkeiten anzubieten haben.

- 5 Kristin Heyne: Solidarisch Sparen – Grundlagen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik, in: Infobrief Nr. 3 des AK I der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Debattenbeiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Ausgabe zum Strategiekongreß „Perspektiven grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik“
- 6 So läßt in Japan die Aufwertung des Yen gegenüber den meisten anderen Währungen die Befürchtung aufkommen, daß die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen auf dem Weltmarkt nachlassen könnte. In den USA hingegen, die ein bemerkenswertes „Beschäftigungswunder“ verzeichnen konnten, läßt die schlechte Ausbildung der Arbeitskräfte, die vergleichsweise geringe Arbeitsproduktivität und die Binnenmarktorientierung amerikanischer Unternehmen die Befürchtung aufkommen, dem internationalen Wettbewerb nicht gewachsen zu sein.
- 7 Zwischen der Internationalisierung der Produktion und der Internationalisierung der Finanzbeziehungen besteht allerdings ein enger Zusammenhang, der jedoch an dieser Stelle nicht behandelt werden kann.



Arbeit in den Städten gibt es genug – Wer bezahlt sie?

Vorschläge zur Entwicklung einer lokalen Dienstleistungspolitik

ADALBERT EVERS

Was soll eine lokale Dienstleistungspolitik?

Mittlerweile hat sich herumgesprochen, daß Politiken im industriellen und speziell im High-Tech-Bereich unverzichtbar sein mögen für die Sicherung des Industriestandorts Deutschland sowie für Steueraufkommen und private Einkommen, aber nichts beizutragen vermögen zur Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Damit richten sich alle Augen auf den Dienstleistungsbereich. Üblicherweise konzentriert sich dabei die Diskussion auf Dienstleistungen in Bereichen, in denen der Markt Angebot und Nachfrage regelt und gleichzeitig bislang ungesättigte oder durch kluges Marketing zu weckende Bedarfe vermutet werden. Bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen können das qualifizierte Beratungs- aber auch einfache Bewachungsdienste sein, bei den haushaltsbezogenen Diensten komplementäre und verbesserte Serviceleistungen beim Verkauf von Konsumgütern, aber auch das Revival von Kinderfrauen, Hausmädchen und Gepäckträgern. Die entsprechenden Vorschläge sind nicht ohne Logik und Realismus, was die Rolle von Politik und Politikern angeht: man denkt gar nicht daran, daß diese Instanzen – etwa durch mehr Sozialausgaben – zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen sollen und verlangt lediglich Entscheidungen, die sie nichts kosten, nämlich mitzuhelfen, daß die Lohnskala nach unten offener wird, so daß Dienste mit Billigarbeit sich stärker lohnen.

Im folgenden soll ein Vorschlag skizziert werden, der von der Politik grundsätzlich mehr verlangt. Die Kommunen sollten beim Ausbau persönlicher Dienstleistungen für Bürger und Haushalte neue Wege beschreiten. Es geht um Hilfen und Förderungsmaßnahmen, die die öffentliche Hand doch nicht zum Hauptfinanzier machen. Vorgeschlagen wird, den nicht direkt öffentlich finanzierten und getragenen Bereich mit seiner Vielfalt an Trägerformen und Leistungsbeziehungen auszubauen. Dazu gehören kommerzielle Angebote, Dienste von freien Trägern und Einrichtungen, die

sich teils über Gebühren refinanzieren, aber auch Solidarlösungen und Arrangements, bei denen private Unternehmen als Finanziers und Nachfrager eine größere Rolle als bisher spielen. Die vorgeschlagenen Ansätze wären vor allem in dem Sinne sozial verpflichtet, als es um die Mobilisierung von nichtöffentlichen Geldern für Angebot und Nachfrage nach solchen Dienstleistungsangeboten gehen sollte, an deren Entwicklung auch ein sozialpolitisches Interesse besteht. Das gilt für Einrichtungen zur Kinderbetreuung eher als für Pizzadienste. Die hier vorgeschlagene staatliche Förderung und Moderation einer gesellschaftlichen Angebots-Nachfrage-Dynamik statt der Fortschreibung einer bloßen Politik der Finanzierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen bräuchte jedoch auch andere als die gewohnten Mittel und Methoden politischen und administrativen Handelns.

Vier Prämissen

Dieser etwas andere Vorschlag zu einer Dienstleistungspolitik mit Beschäftigungseffekten geht von einigen Prämissen aus, die hier nicht im einzelnen erläutert werden können, aber des besseren Verständnisses halber gleich vorausgeschickt werden sollen:

*Bild oben: Forum
Freizeit: Küchenverkauf für neue Spielmöglichkeiten –
Foto: Ilja C. Hendel.*

1. Beschäftigung hat sich in den letzten Jahrzehnten nirgendwo als ein gutes Argument zur Stabilisierung alter oder zur Einrichtung neuer Tätigkeits- und Aufgabenbereiche erwiesen; entscheidend ist vielmehr, was in Zukunft an Gütern und Diensten tatsächlich gebraucht wird; wenn also im folgenden für den Ausbau persönlicher Dienste argumentiert wird, dann in erster Linie um des individuellen und gesellschaftlichen Bedarfes und Nutzens willen und nicht so sehr wegen der Arbeitsplätze. Das bedeutet auch, eine derartige Politik in Relation zu anderen Optionen zu setzen, anstatt sie zu verabsolutieren. Deshalb ist auch die Maxime unsinnig, die Herr Miegel kürzlich in einem Interview formulierte: „Wer wirtschaftlich in der Lage ist, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und es nicht tut, verhält sich unsozial“ Politik sollte Familien vielmehr in ihrer Fähigkeit unterstützen, viele Dinge auch selbst zu tun und anderes beispielsweise über Nachbarschaftshilfe oder bürgerschaftliches Engagement zu organisieren – Wege, die zwar nicht unmittelbar mehr Service-Jobs schaffen, aber unser soziales Kapital mehren.

2. Die Überlegungen sollen sich auf solche Bereiche persönlicher Dienstleistungen konzentrieren, an deren Entwicklung nicht nur von seiten Betroffener und potentieller Konsumenten, sondern auch der Politik als Vertretung des Gemeinwohls Interesse besteht. Sicherlich läßt sich nicht bezweifeln, daß auch mehr Gepäckträger, Schuhputzer und Servierkräfte Beschäftigung schaffen. Aber die Bedarfe an Arbeit und Unterstützung von Betroffenen, Familien und der Gesellschaft liegen doch wohl nicht gerade in diesen Tätigkeitsbereichen. Die Politik sollte also bei der Bestimmung der Bereiche, in denen vorrangig Dienste und Beschäftigung auszubauen sind, ein Wort mitreden, anstatt das allein den Marketingstrategien großer Unternehmen, den Überlebensstrategien einzelner Betroffener auf Job- und Einkommenssuche und individuellen Präferenzen in einer sich hierarchisierenden Gesellschaft zu überlassen. Deshalb auch die Konzentration auf Schlüsselbereiche dessen, was man wegen der herkömmlich dort besonders großen Verantwortung sozialstaatlicher Politik als die *sozialen* persönlichen Dienstleistungen bezeichnet.

3. Jede Politik zur Entwicklung, Förderung und Erneuerung dieses Dienstleistungsbereichs wird notwendigerweise die gegenwärtige Balance von Trägerstrukturen, Größenordnungen und Formen der Beschäftigung verändern. Sie sollte allerdings als beschäftigungswirksame Modernisierungspolitik diese Vielfalt gewachsener Bestände achten und deren Wert anerkennen und sie nicht als bloße Merkmale von Rückständigkeit abqualifizieren. Jede einseitige Übertragung von Modernisierungslogiken aus sonstigen Markt-bereichen droht sonst, wertvolle Qualitätsmerkmale wie Vielfalt von Angeboten und Trägerstrukturen, lokale Orientierung und Einbindung, hohes Gewicht professioneller gegenüber rein manageriellen Orientierungen und Beiträge ehrenamtlichen Engagements zu beschädigen. Der besondere Wert kleinteiliger „lokaler“ Ökonomien und die politische Herausforderung, sie zu pflegen, ist erst jüngst im Rahmen der OECD (1996) als kommende politische Aufgabe herausgestellt worden.

4. Die Aufhebung tariflicher Vereinbarungen zur weiteren Verbilligung von Arbeit (zu unterscheiden von der Verringerung der auf den Faktor Arbeit kon-

zentrierten Abgabenlast) ist kontraproduktiv. Pragmatisch könnte man argumentieren, daß bereits heute in vielen Bereichen persönlicher Dienstleistungen die Einkommen kaum zum Leben reichen; eine etwas grundsätzlichere Argumentation könnte mit der Frage umschrieben werden: wenn Billigjobs die Antwort sind, was war eigentlich die Frage? Gefragt wird nach Chancen auf soziale Anerkennung, Integration und selbständige Lebensführung. In Hinblick darauf bietet aber nicht jede Art von Beschäftigung zu gleich welchem Lohn eine Antwort.

In Deutschland bieten persönliche soziale Dienstleistungen ganz besondere beschäftigungspolitische Chancen

Ganz allgemein gilt, daß in allen Industrieländern der Dienstleistungsbereich überproportional zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten beigetragen hat. Dabei lag der Teilbereich der haushaltsbezogenen persönlichen Dienste zwar nicht an der Spitze, aber er bildete auch nicht das Schlußlicht. Im internationalen Vergleich sind aber gerade hier die Angebote in Deutschland eher unterentwickelt (dazu immer noch grundlegend: Scharpf 1986). Während wir innerhalb der OECD-Länder in Hinblick auf das Ausmaß sozialer Transferleistungen zumeist Plätze im oberen Mittelfeld einnehmen, zählen wir im Bereich der persönlichen Dienstleistungen in sozialer Trägerschaft ganz überwiegend zu den westeuropäischen Schlußlichtern. Im Bereich der Pflegehilfen arbeiten zum Beispiel in Dänemark 33, in Deutschland nicht einmal drei Vollzeitkräfte pro 1000 älterer Menschen; Dänemark kennt seit 1995 eine Garantie für die Kinderbetreuung zwischen ein und sechs Jahren und wird hier bald 275 000 Plätze anbieten bei einer Bevölkerung von etwa fünf Millionen Einwohnern; in Rheinland-Pfalz mit vier Millionen Einwohnern sind es nicht einmal 12 000 Ganztagsplätze in Horten oder Kindergärten. In Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt hier ein Schlüsselproblem. Viele Frauen und Familien sind immer noch zu Entweder-oder-Lösungen gezwungen, statt ein Sowohl-Als-auch leben zu können. Eine interne Umfrage der Stadtparkasse Düsseldorf ergab zum Beispiel, daß 70 Prozent der Betroffenen mit Kindern unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit suchen.

Denkt man nun angesichts leerer Kassen über den Bereich persönlicher sozialer Dienstleistungen einmal nicht als staatlich refinanzierten Sektor, sondern als Förderungsbereich nach, dann wird schnell deutlich, daß er unter Beschäftigungsaspekten einige einzigartige Vorzüge aufweist. Einige davon teilt er mit dem gesamten persönlichen Dienstleistungsbereich. Jede in diesem Bereich ausgegebene oder investierte Mark ist hier im Unterschied zum Industriesektor nicht mit fünf oder zehn, sondern zumeist mit siebzig bis neunzig Prozent unmittelbar beschäftigungswirksam. Außerdem gibt es noch ein vorteilhaftes Charakteristikum speziell im Bereich der sozialen persönlichen Dienstleistungen. Wir haben es hier bei Altenpflegediensten oder Kindertagesstätten mit einer vergleichsweise kleinteiligen und sehr stark in die lokalen Sozialverhältnisse eingebetteten Trägerstruktur zu tun. So etwas

befördert nicht nur die Akzeptanz und Qualität von Diensten, bei denen ja aufgrund ihres persönlichen Charakters Vertrauen besonders wichtig ist. Wachstum und Beschäftigungszuwächse schlagen sich auch auf dem lokalen Arbeitsmarkt nieder und aufgrund der lokalen Bindungen bedeutet Förderungspolitik hier nicht wie im Industrie- und High-Tech-Bereich, in der Konkurrenz zu anderen Standorten Unternehmen im Rahmen eines Nullsummenspiels zu prämiieren.

Lokale Dienstleistungspolitik:

Vielfalt an Wirtschafts- und Trägerformen weiter entwickeln und dynamisieren

Drei mögliche Schwerpunktbereiche für ungesättigte Nachfrage bei haushaltsbezogenen persönlichen Dienstleistungen sind allen, die sich um soziale Belange in den Städten und Gemeinden kümmern, gut bekannt:

- der Bereich der Kindertagesbetreuung; vor allem im Krippen- und Schulbereich haben wir es in Deutschland mit einem im internationalen Vergleich zum Teil grotesken Entwicklungsrückstand zu tun;
- dasselbe gilt für den Bereich von Diensten und Unterstützungsangeboten bei Hilfe und Pflege, wie sie ganz überwiegend von alten Menschen benötigt werden;
- ein dritter strategisch wichtiger Bereich sind Angebote, die sich an die Privathaushalte als Arbeitgeber richten – von den üblichen Haushaltshilfen bis hin zu Aufgaben, die stärker mit Wartung und Beratung zu tun haben.

Anhand der genannten Hauptbereiche lassen sich bereits die Dilemmata der bisherigen Ansätze illustrieren, die normalerweise dazu führen, daß die Politik beim Thema soziale Dienste und Beschäftigung abschaltet.

- Entweder man denkt wie im Kindergartenbereich und Teilbereichen der Altenpflege ausschließlich in Kategorien öffentlicher Finanzierung und Versorgung – dann bewirkt die Finanzknappheit sehr rasch Denk- und Handlungsblockaden in Hinblick auf die Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten im sozialen Dienstleistungsbereich;
- oder man denkt wie im Bereich der häuslichen Hilfen ausschließlich in Kategorien von Märkten und privater Nachfrage; dann werden besondere Aufgaben öffentlicher Förderung dieses Wirtschafts- und Beschäftigungsbereichs, insbesondere auf kommunaler Ebene nur schwer erkennbar; sie bleiben – etwa in Hinblick auf steuer- und beschäftigungspolitische Regelungen – allein dem zentralstaatlichen Gesetzgeber vorbehalten.

Tatsächlich scheint es mir jedoch notwendig, das Schwarzweißschema des Entweder-Oder von staatlicher Versorgung bzw. sich selbst überlassener Marktdynamik zu überwinden, an die breite Skala von halböffentlichen, halbprivaten Zwischenbereichen zu

erinnern und über Wechselbeziehungen und Kooperationsformen zwischen allen drei Sektoren – staatlich kommunalem, privatwirtschaftlichem und freigemeinnützigem Bereich – nachzudenken. Gerade im Bereich persönlicher sozialer Dienstleistungen ergibt sich nämlich eine Angebots-Nachfrage-Dynamik oft erst dann, wenn diese Sektoren miteinander verschränkt werden, statt lediglich als konkurrierende oder alternative Angebotsformen zu funktionieren. So zumindestens argumentiert auch eine im Auftrag der EU-Kommission (1993) erstellte Studie zu „Lokalen Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung“ An drei Beispielen läßt sich das illustrieren.

1. Kommunales Handeln ist gefragt im Sinne von Unterstützungslösungen, die Vertrauen und Bereitschaft zur Nutzung persönlicher Dienste herstellen und den Status dieses Beschäftigungsbereichs aufwerten. Es ist wohl kaum bestreitbar, daß an zusätzlichen Hilfen in Haushalten Interesse besteht und dafür grundsätzlich in den meisten Fällen auch Geld vorhanden ist. Man sollte zum Beispiel mit Blick auf Hilfe und Pflege im Alter nicht vergessen, daß die Durchschnittsrenten und Pensionen inzwischen in Deutschland fast das Niveau der Durchschnittseinkommen erreicht haben. Oft werden entsprechende Angebote jedoch gerade denen nicht nahegebracht, die besonders darauf angewiesen wären, und überdies droht die Gefahr, daß in einem öffentlich nicht einsehbaren Bereich erneut die negativen Merkmale der Dienstbotenkultur ins Kraut schießen. Hier kann kommunale Politik beides tun: Mut machen zur Inanspruchnahme von Diensten und Angeboten und helfen, ihnen einen sozial vertretbaren Status zu geben. So läßt sich die Bereitschaft, für Hilfe und Pflege im Alter jenseits dessen, was man als soziale Sockelleistung erhält, auch privat Geld auszugeben, nicht einfach durch individuelle Werbung der Anbieter fördern und freisetzen. Die Bereitschaft, sich auf Hilfe von außen einzulassen, ist hier nämlich in hohem Maße Vertrauenssache, eine Frage eingelebter Verhaltensformen und Wertmuster. Das heißt aber, daß unabhängigen, öffentlichen Instanzen eine zentrale und unverzichtbare Rolle zukommt, beispielsweise Beratungsstellen in freier oder kommunaler Trägerschaft, die un-

23 Jahre in der Bahnhofsmission – Foto: Ilja C. Hendel.



bürokratisch denen helfen, die sich ansonsten (etwa mit der Wahl der Geldleistung in der Pflegeversicherung) defensiv für ein ganz auf die eigenen familialen Kräfte gestütztes Hilfe- und Pflegearrangement entscheiden. Ein weiteres Beispiel für Möglichkeiten, durch öffentliche Förderung Anstoß für eine Dynamisierung von Angeboten und Nachfrage im Bereich haushaltsnaher Dienste zu geben, bietet die wachsende Zahl von Dienstleistungspools (Weinkopf 1996) und Vermittlungszentralen für Hilfen rund um den Haushalt. Das Land Niedersachsen fördert z.B. unter Zuhilfenahme von EU-Geldern derartige Ansätze, mit denen (so eine Pressemitteilung des Frauenministeriums) „kooperative Existenzgründungen und neue Beschäftigungsformen initiiert und erprobt werden“ sollen und von denen man sich „auch Lösungsansätze zum Abbau geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, etwa in hauswirt-



schaftlich- und betreuungsbezogenen Dienstleistungen“ erhofft. Sie vermitteln unter anderem unbürokratisch Haushaltshilfen, geben gleichzeitig aber soziale Absicherung und einen Rückhalt, so daß zum Vorteil beider Seiten, der Haushalte und der Hilfen, Transparenz, Struktur und Status dieser Dienstleistungen verbessert werden. Das hilft zusammengenommen wieder, Akzeptanz und Bereitschaft zur Nutzung solcher Angebote zu erhöhen. Persönliche Dienste müssen mehr als bisher konkurrenzfähig werden zu Alternativen der Verwendung privater Haushaltseinkommen, wie Statusgüter oder -dienste und Angebote im Bereich der Touristik und Freizeit-Industrie.

2. Kommunales Handeln ist gefragt, wenn es darum geht, freie Träger und Initiativen vor Ort bei der Schaffung und Weiterentwicklung von Angeboten zu unterstützen. Im Bereich der Kindertagesbetreuung hat es sich bereits erwiesen, daß Eigeninitiativen Betroffener öffentliche Haushalte bei der Schaffung und Finanzierung von Angeboten und damit verbundenen Beschäftigungsmöglichkeiten entlasten können. Statt des einfachen Rückbaus im herkömmlichen, weitgehend staatlich refinanzierten Bereich gibt es durchaus Möglichkeiten der Aufrechterhaltung oder gar des Ausbaus, wenn es gelingt, andere Träger und Interessenten grundsätzlich stärker an Finanzierungen zu beteiligen. Ich gehe davon aus, daß solche Möglichkeiten bislang nicht ausgeschöpft wurden und auch nicht die nötige Aufmerksamkeit erhielten. Die Frage nach Engagement und Vereinsbildung Betroffener und Interessierter stellt sich auch jenseits des bekannten Bereichs der Kinderbetreuung. Soziale Infrastrukturen wie

Schwimmbäder, Sporthallen oder auch Schulen werden ohne die Übernahme durch sie nutzende Vereine schließen müssen. Kommunale Politik kann für das finanzielle, zeitliche und organisatorische Engagement derartiger Solidarinitiativen Hilfen und Ermutigungen geben; je größer die Rolle dieser Faktoren, desto mehr Bewegung kommt in eine oft statisch konstruierte Versorgungslandschaft.

3. Kommunales Handeln ist gefragt bei der Förderung von Verbundlösungen, die auch Unternehmen als mögliche Mitträger von Einrichtungen und Angeboten aktivieren. Vorrangig ist hier sicherlich das Feld der Dienste zur Kindertagesbetreuung. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Beispielen für Verbundlösungen, die etwa folgendes vorsehen: Einzelne oder mehrere Unternehmen beteiligen sich an der Einrichtung und Finanzierung von Hortplätzen oder einer Kindertagesstätte; eine Elterninitiative bildet möglicherweise einen Trägerverein; die Stadt hilft bei der Suche nach Räumen sowie bei der Finanzierung und bringt die Beteiligten an einen Tisch. Angesichts der veränderten Position von Frauen in der Arbeitswelt kommen immer mehr Betriebe und Unternehmen zu der Überzeugung, daß sich für sie organisatorische und finanzielle Beteiligungen an Diensten und Angeboten, die den Frauen bei der Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit helfen, auch rechnen (Erlor 1995).

Die gerade skizzierten Beispiele sollten dreierlei illustrieren: (a) angesichts der Unmöglichkeit, Bedarfslücken im Bereich haushaltsbezogener persönlicher Dienste allein mit den klassischen Politiken öffentlicher Refinanzierung zu schließen, muß man nicht resignieren; (b) eine Haltung, die in immer größeren Bereichen sozial wichtiger Dienste einfach dem Markt und der Kommerzialisierung das Feld überläßt, ist nicht nur sozial fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich nicht unbedingt erfolgreich; (c) es gibt Alternativen zu einem Konzept öffentlicher Förderung im Dienstleistungsbereich, das mittels Marketing, Subventionspraktiken und den üblichen Mitteln kommunaler Wirtschaftsförderungspolitik die persönlichen Dienste so zu modernisieren denkt, daß sie zu einer Markt- und Wachstumsbranche wie jede andere werden. Was hier vorgeschlagen wird, ist ein Konzept der beschäftigungswirksamen Dynamisierung von Angebots- und Nachfrage-Beziehungen, das einerseits in klassischen öffentlich geprägten Versorgungsbereichen mehr Platz für unternehmerisches und solidarisches Engagement schafft und andererseits in solchen Bereichen, die bisher einfach der Privatinitiative überlassen blieben, förderliche und zugleich sozial modernisierende Rahmenbedingungen schafft. Schlüsselbegriffe sind dabei: Kooperation, Moderation, Verbundlösungen, verschiedene Formen von *public-private partnerships*. Es geht bei der Entwicklung, Trägerschaft und Finanzierung von Diensten um einen Wohlfahrtspluralismus (Evers/ Olk 1996), der die vorhandene Vielfalt an Beteiligungs- und Trägerformen, aber auch die lokale Bindung und die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu nutzen und weiterzuentwickeln versucht, statt sie lediglich als hinderliche Merkmale von „Rückständigkeit“ zu betrachten.

Vorrangige Bereiche und Ansatzpunkte einer lokalen Dienstleistungspolitik – einige Beispiele und Anregungen

I *Kinderbetreuung* Bei grundsätzlich begrenzten kommunalen Mitteln stellt sich die Frage ihrer Beschäftigungswirksamkeit vor allem auf der Ebene der Wahl angemessener Träger und Organisationsformen, der Ansprache interessierter Unternehmen und Elternvereine. Ich denke hier an Initiativen wie die des Kreises junger Unternehmer in der Region Iserlohn, wo zwanzig kleine und mittlere Unternehmen zusammen den Verein Regenbogen Kinderbetreuung betreiben. Der Verzicht auf überzogene bauliche Standards und die Einschaltung von interessierten Initiativen bei der Suche nach Räumlichkeiten im Bestand statt Neubaulösungen im öffentlichen Auftrag können dabei helfen, daß mit demselben Geld vergleichsweise mehr Dienste, mehr Betreuungsqualität und Beschäftigung entstehen. Für den Kreis Gießen wurde argumentiert, daß sich bei entsprechenden Arrangements und Trägerformen die Kosten um bis zu 40 Prozent verringern können. Kooperationsbereitschaft, Nutzbarkeit lokaler Angebotsmärkte und Zahlungsbereitschaften können dabei durch Einrichtungen wie die lokalen Familienservicebüros erhöht werden; gegen eine Grundgebühr pro Vermittlungsfall helfen sie Unternehmen, für MitarbeiterInnen eine Kinderbetreuung zu finden – sei es nun eine Kinderfrau, Tagesmutter oder ein Platz in einem Kindergarten oder Kinderhort. Kommunen sollten an einem solchen Service in ihrem Stadtgebiet interessiert sein und aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen entsprechende Angebote machen und Initiativen zur Ansiedlung betreiben.

2. Tagesbetreuung in Schulen Eltern, die zuvor lange Jahre beträchtliche Kindergartengebühren bezahlt haben, sollten grundsätzlich auch bereit sein, zu einem erheblichen Teil die Kosten von Tagesbetreuungsangeboten an Schulen zu übernehmen, Kosten, die ja aufgrund bereits vorhandener Einrichtungen und anderer

Personalschlüssel pro Kind erheblich unter denen von Kindergärten liegen können. Warum macht es sich nicht jede Gemeinde zur Aufgabe, Schulleitungen, aber auch Eltern, an derartigen Projekten der Entwicklung von Hilfen und Diensten zu interessieren und zwar nicht nur mit Blick auf Zahlungsbereitschaft und Beschäftigung, sondern auch in Hinblick auf die Weckung von bürgerschaftlichem Engagement?

3. Hilfen in und um den Haushalt Die Gemeinden sollten anregen, daß etablierte freie Träger oder auch neue Vereine Serviceagenturen einrichten, bei denen Privatleute ihr Personal abrufen können, wie es oben mit Verweis auf Modelle in Niedersachsen beschrieben wurde. Auszuwerten wären hier die Erfahrungen, die man in Frankreich mit dem Ende 1994 eingeführten System der Dienstleistungsschecks gemacht hat. Auf den Schecks notieren die Haushalte die geleisteten Arbeitsstunden, so daß dann der Hilfskraft nach Auszahlung des Nettolohns und Einreichung dieses Schecks bei einer staatlichen Stelle Sozialversicherungsleistungen zukommen, deren Arbeitgeberanteil diese Stelle dem jeweiligen Haushalt vom Konto abzieht. Am Jahresende kann der Haushalt die Hälfte des Gesamtaufwandes von der Steuerschuld abziehen. Diese Kombination staatlicher Absicherung und Förderung einer ansonsten dezentral, dereguliert und damit flexibel bleibenden Beschäftigungsform könnte zu einem bloßen Revival von Hauspersonal und der Verlängerung des „Dienstmädchenprivilegs“ (Odierna 1995) Alternativen bieten. Regierung und Opposition in Deutschland haben ähnliche Gesetzesentwürfe in der Schublade (*Die Zeit*, 14.6.96). Unmittelbare Betätigungsfelder lassen sich insbesondere in Kooperation mit den Einrichtungen und Trägern der ambulanten Altenpflege erschließen. Dabei könnte auch bewiesen werden, daß vergleichsweise niedrige Löhne nicht – wie bei vielen rein kommerziellen Unternehmen – gleichbedeutend sein müssen mit entwürdigenden Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen.

4. Dienste und Angebote im Bereich der Hilfe- und Pflege Die Leistungskataloge der meisten Anbieter be

Bei uns steht

Hintergrund

im

Vordergrund

Probeabonnement

- 3 Wochen lang kostenlos
- 6 Wochen für DM 15, *
- 12 Wochen für DM 30, *

*Nur gegen Vorkasse (Bar oder V-Scheck)

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

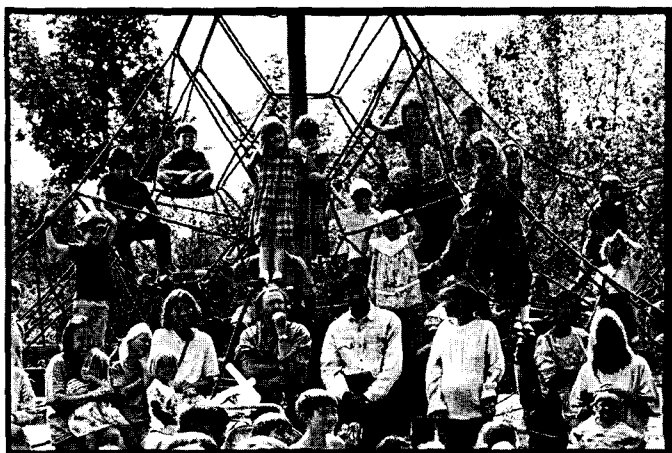
PLZ, Ort _____

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Vertrieb FREITAG, Postf. 66, 12414 Berlin



Forum Freizeit
Foto: Ilja C. Hendel.

wegen sich gegenwärtig im wesentlichen entlang der Refinanzierungsregeln von Kranken- und Pflegekasernen. Angesichts dessen geht es darum, der Bereitschaft, sich auch darüber hinaus helfen und sich das auch etwas kosten zu lassen, den Weg zu bereiten und gleichzeitig die lokalen Dienste zu entsprechenden Angeboten zu ermuntern. Kommunal zu fördernde Schlüsselangebote wären hier Einrichtungen einer zugehenden Beratung bei Fragen der Unterstützung und Hilfe im Alter, wo vertrauenswürdige und unabhängige Instanzen hilfebedürftigen Menschen die Wege ebnen – sowohl zu Angeboten, auf die sie ein soziales Anspruchsrecht haben, aber möglicherweise auch zu solchen, die sie eventuell ergänzend auf eigene Rechnung nutzen wollen. In den Niederlanden haben Anlaufstellen, die in allen Fragen der Hilfe im Alter an einer Stelle und aus einer Hand beraten, eine wichtige Rolle gespielt. In Städten wie Delft kümmert sich aber eine kleine kommunale Entwicklungs- und Beratungseinheit auch darum, die lokalen Anbieter für die Nutzung der Chancen zu sensibilisieren, jenseits dessen, was öffentlich refinanziert wird, auch zusätzliche Leistungen anzubieten und zu verkaufen.

Alles in allem geht es in den genannten vier Bereichen um eine lokale Dienstleistungs- und Beschäftigungspolitik, die die erwähnte Studie der EU-Kommission (1993) mit Stichworten wie „gemeinsames Engagement (staatlich/privat) auf längere Sicht,... Nutzung des lokalen endogenen Potentials,... Betreuung, Stimulierung, Vielseitigkeit“ umschreibt.

Überarbeiteter Text
eines Vortrags bei der
Bundesdelegierten-
versammlung der
SGK (Sozialdemo-
kratische Gemein-
schaft für Kommunal-
politik) Mai 1996
in Böblingen.

LITERATUR

Bandemer, Stephan/Hilbert, Josef (1996): Soziale Dienste und Gesundheit als Wachstumsbranche Chancen und Gestaltungsherausforderungen, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, Heft 12 (Dezember).

Erler, Gisela Anna (1995): Der „Familienservice“ bzw. das „Kinderbüro“ – ein Angebot privater Kinderbetreuung im Haushalt, in: Gräbe, Sylvia (Hg.): *Private Haushalte und Neue Arbeitsmodelle*, Campus Verlag, Frankfurt.

Europäische Kommission (1993): *Lokale Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung*, KOM (93) 551, Brüssel.

Evers, Adalbert / Olk, Thomas (1996): *Wohlfahrtspluralismus*. Westdeutscher Verlag, Opladen

Odierna, Simone (1995): *Private Haushalte als Arbeitgeber oder: die Rückkehr der Dienstmädchen durch die Hintertür*, in: Gräbe, op. cit.

OECD (Hg.) (1996): *Reconciling Economy and Society. Towards a Plural Economy*, OECD, Paris.

Scharpf, Fritz W. (1986): *Strukturen der post-industriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-Ökonomie?*, in: *Soziale Welt*, Heft 1, S. 3–24.

Trotz aller Chancen für eine lokale Dienstleistungspolitik gibt es zahlreiche Blockaden

Die lokale Verwaltung ist traditionell schlecht vorbereitet auf die hier skizzierte neue Aufgabe, in den Dialog zu treten mit anderen Instanzen und auf ihre Entscheidungen als Anbieter, Träger oder Nachfrager von persönlichen Diensten Einfluß zu nehmen. Das erfordert die Entwicklung eines anderen politischen und planerischen Handlungsrepertoires, eine weniger auf Regulation und Finanzierungsfragen als auf Dialog orientierte Politik. Die Schaffung entsprechender Kommunikationsformen und Öffentlichkeiten verlangt Organisationsgeschick, soziale Kompetenz und Phantasie.

Zwischen den zwei Kulturen des Sozialversorgungs- und Wirtschaftsförderungsbereichs gibt es erhebliche Barrieren. Lokale Wirtschaftsförderung ist allzu lange auf den industriellen Bereich, auf unternehmensnahe Dienstleister und den Handel eingeschränkt und zugeschnitten gewesen. Maßgebliche Zielgröße war die kommunale Steuerkraft und nicht so sehr der lokale Beschäftigungs- und Integrationseffekt.

Blockierend wirkt auch die vielfach vertretene sozialpolitische Auffassung, daß Lösungen, die auf die Entwicklung privaten Dienstleistungskonsums und Möglichkeiten zur Zuwahl von selbst zu bezahlenden Leistungen im Sozialbereich setzen, grundsätzlich abzulehnen sind. Es wird schwierig sein, in den Kategorien ergänzender Arrangements denken zu lernen, wo der Staat einen Sockel oder Teil von Leistungen garantiert, die in gewissem Umfang durch Gemeinschaftsinitiativen familiäre Leistungen oder individuellen Konsum ergänzt werden.

Viele der hier besprochenen haushaltsnahen Dienste gelten als eine Art Schmutzgebiet; die Arbeiten werden gering bewertet, nicht zuletzt deshalb, weil sie traditionell vor allem von Frauen ausgeführt werden und nur geringe formale Qualifikationen voraussetzen; hinzu kommen Vorbehalte gegenüber der unübersichtlichen Szene kleiner Träger und Anbieter, die trotz ihrer bereits in den letzten Jahren erheblichen beschäftigungspolitischen Beiträge (etwa im Pflegebereich) sich bislang nicht als Adressaten lokaler Wirtschaftsförderung qualifizieren konnten.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß viele der Beschäftigungsverhältnisse in den Bereichen, von denen hier die Rede war, konzeptionell zwar oberhalb der „freien“ Vereinbarungen eines weitgehend deregulierten Dienstleistungsmarktes angesiedelt sind, aber doch auch unterhalb des ÖTV-Niveaus bisheriger Prägung. Initiativen für einen solchen Zwischenbereich stoßen deshalb nicht selten auf Widerstände bei beiden Seiten – Unternehmensvertretern und Gewerkschaften.

Das möglicherweise stärkste Hindernis liegt jedoch in einer Kultur des Rückzugs auf einen Typus von individuellen, Gruppen- und Organisationsinteressen, in dessen Definition weder Gemeinwohlbelange noch Kooperations- und Solidaritätserwartungen eingehen. Tatsächlich übersteigen Konzepte wie die eben beschriebenen das, was im Horizont einer klugen Verfolgung von Eigeninteressen möglich erscheint. Zumeist sind wir konfrontiert mit einer Situation, wo beide, kommunale Politik und Bürger, eigentlich nurmehr wenig voneinander erwarten und deshalb auch nicht viel voneinander verlangen. ■

Ich wollte eine Jüdin, eine Katholikin und eine Protestantin zusammenbringen, um zu sehen, welchen Unterschied die Religion im Leben der Frauen ausmachte, welche Türen sie öffnete und welche sie verschloß, welche Worte und Glaubenspraktiken sie euch zur Wahl bot.“

So die US-amerikanische Historikerin Natalie Zemon Davis im Prolog ihres Buches *Drei Frauenleben*, der ein fiktives Gespräch zwischen ihr und drei Frauen des 17. Jahrhunderts darstellt. Auf Glikl bas Judah Leib (Glikl, Tochter von Judah Leib, in der deutschen Literatur als Glüchel von Hameln bekannt), Marie Guyart, oder Marie de l'Incarnation (wie der Ordensname der französischen Ursulinin lautete), und Maria Sibylla Merian, die deutsche Naturforscherin und Malerin, stieß Davis 1971 bei der Suche nach Quellen für ein Seminar über „Gesellschaft und Geschlechter im frühneuzeitlichen Europa“

Entstanden sind drei prägnante Lebensbilder und in deren Schlepptau ein immenser Anmerkungsapparat von mehr als einhundert Seiten, der den Kenntnisreichtum und die Belesenheit der Autorin widerspiegelt. Wichtigste Quelle sind die überlieferten Selbstzeugnisse: bei der Ältesten, Marie de l'Incarnation (1599–1672) hundert Blätter eines spirituellen Selbstzeugnisses, gedacht für die geistliche Bildung und Erbauung ihres Sohnes, sowie zahllose Briefe und pädagogische Texte; bei Glikl bas Judah Leib (1646–1724) eine Lebensgeschichte in Form einer Hauschronik; bei Maria Sibylla Merian (1647–1717) naturwissenschaftliche Werke, die die damals kaum erforschten Prozesse der Metamorphosen von Insekten anhand von Stichen, Aquarellen und schriftlich fixierten Beobachtungen darstellen.

Was die drei verbindet, ist der Versuch, in Wort oder Bild auszudrücken, was ihr Leben wesentlich bestimmte: Erfahrungen mystischer und visionärer Art bei der einen; leidvolle Prüfungen und Schicksalsschläge bei der anderen; die Erforschung des Lebens von Insekten bei der dritten.

Die Form der modernen Autobiographie, wie es sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Literatur gibt, stand ihnen nicht zur Verfügung. Sie entwickelte sich während mehrerer Jahrhunderte aus moralischen Testamenten, aus religiösen Bekennnissen, Berufs- und Abenteuerbiographien; bei Frauen naturgemäß später als bei Männern, da die meisten von ihnen – verbannt in die Familie und ausgeschlossen vom öffentlichen Leben – lange Zeit kaum die Möglichkeit hatten, ihr Gesichtsfeld über die nächste Umgebung hinaus zu er-

RENATE WIGGERSHAUS

Drei Frauenleben

Natalie Zemon Davis' Studie über drei Frauen des 17. Jahrhunderts



weitern und neue Erfahrungen zu sammeln. Maria Sibylla Merian hatte zwar das außergewöhnliche Glück, zusammen mit den Schülern ihres Stiefvaters, des Blumenmalers und Kupferstechers Jacob Marrell, im Malen, Zeichnen und Stechen unterrichtet zu werden. Reisen jedoch, wie sie ihr Vater, Mathäus Merian der Ältere, der starb, als sie drei Jahre alt war, oder ihre Brüder, Mathäus der Jüngere und Caspar Merian, bereits in ihrer Jugend machten, wurden für das heranwachsende Mädchen gar nicht erst in Erwägung gezogen. So entstanden auch keine Landschaften, keine Ansichten ferner Städte wie bei jenen, sondern Bilder von etwas viel Näherliegendem, im häuslichen Bereich und im unmittelbaren Umfeld stets Präsentem: von Spinnen, Raupen und Käfern.

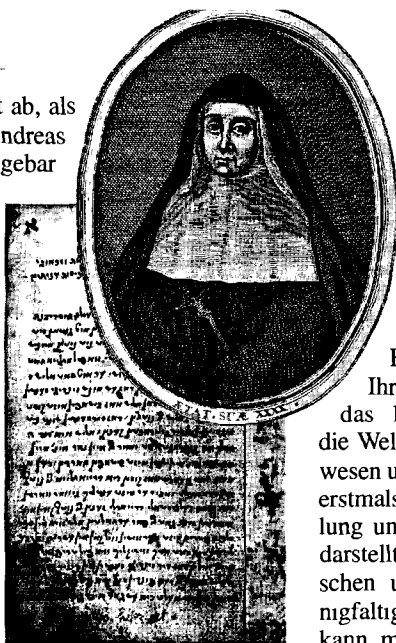
Text und Bild wirkten dabei meist zusammen. Merians Aquarelle und Stiche zeichnen sich nicht nur durch Naturtreue,

Schönheit und Genauigkeit aus, sondern auch durch etwas zu jener Zeit völlig Neues: ihre Pflanzen und Insekten erzählen Lebensgeschichten. Die Malerin zeigt sie in ihrer Verwandlung, zeigt an ihnen das Vergehen der Zeit, stellt die verschiedenen Lebensstadien in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Wirtspflanze dar. Im Gegensatz zu entomologischen Lehrbüchern jener Zeit, die die Insekten isoliert in ihren jeweiligen Stadien innerhalb der starren Grenzen von Klassifikationssystemen abbilden, im Gegensatz auch zu damals üblichen Darstellungen metaphorischer oder allegorischer Art – der Schmetterling als Symbol der erlösten Seele zum Beispiel – malte Merian sie in ihrer Entwicklung und Metamorphose zu den verschiedenen Jahreszeiten in ihren jeweiligen Lebensräumen. Ihr naturwissenschaftliches Interesse, ihre ausdauernde Beobachtungsgabe, ihre mit Sorgfalt und Detailgenauigkeit betrie-

benen Studien nahmen nicht ab, als sie den Maler Johann Andreas Graff heiratete, zwei Töchter gebar und sich aktiv am gesellschaftlichen und künstlerischen Leben in Nürnberg, wohn sie mit ihrem Mann gezogen war, beteiligte. Doch irgend etwas, vielleicht der Mangel an Kraft, an Ernsthaftigkeit bei seiner Arbeit, vielleicht etwas nur den beiden Bekanntes, bewog sie, ihren Mann zu verlassen. Zusammen mit ihrer Mutter und ihren Töchtern trat sie der Labadistengemeinde in Wieuwerd in Friesland bei, deren religiöse Überzeugungen sie teilte.

Nach fünf Jahren eines asketischen, selbstlosen, bußfertigen Lebens, angefüllt mit der Erfüllung der von der Gemeinde aufgetragenen Pflichten, aber auch mit der Anfertigung zahlreicher kleiner Studien von Insekten, für die sie bei den Labadisten allerdings keine Publikationsmöglichkeit sah, faßte sie einen neuen Entschluß: Verlassen der Sekte, Neuanfang in Amsterdam, um mit Malunterricht und Aquarellen Geld zu verdienen, um eine Reise nach Surinam zu unternehmen. Mit 52 Jahren schiffte sie sich zusammen mit ihrer jüngeren Tochter ein, um fern von der Heimat eine exotische Insektenwelt zu erforschen. Daraus entstand das großartige, 1705 in Amsterdam publizierte Insektenbuch *Metamorphosis insectorum surinamensium* (1975 als Faksimile im Insel Verlag erschienen). Wie ihr Vater, Merian der Ältere, war die Tochter nun Verlegern, Autorin und Händlern ihres Werks, in dem sie nicht nur über die Pflanzen- und Insektenwelt Surinams berichtet, sondern auch über die Einheimischen, die ihr beim Auffinden ihrer Objekte und bei deren Beschreibung behilflich waren.

Wie schon Helmut Deckert, der Herausgeber der deutschsprachigen Ausgabe des Merianschen Insektenbuches, deutet auch Natalie Zemon Davis den fünfjährigen „Rückzug“ nach Wieuwerd als eine Zeit der „Verpuppung“. Ohne ihren Aufenthalt bei den Labadisten, so glaubt sie, hätte Merian „nie die Überfahrt nach Surinam gewagt“. Aber ist das nicht eine unnötig mysteriöse Sicht der Dinge? Eine näher liegende nüchternere drängt sich auf: Hätte Merian unter den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt eine andere Möglichkeit als den Anschluß an eine Glaubensgemeinschaft gehabt, um sich von einem ungeliebten Mann zu trennen, ohne daß das ihrem Ruf geschadet hätte? Und entsprang die Reise nach Surinam nicht der Sehnsucht des jungen Mäd-



Marie de l'Incarnation und der Beginn der Autobiographie von Glikl bas Judah Leib

chens, wie die männlichen Mitglieder ihrer Familie neue Welten kennenzulernen und sich am Fremden zu bilden?

Ihr Beharren darauf, das leicht Übersehene, die Welt der kleinen Lebewesen und Pflanzen, die sie erstmals in ihrer Verwandlung und in ihrem Habitat darstellte, weiter zu erforschen und in ihrer Mannigfaltigkeit darzustellen, kann man als eine Manifestation von Autonomie, Selbstachtung und einem Selbstbewußtsein, das sich auf Wissen und Können stützt, betrachten.

Auch Marie de l'Incarnation entzog sich der Familie durch Rückzug ins Kloster. Als junges Mädchen wäre sie gern Benediktinerin geworden. Doch wurde sie mit 17 verheiratet, mit 18 war sie Mutter, mit 19 Witwe. Sie zog in das Haus ihrer Schwester, deren Mann ein erfolgreicher Wagenhändler war, und führte dessen Geschäfte zu aller Zufriedenheit. Mystische Erfahrungen, Askese und Selbstkasteiungen, die zu Visionen ihrer Vereinigung mit Gott führten, ließen den Wunsch, ins Ursulinenkloster von Tours einzutreten, immer brennender werden. Natalie Zemon Davis zitiert zwei unter die Haut gehende Stellen aus Marie Guyarts Aufzeichnungen ihres geistigen Lebens, die die Kehrseite des von Davis mit so viel Empathie geschilderten Aufgehens im göttlichen Geist, die Kehrseite der als Süße empfundenen innigen Gottverbundenheit zeigen:

„Zehn Jahre lang“ so Marie Guyart über ihre Bemühungen, sich von ihrem Sohn zu trennen, „hatte ich schon versucht, seine Bindung an mich abzutöten, hatte ihm keine Zärtlichkeit mir gegenüber erlaubt, so wie er auch keine von mir empfing. Es sollte ihm den Schmerz der Trennung erleichtern, wenn der Herr sie verlangte.“ Als die Dreißigjährige hinter den Klosterpforten verschwand, brach der Trennungsschmerz des elfjährigen Sohnes dennoch voll hervor. Er drang in das Kloster ein. Die Mutter empfing ihn im Sprechzimmer, tröstete ihn, und „er entfernte sich rückwärts schreitend, die Augen fest auf die Fenster geheftet, um zu sehen, ob ich dort sei. So ging er rückwärts, bis das Kloster außer Sicht war“

Davis schildert diese Dinge aus der Perspektive Marie Guyarts als eine der vielen Prüfungen, die sie zu bestehen hatte. Von

dieser monozentrischen, eindimensionalen Sehweise rückt sie selten ab. Marie Guyart, für deren „religiöse Energie“ und „Wagemut“ das Kloster mit seinen Mauern schließlich eine „zu kleine Welt“ war, ging zusammen mit der adeligen, sehr reichen Madeleine de la Peltrie nach Kanada, um ein Frauenkloster zu gründen und die heranwachsenden Indianermädchen zu unterrichten und zum Christentum zu bekehren. In Quebec lernte sie die Sprachen dreier einheimischer Stämme, verfaßte in diesen Indianersprachen Bücher für den Unterricht, war beglückt über die lernbegierigen, füg- und folgsamen „Wildenmädchen“ die Aufnahme im Kloster gefunden hatten, und traurig erstaunt, daß diese nach einiger Zeit entflohen, mutlos und verzweifelt, und am „Waldläufer“-Leben mehr Gefallen fanden „als an allen Bequemlichkeiten unserer französischen Häuser“. „Sie können in der Einschließung nicht leben. Sie haben eine stark zur Melancholie neigende Natur und sind es gewohnt, nach Belieben dorthin zu gehen, wohn sie wollen. Schränkt man sie in dieser Freiheit ein, so werden sie noch melancholischer.“ An dieser Stelle vermißt man einen Hinweis darauf, daß aus der Sicht der Ureinwohner Amerikas individuelle Aneignung von Land, das allen gleichermaßen von „Mutter Erde“ zugedacht war, ein Sakrileg bedeutete und ein Haus, mochte es auch noch so bequem sein, eine zu kleine Welt war, um lange daran zu hängen. Obwohl Marie Guyart – im Gegensatz zu den männlichen Klerikern und Jesuiten, die in den „Wilden“ beschränkte Menschen ohne Tugenden sahen – von einer „prinzipiellen Gleichartigkeit vor Gott“ ausging und in der „inneren Landschaft der Spiritualität“ alle als ein einziges Volk sah, gelang es ihr doch nicht, sich wirklich in die Indianermädchen hineinzudenken.

Wie Marie de l'Incarnation sah auch Glikl bas Judah Leib in Gott einen Zuhörer und Leser ihrer Aufzeichnungen. Doch im Gegensatz zu Maries Gott antwortete Glikls Jahwe ihr nie persönlich, nie direkt, sondern nur durch Bibelzitate. In ihren Lebensbericht – sieben Bücher nach den sieben Lebensjahrzehnten – sind religiöse Gedichte und vor allem Geschichten eingestreut, die sie gehört und stellenweise umgewandelt hatte, so daß sie die leidvollen Schicksalsschläge ihres eigenen Lebens spiegelten und zu Ausdrucksformen und Deutungsmustern ihrer schmerzlichen Klage wurden. Sie sind die wirksamste Waffe im Kampf um Geduld und Begreifen des Sinns ihrer Leiden. Wie die Exempla und Parabeln, die die Rabbis in ihren Vorlesungen und Predigten zur Veranschaulichung einsetzten, sollten sie die Leser in Erstaunen versetzen und sie dazu bringen, Fragen zu stellen und mit Gott zu rechten. Am Ende bekräftigen sie Gottes Gerechtig-

Italien: Kunst und Geschichte

Von 1874 bis 1876 veröffentlichte der Kunsthistoriker Giovanni Morelli eine Reihe von Aufsätzen über italienische Kunst, die über sein Fachgebiet hinauswirkten. Morelli wollte ein Verfahren entwickeln, mit dem sich die Echtheit von Gemälden feststellen lassen sollte. Seine entscheidende Idee war, kleine Stellen wie Ohren und Fingernägel zu untersuchen. Diese scheinbar unwichtigen Partien seien dem kompositorischen Programm nicht so stark unterworfen, der Künstler male hier unverstellt, wie er und nur er eben male.

Die Entschlüsselung des unwillkürlich Hervorgebrachten ist nicht nur die Methode von Sherlock Holmes, sondern auch Mittel und Ziel der Psychoanalyse. Freud hat über sein frühes Interesse an Morelli geschrieben; der 1939 geborene italienische Historiker Carlo Ginzburg trägt in seinem Aufsatz *Spurensicherung* (1979) dazu neue Details bei und entfaltet, ausgehend von dem, was Morelli, Holmes und Freud gemeinsam haben, sein eigenes Wissenschaftsverständnis. Die „qualitative“ unvoreingenommene Untersuchung jeder Einzelheit zieht er der „galileischen“ an Grundsätzen und Formeln orientierten, „verallgemeinernden“ Haltung vor. Das bedeutet eine Abgrenzung der Human- von den Naturwissenschaften, aber auch von der ebenfalls prinzipiensuchenden Philosophie, wie in „Mentalität und Ereignis“ (1965), einem Aufsatz über Marc Bloch, deutlich wird: Der Begründer der Annales-Schule mußte die Forderungen des Positivismus als unwichtig ansehen lernen, um seine großen mentalitätsgeschichtlichen Arbeiten schreiben zu können.

Der dritte Beitrag des Bändchens, „Kunst und soziales Gedächtnis“ (1966),

befaßt sich mit Aufsätzen und Büchern von Aby Warburg, Fritz Saxl, Ernst H. Gombrich und Erwin Panofsky. Warburg und seine Mitstreiter und Schüler lasen Kunstwerke, vor allem der italienischen Renaissance, als historische Quellen, und Ginzburg nimmt auch dies zum Anlaß, die Offenheit für das konkret und einzeln Beobachtete gegen das eifertig angewandte Vorwissen in Schutz zu nehmen. Ginge es mit rechten Dingen zu, wären diese Mahnungen überflüssig oder sogar sachfremd, denn Fallstudie und Allgemeingültiges kommen nie ohneinander aus und taugen nur etwas, wenn sie sich gegenseitig relativieren. Wenn jedoch die flinken Schwätzer dominieren, also immer, sind Ginzburgs Warnungen angebracht; und seiner geduldig-liebevollen Wahrheitssuche zu folgen ist sowieso eine Freude.

Der 1924 geborene Carlo M. Cipolla ist von ganz anderem Kaliber. Seine drei Aufsätze über den älteren Kapitalismus insbesondere in Italien (Renaissance) und Frankreich enthalten buntes, grusliges und amüsanter Material zu dieser ab ovo kriminellen Veranstaltung. Die Fakten werden schon stimmen; von skrupulösen Überlegungen, was man darüber hinaus behaupten darf, ist Cipolla völlig frei. Liest man ihn gleich nach Ginzburg, kommt einem seine Erzählweise krachledern vor. „Als Historiker von Profession“ bramarbasiert er über die grundsätzlich lernunfähige Menschheit. Eine andere, ebenfalls typische Passage lautet: „François II. Savary, der Großvater von Jacques, hatte acht Kinder gehabt, Jacques hatte siebzehn. Ganz offenkundig gab es gesunde Gene im Hause Savary, und an Energie mangelte es anscheinend ebensowenig.“ Von Agnolo di

Gualterotto aus der florentinischen Bankiersfamilie der Bardi heißt es, seine „Übeltaten“ hätten ihm „paradoxe Weise statt Strafen Ehrungen und Ämter“ eingetragen. Wie naiv darf ein Wirtschaftshistoriker sein?

Friederike Hausmann hat ihre *Kleine Geschichte Italiens seit 1943* kräftig überarbeitet und um eine Darstellung der Vorgänge von 1992 bis 1994 (mani pulite, Regierung Berlusconi) erweitert. Als gut lesbaren Überblick für Einsteiger und Fortgeschrittene kann man das Buch vorbehaltlos empfehlen. Zur politischen, wirtschaftlichen und Sozialgeschichte Italiens seit Mussolinis Absetzung durch den faschistischen Großrat am 24./25. Juli 1943 dürfte nichts Wesentliches ungenannt bleiben. Eine Kernthese wendet sich gegen die hierzulande gängigen Mentalitätsklischees. Die Kurzlebigkeit von Regierungen, Korruption, inhaltlich ungebundener Postenschacher und riesige, unproduktive Staatsunternehmen waren gewiß keine charmante Südfolklore, aber auch nicht bloß Ausdruck einer Dauerkrise. Vielmehr handelte es sich auch um fast fünfzig Jahre lang durchaus funktionale Mittel einer nachholenden Modernisierung. Ob sie nun – und dann nicht zuletzt an der internationalen Wirtschaftsentwicklung – gescheitert sind, ist trotz der Umwälzungen seit 1992 noch nicht klar.

Michael Schweizer

Carlo Ginzburg, *Spurensicherung. Die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst*. Aus dem Italienischen von Gisela Bonz und Karl F. Hauber, Berlin (Verlag Klaus Wagenbach) 1995 (127 S., 24,80 DM)
Carlo M. Cipolla, *Geld-Abenteuer. Extravagante Geschichten aus dem europäischen Wirtschaftsleben*. Aus dem Italienischen von Friederike Hausmann, Berlin (Verlag Klaus Wagenbach) 1995 (93 S., 24,80 DM)
Friederike Hausmann, *Kleine Geschichte Italiens seit 1943*, Berlin (Verlag Klaus Wagenbach) 1994 (206 S., 19,80 DM)

keit und bezeugen die Unfähigkeit des Menschen, Gottes Wege zu begreifen.

Glikl heiratete mit 14 Jahren, brachte in drei Jahrzehnten 14 Kinder zur Welt. Als ihr Mann, Chajim von Hameln, einer der wohlhabendsten Hamburger Aschkenasim, 1689 plötzlich starb, war sie 42 Jahre. Sie zog ihre Kinder allein auf und führte seine Geschäfte – Handel mit Gold, Edelsteinen, Perlen bis nach Moskau, Kopenhagen, London – mit Hilfe ihrer heranwachsenden Söhne weiter. Zehn Jahre später heiratete sie einen ungemein reichen Finanzier der jüdischen Gemeinde in Metz. Aber er ging bald bankrott, starb wenig später und hinterließ Glikl nurmehr ein Drittel ihrer Mitgift. Ihre durch die historischen Ereignisse immer wieder verstärkte Überzeugung, Juden lebten in einer Welt, in der sie auf einen Schlag alles verlieren und mit Gottes Hilfe viel gewinnen konnten, bestätigte sich ihrer Schilderung nach hier auf einschneidende und

schmerzliche Weise. Sie starb 1724 im Haus einer ihrer Töchter.

Mit der Niederschrift ihrer *Memoiren* – dem ersten bekannten Selbstzeugnis einer Jüdin aus der frühen Neuzeit – begann sie nach dem Tod ihres ersten Mannes „aus vielen Sorgen und Nöten und Herzeleid“. Die dichtgewebte Lebensgeschichte, die Anekdoten, die rätselhaften, beklemmenden, tragischen und viele Fragen aufwerfenden Geschichten sollten ihren Kindern und Kindeskindern als Exempel und Warnung vor den Unwägbarkeiten und ständigen Gefahren im Leben der Juden dienen. Pointiert arbeitet Natalie Zemon Davis heraus, wie das geschriebene Wort, das im Zentrum der geistigen Welt die Leser belesenen aschkenasischen Kauffraustand, ihr bei der Bewältigung ihrer Sorgen und Schicksalsschläge half.

Die vergleichenden Betrachtungen im Schlußteil des Buches versuchen deutlich zu machen, daß es sich bei den vorgestellten

drei *women on the margins* – wie der Originaltitel des Buchs heißt – um „drei verschiedene Lebenswege auf einem gemeinsamen Boden“ handelt. Ihre Gemeinsamkeit als „women on the margins“ wird darin gesehen, daß sie weit entfernt waren von den Zentren politischer Macht und kultureller Dominanz, ihnen aber aus dieser Randposition heraus etwas Besonderes gelang. Das ist sehr weit gefaßt, erlaubt es, den drei Biographien nicht Gewalt anzutun und sie etwa als drei Spielarten religiös geprägter Frauenschicksale hinzustellen. In ihrer Allgemeinheit verweisen die resümierenden Textstellen die Lesern oder den Leser aber zurück an die direkt beschriebenen Biographien und machen einen geneigt, Maria Sibylla Merian recht zu geben, die im Prolog meint: „Mich dünkt, Historikerin Davis, Ihr wart auf Abenteuer aus.“ ■

Natalie Zemon Davis, *Drei Frauenleben* – Glikl, Marie de l'Incarnation, Maria Sibylla Merian. Aus dem Amerikanischen von Wolfgang Kaiser, Berlin (Wagenbach Verlag) 1996 (389 S., Abb., 48,00 DM)

Menschen betrachten, über ihre Gesten und Besonderheiten staunen, ihren Ausdrucksweisen lauschen und über deren Hintergründe nachdenken – das sind Yoko Tawadas Lieblingsbeschäftigungen. Daraus macht sie Literatur, darüber schreibt sie Essays. Wie alle ihre Bücher bereitet auch das jüngste, *Talisman*, nicht nur Lesevergnügen, es ist auch schön anzuschauen, und man nimmt es gerne in die Hand, um darn zu blättern; so beispielsweise in den taubenblauen Seiten des Mittelteils, dem „Buch im Buch“ das in Japanisch und Deutsch „Das Wörterbuchdorf“ vereint.

Yoko Tawada, 1960 in Tokio geboren, lebt seit sechzehn Jahren in der Bundesrepublik. Sie studierte Germanistik in Hamburg und schreibt seit Mitte der achtziger Jahre ihre Lyrik, Prosa und Essays auch in Deutsch, und das mit Erfolg. Für ihre in deutsch geschriebenen Werke wurde sie in diesem Jahr mit dem Chamisso-Preis ausgezeichnet. In zahlreichen ihrer Texte teilt sie uns mit, auf welche Art sie sich der deutschen Sprache bemächtigte, auch in ihrem neuen literarischen Essayband. Wie lernt man beispielsweise das Geschlecht eines Wortes, wenn die eigene Muttersprache eine solche Zuordnung nicht kennt? Sie habe alle Gegenstände sexualisiert, schreibt sie, habe in ihnen immer Männliches oder Weibliches zu sehen versucht. In Japan, so eröffnet sie dem Leser nebenbei, sind Worte aber in Gruppen eingeteilt: in flache Gegenstände, in längliche oder in runde. Auch Häuser, Schiffe und Bücher bilden eine Gruppe, ebenso die Menschen, unabhängig vom Geschlecht. Grammatikalisch gesehen ist in Japan ein Mann nicht männlich.

Gibt es eine japanische Sichtweise? Tawada sagt nein! (Siehe auch „Jede Sprache ist für jeden Menschen fremd“ Gespräch mit Yoko Tawada in *Kommune* 11/94.) Sie räumt aber ein, daß sie sich eine „japanische Brille“ antrainiert habe, um Europa von außen besehen zu können. Eine deutsche Brille wird sie inzwischen gleichfalls besitzen, denn in Deutschland habe sie neu sehen gelernt – auch sich selbst. Selten gibt es ein so schönes und anregendes Buch über unterschiedliche Sichtweisen. Es sind zauberhafte, träumerische, literarische Essays. Neben Japan und Deutschland streifen sie Tibet, Indien, Vietnam, Thailand und die Lofoten. Ihr Wahrnehmungsinstrument ist die Sprache, eigentlich Worte. Sie sezziert sie, stellt sie auf den Kopf und nimmt sie auseinander. Wörtern gehört ihre große Faszination. Worte sind ihr Barometer, ihr Seismograph für das Leben. Sie ma-

nifestiert nicht kulturelle Gegensätze damit, sie analysiert nicht, sie sucht nach Empfindungsvariationen, sucht selbst Erfahrenes und Fremdvermitteltes in Worte zu fassen. Es gibt für sie nichts Unwirkliches, sie spürt mit großem Ernst den unterschiedlichsten Äußerungen des Lebens nach. Dieser Ernst prägt mit den Zauber ihrer Texte. So in „Erzähler ohne Seele“ in dem sie schreibt, wie ein Hamburger Hafen zu seinem Namen „Teufelsbrück“ kam. Die Hamburger Kaufleute hatten nämlich dem Teufel eine Seele versprochen, falls dieser ihnen eine Brücke baue. Der Teufel baute, aber die Kaufleute schickten ihm

„Man kann
auch anders
lesen“



Yoko Tawadas
„Talisman“

eine Ratte über die Brücke. Der Teufel verschmähte dieses seelenlose Wesen und versank wutentbrannt in der Erde.

„Als ich diese Legende zum erstenmal erzählt bekam, verstand ich sie nicht, weil ich nicht wußte, daß Ratten keine Seele haben. Genauer gesagt, haben die Ratten für den Teufel, der durchaus christlich orientiert ist, keine Seele. In anderen Religionen, die von Pflanzenseelen und Tierseelen erzählen, hat eine Ratte selbstverständlich eine Seele, – und zwar eine, die nicht weniger wert ist als die eines Hamburger Kaufmanns. Der Teufel wäre dort nicht enttäuscht gewesen.“

Yoko Tawada liebt diese Welt der Geschichten, und während sie in ihrer Prosa oft als fantastische Traumwelt-Abenteuer daherkommen, sind sie in diesem Essay-

band eine köstliche Beigabe, die die Dinge des Lebens veranschaulicht. Ein Kind, schreibt sie, lernt die Sprache, indem es sie wörtlich nimmt. Auch Tawada führt uns den deutschen Wortsinn neu vor Augen. Fasziniert entdeckt sie den Heftklammerentferner als Analphabeten unter den Schreibwerkzeugen. Im Deutschen glaubt sie so etwas wie einen Heftklammerentferner zu besitzen, da sich, im Gegensatz zu ihrer Muttersprache, kein deutsches Wort an ihre Gedanken klammert, ihre Worte scheinen hier freier fliegen zu können.

Ihre Seele baumelt zwischen Asien und Europa, ob in Japan oder Deutschland, stets hinkt ein Teil ihrer selbst hinterher. Darüber scheint sie aber nicht traurig zu sein. Die Seele ist, wie sie an einer Stelle schreibt, der Ort, an dem jeder Mensch seinen „Originaltext“ gespeichert hat. Abgekoppelt von diesem prägenden Grundmuster, ergreift sie die Chance, ihren „Originaltext“ zu variieren. Sie liebt Fragmente, sie liebt es, sich selbst und andere immer wieder neu zu ergründen. Es langweilen sie die sattsam in sich ruhenden Identitäten, deshalb kreiert sie ihre eigene Existenz, und mit ihr ihre Literatur, zu einem Spiel der Zwischentöne: einem Klanggebilde aus Körper, Seele und Wort. Ihre Literatur hat etwas sehr Körperliches: Bilder, Gedanken werden sehr plastisch. So spürt sie auch den „Schriftkörpern“ in der japanischen Übersetzung von Paul Celans Gedichtband *Von Schwelle zu Schwelle* nach. Wenn auch ihre Ableitungen sehr fantastisch bleiben, macht es Spaß, mit ihr die japanischen Schriftkörper der Celan-Übersetzung zu entschlüsseln. Denn ihr Exkurs über die Übersetzbarkeit guter Literatur ist so ganz nebenbei eine wunderbare Einführung in die japanische Zeichensprache. Wenn sie uns vorführt, wie sich das Schriftzeichen für „Tor“ als Stammwort in der japanischen Übersetzung von Worten wie *Schwelle*, *Hören*, *Leuchten*, *Dunkelheit* oder *Stunde* wiederholt, wie andere Worte diesem Zeichen unter- oder übergestellt werden, damit sich aus der Kombination neue Sinnzusammenhänge ergeben – etwa wenn man unter das Schriftzeichen für „Tor“ das Zeichen für „Mensch“ stellt, um aus der Kombination das Wort „Leuchten“ zu lesen – dann ahnt man, wie symbolhaft die japanische Schrift ist.

„Man kann auch anders lesen“ schreibt sie in einem Kapitel. Das Alphabet ist nicht das einzige Schriftsystem der Welt. Yoko Tawada bietet mit *Talisman* eine kurzweilige Einführung in differenzierte Sehensweisen und unterschiedliches Kulturverhalten.

Angelika Burkhard

Yoko Tawada, *Talisman*. Literarische Essays. Tübingen (Konkursbuch Verlag Claudia Gehrke) 1996 (142 S., 19,80 DM) – Der Japanische Text im „Buch im Buch“ wurde von Peter Pörtner ins Deutsche übertragen.



Die Ostlichterkette

42. Kerze

Hier fliegt die Kuh! Die Garderobe ist links, die Klos sind wieder geöffnet. Und jetzt kommen die Pudys! – Mit jener so flotten wie sparsamen Moderation eröffnete der Plattenaufleger den freitäglichen Tanz in der „Alten Kantine“ der „KulturBrauerei“ „ost rock test the west“ heißt das niveauevolle gesellige Beisammensein, das bis in den frühen Morgen gänzlich unstigmatisierte Jugendliche und junge Erwachsene abzappeln oder auch nur abhocken läßt, mag sein, zu einer Musikmischung, bei der – mit 60 zu 40 – der östliche Anteil nach alter Art etwas überrepräsentiert ist. Mag wohl sein. Aber wer genau hinhört, merkt, daß man dafür auch einen objektiven Grund ins Felde führen könnte. Soviel – wenn man's mag – guten Schweinerock, mit sensibel geführtem Gebläse, sängerartigen Sängern und erträglichen Texten, hat es im Westen gar nicht gegeben, daß man mehr als 40 Prozent des Abends damit bestreiten könnte, ohne befürchten zu müssen, von brennender Gesichtsröte übergossen zu werden. 40 Prozent reichen völlig. Und wenn man das Geplärr von Kunze und Konsorten um die Marktregulierung von oben zugunsten deutschen Liedgutes im Gedächtnis hat, dann rutscht einem diese notorische Journalistenscheiße – „Ostalgie – Die DDR ist wieder da“ unter dieser Überschrift verarbeitet auch H. M. Broder in *Volk und Wahn* sein unverstandenes Abenteuer just an diesem Ort – doch schwer in den noch nüchternen Magen, und es ist höchste Zeit, wieder an einem Mythos zu kratzen, der seine Entstehung im wesentlichen dem Zeilengeld verdankt.

Gewiß, es wird hier „Radeberger“ getrunken und „Wernesgrüner“ und „Berliner Bürgerbräu“ Aber es soll in München auch schon mal „Paulaner“ getrunken worden sein, in Kulmbach „Mönchshof Bräu“ und in Düsseldorf winziges „DAB“ Nur wer freihändig davon ausgeht, daß es sich beim Bier aus den neuen Ländern um eine Plörre aus Bierersatzstoffen handeln könne, wird das erschütternde Erleben des Ostalgietrinkens Schauer über die Haut treiben.

Wie unabhängig von solchen Erwägungen die Freunde goldener Oldies, also von Musik, mit der sie aufgewachsen, herrliche Musik aus der herrlichen Zeit, da sie das erste Mal einen reinstecken durften, sich bewegen, zeigt die Wahl ihrer Zigarettenmarken. Gewiß, hier wird geraucht, als müßten die durch diverse Neuerungen entzogenen Luftschadstoffe dringlichst anderweitig eingepfiffen wer-

den, aber man raucht „Marlboro“ und die angenehm naturbelassenen Damen greifen gerne zur „Philip Morris“ oder „Benson & Hedges“ Gegen Mitternacht werden kostümierte Reklamemiezen mit bescheidenem Erfolg versuchen, angebrochene Pakkungen von Fehlrauchern durch vollständige der Marke „f6“ zu ersetzen.

Ansonsten wird hier getanzt wie in allen Diskotheken des Landes: Jeder tanzt für sich allein, schlenkert nach Maßgabe seines Temperaments und Vorgabe des Taktes mit den Armen und tritt dabei landsmännisch plump von einem Fuß auf den anderen. Und überall gibt es einen, der es allen zeigen muß, und sich reinschafft und aufführt, daß niemand mehr sich hinzuschauen traut. Leise singen manche – wie bei Westernhagens – die ihnen bekannten Textstellen mit. Und manches, was gefällt, wird von den Trinkern am Rande der Tanzfläche anmutig mitgegröht. Die Diele ist schnell voll und bereits um Mitternacht so gut belegt, daß Fehler und abweichendes Verhalten unmöglich sind. Bedeutet eine signifikant häufigere Mattenflucht bei Holger Biege etwa eine versteckte Kritik an dessen Republikflucht? Nie und nimmer. Den gedrechselten Schmarren kann man einfach nicht durchhüpfen. Und wer vielleicht eine körpersprachliche Zurückhaltung beim Beginn des Westblocks erwartet, wird vollends eines Besseren belehrt. Der Einstieg mit Nenas „Luftballons“ war gar der reine Frischequell im vorher sich etwas verdickenden Schwulst der gerne überarrangierten Ostschweinerieien. Die Körper der Mädels schienen sich zu strecken, die Mieder schier an Transparenz zu gewinnen, die Hosen der Jungs plötzlich weniger verpupst. Die Glieder flogen weiter. Und mitgesungen wurde, aber hallo! Mit den Fehlfarben, mit Ideal, Joachim Witts „Goldener Reiter“ machte der Westen zudem die vernehmlicheren politischen Töne, und all das wurde herzlich und laut begrüßt und umtanzt. Ein Unisono-Gegröle bei den Ärzten. Als nach einem schwachen Markus(?)-Finale die Plattenaufleger wieder den Osten zu Wort kommen ließen und mit dem Gegenintro von Citys „Am Fenster“ sich kurz der Gedanke eines leichten Foulspiels und einer kleinen inszenatorischen Absicht einschleichen wollte, reagierten



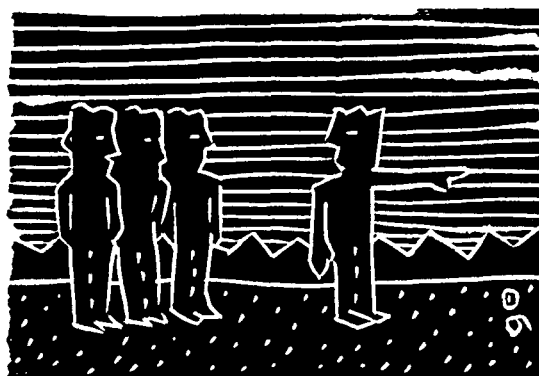
die Tänzer mit souveräner, völlig unbroscher Gelassenheit. Keine brennenden Feuerzeuge, keine heißen Tränen, kein Um- und Anfassen und Drücken entwurzelter Ostkörper. Schlenker Schlenker, Tripp Trapp. Stunde um Stunde gingen ins Land und in den Morgen, und nicht der kleinste Versuch war zu vernehmen, mit dem die Plattenaufleger eine gewisse trübe, (n)ostalgische Stimmung angeheizt oder auch nur säuselnd bedient hätten. Links hängten die Jungs und Mädels ihre kleinen amerikansich beschrifteten Rucksäckchen in die Garderobe, rechts gingen sie zum Schiffen. In der Mitte holten sie ihr köstliches Bier. Man plauderte über neue Projekte und menschenalte Probleme und blieb Grüppchen für Pärchen wie überall in deutschen Landen unter sich.

Rechts draußen im Schiffcontainer zeigte der Alltag sein würdiges Gesicht: Offenbar eine ABMaßnahme hatte drei anmutig verkommene Restalkoholiker im Eingang zusammengeführt. Rechts einer für Knaben. Links einer für die Damen, und am Scheideweg in der Mitte hatte der dritte im unverwechselbaren Fluidum hochdesinfizierender Klostesteine ein kleines Altärchen mit Schokoregeln, Knabbernüssen und Kaugummi aufgebaut. Gerne wurden im Angesicht dieser gesamtverpflichteten Gemeinnützigkeit fünfzig Pfennige in die Teller geworfen. Und ich schwöre, man hatte den Schwanz noch nicht wieder in den Hosenstall expediert oder gewuchtet, als bereits ein hochqualifizierter Reinigungsfachmann den Rand des Pißbeckens mit einem weichen Tuch sauber und zum Glänzen brachte. Wen bitte sollte da Ostalgie befallen? Diesen hirnfaulen Pennern ist einfach Hören und Sehen schon lange vergangen!

Paul.

Experimentierraum Montevideo

Ein Gespräch mit Lutz Rathenow



Im September weilten die Schriftsteller Erich Loest, Erich Hackl und Lutz Rathenow in Uruguay und Argentinien. Das Goethe-Institut in Montevideo lud sie ein, um Erfahrungen mit den Diktaturen in Deutschland und Lateinamerika auszutauschen und um die eigene Literatur vorzustellen. Erstmals kam in den Lesungen und Podiumsgesprächen die DDR-Opposition und ihre heutige Wahrnehmung zur Sprache. Lutz Rathenow schildert seine Eindrücke über das „Revolutionsmuseum Montevideo“

Ein Teegefäß mit einem Che-Guevara-Kopf darauf, wie darf man dieses Mitbringsel aus Montevideo verstehen?

Nichts scheint mir so landestypisch wie der Mate Tee. Die Menschen tragen eine Thermosflasche unter den Arm geklemmt, immer wieder wird Wasser auf den Sud

nachgeschüttet und mit einem Trinkröhrchen aufgesaugt. So gehen sie zu Demonstrationen, in der Hand den Teepott, unterm Arm die Wasserflasche. Das hebt die Chancen für einen friedlichen Verlauf. Übrigens besetzten gerade Gymnasiasten ihre Schulen. Es ging um ein Reformkonzept. Sie setzten sich durch.

In seiner Poetik Vorlesung an der Jenaer Universität stellte der über Lateinamerika hinaus bekannte argentinische Schriftsteller Marcos Aguinis fest, es gebe keine Ideale mehr. Mit dem Niedergang des Marxismus sei eine Lücke entstanden, die in eine Krise münden könne. Steht Ernesto Guevara, steht Che in Uruguay heute noch für revolutionären Elan?

Nach dem hektischen Buenos Aires kommt einem Montevideo wie ein einziges Museum vor, auch wie ein Revolutionsmuseum. Alle linken Vorstellungen –

von den Anarchosyndikalisten bis zu den Kommunisten überdauern dort. Auch die CASA BRECHT, die ehemalige Freundschaftsgesellschaft mit der DDR, führt ihr Kulturinstitut weiter.

Das heißt, es gibt nach wie vor ein Ex-DDR-Kulturinstitut in Montevideo?

Jüdische Emigranten und andere Nazi-Flüchtlinge bildeten in Uruguay stabile antifaschistische Kreise. Diese Kreise – mit hohem Ansehen in Lateinamerika – gründeten die Freundschaftsgesellschaft mit der DDR, weil die alte Bundesrepublik allein das Deutschlandbild dominierte und gegen jede DDR-Präsenz intervenierte. Da passierte aus meiner Sicht etwas, was ich immer wieder in der deutschsprachigen Welt antreffe: Zuneigung zu dem kleineren, schwächeren Staat. Die DDR war auch ein Wunschbild für viele, die sich eine gesellschaftliche Alternative wünschten, ein Staat, der niemanden obdachlos auf der Straße läßt.

Im Goethe-Institut warnte man Sie ja schon vorsorglich vor der „stillen Verehrung“ gegenüber der DDR, die unter Intellektuellen in Montevideo herrsche.

Mir wird bei den Reisen immer klarer, daß die zunehmend verdeckt arbeitende Diktatur der DDR einen Sonderfall darstellt. Rumänien, Bulgarien, Sowjetunion, die haben sich bereits zu Sozialismuszeiten diskreditiert. Andererseits, in Polen, Tschechien und Ungarn war der Widerstand offensichtlich. Die DDR verkörpert dagegen noch heute alle Träume von einer funktionierenden realsozialistischen Gesellschaft. In puncto DDR gibt es zwei Reaktionsmuster: ein klassisch ignorantes und ein verklärt idealisiertes. „Der Schmerz ist zu groß, wir Linken können über den Verlust Osteuropas noch nicht reden“ sagte mir einer beim späten Abendessen. Dagegen fragen einheimische Schüler: „Wie hielten Sie es in einer Diktatur aus?“ Meine Gegenfrage: Wie es denn ihre Eltern bis '85 in der argentinischen Diktatur ausgehalten haben? Ein fast körperliches Erschrecken als Antwort: „Wir waren doch so klein. Wir wissen von nichts.“

Wenn in den Diskussionen das kollektive Gedächtnis, der Umgang mit den Diktaturen heute, wichtig war, welche Rolle spielen da Eingeständnisse wie die des argentinischen Armeegenerals Martin Balzá über die Militärverbrechen der Junta?

In Uruguay hat auch ein General etwas Reue gezeigt. Das Bild vom Feind als mordenden Bestien ist nicht mehr zu halten. In Argentinien wurde brutal gefoltert

und getötet. In Uruguay sagten sie beim Foltern: diese Argentinier, die töten die Leute sogar. Einige hundert Uruguayaner verschwanden spurlos. In Argentinien an die 30000. Bei einer Volksabstimmung in Uruguay sprachen sich vor sieben Jahren 56 Prozent für eine Amnestie der Militärverbrechen aus. Das lähmte die Offenlegung der Vergangenheit. Jetzt fordern immer mehr eine Diskussion und Bestrafung.

Weil man innerhalb der Diktatur weniger über ihre Machenschaften Bescheid weiß als außerhalb?

Man ist darüber im Ausland immer besser informiert. Aber Information allein reicht nicht. Für viele Opfer war es ein Schock, daß die Akzeptanz der Diktatur größer war, als sie dachten. Die ambitionierten Intellektuellen sehen sich weiter in der klassischen Aufklärerrolle. Das garantiert ihnen Wirkung und schottet sie gleichzeitig vor größeren Teilen des Volkes ab.

Da können die DDR-Erfahrungen durchaus interessant sein. Ich merke, daß wir an einem der wenigen Orte auf der Welt lebten, wo sich eine politische Opposition außerhalb der Universitäten und des akademischen Milieus zusammenfand. In Uruguay waren die Gegner der Diktatur vor allem Hochschullehrer und Schriftsteller. Sie verdienen wenig und haben es durch die Dummheit ihrer politischen Gegner leicht, täglich mit dem Gefühl aufzuwachen, auf der richtigen Seite zu stehen. Sie kaufen Bücher auf Raten. Die sind teurer als bei uns. Wochenzeitungen sparen sie sich vom Munde ab. Ihre Sucht nach Aufklärung um jeden Preis hat schon etwas beängstigend Fanatisches. Europa und Deutschland sind ein wichtiger Vergleichspunkt. Sie diskutieren zum Beispiel: Wie gehen wir Deutschen mit der Nazi-Vergangenheit um? Man debattiert über Goldhagen. Mit der für Uruguay neuen Frage: Waren Teile des Volkes nicht mitschuldig an der Diktatur? Wollte nicht die Hälfte der Bevölkerung Ruhe und Ordnung?

Welche Rolle spielt da das Goethe-Institut? Und in welcher Rolle sahen sich Erich Loest, Erich Hackl und Sie?

Schon in Argentinien hat das Institut eine immense Aufgabe. Aber ich habe noch kein Land erlebt, in dem die kulturelle Arbeit des Goethe-Institutes wichtiger gewesen wäre als in Uruguay. Es nach der deutschen Vereinigung zu schließen – die Idee soll es gegeben haben – wäre der späte Sieg der DDR gewesen. Zum Glück macht der neue Leiter sehr kluge, vielseitige, anspruchsvolle Veranstaltungen. Sie

Das politische Tagebuch von Peter Glotz

Einmal mehr meldet sich Peter Glotz mit einem Buch zu Wort. Sein politisches Tagebuch beginnt mit dem Ambiente einer Dreikönigsrede 1993 in seinem Münchner Wahlkreis und endet mit dem Abgesang zur Bundestagswahl am 16. Oktober 1994. Überschriften sind es mit *Die Jahre der Verdrossenheit*. Diese zwei Jahre waren „übrigens nichts Besonderes. Ich wollte die bleierne Zeit, das stickige Zeitalter erfassen.“ Diese Aussage im Vorspann nimmt angesichts des Superwahljahres '94 schon Wunder, trifft allerdings in ihrer Ambivalenz auch den Kern dieses Werkes. Seine Analysen über die globalen Zusammenhänge zwischen neuen Kommunikationsmedien, der Wirtschaft und staatspolitischer Hilflosigkeit sind stichhaltig und nicht so leicht vom Tisch zu wischen. Diesbezügliche Auszüge aus den Reden vor dem Bundestag oder aus den zahlreichen, bereits in Zeitungen veröffentlichten Artikeln, sind durchaus mit Gewinn zu lesen. Auch einige der ein-

geschobenen Miniaturen über Land oder Stadtbezirk und Leute rühren zuweilen an, aber dann... Die Schilderungen gehetzten Pendlerdaseins oder parteispezifischer Intrigenspiele zielen mehr auf Mitleid denn auf Information. So streift er beispielsweise Engholms Rücktritt mit nur zwei, drei dürren Sätzen. Dabei scheint sich Glotz doch jetzt aus der Politik zurückzuziehen. Warum hat er die Chance nicht genutzt und uns unverschlüsselte Einblicke in die entfremdete Betriebsamkeit eines Abgeordneten und die derzeitige Konzeptionslosigkeit der SPD gewährt? Und wenn schon so leichte Kost, warum dann mit der Geste des ewig Verkannten, der schwermütig seinen Doderer zitiert, anstatt seinen Hang zu höheren Weihen und dem kultivierten Who's Who mit gehöriger Selbstironie zu feiern?

Ulrich Karger

Peter Glotz, *Die Jahre der Verdrossenheit*. Politisches Tagebuch, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1996 (375 S., 37,00 DM)

wirken stark in der Öffentlichkeit und präsentieren Deutschland als streitbares und aufgeschlossenes Land. Begriffe und Utopien sind bei den Intellektuellen dort anders besetzt. Sie kommen mit dem Phänomen der Dissidenz in Osteuropa schwer klar. Gerade die Aufklärung über die Geschichte der DDR hat für sie eine ungeheuer Brisanz. Nur mit literarischen Texten sind hier Wahrnehmungsblokaden zu durchbrechen. Erich Loests realistische Geschichten wurden sehr gut verstanden. Der Österreicher Erich Hackl wird in Uruguay verlegt, beispielsweise sein Roman über eine verhaftete Frau, die später ihren zwangsadoptierten Sohn sucht. Gerade über Literatur ist Verständigung möglich. Aus meinem Buch *Sisyphos* wurden Texte übersetzt. Über sie kam es zu spannenden Gesprächen.

Die grotesken Elemente und satirischen Überzeichnungen wurden als Ausbruchsversuche gegen die Diktatur verstanden?

Ich hatte das schon in Portugal erlebt. Die Grotesken und politischen Satiren sind Hörern dort näher als in Deutschland (West). Die Reaktionen ähnelten denen in der DDR. Eine Erzählung in *Sisyphos* handelt von Schulwegen und dem DDR Verbot, lange Haare zu tragen. Das einzige, woran sich junge Leute in Uruguay erinnern, wenn über ihre Diktatur geredet wird, ist das Verbot, lange Haare zu tragen. Über Geschichten beginnen Menschen nachzudenken. Bei politischen Abstraktionen schalten sie ab.

Noch einmal zur CASA BRECHT. Die erste Frage, die sich nach dem Zusammenbruch der DDR stellt: Wie finanziert sich dieser Verein?

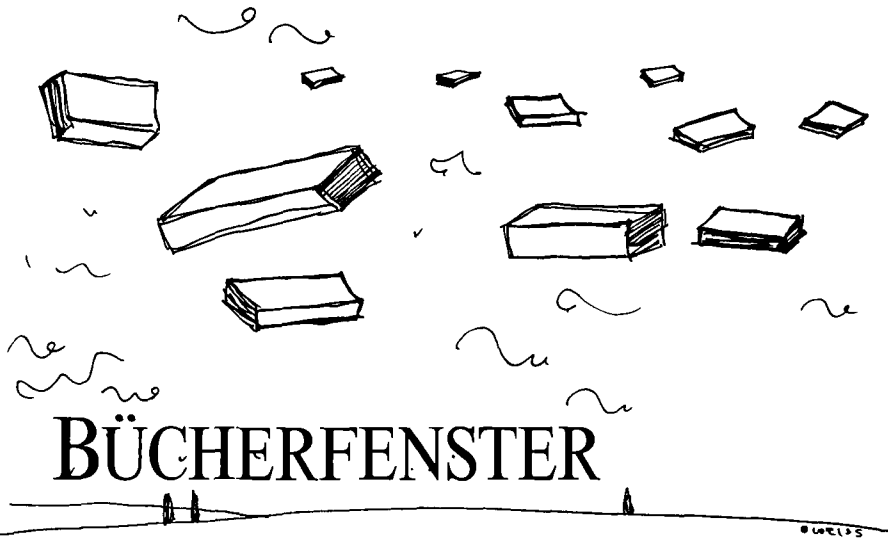
Relativ ärmlich. Durch Spenden und Sprachunterricht. Die DDR hatte wenig Devisen übrig. Gerade deshalb existiert sie heute weiter. Sie möchte sich, so ihr Leiter, Herr Israel, um eine offene Debatte zur DDR Vergangenheit bemühen und auch Dissidenten einbeziehen.

Lutz Rathenow wirbt für ein DDR-Institut? Wie ehrlich meint man es in diesem Haus mit der Auseinandersetzung?

Das ist nicht der Punkt. Man sollte diesem Relikt eine Chance geben. Es ist nun ein Teil des deutschen Erbes. Warum nicht einen Auftritt von Wolf Biermann dort fördern? Oder ein Streitgespräch Biermann, Bohley, Gysi. Das Laboratorium in Montevideo steht. Warum es nicht nutzen? – Auch für uns ist es interessant, sich aus der Distanz einer Hemisphäre mit der eigenen Vergangenheit und Zukunft zu befassen.

Das Fazit Ihrer Reise?

Ein schlechtes Gewissen wegen mangelnder Sprachkenntnisse. Die Gewißheit: Die DDR als Modell ist über die deutschen Querelen hinaus spannend. Weltweit. Und: Vergangenheit wirkt überall in die Gegenwart hinein, mehr als es die Menschen wahrhaben wollen. ■



BÜCHERFENSTER

JOSCHASCHMIERER

■ **Schokolade bei Hanselmann** Wie hat sich das neue Buch von Rosetta Loy gelesen? Ganz gut, aber ich muß mir noch überlegen, ob es nicht Kitsch ist, habe ich geantwortet. Der Rezensent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* hat auf Kitsch entschieden. So einfach ist es nicht. Über die Flucht des rassistisch verfolgten Arturo aus Rom in die Schweiz kommt es zum Zusammenstoß zwischen dem brutal heilen Milieu einer Schweizer Bourgeoisfamilie und dem durch die Illegalität aufgezwungenen brutalen Lebenswillen eines tödlich Bedrohten. Ihn versucht die Erzählerin im nachhinein zu rekonstruieren. Da sie aber allzuviel Liebesbeziehungen hineinpackt, verschüttet sie ihr Thema unter aufgeblähten Nebensachen. Im Endeffekt muß man dem Rezensenten der *FAZ* recht geben.

■ **Der schwarze Engel** Kitsch ist das letzte womit man bei Antonio Tabucchi rechnet. Er ist keiner, der draufsattelt, eher nimmt er so viel Gewicht weg, daß es kaum noch zu spüren ist. Das war in seinem zuletzt auf Deutsch erschienenen Roman eben die Stärke. Alle haben eine Ahnung, worauf politische Diktatur und Faschismus hinauslaufen, wie aber ist es, wenn sie allmählich das Feld zu beherrschen beginnen und die offensten Gegner auch nicht gerade überzeugen? *Erklärt Pereira* hat sich genau damit auseinandergesetzt. Abzusatteln war die Voraussetzung dafür, die Frage überhaupt stellen zu können. Von der Differenz zwischen historischer Last und Tabucchis Erzählweise lebte der Roman. Der jetzige Band von Erzählungen ist diesem Erfolg auf dem deutschsprachi-

gen Markt nachgeschoben. 1991 im Original erschienen, war er damals schon zusammengewürfelt. Jetzt wirkt er deplaziert. Und leider muß man feststellen, daß auch Tabucchi gegen Kitsch nicht gefeilt ist. In Wirklichkeit sind Engel sehr schwer.

■ **Zweierlei Zirkus** Sicher ist eine der Stärken zeitgenössischer italienischer Literatur, munter drauflos zu fabulieren, ohne ins Schwitzen zu geraten. Das hat mit der Lebendigkeit traditioneller Erzählformen und einer bestimmten Form der Verarbeitung der 60er und 70er Jahre in der Gegenwart zu tun. Es gibt einen eigentümlichen Zusammenhang zwischen burlesker Form und melancholischem Tiefsinn, der sich in der deutschsprachigen Literatur selten findet. Hier gibt es entweder Burleske oder Tiefsinn, kaum eine Spannung zwischen beiden. Dafür ist in italienischen Büchern die Spannung zwischen beiden manchmal nur vorgetäuscht, tatsächlich aber steckt nichts dahinter als konventionelle Bemühung.

Gesang der Mondköpfe ist die deutsche Übersetzung von Ermanno Cavazzonis Erstling (1987) betitelt. *Il poema dei lunatici* hieß das Buch im Original. Mit „mondköpfig“ (lunato = mondförmig) hat das nichts zu tun, eher mit mondsüchtig (lunatico = launisch). Über die Übersetzung von Titeln zu streiten lohnt sich im allgemeinen nicht. Aber wenn man in einem Buch die ganze Zeit nach Mondköpfen sucht, ohne ihre Spur finden zu können (obwohl es genug Spuren von Merkwürdigkeiten gibt), um dann festzustellen, daß man durch den deutschen Ti-

tel einfach in nicht vorhandenen Tiefsinn irregeführt werden soll, darf man sich schon mal ärgern. Jedenfalls sucht der Erzähler in den Brunnen versteckte Botschaften, findet auch Indizien dafür, das da unterirdisch emiges transportiert wird, gerät aber dann in die Gefolgschaft eines „Präfekten“ der einerseits unter Verfolgungswahn leidet, andererseits aber ein Reich für seine unumschränkte Herrschaft sucht. Der Mond schaut zu. Das ist in den meisten Abschnitten hübsch (Normalität ist nichts als Schauspiel), alles in allem aber Kunsthandwerk mit eben der Absicht, vermeintlichen Tiefsinn hübsch aufzumachen. Zuletzt ist das auch dem Mond zuviel.

Lustiger und tiefsinniger, auch weniger dick, was heutzutage fast immer zum Vorteil des Autors und der Leserin ausschlägt, ist *Der Große Anarchistenzirkus* von Marco Lodoli, der viel direkter, aber dennoch voller Fabulierlust an Hoffnungen und Enttäuschungen der 60er und 70er Jahre anknüpft. Unsereins, Studenten, Arbeiter, Schüler waren wahrscheinlich wirklich mondsüchtig. Die Sucht hatte einige Berechtigung. Lodoli läßt das schon durch die Zusammensetzung seines Anarchistenzirkos spüren: Da ist der Lehrer, der Sohn des Pedells und der Arbeiter auf dem zweiten Bildungsweg. Normalerweise wären sie nie zusammengekommen. Sie können zusammen eine Aktion machen, zuletzt aber prüft der Lehrer den Schüler und nicht umgekehrt. Wie also als Dissidenten miteinander auskommen? Lodoli wirft die Frage historisch auf, Cavazzoni beantwortet sie mit Esoterik. Daß Lodoli weniger Seiten braucht als Cavazzoni ist nur scheinbar paradox.

■ **O Bombay!** Als Ennio Flaiano schon klassisch abgegrast und vergessen schien, hat Beck & Glückler *Melampus* nachgeschoben, einen Anti-Kafka gewissermaßen. Nicht der Erzähler verwandelt sich in einen Käfer. Er brachte die Frau auf den Hund. Kleine Verlage müssen die Treue halten. So können wir jetzt nach *Melampus* außer *Blätter von der Via Veneto* auch den Kurzroman *O Bombay!* auf Deutsch lesen. Ein Architekt aus Italien treibt sich in der Welt, das heißt in Asien herum. Homosexualität ist die Entdeckung der italienischen Moderne. Die italienische Architektur der Moderne wird von der Welt entdeckt. Der italienische homosexuelle Architekt gerät folgerichtig an eine asiatische Nutte und durcheinander. Das ist merkwürdigerweise interessant. Dieses Durcheinander hält er schriftlich fest und schickt es dem Freund. Der kommentiert abschließend: „In ihrer kläglichen Schlußtrude habe ich Pascal, Shakespeare, Tschekow, Sainte-Beuve, Marcuse und sogar Mantegazza wiederer-

kannt. Und viele Freunde. Und Johannes vom Kreuz. Ja, auch ich glaube, daß man uns über die Liebe fragen wird.“ Als eine Art jüngstes Gericht hatte Adamante seine sexuelle und seelische Verwirrung erlebt. „Da die Liebe eine Wahl ist, kann sie nur eine schlechte Wahl sein“ hat er beim Blättern in Proust auf Anrieb gefunden und darin eine unerträgliche Wahrheit gesehen.

■ **Nichts als Hypothesen** Francesco Burdin stammt aus jenem Landstrich Italiens, der vom Habsburger Reich aus dem Risorgimento herausgebrochen worden war und erst nach dem 1. Weltkrieg zum italienischen Staat geschlagen wurde. Wie viele der italienischen Schriftsteller aus Triest bleibt er der Problematik von Vielvölkerreich und Nationalstaat treu. In der Titelerzählung des Bandes *An meine Völker* spielt er seine Version des Attentates in Sarajevo durch. Eindeutig klären läßt sich da nichts. Sicher ist nur, daß da nicht nur eine kleine serbische Verschwörergruppe ihre Hände im Spiel hatte. Jedem der einzelnen Abschnitte ist eine Definition des Begriffes Hypothese in den Sprachen der Völker des Habsburger Reiches vorangestellt. Schon der Unterschied zwischen den Definitionen dieses scheinbar feststehenden Begriffes ist frappierend. Wie könnte es da nur eine allgemeingültige Version von historischen Ereignissen geben? Am besten gefällt mir die Erzählung mit dem schlichten Titel „Der Bericht“ In einer kleinen Stadt des früheren Jugoslawien soll ein Denkmal für die Opfer eines Wehrmachtssankers errichtet werden. Aber das geht nicht so einfach, wie es sich die Abteilung „Historisches Archiv und Festveranstaltungen“ des Zentralkomitees gedacht hat. Nichts ist sicher. Das ist insgesamt das Thema dieses Bandes von sechs aufeinander bezogenen oder zumindest beziehbaren Erzählungen. Sie spielen nicht in luftleerem Raum, sondern verflüssigen versteinerte Geschichte. ■

Spiel mit dem Präsens

Der Verlag hat *Hausfrauen in der Hölle* eigens ein Lesezeichen beigelegt, auf dem allein sechzehn der Heldinnen und Helden mit Namen verzeichnet sind. Es sind längst nicht alle. Doch muß man selten danach greifen. Zu markant sind die Frauen und Männer in ihrer Denk- und Handlungsweise, in ihrem Stil gezeichnet, zu dicht folgt Episode auf Episode, als daß man sie durcheinanderbringen oder zwischendrin vergessen könnte. In einer der Episoden kommentiert die Erzählerin, die nicht allwissend ist, aber alles im Auge behält: „Der Nachmittag kippt ins Tragische. Eine moderne Tragödie ist das, ohne Einheit von Raum, Zeit und Handlung, ganz ohne Katharsis.“

Margherita Giacobino hat aber eben nicht den Fehler gemacht, ihren Roman nach diesem Muster der Realität strukturieren zu wollen. Er spielt in Turin, die kleine Drogerie von Ada ist das Zentrum, in dem sich die Fäden kreuzen, in den Tagen vor dem Weihnachtsfest mit Silvester als Schlußpunkt. Er hat sogar einen zentralen Handlungsstrang, an dem all diese Fäden hängen. Es findet sogar ein toller Leichenschmaus statt, der durchaus kathartische Wirkung hat. Der gibt sich allerdings erst zu allerletzt als solcher zu erkennen. In diesem engen lokalen Rahmen, den nur Telefongespräche Adas mit ihrer Freundin Isabelle in Paris und anonymisierte Drohbriefe von Adas Vater aus irgendeinem Dorf durchbrechen, und in diesen paar Tagen, in denen natürlich auch unterschiedlichste Erinnerungen der teilnehmenden Personen hochkommen, passiert in bestimmten Ecken ziemlich viel, während sich im Zentrum, in Adas Laden und bei Ada selbst, Spannung über eine wachsende Lähmung aufbaut. Sie weiß nicht mehr, was sie tun soll, seit ihre achtzigjährige Mutter plötzlich im Laden gestanden und erzählt hat, sie hätte sich nun endgültig von ihrem Mann getrennt. Soll sie sich um ihre Mutter kümmern oder wie die Freundin rät, für sich selber sorgen?

Hausfrauen in der Hölle, das ist ernst gemeint, aber auch ironisch, ja zynisch. Tatsächlich entfaltet sich in dem Roman ein ganzes Set von Verhaltensweisen. Da taucht eine aus dem Süden stammende Großfamilie auf, die ohne weiteres aushält, daß die jüngste Tochter mit einer Freundin im Dachgeschoß zusammenlebt, da gibt es ein homosexuelles Männerpaar, das alle Anfechtungen ehelicher Treue durchlebt, da steht eine Hochzeit ins Haus, die durch esoterische Machenschaften und einen globetrotzenden Computerfachmann gefährdet oder gerettet wird. Clelia, eine altgewordene Verführerin und launische Tyrannin, muß mit Fernanda, ihrer Pflegerin, auskommen, sich Tochter und Enkel vom Leib halten, während Fernanda den herrschen und kleinlichen Vater loswerden muß, der ihr zwar beim Ankauf einer Wohnung geholfen hat, aber nur um sie in

um so größere Abhängigkeit zu bringen und so weiter und so fort.

Margherita Giacobino springt nun mit diesem Stoff, der ein ganzes soziologisches Handbuch über das Durcheinander von traditionellen Familienverhältnissen und erst neuerdings zur Normalität zählenden Beziehungskisten füllen könnte, souverän um. Sie tut das, indem sie aus der Position einer kühlen Beobachterin heraus erzählt. Ihr wichtigstes Stilmittel ist das alles beherrschende Präsens, mit dem sie mit der Entwicklung der einzelnen Handlungsfäden stur auf Augenhöhe bleibt. Zugleich zerschneidet sie diese Fäden, weil ja nicht nur ein Faden, sondern viele im Auge behalten werden müssen. So werden Parallelhandlungen in der Zeit hintereinandergeschachtelt, ohne aus dem Präsens herauszuspringen. So verdichtet sich der Raum, in dem sich alles abspielt. Zugleich wird durch jeden Wechsel der Beobachtungsposition der Zeitablauf beschleunigt. Was Bruna sich eben noch in einer langweiligen Arbeitssitzung ihrer Behörde als Lösung ihrer Probleme ausdenkt, ist im nächsten Abschnitt eine Zumutung an den auserkorenen Erzeuger: „Aber Kinder bleiben nicht ewig klein“, bemerkt Nani und schaut ernst in sein Bierglas, als wollte er die Zukunft darin lesen. „Du willst ein Baby, das du bemuttern, dem du die Windeln wechseln kannst, aber eh du dich versiehst, hast du einen aufässigen Vollerangel am Hals, einen jugendlichen vollen Probleme...“ Das überzeugt Bruna nicht.

Die beobachtende Erzählerin weiß zwar alles von ihren Personen, nicht aber, weil sie in sie hineinkriecht und aus ihnen herauspricht, sondern weil sie ihnen aufmerksames Gegenüber bleibt. So weiß sie noch, was in den Ehebetten vorgeht, legt sich aber nie dazu. Zugleich beobachtet sie, wie ihre Personen sich untereinander beobachten. Eine Pointe des Buches wird eben über dieses ständige Präsens entwickelt, das den Lesern nahelegt, sie blickten auf der Ebene der jeweils erzählten Gegenwart durch, was aber bei einem entscheidenden, wahrscheinlich titelgebenden Handlungsfaden eben nicht der Fall ist. Die Hölle ist der andere. Richtig bearbeitet kann er aber den Himmel auf Erden bedeuten.

Schon bei der ersten fortlaufenden Lektüre hat man den Eindruck, man könne das Buch später auf jeder beliebigen Seite aufschlagen und stieße immer auf Passagen von hoher Prägnanz. Dieser Eindruck trifft zu. Der Titel läßt tiefende Betroffenheitsliteratur befürchten. Die Befürchtung löst sich schon nach wenigen Sätzen in nichts auf.

(js)

Margherita Giacobino, *Hausfrauen in der Hölle*, Roman. Aus dem Italienischen von Hinrich Schmidt-Henkel, München (Verlag Antje Kunstmann) 1996 (340 S., 39,80 DM)

Rosetta Loy, *Schokolade bei Hanselmann*, Roman. Aus dem Italienischen von Maja Pflug, München (Piper Verlag) 1996 (287 S., 39,80 DM)

Antonio Tabucchi, *Der Schwarze Engel*. Aus dem Italienischen von Karin Fleischanderl, München (Hanser Verlag) 1996 (179 S., 29,80 DM)

Ermanno Cavazzoni, *Gesang der Mondköpfe*. Roman. Aus dem Italienischen von Marianne Schneider, Berlin (Wagenbach Verlag) 1996 (293 S., 44,00 DM)

Marco Lodoli, *Der Große Anarchistenzirkus*. Roman. Aus dem Italienischen von Gundl Nagl, Salzburg (Residenz Verlag) 1996 (151 S., 38,00 DM)

Ennio Flaiano, *O Bombay!* Aus dem Italienischen von Ragni Maria Gschwend, Freiburg (Beck & Glöckler) 1996 (117 S., 29,80 DM)

Francesco Burdin, *An meine Völker*. Aus dem Italienischen und mit einem Nachwort von Renate Lunzer, Salzburg (Residenzverlag) 1996 (232 S., 37,80 DM)

Laura Daum ist dem Psychoanalytiker Franz Steinberger wahrscheinlich die liebste Patientin, ganz sicher aber die, die ihn in die größten Schwierigkeiten bringt. Als Teil der Therapie schreibt die junge Bauingenieurin dem etwa fünfzigjährigen Arzt ihre Träume und Tagträume auf. Der neueste Bericht, mit dem das Buch beginnt, hat es in sich: Daums ungeliebter Lebensgefährte, der grobe Siegfried Hofer, stürzt beim Bergsteigen ins Seil, ist leicht verletzt und wäre mit ein paar Handgriffen wieder auf festen Boden zu ziehen. Die Frau läßt ihn jedoch hängen und geht weg – „Was für ein Sieg.“ Ein paar Tage später wird Hofer genau so gefunden, wie es Laura ausgemalt hatte, die aber ist verschwunden. Ein zweiter Mord folgt, und dann ein dritter. Steinberger muß sich fragen, ob er seine Klientin nicht furchtbar unter- und überschätzt hat. Nebenher hat er Ärger mit seiner geschiedenen Frau Eva, die ihn leider manchmal immer noch fasziniert. Die ungefragte und ausführliche Nach-Eheberatung durch seine Schwester Elisabeth macht ihm auch keinen Spaß.

Am *Abgrund der Träume* ist Annette Döbrichs Debütroman. Für seine ersten Kapitel hat sie den Literaturförderpreis der Stadt München bekommen, mit dem jedes Jahr mehrere Autoren und Übersetzer bei der Arbeit an einem noch unvollendeten Text unterstützt werden. Döbrich ist „Buchhändlerin und Pfarrfrau“ und letzteres glaubt man zu merken. Nicht nur daran, daß die teils am Münchner Marienplatz, teils im Umland der Stadt (Weilheim, Peißenberg) spielende Geschichte mehr Kenntnisse des evangelischen Kirchenlieds verrät als krimiüblich; sondern tiefer: am Menschenbild. „Gnade“ „Versöhnung“ „Gott“ und in Zusammenhang mit alledem ein Sonnenaufgang spielen eine Rolle. Menschen verletzen sich gegenseitig, weil sie schwach und schwierig sind, aber sie können sich trotzdem dafür entscheiden, Liebe ins Leben zu bringen. Verbrechen andererseits ist nichts überpersönlich Böses, sondern ein fehlgeleiteter individueller Versuch, sich auszudrücken, für den der Täter verantwortlich ist, mit dem aber nie alle Brücken abgebrochen sind.

Döbrichs Figuren interpretieren das Geschehen, in das sie verstrickt sind, unterschiedlich. Die Deutungen schließen sich aus, aber jede stimmt zumindest teilweise. Zu Recht konzentriert sich die Autorin daher auf kontrastverdeutlichende

UNTATEN

BARCELONA BADEWANNE VERGIFET
KIEZ L.A. ERSCHOSSEN KÜHLTRUHE
ZÜRICH GEKOCHT FAHRSTUHL ULM
BETAUBT CHEFETAGEN FRANKFURT
KIRCHE GEPFÄHLT GRAZ VERRATEN
GÄSTEZIMMER HINTERTUPPINGEN EIS
GEFESSELT RIVIERA ERSCHLAGEN
BONN GEDOPT BALKON GESPALTEN
BOWLINGBAHN ERTRÄNKT HAMBURG
HOTEL ERHÄNGT PARIS BAGHWAN
GEMARTERT FORELLENHOF BREMEN
GESPRENGT ZK THEATER NIZZA
GEWACHSHAUS-VERBRÄUNT BUDAPEST
ZERQUETSCHT PUFF LUDWIGSHAFEN
RÉPRO GESTOSSEN ATHEN GEBACKEN
BERGSPITZE BERLIN VERGRABEN N.Y.
KLOSTER VERGEWALTIGT GEISTERBAHN
AMSTERDAM GEVIERTEILT KINO PRAG
VERLADEN PEKING ZER GEMAHLEN
LEKTORAT AUFGESPIELT STUTTGART
00 GEVOLTERT LAGUNA BEACH DACH
ROM HÄNGEMATTE ERWÜRGT PRAXIS
GEGRILLT ALM MOSKAU ZERSÄGT
WG KIDNAPPING BETT RÄUMSCHIFF
ZERSTÄUBT KASEREI URWALD KNAST
SYDNEY VERFOLGT HL VERSTRAHLT
KELLEREI GETAUSCHT SCHLACHTHOF
HOF ZWINGER GELIFET MÜNCHEN

UND ORTE

München/Be'er Schewa

Erzählformen: Viele lange Dialoge, Laura Daums expressive Briefe und das, was Steinberger so vor sich hindenkt, schaffen die Atmosphäre. Es gibt ein paar sprachliche Schwächen: Einmal müßte es „trotz“ statt „wegen“ heißen, und Unwörter wie „effektiver und kostengünstiger“ sind auch mit dem Rollenprosa-Argument nicht schmerzfrei zu begründen. Aber das sind Einzelheiten. Da der Roman davon handeln soll, daß Menschen, die sich brauchen, sich nicht oder zu spät verstehen, ist der moderne polyperspektivische Aufbau das Richtige.

Was Döbrich mit beträchtlichem kompositionellen Aufwand und Können darstellt, nämlich daß Menschen nicht ideal zueinander passen, das setzt Shulamit Lapid einfach voraus. *Lokalausgabe* ist durchgehend aus der Perspektive von Lisi Badichi erzählt. Lisi ist knapp 30, also ungefähr in Laura Daums Alter. Sie leidet auf ihre Art nicht weniger an den Verhältnissen, aber sie ist bei aller Sensibilität zäher, kann sich im Unsinnsbetrieb besser halten. Lisis Mitteilungen tragen leicht einen ganzen Roman, zusätzlicher Blickwinkel bedarf es nicht. *Lokalausgabe* ist frecher und lustiger als *Am Abgrund der Träume*. Es ist das altmodischer geschriebene Buch, und doch wirkt es weltläufiger. Das liegt an denen, die darin vorkommen, nicht zuletzt an Lisi.

Die es nicht einfach hat. Seit zehn Jahren arbeitet sie als Lokalreporterin bei der *Zeit im Süden* im südisraelischen Be'er

Schewa, nahe beim Gaza-Streifen. Es ist ein Knochenjob: Pflanzenschützer, Klavierhändler, Partyservice-Betreiber, Veranstalter von Selbstbehauptungskursen, und alle wollen ihre freundlichen zwanzig Zeilen. Dazu der menschen-schindende Chef in Tel Aviv und die tückische Konkurrenz von der *Post im Süden*. Lisi übt den Beruf ohne Begeisterung, aber auch ohne Abneigung aus. Sie hält es für ihre einzige Begabung, professionell zu sein, egal worin, und nimmt sich nicht einmal Urlaub. Amouröse Auswege scheinen verstellt, denn ihrer irrigen Meinung nach sieht sie aus wie „eine große Kuh, die den Kopf senkt und ihre Last trägt“ leitmotivisch sind auch ihre riesigen Füße. Das alles trägt dazu bei, daß sie am Anfang des Buches noch Jungfrau ist: Sie kann sich nicht vorstellen, warum ein Mann sie wollen sollte.

Von der rein physischen Peinlichkeit befreit sie Richter Pinchas Hornstuck, aber damit geht der Ärger erst los: Am nächsten Morgen wird bekannt, daß ungefähr zur Zeit der wenig erhebenden Defloration und nur ein paar Meter daneben Hornstucks Frau erschossen wurde. Lisi soll den Fall für die Zeitung aufklären, ohne dem mächtigen und hochangesehenen Richter zu nahe zu treten. Im einzelnen oft störend, insgesamt aber hilfreich ist es dabei, daß sie zwei Schwäger bei der Polizei hat, die nach einer stürmischen Sitzung des Familienrates ihre Frauen, Lisis Schwestern, getauscht haben, ein in der kleinen Stadt stark beachteter, vom Ergebnis her völlig vernünftiger Entschluß. Von solchen Leuten und Episoden ist das Buch voll, und der Leser zieht mit der immer treffsicherer recherchierenden Lisi durch viele Milieus der guten und weniger guten israelischen Gesellschaft (sehr interessant zum Beispiel die Kibbuz-Kapitel). Das Lesen vergnügen ist so groß, daß man den märchenhaft erotischen Schluß erst gar nicht verzeiht, sondern sich gleich darüber freut. Lisi ist jetzt alles andere als Jungfrau.

Michael Schweizer

Annette Döbrich, *Am Abgrund der Träume*, Hamburg (rororo) 1995 (188 S., 9,90 DM)
Shulamit Lapid, *Lokalausgabe. Roman. Aus dem Hebräischen von Mirjam Pressler*, Frankfurt/M. (Alibaba Verlag) 1995 (286 S., 38,00 DM)

FILM SCHNITTE

Eine Tochter sucht nach dem Tod ihrer Adoptiveltern die leibliche Mutter und findet sie in einem Arbeitervorort von London in prekären Verhältnissen. Mike Leigh hat nach scharfen Blicken auf düstere englische Realität (zuletzt in *Naked*) nun den Wärmestrom entdeckt. In *Lügen und Geheimnisse* wird die kluge, kultivierte schwarze Hortense mit der schrillen, einfältigen weißen Cynthia konfrontiert. Mit Mutter, Tochter, Bruder und Schwägerin prallen so verschiedene gesellschaftliche Milieus aufeinander, daß wir nach intensiven Charakterstudien auf viel gefaßt sind, am wenigsten aber auf eine Zusammenkunft, in der Familiengeheimnisse und Lebenslügen eine befreiende Lösung finden.

Ein 19jähriges Mädchen reist nach dem Tod ihrer Mutter in die Toskana, um ihren leiblichen Vater zu finden, doch ihrer Entdeckung folgt sogleich eine weitere: die Liebe. Bernardo Bertolucci bindet in *Gestohlene Schönheit* die Suche des Mädchens ein in den Zyklus von Blüte und Herbst. Doch er verschenkt die vage sichtbaren Persönlichkeitsbrüche im Künstlermilieu an gestylte und voyeuristische Körperbilder und Toskana-Schwelgerei.

Während Bertolucci die Empfindungen seiner Personen in schwülen Tableaus aus den Augen verliert, konzentriert sich Mike Leigh in langen Einstellungen nur auf diese und verwandelt die Familienhölle in eine kleine Utopie: Weil wir immer Teil einer Familie sind, könnte wechselseitige Akzeptanz eine kleine Befreiung sein. Daran muß man nicht glauben, aber es ist schön, es einmal so sehen zu dürfen.

Für Bess ist die Hilfe für andere so selbstverständlich wie der Glaube an Gott. Wenn die zornigen alten Männer der kleinen schottischen Gemeinde in ihrer Kirche ohne Glocken den strafenden Gott beschwören, setzt Bess ganz unschuldig die Liebe zu den Menschen dagegen. Die hat sie gerade an die Seite Jans, des blonden skandinavischen Hünen von der Bohrinself geführt. So beglückend wie sie ihre Deflorierung auf der Hochzeit in der Toilette empfindet, so staunend reagiert sie später auf den nackten Jan. Für sie ist Jan ein Geschenk Gottes, mit Freude am Körper und Lachen inklusive. Für die Gemeindeglieder ist es ein Skandal, daß Bess sich nach ihrem Jan leidenschaftlich verzehrt, selbst als er zurück auf die Bohrinself muß. Bess spricht in der Kirche mit Gott, auf daß er Jan schnell zu



SUCHEN UND FINDEN

ihr zurückbringe. Doch der kommt als Schwerverletzter zurück, und Bess fühlt sich schuldig und will ihr Leben dem Gelähmten weihen. Jan jedoch will nicht, daß sie sich an ihn bindet. Um sie von sich abzustoßen, verlangt er von Bess, daß sie sich andere Männern suche, und ihm dann erzähle. Damit beginnt für Bess ein schmerzreicher Weg in die Katastrophe..

Eine dubiose Geschichte, voll religiöser Verblendung und männlicher Projektion? Nein, Lars von Triers *Breaking the Waves* ist eines der irritierendsten Melodramen der jüngeren Zeit. Hat man sich erstmal an die unruhigen Bewegungen der Handkamera (von Robby Müller, Jarmusch- und Wenders-Kameramann) gewöhnt, wirken die Szenen bald nur noch als ineinandergeschnittene Beobachtungen menschlichen Verhaltens in Alltags- wie Extremsituationen. Mal springen uns die in Brauntönen gehaltenen Bilder mit Nabsichten förmlich an, gleich darauf

FILM-BUCH-TIP „Die Geschichte der deutschen Fernsehserien ist die Geschichte der Selbstfindung, ein Weg durchs Minenfeld der Lügen und Verdrängung“ schreibt Harald Martenstein in *Das hat Folgen. Deutschland und seine Fernsehserien* (Reclam Leipzig, 144 S., 17,00 DM) und durchmißt sie dann von „So weit die Füße tragen“ (1959), dem Kriegsgefangenen-Drama als Gegenmythos zum Tätervolk, bis zur „Schwarzwaldklinik“ Dazwischen liegen „Die Hesselbachs“ als Wirtschaftswunderfamilie, die „Unverbesserlichen“ als Serie der Umbruchsjahre, Ekel Alfred als Anti-Brandt, während Erik Ode zuvor noch vom „Funker des Führers“ zum „Therapeuten des deutschen Volkes“ reifte. Mit „Schimanski“ ziehen der Körper und die „ewige 68er Adoleszenz“ ins Fernsehen ein, und in der „Lindenstraße“ wird die BRD „unter Kohl flächendeckend sozialdemokratisiert“ „Ein Volk in Missionarsstellung“ – Martensteins Ausflug ist eine anregende kleine Politgeschichte. Vergnüglich und respektlos, macht sie selbst vor „Heimat“ nicht halt.

bringen sie uns mit dem Erfassen von Räumen und Bewegungen auf Distanz.

Das große Glück dieses Films jedoch ist Emily Watson als Bess. Wie sich auf ihrem Gesicht das Liebesglück und -leid einer Person bewegt, die der Welt voller Narvität nur „das Gute“ abgewinnt, um dafür von ihr bestraft zu werden, wie sie im Zwiesgespräch mit Gott den Wandel am Abgrund der Schizophrenie durchmißt, wie sie schließlich ihren Körper feilbietet und zum geschändeten Opfer wird, das selbst bei der Mutter keine Zuflucht mehr

findet, das gehört zum Sehenswertesten gegenwärtiger Schauspielkunst. Der erst nur tumb wirkende Stellan Skarsgard ergötzt sie als Jan, der wie ein wissender, ruhender Pol, unfreiwillig die Katastrophe in Gang setzt, um schließlich noch ein Wunder zu erleben.

Auf farbsatte Landschaftsstandbilder setzt Lars von Trier Prolog, Kapitel und Epilog, unterlegt sie mit Musik aus den 70ern und umreißt so die Erzählzeit. Nur diese Mittel gehören zu einer Klassik, gegen die er auf allen anderen Ebenen ästhetisch angeht. Wie in seinem TV-Mehrteiler über die Leichen im Keller eines geisterhaften Krankenhauses (*The Kingdom*) treten auch jetzt Liebe und Krankheit, Erhabenes und Profanes nebeneinander. Einige nennen das Scharlatanerie, ich nenne es eine seltsam schöne Mischung.

Ein bißchen von dieser hätte Stephen Frears zweiter Erkundung irischer Verhältnisse nicht geschadet. Denn die Geschichte von den befreundeten Arbeitslosen, die sich mit einem aufgemöbelten *Fish & Chips*-Imbißwagen so lange auf die Suche nach einem einträglichen Terrain begeben, bis sie sich unter der Hand als „Unternehmer“ und „Angestellter“ wiederfinden, ist hausbackener geraten als der schmissigere Vorläufer *The Snapper* in dem auch Frauen aktiver sein durften. Bedingt wohl auch durch die Synchronisation, gerät der Humor oft billig und versprüht der Film, nach dem dritten Buch des Kenners irischen Vorortlebens, Roddy Doyle, nicht die Frechheit, die dazumal auch Alan Parkers *The Commitments* zum Kino-Renner machte. Daß eine bescheidene Selbständigkeit zur Entfremdung zwischen ehemaligen Lohnarbeitern führt, mag realistisch und dramaturgisch sinnvoll sein, als Botschaft scheint es mir nachgerade kontraproduktiv. Ein bißchen selbsttätig erarbeitetes Wunder dürfte den irischen Verhältnissen doch gewiß nicht schaden.

Michael Ackermann

die masse machts's



Neulich wurde im Wochenend-Magazin unseres regionalen Blättchens die Tageszeitung als solche abgefeiert. Eine Beliebtheitskala teilte mit, welche Rubriken am meisten gelesen werden: Lokales mit 78 Prozent vorneweg, dann Politik et cetera, Kultur immerhin noch mit 27 und hinterdrein, ganz klimperklein, der Fortsetzungsroman, mit 8 Prozent. Na, und der Sport? Negativ, keine Angaben! Das könnte natürlich ein zufälliger Fehler sein, eine kleine Schlampererei, schließlich ist der Wirtschaftsteil auch durchs Sieb der Wahrnehmung gefallen. Aber ich glaube, es liegt eben an der typischen Wahrnehmung der meisten Journalisten, daß Politik und Kultur zählen (bis runter zum Fortsetzungsroman), daß hingegen der Sportteil eher ein notwendiges Übel sei, ein Tribut an das Verlangen des Pöbels.

■ **Mediengerechte Termine** Die Bosse der Publikumssportarten feiern sich ihrerseits für ihre „mediengerechte Terminplanung“ – ein euphemistisches Gesülze, das meint, daß die Spieltage im Fußball, Handball, Eishockey auf möglichst viele Kalendertage verteilt werden, damit möglichst viele Fernsehsender möglichst viele Übertragungsstunden kaufen können. Übertragungszeiten werden so weit ausgedehnt, wie es der Markt eben hergibt; wobei auch dieser Markt, um auf die aktuelle Serie von Michael Jäger in dieser Zeitschrift zu verweisen, alles andere als frei ist.

Für die Sportverkäufer wird es erst dann problematisch, wenn etwa (wie jüngst im Eishockey) die Übertragungsrechte gleichzeitig an zwei Sender verkauft werden und man sich vor Gericht widersieht. Sonst können sie nach ihrem Belieben schalten und walten. Der gemeine Fan muß sich darein fügen. Unterbrechungen für Reklame, in den ersten Jahren der Privatsender noch als willkommene Pinkel- oder Imbißpause interpretiert, sind zu unausweichlichen, massiven Werbeblöcken herangewachsen. Und mit ihnen ein ganz eigenes, den veränderten Verhältnissen angepaßtes Genre von Sportreportern und -Moderatoren. Die wegen sich müheles jenseits der altbackenen Vorurteile des traditionellen Journalismus. Viele Zuschauer, denen es um den Sport geht, folgen nur mit Zähneknirschen.

■ **Kommentatoren des Grauens** Eine kritische Abrechnung mit der Zunft der „bezahlten Selbstgesprächler und Brabblers“ kann also mit einem zustimmenden „Das mußte mal gesagt werden“ rechnen. Das von Jürgen Roth und Klaus Bittermann herausgegebene Buch *Wieder keine Anspielstation* überzieht diesen Kredit allerdings erheblich. Die Beschimpfung der „Schlaumeier und Schwätzer, der Dumpf- und Stumpfköpfe“ an den Mikrofonen, die sich durch fast alle der 39 Beiträge und 200 Seiten zieht, wirkt letztlich ermüdend.

Den Mangel an analytischem Verstand im Fernsehfußballkommentar beklagen nur wenige der Buchautoren, so Norbert Thomma. In seinem Beitrag *Analys'?* *Annelies und Alois!* macht er sich über das Gespann Günther Jauch & Franz Beckenbauer lustig. Dabei ist der Kritiker Thomma zwar witzig, aber selber nicht die Bohne analytisch! Das ist bei *taz*-Chefredakteur Thomma eher ein Grund zur Enttäuschung als bei den zwei „Champions der Champions-League“ die er schmäht.

Gedanken darüber, warum die Dinge wohl so sind, wie sie eben sind, finden sich an ganzen zwei Stellen in diesem Buch. Erstens bei Karsten Singelmann, der seinem Aufsatz *Fußball und Wahrheit* den Untertitel „Wie ich einmal erwachsen werden mußte“ mitgibt – was sich dann als weniger komisch erweist, als die Formulierung annehmen läßt. Zweitens bei Albert Hefe, der die relative Beliebtheit des Fernsehsprechers Werner Hansch zu erklären versucht.

Der Fernsehkommentar verdoppelt meistens nur das ohnehin Offensichtliche, und wenn er schlecht ist, leistet er nicht mal das. „Schade eigentlich, denn dadurch wäre uns die beruhigende Gewißheit vermittelt worden, daß die Bilder uns nichts vorgaukeln“ witzelt Klaus Bittermann. Und wieder ist es dem singulären Karsten Singelmann vorbehalten, gegen diesen kritischen Gestus einzuwenden, „daß ich als Fußballfan ein profundes Bedürfnis nach Affirmation habe“ Und der Durchschnittsfan, der sich dessen ja gar nicht bewußt ist, erst recht.

■ **Kultur entdeckt Sport** Wie es auch anders geht, zeigt eine Produktion des Hessischen Rundfunks. Auf Initiative der Abteilung Kultur ist eine Sendereihe über Sport zustande gekommen – allerdings Sonntagsnachmittags um drei, wann ich

selten Radio höre. Just hab ich die Sendung wieder verpaßt; nicht so schlimm, denn obgleich die Sendereihe noch bis Ende Dezember läuft, ist das Buch zur selben schon erschienen – ein Band von fast fünfhundert Seiten. Die dreißig Autor/-innen setzen sich in etwa partitisch aus den Abteilungen Kultur und Sport zusammen, wobei man sich aussuchen kann, ob man Michael Groß als Schwimmer rechnet oder als Germanisten. Man findet auch Kommentatoren vertreten, etwa in Person von Adolf „Adi“ Furler von der ARD-Sportschau selig oder HR Sportchef Jürgen Emig. Der attestierte dem Band, zu dem er selbst den Aufsatz „Das Fortbewegungsmittel als Wettkampferät. Radsport“ beitrug, aus ihm vieles erfahren zu haben, was er noch nicht wußte, und daß allein schon die Masse des Stoffs Zusammenhänge klarwerden lasse.

Da ich vor der Masse des Stoffs momentan eher zurückschrecke, habe ich eine Stichprobe gemacht. Das heißt, ich habe mit dem rechten Zeigefinger etwa in die Mitte der vielen Seiten gestochen und den so ermittelten Beitrag gelesen: Dorothea Friedrich, „Ich war stolz auf ihn, also schrie ich Jesse Owens.“ Der Aufsatz steht in der Rubrik „Sportlegenden“ und die Legende Owens wird, wie sich das gehört, kritisch hinterfragt. Tatsächlich habe ich einiges erfahren, was ich noch nicht wußte. Daß es aber eine antifaschistische Legende ist, daß bei den Olympischen Spielen in Berlin 1936 Hitler ihm, dem „Neger“ im Gegensatz zu weißen Sportlern den Handschlag verweigert hätte, hatte ich schon mal in der Autobiografie Leni Riefenstahls gelesen.

Woher mag die ungewöhnliche Bereitschaft einer Kulturabteilung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommen, den Sport mit einer so umfänglichen Arbeit zu würdigen? Mag sein, es hat etwas damit zu tun, daß die privaten Fernsehsender Sportsendungen eine derartige Priorität einräumen, daß schon die Masse des Stoffs Zusammenhänge vermuten, aber eben nicht klarwerden läßt.

Thomas Gehrmann

Jürgen Roth/Klaus Bittermann (Hrsg.), *Wieder keine Anspielstation. Fußballlexperten. Die Kommentatoren des Grauens, Berlin (Edition Tiamat) 1996 (207 S., 29,80 DM)*

Hans Sarkowicz (Hg.), *Schneller höher weiter. Eine Geschichte des Sports, Frankfurt/M. (Insel Verlag) 1996 (496 S., 39,80 DM)*

Man kennt sie heute hauptsächlich noch wegen ihrer Möbel, deren funktionale Schönheit in Designer-Geschäften astronomische Preise erzielt. Die „Shakers“ waren eine christliche Sekte aus den USA, deren Name von der Gepflogenheit herrührte, beim Gottesdienst herumzuwirbeln, zu zittern und zu beben, um in Ekstase die Sünden abzuschütteln (= to shake). Die Ursprünge der Sekte reichen nach Nordengland zurück, wo sich im Jahr 1758 die spätere Gründerin Ann Lee einer Gruppe von „shaking“ Quäkern aus Manchester anschloß, die behaupteten, den heiligen Geist zu empfangen, der sie in die Lage versetzte, in Zungen zu reden, die Zukunft vorherzusagen und Kranke zu heilen. Die Gruppe war ebenfalls davon überzeugt, daß Christus bei seiner Wiederkehr als Frau zur Erde kommen würde. Ann Lee beließ es nicht dabei, der anglikanischen Kirche ihre Anhänger abspenstig zu machen, sondern begann, die Amtskirche direkt herauszufordern. Sie störte Gottesdienste, indem sie tanzte, in Zungen redete und Beschuldigungen und Verwünschungen austieß. Eine solch religiös motivierte Störaktion brachte sie 1770 ins Gefängnis. In der Haft hatte sie Erscheinungen, die sie zur Überzeugung brachten, im sexuellen Verlangen die Ursache allen Übels zu erkennen, was sie zur strikten Ablehnung jedweder geschlechtlicher Handlungen führte. Von den Autoritäten schikaniert und vom Kirchenmob bedroht, wanderte „Mutter“ Ann Lee 1774 mit einer kleinen Schar von Getreuen nach Amerika aus, wo sie sich in der Wildnis in der Nähe der Stadt Albany im Bundesstaat New York niederließen. Nach dem Motto „Die Hände bei der Arbeit, das Herz bei Gott“ begann die Gruppe, Waldland zur landwirtschaftlichen Nutzung zu roden. Trotz unermüdlicher Missionsarbeit erlebten die Shakers erst nach Ann Lees Tod im Jahr 1784 einen langsamen Zuwachs, was ihre Zahl bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auf sechstausend ansteigen ließ.

Da die einzelnen Gläubigen in strenger Enthaltsamkeit lebten und selbst die Heirat ablehnten, war der Fortbestand der Sekte nur durch die permanente Rekrutierung neuer Mitglieder sicherzustellen. Das urchristliche, kommunistische Gemeinschaftsleben übte dabei keine geringe Faszination aus. In den 19 Shaker-Siedlungen gab es statt Privatbesitz nur Gemeineigentum und die Aufgaben waren zwischen Frauen und Männern gleichberechtigt verteilt. Alle Gremien waren paritätisch besetzt.



AUFGELESENE TÖNE

Lieder spielten im religiösen Zeremoniell der Shakers eine zentrale Rolle. Da die Sekte die Doktrin anderer Religionsgemeinschaften ablehnte und damit auch deren Liedsammlungen, waren sie auf Neukreationen angewiesen. Im Laufe ihrer 200jährigen Geschichte entstand so ein enormer Fundus von einigen Zehntausend neuer Hymnen. Sie waren einzelnen Gläubigen in „göttlicher Inspiration“ eingegeben worden und wurden deshalb „Geschenk-Lieder“ genannt. Um auch weniger musikalische Mitglieder nicht vom gemeinsamen Singen auszuschließen, dienten oft Melodieteile bekannter Folksongs als Vorlage, die im Baukastensystem zu neuen Liedern zusammengesetzt wurden. Nachdem zu Beginn des Gottesdienstes ein Spiritual angestimmt worden war, wurde mit einer Reihe von religiösen Tänzen und Märschen begonnen, die immer wieder von kürzeren Liedern und Bekenntnissen unterbrochen wurden, wobei die Intensität zunahm und es zu Ausbrüchen von spontanem Singen, Zungenreden, Drehen und Schütteln kam. Musikinstrumente waren ebenso verpönt wie das Singen eines Chors unter der Leitung eines Dirigenten. Es hätte dem radikaldemokratischen Ethos widersprochen, je den einzelnen voll und ganz am Gottesdienst teilhaben zu lassen. Außerdem wäre dadurch die verbindende Kraft gestört worden, die alle Gläubigen im Singen vereinte, weshalb bestimmte Lieder in den verschiedenen Shaker-Siedlungen immer zur gleichen Zeit am Tag angestimmt wurden.

Einige der letzten alten Kommunitäten der Shaker-Gemeinschaft am Sabbathday Lake

im Bundesstaat Maine haben in den sechziger und siebziger Jahren eine Anzahl ihrer Lieder aufgenommen, von denen die meistens noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. Sie sind nach Funktionen unterteilt. Neben „Hymnen“ „Gebets-“ und „Bekenntnis-Liedern“ gibt es „Arbeitslieder“ sowie „Lieder der Liebe und Einheit“ durch deren einstimmige Kargheit ein Schimmer vom frommen Leben abseits der Welt in die Gegenwart scheint.

Gleichwohl sind diese Lieder nur ein winziger Teil eines weit umfassenderen Erbes religiöser Folkmusik, die einmal die Hälfte der gesamten amerikanischen Populärmusik ausmachte und deren Facettenreichtum von weißen Baptisten-Hymnen über schwarze „Sacred Harp“ Gesänge bis hin zu Hillbilly-Spirituals und Gospelquartetten reicht. Aktuell findet diese Tradition in den tiefreligiösen Bluegrass-Songs von Gillian Welch einen Widerhall. „Der religiöse Bezug wächst ganz natürlich aus dem Genre“ erklärt die Singer-/Songwriterin. „Es ist fast unmöglich, eine Bluegrass-Melodie zu schreiben, bei der nicht irgend jemand stirbt und dann entweder in den Himmel oder die Hölle kommt.“

Christoph Wagner

Diskographie:

The United Society of Shakers – Early Shaker Spirituals, Rounder Records CD 0078

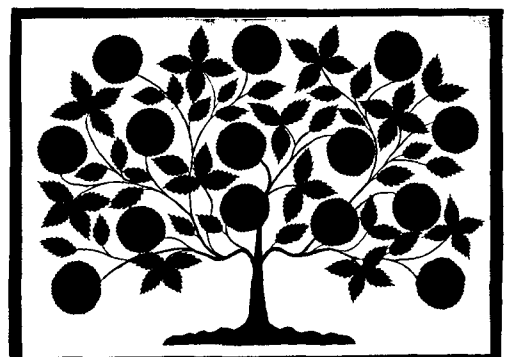
The Gospel Ship – Baptist Hymns & White Spirituals from the Southern Mountains, New World Records 80294-2

Wiregrass Sacred Harp Singers – The Colored Sacred Harp, New World Records 80433-2

How Can I Keep From Singing – Early American Religious Music and Song/Classic Recordings from the 1920's and 30's. Vol 1 + 2, Yazoo Records 2020 + 2021

Gillian Welch – Revival, Almo Sounds ALMCD011

(Bezug: Canzone, S-Bahn-Bogen 583, Umlandstraße, 10623 Berlin, Tel. 030-3124027, Fax 030-312 6527)



Was ist nicht praktikabel?

Zu „Sound and Sentiment. Von Symbolen und Zeichen – Teil III.“ in *Kommune* 9/96

Sehr geehrter Herr Gehrman, ich habe Ihre „Filterung“ meines dgV-Vortrags gelesen. Da Ihr zusammenfassendes Votum ganz ähnlich lautet wie die paar Sätze zu meinen Gedanken in der Kongreßbesprechung in der *Zeitschrift für Volkskunde* möchte ich zumindest fragen, warum ein Versuch, die „Maximen abendländischen Wissenschaftsverständnisses“ aufzubrechen „sympathisch“ aber nicht praktikabel ist. Man darf sich doch inzwischen so einigermaßen eingestehen, daß diese Maximen durch diverse abendländische und nichtabendländische Voten doch ziemlich ins Wanken geraten sind. Von Edward Said bis Judith Butler, von postkolonialer bis zur „gender studies“-Welle darf man doch beobachten, daß es diverse Wissenschaftler gibt, die das Wissenschaftsverständnis zu renovieren (wenn nicht gänzlich abzubrechen – im Sinne der postmodernen Dekonstruktionisten...) versuchen.

„Wissen“ ganz allgemein, und kulturwissenschaftliches Wissen im besonderen befinden sich im Umbruch – nicht unbedingt ein erfreulicher Umbruch, aber einer, dem man mit Flucht/Rückzug in die gehaltenen Maximen nicht beikommen wird. Diesbezüglich waren meine dgV-Ausführungen eigentlich noch eher zaghaft bis naiv. Ich lese zur Zeit gerade Bill Readings *The University in Ruins* (Harvard U. Press, 1996), wo die Verwandlung von Wissen in ein Marktangebot sehr deutlich herausgearbeitet wird (Readings reagiert dabei auch auf die „Universität-quo vadis“-Beiträge von Europäern wie Bourdieu oder Lepenies.) Wir sind an einem Punkt angelangt, wo sich der Markt relativ wenig drum kümmert, was das Wissenschaftsverständnis ist solange es im Markt das Prädikat „ausgezeichnet“ bekommt. Dies mag in den USA extremer ausfallen, aber bei meinem Besuch an diversen Unis in Europa

im Sommer 96 fanden sich Anzeichen desselben „jargon of excellence“ der die Verwandlung der Universität zur Korporation kennzeichnet. Was, so zumindest Readings, bei der Verwandlung auffällt ist, daß Wissen/Forschung/Lehre quasi nur noch Systemreproduzierend wirkt – was ich nun wiederum Ihren „Maximen“ zuschreiben würde. Vielleicht ist für mich gerade deshalb Volkskunde/Ethnologie – zumindest in ihrer heutigen Ausformung – eine Art von Chance (ob das nun ein Spinnerbonus ist, bleibt Ihnen überlassen...), eben ein Gebiet, wo sich Maximen aufheben lassen, und wo man versucht, sich zu besinnen, inwiefern das produzierte Wissen denn überhaupt auf die menschliche Erfahrungswelt eingeht, und nach alternativen Ansätzen und Querverbindungen zu suchen.

Jedenfalls hat es mich gefreut, Ihren Bericht zu lesen. – Mit herzlichen Grüßen

Regina Bendix, University of Pennsylvania/Philadelphia

BÜCHER BÜCHER

Ernst Schubert, Fürstliche Herrschaft und Territorium im späten Mittelalter, München (Oldenbourg Verlag) 1996 (150 S., 29,80 DM)

Reiner Marcowitz, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München (Oldenbourg Verlag) 1996 (316 S., 88,00 DM)

Leo Trotzki, Die Balkankriege 1912-13. Aus dem Russischen übersetzt von Hannelore Georgi und Harald Schubärth, Essen (Arbeiterpresse Verlag) 1996 (585 S., 48,00 DM)

Helga Eblinghaus/Armin Stickler, Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Mit einer Dokumentation der Debatte um die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ Mitherausgeber: Informationsbüro Nicaragua e.V., Frankfurt/M. (IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation) 1996 (238 S., 29,80 DM)

Wolfgang Schluchter, Neubeginn durch Anpassung? Studien zum osteuropäischen Übergang, Frankfurt/M. (suhrkamp, stw 1263) 1996 (206 S., 18,80 DM)

Linke Opposition in der DDR und undogmatische Linke in der BRD

Ein Kongreß der GESCHICHTSWERKSTATT JENA e.V. aus Anlaß der Ausbürgerung Wolf Biermanns vor 20 Jahren

15.-17. November 1996

Jena, Friedrich-Schiller-Universität, Hauptgeb., Aula

Themen u. Referenten (u. a.):

Die Emanzipationsversuche im Kommunismus vom Bruch Jugoslawiens bis zum Prager Frühling (Wolfgang Leonhard), Linke Opposition in der DDR als eigene Größe zwischen Prag 1968 und westeuropäischer Studentenrevolte (Siegfried Reiprich), Die undogmatische Linke im Westen und ihr schwieriger Blick auf die osteuropäischen Dissidenten (Detlev Claussen), Die Charta '77 zwischen linker Opposition in der DDR und der Linken im Westen (Petr Uhl), Die Linken und die nationale Frage (Detlev Claussen, Gerd Poppe), Die Bedeutung Rudolf Bahros und Robert Havemanns in den beiden linken Bewegungen (Welf Schröter, Siegfried Reiprich), Die literarische Opposition zwischen Sklavensprache und Samisdat (Herta Müller, Udo Scheer), 70er-Jahre-Opposition im Ost-West-Vergleich (Ausstellungseröffnung: Joscha Schmierer)

Information/Anmeldung:

Geschichtswerkstatt Jena e.V., Dornburger Str. 26, 07743 Jena, Tel. 0161/5306345.

Kommune IN DEN NETZEN.

CompuServe: 101 332,1355

E-Mail: kommune@oeko-net.de

Hier besteht die Möglichkeit, uns Nachrichten und Artikel (als „Anhang“ senden) zukommen zu lassen!

Zum Blättern in den neuen und zum Bestellen von alten Ausgaben:

<http://www.oeko-net.de/kommune/>

AutorInnen

Michael Ackermann, geb. 1953, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Angelika Burkhard, geb. 1955, Publizistin, wohnt in Frankfurt/M.

Frank Eckardt, lebt als freier Journalist und Schriftsteller in den Niederlanden

Uschi Eid, Mitglied des Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen

Adalbert Evers, geb. 1948, Sozialwissenschaftler, wohnt in Wien

Helmut Forster-Latsch, geb. 1950, Sinologe und Übersetzer, wohnt in Frankfurt/M.

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter, Gemeinderat für die Grün-Alternativen in Innsbruck

Thomas Gehrman, geb. 1952, Volkskundler, wohnt in Rüsselsheim

Harald Goldhahn, geb. 1955, Illustrator, wohnt in Marktleuthen

Uwe Günther, geb. 1947, Rechtsanwalt, wohnt in Bielefeld

Gerd Held, geb. 1951, tätig an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund

Ilja C. Hendel, Student und Fotograf, wohnt in Bonn

Eva Horn, geb. 1946, Soziologin, wohnt in Frankfurt/M.

Dick Howard, lehrt Philosophie an der State University of New York, wohnt in N.Y.

Michael Jäger, geb. 1946, Politologe und Publizist, lebt in Berlin

Ulrich Karger, freier Publizist, wohnt in Berlin

Kolibri Werner Blattmann, geb. 1956, Karikaturist, wohnt in Jestetten

Peter Lohauß, geb. 1948, Sozialwissenschaftler, wohnt in Berlin

Chérifa Magdi, geb. 1941, Dolmetscherin und Übersetzerin, lebt in Frankfurt/M.

Marie-Luise Latsch, Übersetzerin,

wohnt in Frankfurt/M.

Annamarie Nikolaus, geb. 1952, Sozialwissenschaftlerin, wohnt in Calavino/Italien

Cem Özdemir, geb. 1965, Diplom-Sozialpädagoge, Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen, wohnt in Tübingen

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Berlin

Roger Peltzer, geb. 1953, Volkswirtschaftler, wohnt in Kerpen-Horrem

Lutz Rathenow, Schriftsteller, wohnt in Berlin

Albert Recknagel, geb. 1954, Projektkoordinator bei Terres des hommes in Cochabamba/Bolivien

Roland Schaeffer, geb. 1951, Soziologe, Referent in der Stadtkämmerei Frankfurt/M., wohnt in Frankfurt/M.

Udo Scheer, Publizist, wohnt in Bad Klosterlausnitz

Joscha Schmierer, geb. 1942, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt

Jörn Schulz, Magister der Orientalistik (Islamwissenschaften), wohnt in Hamburg

Werner Schulz, Mitglied des Bundestages, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Michael Schweizer, geb. 1960, Literaturwissenschaftler, wohnt in München

Mechtild Veil, geb. 1944, Sozialwissenschaftlerin, wohnt in Kronberg/Ts.

Christoph Wagner, geb. 1955, Lehrer, Musikjournalist, wohnt in Hebden Bridge/West Yorkshire

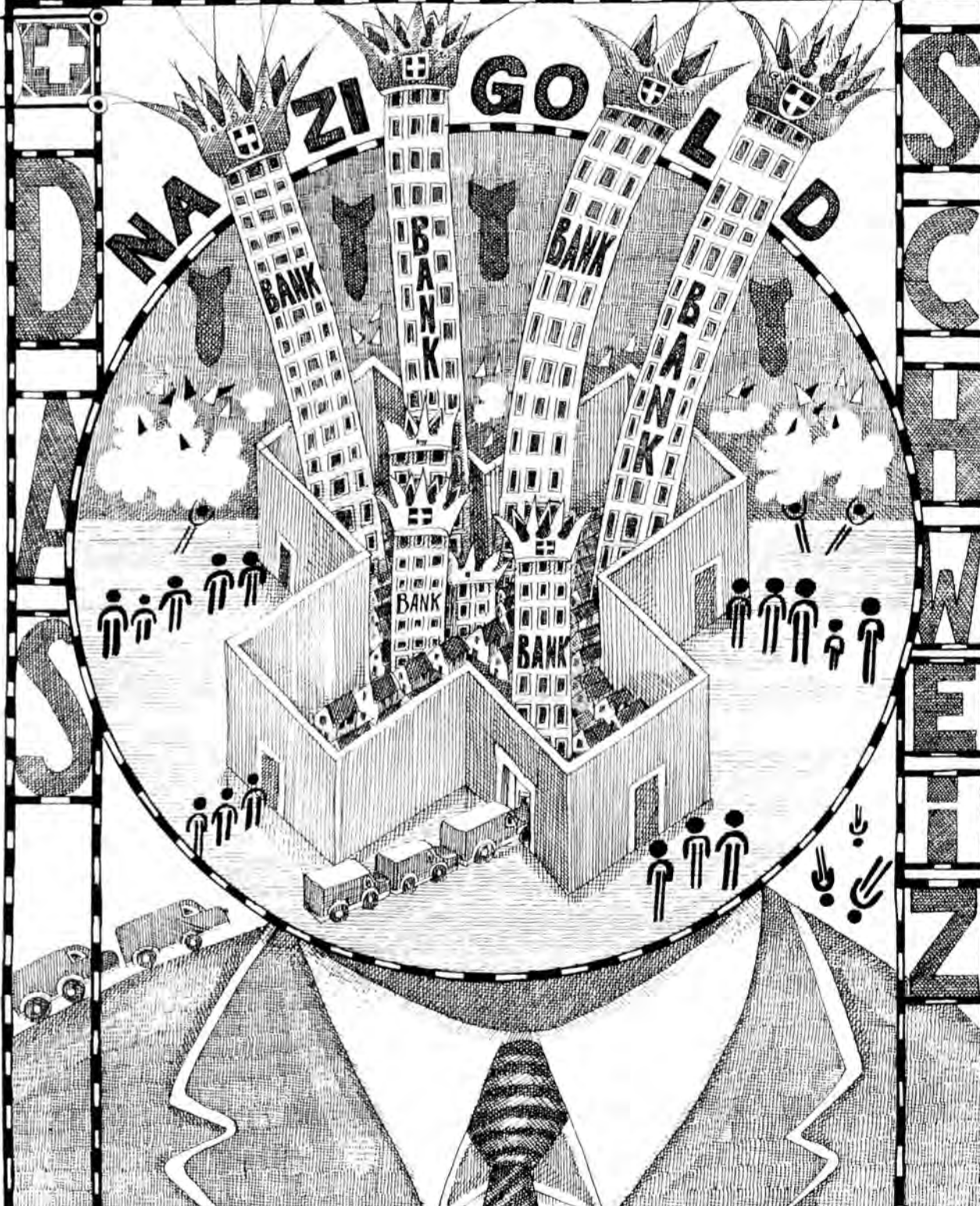
Oliver Weiss, geb. 1966, Grafiker und Karikaturist, wohnt in München

Renate Wiggershaus, Publizistin, wohnt in Kronberg/Ts.

Balduin Winter, Journalist und Kritiker, wohnt in Fürth

Margareta Wolf, stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

GESICHT DER



1940 - 1945

Kolini

